

Orbán nennt Einwanderung "Gift"; Sein Land brauche keinen einzigen Migranten, damit die Wirtschaft funktioniere, sagt der ungarische Ministerpräsident. Migration sei keine Lösung, sondern ein Problem.

ZEIT-online

Dienstag 26. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Ungarn; Ausg. 31

Length: 783 words

Body

Österreichs Bundeskanzler Christian Kern zu Besuch beim ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán (rechts).

©Szilard Koszticsak/dpa

Erneut hat Victor Orbán seine umstrittene **Flüchtlingspolitik** mit scharfen Worten verteidigt. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem österreichischen Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) bezeichnete der ungarische Ministerpräsident Einwanderung als "Gift" und sämtliche **Flüchtlinge** als Sicherheitsrisiko. "Ungarn braucht keinen einzigen **Migranten**, damit die Wirtschaft funktioniert", sagte Orbán. "Deswegen braucht es keine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik. Wer immer **Migranten** braucht, kann sie nehmen, doch zwingt sie uns nicht auf, wir brauchen sie nicht".

"Jeder einzelne **Migrant** stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und ein Terrorrisiko dar", sagte der nationalkonservative Politiker, der seit langem in der **Flüchtlingspolitik** eine harte Linie vertritt. Insbesondere lehnt er eine Verteilung der **Asylbewerber** auf die EU-Mitgliedsstaaten nach verbindlichen Quoten ab. Ein Referendum darüber soll in Ungarn am 2. Oktober stattfinden. "Für uns ist **Migration** keine Lösung, sondern ein Problem. (...) Nicht Medizin, sondern ein Gift, wir wollen es nicht und schlucken es nicht", sagte der Rechtspopulist.

Kern hatte Orbán besucht, weil beide Länder ihren Streit über die Flüchtlingspolitik beilegen wollen. Orbán schottet sein Land mit Grenzzäunen ab und sendet Asylsuchenden direkt nach Serbien zurück. Österreich hatte ihn dafür in der Vergangenheit heftig kritisiert. "Wir sind auf einem sehr guten Weg, ein neues Kapitel zu einer offenen und transparenten Zusammenarbeit zu beginnen", sagte Kern. "Wir wollen unsere Beziehungen auf eine möglichst pragmatische Grundlage stellen", betonte Orbán.

Unter anderem beschlossen die Regierungschefs, dass Österreich 20 Polizisten nach Ungarn schickt, die dem Nachbarn bei der Sicherung der Grenze zu Serbien helfen sollen. Darüber hinaus sollen zivile Organisationen und Helfer in die Versorgung jener Flüchtlinge eingebunden werden, die derzeit an der ungarisch-serbischen Grenze festsitzen. Etwa 1.000 Asylsuchende halten sich im serbischen Grenzgebiet zu Ungarn auf, weil Ungarn täglich nur 30 von ihnen auf sein Gebiet lässt.

Orbán nennt Einwanderung "Gift" Sein Land brauche keinen einzigen Migranten, damit die Wirtschaft funktioniere, sagt der ungarische Ministerpräsident. Migration....

Keinen Durchbruch erzielte hingegen Kern in der Frage von rund 5.000 so genannten "Dublin-Flüchtlingen", die Österreich nach Ungarn zurückschicken möchte, weil sie über Ungarn ins Alpenland gekommen sind. Nach dem Dublin-III-Abkommen müssen die Asylverfahren in dem Land durchgeführt werden, das der Flüchtling als erstes bei seiner Einreise nach Europa betreten hat. Ungarns Ablehnung ist derzeit Gegenstand eines Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof, "dessen Ausgang wir abwarten wollen", sagte Orbán. "Es gibt im Moment keinen Rechtstitel, so genannte Dublin-Fälle von Österreich nach Ungarn zu verbringen", sagte auch Kern. Die vereinbarten Maßnahmen würden wohl ausreichen, "um den Flüchtlingszustrom nach Österreich zu stabilisieren oder gar zu reduzieren", ergänzte Kern.

Der seit Mai amtierende Bundeskanzler steht im eigenen Land unter Druck, weil die regierende große Koalition zu Jahresbeginn eine Obergrenze von 37.500 Asylersuchen festgelegt hat, die in diesem Jahr maximal zugelassen werden können. Bei Erreichen dieser Grenze müsste die Koalition eine Art Flüchtlings-Notstand ausrufen, was wiederum dem Rechts-Populisten Norbert Hofer (FPÖ) bei der Präsidentschaftswahl am 2. Oktober in die Hände spielen könnte.

Im vergangenen Jahr waren 400.000 Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und anderen Bürgerkriegsländern durch Ungarn gereist. Im September hatte Orbán beschlossen, die Grenzen zu Serbien und Kroatien komplett zu schließen. Nachdem die Regierung die Südgrenze mittels eines Stacheldrahtzauns abgeriegelt hatte, ging die Zahl deutlich zurück. Etwa 200.000 Flüchtlinge stellten 2015 einen Asylantrag in Ungarn, doch wurden nur 264 Asylbewerber angenommen. Seit der Schließung der Balkanroute kommen kaum noch Flüchtlinge.

Anfang Juli wurde nun bekannt, dass Ungarn Flüchtlinge ohne Gerichtsverfahren nach Serbien oder Kroatien zurückschicken möchte. György Bakondi, Sicherheitsberater Orbáns, hatte mitgeteilt, dass Menschen, die innerhalb von acht Kilometern hinter der Grenze in Ungarn aufgegriffen werden, zur Grenze zurückgebracht und ihnen dort der Weg zur nächsten "Transitzone" gezeigt werden. In den sogenannten Transitzonen an der Grenze zu Ungarn können die Flüchtlinge Asylanträge stellen. Die Zonen liegen nach Auffassung der Regierung allerdings nicht auf ungarischem Boden.

Load-Date: July 26, 2016

Flüchtlinge versehentlich in die Türkei abgeschoben; Dreizehn der ersten im Zuge des EU-Türkei-Abkommens deportierten Migranten hatten nach UN-Angaben keine Chance Asyl zu beantragen. Die Polizei habe dies "vergessen".

ZEIT-online

Dienstag 5. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Türkei-Abkommen; Ausg. 15

Length: 465 words

Body

Migranten nach ihrer Ankunft auf der griechischen Insel Lesbos, wo sie im Auffanglager Moria registriert werden.

© Giorgos Moutafis/Reuters

Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR hat kritisiert, dass einige **Migranten** in den chaotischen Auffanglagern in Griechenland gar keine Chance hatten **Asylanträge** zu stellen. Demnach waren unter den ersten 202 Menschen, die mit Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens am Montag deportiert wurden, 13 afghanische und kongolesische **Flüchtlinge**, deren Bitte um **Asyl** nicht gehört wurde.

Vincent Cochetel, der Direktor des Europa-Büros des UNHCR, sagte der britischen Zeitung *The Guardian*, die griechische Polizei hätte schlicht "vergessen" die Asylanträge der Flüchtlinge zu bearbeiten. Sie waren nach dem 20. März auf der griechischen Insel Chios angekommen. Auch nach dem Ende des Taliban-Regimes fliehen viele Afghanen vor dem islamistischen Terror und einem jahrzehntelang Bürgerkrieg in ihrem Heimatland. Im Osten der Demokratischen Republik Kongo gibt es seit Jahren Unruhen, denen viele Zivilisten zum Opfer fallen.

Ob der Vorfall untersucht wird oder ob die 13 Flüchtlinge ihr Gesuch im Nachhinein vorbringen können, wollten EU-Verantwortliche dem *Guardian* am Dienstag nicht sagen. "Nach unseren Informationen waren sich alle Deportierten ihrer Rechte bewusst und hatten die Chance Asyl zu beantragen", sagte Tove Ernst, Sprecherin der Migrationspolitik für die EU-Kommission.

Griechische Behörden überfordert

Vor Zustandekommen des Abkommens hatten Menschenrechtler und Politiker wiederholt mehr Unterstützung für die griechischen Behörden gefordert, die die Abschiebungen kontrollieren müssen. Die Chefin der griechischen Asylbehörde Maria Stavropoulou hatte am Freitag gesagt, sie brauche 20 Mal mehr Mitarbeiter, um die Anträge der Migranten gründlich bearbeiten zu können.

Wenn sich die Vorwürfe des UNHCR als richtig herausstellen, verstößt das EU-Türkei-Abkommen gegen internationales Recht; unter anderem verpflichtet die Genfer Konvention alle Unterzeichnerstaaten dazu

Flüchtlinge versehentlich in die Türkei abgeschoben Dreizehn der ersten im Zuge des EU-Türkei-Abkommens deportierten Migranten hatten nach UN -Angaben keine Cha....

Asylgesuche anzuhören. Die EU-Staatschefs hatten beim Unterzeichnen des Abkommens versprochen, die Abschiebungen in die Türkei "von Fall zu Fall" zu prüfen und niemanden "automatisch zurückzuführen".

Offiziell sieht das Abkommen vor, dass alle nach dem 20. März in Griechenland eingetroffenen Flüchtlinge abgeschoben werden, die kein Asyl in Griechenland beantragten oder deren Anträge abgelehnt wurden. Die Flüchtlinge werden in Aufnahmezentren in der Türkei untergebracht, solange die türkischen Behörden über ihr weiteres Schicksal entscheiden.

Die EU will für jeden aus Griechenland in die Türkei abgeschobenen Syrer einen Syrer aus einem türkischen Flüchtlingslager aufzunehmen. In Hannover trafen am Montag bereits 32 syrische Flüchtlinge ein.

Load-Date: April 6, 2016

End of Document

Europa sucht seine Grenzen in Afrika; Die EU vereinfacht Abschiebungen nach Mali, ähnliche Abkommen mit afrikanischen Ländern sollen nächstes Jahr folgen. Dabei wird Entwicklungshilfe an Grenzschutz geknüpft.

ZEIT-online

Donnerstag 15. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 51

Length: 1286 words

Byline: Benjamin Breitegger; Veronika Völlinger

Body

Ein **Migrant** aus Mali erreicht nach der Überfahrt aus der Türkei die griechische Insel Kos.

© Yannis Behrakis

Jedes Jahr werden Zehntausende Menschen aus Europa abgeschoben. Der EU-Kommission reicht das aber nicht aus. Zu wenige der **Migranten**, die in Europa kein Aufenthaltsrecht hätten, kehrten wieder in ihre Heimat zurück, heißt es in einem Strategiepapier der Kommission. 2014 hätten weniger als 40 Prozent der ausgewiesenen **Migranten** Europa auch tatsächlich wieder verlassen. Von denen, die aus afrikanischen Ländern kamen, seien es sogar weniger als 30 Prozent gewesen.

Das soll sich nun ändern. Durch Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten soll die Zahl der Abschiebungen deutlich steigen. Die Bedingungen dafür hat nicht zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) während ihrer dreitägigen Afrikareise im Oktober ausgelotet. Auf dem EU-Gipfel an diesem Donnerstag in Brüssel werden die Staats- und Regierungschefs besprechen, welche Projekte die EU im nächsten Jahr in den fünf wichtigsten Partnerländern Mali, Niger, Nigeria, Senegal und Äthiopien finanzieren wird.

Bereits seit dem EU-Afrika-Gipfel auf Malta im vergangenen Jahr stehen dafür 2,5 Milliarden Euro bereit; nun soll der EU-Haushalt für ähnliche Zwecke erneut um mehr als 700 Millionen Euro aufgestockt werden. Ab kommendem Jahr werden dann Migrationsexperten der EU in allen fünf Partnerländern Büros beziehen.

Schon jetzt knüpft die EU ihre Entwicklungshilfe verstärkt daran, dass Länder Flüchtlinge zurückhalten oder zurücknehmen. Und es zeigen sich bereits erste Resultate: Durchquerten im Mai noch 70.000 Migranten die Sahara im Niger, eines der wichtigsten Transitländer auf dem Weg nach Europa, waren es im November nur mehr 1.500, berichtet die EU-Kommission.

Die EU ging in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern auch gegen Schleuser vor: 102 Menschenschmuggler wurden festgenommen, 95 ihrer Fahrzeuge beschlagnahmt. Insgesamt 2.700 Migranten wurden aus der EU in die fünf Partnerländer abgeschoben. Gleichzeitig werden 1.200 Plätze für berufliche und

Europa sucht seine Grenzen in Afrika Die EU vereinfacht Abschiebungen nach Mali, ähnliche Abkommen mit afrikanischen Ländern sollen nächstes Jahr folgen. Dabei

wissenschaftliche Austauschprogramme finanziert - ein kleiner Beitrag zu den von Kritikern oft geforderten legalen Migrationswegen.

Mali-Abkommen steht

Am vergangenen Sonntag hat die EU einen weiteren Schritt unternommen, um Migration zu kontrollieren: Eine Vereinbarung mit Mali sei ausgehandelt, gab der niederländische Außenminister Bert Koenders bekannt. Ziel sei es, abgelehnte Asylbewerber schneller in ihre Heimat zurückzubringen und bessere Lebensperspektiven für junge Menschen zu schaffen.

Rund 145 Millionen Euro erhält Mali dafür. "Nur durch diese Art von Kooperation können wir das Problem der Migration an der Wurzel packen", sagte Koenders. Eine der Hauptrouten von Migrantinnen aus Afrika Richtung Europa führt über die Länder Mali und Niger nach Libyen.

Mali soll außerdem dabei unterstützt werden, sichere Reise- und Passdokumente auszustellen. Im Gegenzug könnten Beamte aus Mali in die EU kommen, um herauszufinden, ob von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge wirklich aus ihrem Land kommen. Ungeklärte Identität zählt zu den häufigsten Gründen, warum abgelehnte Asylbewerber nicht ausgewiesen werden können.

Dabei zählt Mali nicht zu den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern in Europa. In den ersten neun Monaten dieses Jahres stellten etwa 7.000 Menschen aus Mali einen Asylantrag in einem EU-Land. Zum Vergleich: 32.000 Nigerianer und 283.000 Syrer beantragten 2016 im gleichen Zeitraum Asyl.

Mali ist allerdings politisch nicht sonderlich stabil. Das westafrikanische Land ist gespalten in den von Islamisten kontrollierten Norden und den von der Regierung und ihren Truppen regierten Süden. Immer wieder kommt es zu Anschlägen und Angriffen - auch auf UN-Truppen, die bei der Umsetzung des 2015 geschlossenen Friedensabkommens helfen sollen. Die EU bildet in Mali die Armee aus und berät sie bei Reformen.

Bei der nun geschlossenen Vereinbarung mit Mali ist bisher nicht geklärt, ob sie nur malische Staatsbürger umfasst oder ob die EU auch andere Flüchtlinge nach Mali zurückschicken kann, die über das Land nach Europa eingereist sind.

Flüchtlingsorganisationen kritisieren, dass die EU ihre afrikanischen Partnerländer durch derartige Abkommen zu vermehrten Grenzkontrollen zwingt und diesen so einen höheren Stellenwert einräumt als Menschenrechten. "Die unsägliche Erpressungsstrategie, mit der Transitländer zu Türsteherinnen der EU gemacht werden sollen, ist eine Absage an den Flüchtlingsschutz", sagt Karl Kopp, Europareferent von Pro Asyl. "Das individuelle Recht auf Asyl wird Abwehrbestrebungen geopfert." Die grüne Europaabgeordnete Ska Keller nennt die Vereinbarungen "Migrationsverhinderungsabkommen". Sie kritisiert, dass das Europaparlament nicht in die Entscheidungen eingebunden ist.

Noch weitreichendere Pläne, etwa Rückführungsabkommen mit ostafrikanischen Ländern, hält Keller für "völlig fatal". Die EU arbeitet im Rahmen des Khartum-Prozesses mit Ländern am Horn von Afrika zusammen, um vor allem Menschenhandel zu bekämpfen. Dazu gehören Länder wie Eritrea und der Sudan.

Auch die Rückführungen von Asylbewerbern in diese Länder seien "unbefriedigend", heißt es in einem Protokoll, über das die ARD-Sendung *Monitor* im April berichtete. Angekündigt wurde damals, dass kooperative Staaten mit Wirtschaftshilfe und Visaerleichterungen für Diplomaten rechnen könnten. Man wolle die Kapazitäten der eritreischen Regierung im Kampf gegen Menschenhandel stärken.

Allerdings: Eritrea wird von einem Diktator regiert, Tausende Menschen fliehen jedes Jahr vor einem zeitlich unbegrenzten Militärdienst. Die meisten afrikanischen Asylbewerber kommen aus Eritrea. "Ein Abkommen mit Eritrea wäre eines mit einem Regime, das selbst Fluchtursache ist", sagt Keller.

EU übt Druck in Verhandlungen aus

Europa sucht seine Grenzen in Afrika Die EU vereinfacht Abschiebungen nach Mali, ähnliche Abkommen mit afrikanischen Ländern sollen nächstes Jahr folgen. Dabei

Ähnlich umstrittene Pläne gibt es mit dem Sudan. Sudans Präsident Omar Al-Baschir wird vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermords gesucht. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist dort offiziell ausgesetzt. Trotzdem wird die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ein EU-Migrationsprojekt leiten. "Eine Zusammenarbeit mit der sudanesischen Grenzpolizei wird es nicht geben", sagt eine GIZ-Sprecherin entgegen vorheriger Berichte. Geplant seien psychosoziale Betreuung für unbegleitete Jugendliche und menschenwürdige Unterkünfte für Flüchtlinge und die Opfer von Menschenhandel. Ein Leiter der sudanesischen Migrationsbehörde sagte der SWR-Sendung *Report Mainz* hingegen: "Das Hauptziel ist, dass die Flüchtlinge das neue Lager nicht verlassen." Wenn der Sudan kooperiere, könne die EU sich vorstellen, das Land von der Liste terrorunterstützender Staaten zu streichen, berichtete *Monitor*.

Der Entwicklungsökonom Sebastian Prediger vom Hamburger Giga-Institut attestiert solchen Plänen mangelnde außenpolitische Kohärenz. "Immer wieder betont die EU, dass ihr die Bekämpfung der Fluchtursachen wichtig ist", sagt Prediger, der zur Migrationspolitik der EU in Afrika forscht. "Wenn man sich dann die Inhalte der Vereinbarungen ansieht, gewinnt man aber den Eindruck, dass die Eindämmung der Migration und die Rückführung von Migranten Priorität haben." Gleichzeitig würden andere Abkommen der EU mit afrikanischen Ländern ökonomische Fluchtursachen erst schaffen - etwa problematische Handelsabkommen.

Es sei wohl der innenpolitische Druck, der die EU-Länder dazu bringe, solche umstrittenen Abkommen auszuhandeln. Dabei gebe es keine Masseneinwanderung aus afrikanischen Staaten. "Die Zahlen weisen bislang nicht auf den vielfach behaupteten Exodus hin, die Migration aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara ist in erster Linie ein innerafrikanisches Phänomen", sagt der Entwicklungsökonom.

Load-Date: December 15, 2016

Hunderte Asylbewerber verklagen Bundesamt für Migration; Weil ihre Anträge zu lange unbearbeitet bleiben, sind in Nordrhein-Westfalen mehr als 200 Asylbewerber vor Gericht gezogen. Der Justizminister zeigt Verständnis.

ZEIT-online

Mittwoch 20. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 3

Length: 388 words

Body

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** in Nürnberg

© Daniel Karmann/dpa

Mehr als 200 **Asylbewerber** insbesondere aus Syrien und Eritrea haben laut einem Zeitungsbericht in Nordrhein-Westfalen das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) vor den Verwaltungsgerichten verklagt. Damit wollen sie ein schnelleres **Asylverfahren** erzwingen. Anträge blieben oft länger als ein Jahr liegen, berichtet die *Rheinische Post* nach einer Umfrage bei den sieben Verwaltungsgerichten des Bundeslandes.

Mit den Untätigkeitsklagen wollten die Flüchtlinge die Behörde dazu bringen, ihre Anträge zu bearbeiten. Denn erst mit bewilligten Asylanträgen können sie eine Arbeit oder Ausbildung aufnehmen oder Angehörige nach Deutschland nachholen. Die meisten der Kläger sind der Zeitung zufolge Menschen, die eine wegen ihrer Herkunft und persönlichen Situation große Chance auf Anerkennung haben.

Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschat (SPD) zeigte Verständnis für die Klagen: "Menschen, die mit einer Anerkennung als Asylbewerber rechnen können, wollen nicht monatelang zum Nichtstun verdammt sein", sagte er. Es könne nicht sein, "dass Asylbewerber gezwungen sind, nach dem Überschreiten der Grenze den Staat zu verklagen, damit dieser endlich eine Entscheidung über ihren Asylantrag trifft".

Auch könne es nicht sein, dass Asylbewerber, die wegen ihrer Herkunft kaum Aussicht auf Anerkennung haben, ihren Aufenthaltsstatus durch überlange Asylverfahren des Bamf sichern wollten. Derzeit dauern die Verfahren bis zu anderthalb Jahren. Angestrebt sind sechs Monate - fünf für die Entscheidung und einer für die eventuelle gerichtliche Überprüfung.

Das Innenministerium hat das Bundesamt dieser Tage angewiesen, Asylanträge von Bewerbern aus Marokko und Algerien vorrangig zu prüfen. Sie haben nur geringe Chancen auf Asyl in Deutschland. Die Behörde soll auf diese Weise die Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland entlasten.

Hunderte Asylbewerber verklagen Bundesamt für Migration Weil ihre Anträge zu lange unbearbeitet bleiben,
sind in Nordrhein-Westfalen mehr als 200 Asylbewerber v....

2015 registrierten die deutschen Behörden 1,1 Millionen Flüchtlinge. Es wurden knapp 477.000 Asylanträge gestellt. Das war die höchste Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Ende 2015 waren mehrere Hunderttausend Geflüchtete in Deutschland, die noch nicht einmal das Registrierungsverfahren durchlaufen hatten, das Voraussetzung für einen Asylantrag ist.

Load-Date: January 20, 2016

End of Document

Bundesländer registrieren täglich 10.000 Flüchtlinge; Die Zahl der Flüchtlinge ist in den vergangenen Wochen deutlich gestiegen. Allein seit Anfang September wurden bundesweit mehr als 400.000 Menschen erfasst.

ZEIT-online

Freitag 16. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingszahlen; Ausg. 41

Length: 258 words

Body

Flüchtlinge in Freilassing

© Michaela Rehle/Reuters

Die Bundesländer haben zuletzt im Durchschnitt 10.000 neue **Flüchtlinge** am Tag registriert. Das berichtet der *Spiegel* unter Berufung auf Zahlen des Bundesinnenministeriums. Demnach wurden zwischen dem 5. September und dem 15. Oktober 409.000 Menschen in Deutschland erfasst.

Nach aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) kamen von Januar bis September insgesamt rund 577.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Damit wäre die für 2015 prognostizierte Zahl von 800.000 Flüchtlingen bereits erreicht.

Laut den letzten Bamf-Zahlen stammen 198.000 der bis September erfassten Flüchtlinge aus Syrien. Etwas mehr als 100.000 Menschen kommen aus Balkanländern, die auf der Liste der sicheren Herkunftsstaaten stehen. Ein großer Teil der Asylanträge dieser Migranten wird höchstwahrscheinlich abgelehnt werden. Im September verzeichnete die Behörde einen besonders starken Anstieg um 164.000 Menschen. Nicht eingerechnet sind bisher nicht registrierte Flüchtlinge.

Die Entwicklung überfordert auch die Verwaltungsgerichte. "Wir bräuchten deutschlandweit rund 600 zusätzliche Richter, um die vielen Asylverfahren bewältigen zu können", zitiert der *Spiegel* den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter, Robert Seegmüller. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind derzeit mehr als 300.000 offene Asylanträge anhängig. Im vergangenen Jahr klagten Asylbewerber gegen rund 40 Prozent der Entscheidungen der Behörde.

Load-Date: October 16, 2015

Will denn keiner Asylanwalt werden?; Asylbewerber und Geflüchtete müssen lange auf eine Rechtsberatung warten. Es gibt zu wenig auf Ausländerrechte spezialisierte Juristen. Der Grund: Es lohnt sich nicht.

ZEIT-online

Donnerstag 27. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Rechtsberatung für Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 1083 words

Byline: Silke Hooch

Body

Nur ein Bruchteil der zugelassenen Anwälte in Deutschland ist auf Ausländer- und **Asylrecht** spezialisiert. Dem Rechtsgebiet und den Mandanten haftet ein unattraktives Image an.

© Jens Kalaene/dpa

In Deutschland mangelt es an Rechtsberatung für **Flüchtlinge**. Von den bundesweit knapp 165.000 zugelassenen Anwälten sind nur rund 1.500 auf **Asyl-** und Ausländerrecht spezialisiert. Zu wenig, um den Bedarf zu decken.

Allein im vergangenen Jahr wurden beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) 476.649 **Asylanträge** gestellt. So gut wie jeder Dritte legte außerdem Widerspruch nach einer ablehnenden Entscheidung ein. Tendenz steigend.

Doch die meisten Asylbewerber müssen lange auf eine Beratung warten. Oft ist ein Termin bei einem Anwalt erst lange nach der ersten Anhörung beim Bamf möglich. "Bei mir dauert es sechs bis acht Wochen. Schneller gibt es zurzeit keinen Termin", sagt Thomas Oberhäuser. Er ist einer der wenigen auf Asylrecht spezialisierten Anwälte, hat eine Kanzlei in Münster und engagiert sich außerdem als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Ausländer- und Asylrecht im Deutschen Anwaltsverein (DAV). Er vermutet, dass viele seiner Kollegen das Rechtsgebiet eher meiden. Zum einen, weil Asylrecht in der Ausbildung zu kurz komme, Fachliteratur fehle und sehr viel Eigeninitiative gefragt sei. "Man muss sich selbst reinhängen in die komplexe Thematik. Außerdem ist der Streitwert meistens so gering, dass es nicht richtig lukrativ ist", sagt er. Wer als Anwalt allein Asylbewerber und Migranten vertreten wolle, müsse schon außerordentlich viel Idealismus mitbringen.

Der Markt ist da, der Verdienst nicht

Asylverfahren werfen nicht viel ab. Ebenso wenig Strafverfahren wegen illegaler Einreise und/oder Urkundenfälschung. Das, Probleme mit der Unterbringung oder der Tatsache, dass sie zum Beispiel die Stadt nicht verlassen dürfen und hierzu Fragen haben, sind Beispiele für typische Fälle. Im Ausländerrecht kommen

Will denn keiner Asylanwalt werden? Asylbewerber und Geflüchtete müssen lange auf eine Rechtsberatung warten. Es gibt zu wenig auf Ausländerrechte spezialisiert....

häufig Fragen nach Familiennachzug, Aufenthaltsrechten, Einbürgerung, Arbeitsrecht, Visum und Sozialleistungen hinzu. Mittlerweile liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland bei 21 Prozent. Rechtsanwalt Oberhäuser ist davon überzeugt, dass es einen Markt gibt für die juristische Beratung von Menschen, deren Wurzeln nicht nur in Deutschland liegen.

Silke Hoock

In der Juristenausbildung sollte seiner Meinung nach daher Ausländer- und Asylrecht eine größere Rolle spielen. Dazu sei ein politisches Umdenken nötig. "Es war ja fast immer politisch gewollt, dass der rechtliche Beistand für Asylbewerber wenig lukrativ sein sollte. Es sollte kein Anreiz bestehen, diese Menschen, die der Staat nicht aufnehmen wollte, gut zu vertreten", sagt der Jurist. Solange Asylsuchenden das Image von Bittstellern anhafte, wollten auch Juristen nichts mit ihnen zu tun haben. Erst im vergangenen Jahr hat die Bundesanwaltskammer den Titel des Fachanwaltes für Migrations- und Asylrecht überhaupt zugelassen.

Manuel Kabis will etwas für Menschen tun, die einen Asylantrag gestellt haben. Der Anwalt aus Dortmund vertritt schon seit über 25 Jahren Asylbewerber und Migranten. Im Laufe seines Berufslebens hat er Mandanten aus über 60 Ländern vertreten. Kabis glaubt, Ausländerrecht sei für den Nachwuchs auch deshalb uninteressant, weil es Teil des Verwaltungsrechts sei. "Das hat man in der Uni schon nicht gerne gemacht."

Bei Kabis wurde das Interesse an Ausländerrecht hingegen schon früh geweckt. Zunächst waren es türkische Gastarbeiter, denen der gebürtige Freiburger zu Beginn zu ihrem Recht verhalf. Das war in den achtziger Jahren, und der heute 53-Jährige hatte es vor allem mit Fällen von Diskriminierung zu tun. Beispielsweise bekamen seine Klienten keine Wohnung, weil sie aus der Türkei kamen. "Das Migrationsrecht hat mich nie mehr losgelassen", sagt der Jurist.

Heute hält er Vorträge, schult Juristen und Ehrenamtliche. Der Anwalt schätzt die Vielfalt, mit der er es als auf Ausländerrecht spezialisierter Jurist zu tun hat. Dazu zählt auch der Kontakt zu Bürgerinitiativen und Sozialverbänden. "Du musst dich immer auf unterschiedliche Mentalitäten einstellen", sagt er. Die einen Mandanten rufen ihn ständig an, weil sie Gesprächsbedarf haben und das deutsche Rechtssystem nicht kennen. Häufig bringt ein Mandant gleich die ganze Familie mit. "Und dann sitzen in meinem Büro sechs oder sieben Menschen und bei allen klingelt das Telefon."

Die Arbeit habe allerdings einige Schattenseiten. "Ich habe es mit Menschen zu tun, die das Schlimmste erlebt haben. Die meisten sind traumatisiert." Da müsse der Anwalt vorsichtig sein. Generell sei die Arbeit aufwendiger als Fälle in den meisten anderen Rechtsgebieten.

393 Euro für einen Fall

Oberhäuser rechnet vor: Bevor er einen juristisch wohlüberlegten und begründeten Schriftsatz verfasst, muss er die Akte des Ratsuchenden anfordern und auswerten. Zuvor muss er mit dem Asylbewerber sprechen und dazu oftmals einen Dolmetscher hinzuziehen. Ein Anwalt mit viel Erfahrung brauche in der Regel drei bis vier Arbeitsstunden bei so einem Fall. Ein Anfänger eher die doppelte Zeit. Aber laut Gebührenordnung darf ein Anwalt für so einen Vorgang nur 393 Euro verlangen. "Für vier Stunden Arbeit hört sich das gut an. Aber es rechnet sich nicht, wenn Sie eine Kanzlei haben und den Apparat unterhalten müssen." Hinzu kommt: Menschen, die um Rat suchen und im Asylverfahren stecken, sind meistens im Hartz-IV-Bezug und stottern die Anwaltskosten in monatlichen Raten ab. Prozesskostenhilfe wird ihnen nicht gewährt. Lediglich eine einmalige Beratungshilfe von 30 Euro. Daher komme keine Kanzlei allein mit Asylrecht über die Runden.

Zumindest das Interesse an Asyl- und Migrationsrecht ist in den vergangenen Monaten etwas größer geworden. Nicht zuletzt auch durch die vielen Geflüchteten, die eine neue Heimat in Deutschland finden wollen und eine junge Generation, die helfen möchte. An vielen Universitäten gibt es mittlerweile sogenannte Law Clinics. Hier nehmen Jura-Studierende freiwillig an Vorlesungen teil, in denen es genau um das Fachgebiet geht. Die Studenten eignen sich Wissen an, um Flüchtlingen ehrenamtlich behilflich zu sein, sich im Paragrafendschlingel des

Will denn keiner Asylanwalt werden? Asylbewerber und Geflüchtete müssen lange auf eine Rechtsberatung warten. Es gibt zu wenig auf Ausländerrechte spezialisiert....

Flüchtlingsrechts zurechtzufinden. Sie machen das, noch bevor sie examinierte Juristen sind. Einer der Lehrenden an der Universität in Bochum ist Manuel Kabis. Er hofft, dass sich dadurch etwas ändert.

Load-Date: October 27, 2016

End of Document

Europas Türsteher in Afrika; Künftig sollen Flüchtlinge schon in Nordafrika ihren Asylantrag stellen, in speziellen Zentren der EU. Doch rechtlich ist das kaum möglich - es geht eher um Abschreckung.

ZEIT-online

Dienstag 7. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyl; Ausg. 13

Length: 1620 words

Byline: Till Schwarze

Body

Asylzentren in Nordafrika sollen **Flüchtlinge** davon abhalten, in einem Boot die Überfahrt nach Europa zu wagen.

© Darrin Zammit Lupi/MOAS/Reuters

Im ersten Moment klingt es nach einer sinnvollen Idee: Damit nicht weiter Tausende Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer sterben, soll schon in Nordafrika entschieden werden, ob sie in Europa **Asyl** erhalten. Die EU richtet auf afrikanischem Boden **Asylzentren** ein: Wer als **Flüchtling** schutzbedürftig ist, der kann legal nach Europa weiterreisen. Wer abgelehnt wird, muss in sein Heimatland zurück. Kein Mensch müsste mehr sein Leben auf dem Meer riskieren. Und den menschenverachtenden Schlepperbanden wird das Geschäft verdorben. Soweit die Theorie.

Doch schon beim Versuch, dem ganzen einen Namen zu geben, fängt der Streit an. Willkommenszentrum, **Asyl**-, Informations- oder **Flüchtlingszentrum**? Oder Auffanglager oder Auffangstellen, von denen Kritiker und auch Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sprechen? Je nach Lesart geht es bei dem Vorschlag nämlich darum, **Flüchtlinge** von der gefährlichen Überfahrt übers Mittelmeer - oder ganz von der Reise nach Europa abzuhalten. Also ein Beitrag für eine menschlichere **Flüchtlingspolitik** oder ein weiterer Baustein für die Festung Europa?

Dass bei der Rede von Flüchtlingslagern in Nordafrika trotzdem viele ablehnend reagieren, liegt in der Entstehungsgeschichte der Idee. 2004 nahm der damalige Innenminister Otto Schily (SPD) den ursprünglich britischen Vorschlag auf, EU-Beamte bereits in Afrika die Asylanträge von Flüchtlingen prüfen zu lassen. Anlass war damals die Rettung von Afrikanern aus dem Mittelmeer durch ein Schiff der Hilfsorganisation Cap Anamur, das die Menschen nach Italien brachte und dafür heftig kritisiert wurde. In Union und SPD fand Schilys Idee vereinzelt Zustimmung, ansonsten war die Ablehnung eindeutig - auch in der EU-Kommission: Es gehe nur darum, Flüchtlingen den Weg nach Europa zu versperren, so der Vorwurf.

Der heutige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat den Vorschlag nun aufgegriffen und findet mehr Verbündete: in Deutschland, europäischen Regierungen sowie in Brüssel. Das liegt an den gestiegenen Flüchtlingszahlen. Schätzungsweise 278.000 Menschen flohen vergangenes Jahr vor Armut oder Gewalt in die EU,

Europas Türsteher in Afrika Künftig sollen Flüchtlinge schon in Nordafrika ihren Asylantrag stellen, in speziellen Zentren der EU. Doch rechtlich ist das kaum m....

155 Prozent mehr als 2013. Die Grenzschutzagentur Frontex rechnet in diesem Jahr mit 500.000 bis zu einer Million Flüchtlingen, die allein über Libyen einreisen. Mit der Zahl der Flüchtlinge wächst auch die Zahl der Toten im Mittelmeer: Mehr als 3.000 Menschen waren es 2014, in diesem Jahr sind es nach UNHCR-Angaben bereits etwa 470 Opfer - im Vergleich zu 15 im Vorjahreszeitraum. Und die Hauptsaison für die Flüchtlingsboote geht mit den abnehmenden Winterstürmen bald erst richtig los.

Angesichts solcher Zahlen suchen Europas Politiker geradezu verzweifelt nach Lösungen, den Zustrom an Menschen steuern und begrenzen zu können und das weitere Sterben im Mittelmeer zu verhindern. Im Oktober diskutierte der Rat der Innen- und Justizminister die Idee der Asylzentren erstmals, neben Italien und Österreich konnte de Maizière auch den zuständigen EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos für die Idee begeistern. Auf ihrem Treffen im März beschloss der Rat dann "Maßnahmen der verbesserten Steuerung der Migrationsströme", mit denen die Einrichtung von Zentren in Nordafrika, dem Mittleren Osten und am Horn von Afrika möglich werden sollen. Unter Leitung des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR oder der Internationalen Organisation für Migration (IOM) soll dort informiert werden: Über Risiken und legale Einreisewege, "freiwillige Neuansiedlung" in anderen afrikanischen Staaten oder Landesteilen und "Rückkehrmaßnahmen" in die Heimat. Nach Angaben der EU-Kommission wird ein Pilotprojekt in Niger diskutiert. Aber noch sei keine Entscheidung gefällt, die Idee solcher Zentren ein "Langzeitprojekt". Avramopoulos soll bis zum Sommer den Vorschlag ausarbeiten. Dann will die EU-Kommission ohnehin eine Strategie zur Asylpolitik vorlegen, die legale Einwanderung ermöglichen, Menschenhandel bekämpfen, Grenzen effektiver überwachen und ein europäisches Asylsystem schaffen soll. Die Asylzentren könnten ein Teil dieser Strategie sein.

Ein ziemlich unausgegrenzter Teil allerdings. Denn selbst für die Befürworter steht die Idee solcher Zentren vor großen Hürden. Die für die Bundesregierung größte dürfte das deutsche Grundgesetz sein: "Der Antrag auf Asyl kann nur auf deutschem Boden gestellt werden", lautet der Kommentar aus dem Justizministerium, das neben dem Innenministerium und dem Auswärtigen Amt für das Thema zuständig sein soll. Bislang habe man aber nur aus der Presse von der Idee erfahren, heißt es im Justizministerium. Zwar könne man den Weg zum Asylantrag natürlich ändern, heißt es. Doch wegen dieser Hürde geht das Justizministerium eher davon aus, dass die Zentren nur der Beratung und Information von Flüchtlingen dienen sollen.

Auch die Grünen-Europaabgeordnete Ska Keller sieht Asylverfahren außerhalb der EU kritisch: "Die Anträge sind nicht überprüfbar oder anfechtbar vor Gerichten. Das lagert die Rechtssicherheit und den öffentlichen Druck aus", sagt die migrationspolitische Sprecherin. Und spricht ein weiteres Problem an, nämlich die Frage, in welchen Ländern solche Zentren eigentlich möglich sein sollen. Als ein Land werde auch Ägypten genannt. Die Regierung in Kairo solle dafür Geld bekommen. Da sie aber nicht die Einhaltung der Menschenrechte garantieren könne, sei das problematisch. Zudem erinnert Keller das an andere fragwürdige Kooperationen. "Libyens Diktator Gaddafi hat damals auch Geld bekommen, um Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Europa zu gelangen." Solange die Mitgliedstaaten nicht bereit seien, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, hätten die Lager nur einen Zweck: Flüchtlinge aus Europa draußen zu halten.

Der Konflikt um die Verteilung der Flüchtlinge ist ein Kampf, den die Bundesregierung seit Jahren führt. In der EU nimmt Deutschland mit Abstand am meisten Flüchtlinge auf und dringt deshalb auf einen neuen Verteilungsschlüssel, der auch Länder an den Außengrenzen wie Italien oder Griechenland entlasten soll. Das wäre auch Voraussetzung für ein gemeinsames Zentrum etwa in Nordafrika. Denn von dort müssten anerkannte Flüchtlinge ja irgendwo hingebraucht werden. Das bislang geltende Prinzip des Asylantrags im Land der Ankunft funktioniert dann nicht mehr.

Völlig offen ist zudem auch die Frage, wie ein solches Zentrum praktisch funktionieren könnte: sitzen dort Beamte aus jedem EU-Mitgliedsland? Oder allgemeine EU-Vertreter? Müsste ein EU-weiter Asylantrag geschaffen werden? Das in Deutschland zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kann sich immerhin vorstellen, Mitarbeiter in solche Zentren zu entsenden. Und auch grundsätzlich ist man der Idee wegen der dramatischen Flüchtlingslage nicht abgeneigt. Migrationszentren könnten eine Lösung sein, sagt BAMF-Chef Manfred Schmidt, "die sich aber nicht von heute auf morgen und nur gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten umsetzen lässt". Es gebe viele praktische und auch rechtliche Fragen, die geklärt werden müssten.

Europas Türsteher in Afrika Künftig sollen Flüchtlinge schon in Nordafrika ihren Asylantrag stellen, in speziellen Zentren der EU. Doch rechtlich ist das kaum m....

"Die Zentren wären eine Übergangslösung", sagt Monika Hohlmeier, die als Europaabgeordnete der CSU für das Thema zuständig ist. Der Vorschlag müsse als Baustein in einer Reihe von Maßnahmen betrachtet werden, die den weltweit rund 50 Millionen Flüchtlingen helfen und den Schlepperbanden das Handwerk legen sollen. "Es geht darum, den Menschen Hilfestellung zu geben, auch durch Neuansiedlung auf dem afrikanischen Kontinent, oder eben mit Informationen über legale Wege in die EU."

Die IOM ist bekannt für ihre "Rückführungsberatung"

Beratung und Abschreckung: Angesichts der enormen Hürden für ein tatsächliches Asylverfahren außerhalb Europas wird es in möglichen Zentren in Nordafrika vor allem um Information gehen. Über legale Wege nach Europa, und über die kriminellen Schlepper, die gefährliche Überfahrt, die schlechten Chancen auf Asyl - und über Alternativen und die Rückkehr in die Heimat. Darauf könnte die Beteiligung der IOM deuten, die auch in Deutschland für das BAMF die Beratung zur "freiwilligen Rückkehr" übernimmt. Die Organisation ist zwar für ihre Migrationsexpertise bekannt, wird aber für ihre Rückführungsberatung von Flüchtlingsorganisationen und Human Rights Watch für Verhinderung und Kontrolle von Migration im staatlichen Auftrag kritisiert. Auch die EU-Kommission will die IOM für die geplanten Asylzentren beauftragen, Wirtschaftsflüchtlinge von Asylberechtigten zu unterscheiden und ersteren "freiwillige Rückkehrpakete" anzubieten. Was das genau bedeutet, ob und wie viel Geld dabei fließen soll, ist unklar.

Beim ebenfalls als zuständig vorgesehenen UNHCR ist man auf Anfrage zwar offen für die Idee der Asylzentren, weist aber zugleich auf die Schwierigkeiten hin. Abkommen von Staaten der EU mit anderen Ländern müssten sich an internationales Recht halten, das gelte auch für die Angebote, die man schutzbedürftigen Flüchtlingen mache. UN-Flüchtlingskommissar António Guterres hat Mitte März einen Brief an die EU geschrieben, in dem er die zunehmende fremdenfeindliche Rhetorik in Europa kritisiert, an die Werte des Kontinents erinnert und konkrete Vorschläge für die Flüchtlingspolitik macht - jenseits von Asylzentren: Die EU solle ein Rettungsmission nach dem Vorbild von Mare Nostrum aufbauen und Reedereien entschädigen, wenn sie Menschen retten und dadurch Verluste machen. Außerdem müssten Flüchtlinge nach ihrer Ankunft besser unterstützt und die Last nicht auf einige wenige Länder Europas verteilt werden. Und schließlich seien Alternativen notwendig, wie das sogenannte Resettlement, humanitäre Visa, Studenten- und Arbeitsvisa. Das UNHCR wolle die EU dabei unterstützen.

Load-Date: April 7, 2015

BAMF missachtete Privatsphäre von Asylbewerbern; In Hamburg hat das Bundesamt für Migration mehrere Wochen lang Asylgespräche parallel in einem Raum geführt. Damit hat es gegen internationale Richtlinien verstoßen.

ZEIT-online

Dienstag 29. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylverfahren; Ausg. 49

Length: 412 words

Body

Flüchtlinge auf dem Weg in eine Erstaufnahmestelle in Baden-Württemberg

©Christoph Schmidt/dpa

In der Hamburger Außenstelle des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) ist es offenbar zu Verstößen gegen die Privatsphäre von **Asylbewerbern** gekommen. Das geht hervor aus einem Schreiben des Bundesinnenministeriums (BMI) an den **migrations-** und religionspolitischen Sprecher der Grünen, Volker Beck. Der Brief liegt ZEIT ONLINE vor. Beck hatte das Innenministerium im Oktober auf die möglichen Verstöße schriftlich aufmerksam gemacht.

In seiner Antwort bestätigt das Innenministerium, dass "ab Mitte September für etwa vier Wochen mehrere Anhörungen parallel in einem größeren Büro durchgeführt wurden". Die einzelnen Bereiche in denen Asylanhörungsverfahren liefen, seien durch Seitenwände abgetrennt gewesen. Dennoch standen diese in einem Raum in der BAMF-Außenstelle in der Spaldingstraße 74 in Hamburg.

Dieses Vorgehen sollte ermöglichen, "die Rückstände in der Verfahrensbearbeitung durch eine enorme personelle Aufstockung möglichst schnell abzubauen und so die Dauer der Asylverfahren zu verkürzen". Das BMI schreibt weiter, dass aktuell in einem Büro jeweils nur noch eine Anhörung stattfindet.

Volker Beck sagte ZEIT ONLINE, dieses Vorgehen sei durch die Abarbeitung von Rückständen bei den Asylverfahren nicht zu rechtfertigen. "BAMF und BMI müssen dafür sorgen, dass die Vertraulichkeit bei der Anhörung gewahrt wird", sagte Beck weiter. Für den Grünen-Politiker stellt die Anhörung mehrerer Asylbewerber in einem Raum ein massives Hindernis bei der Bewerbung um Asyl dar.

Richtlinie des UNHCR missachtet

"Nicht selten ist es für Asylsuchende schon in der bloßen Anwesenheit des Anhörers und des Sprachmittlers nicht einfach, die eigene Angst und Scham zu überwinden", sagte Beck. Angst und Scham könnten zur

BAMF missachtete Privatsphäre von Asylbewerbern In Hamburg hat das Bundesamt für Migration mehrere Wochen lang Asylgespräche parallel in einem Raum geführt. Da....

unüberwindbaren Hürde werden, wenn neben dem Anhörer und dem Sprachmittler "weitere Personen gegen den Willen der Asylsuchenden die Anhörung verfolgen können, ohne zur Verschwiegenheit verpflichtet zu sein."

Dass Asylbewerberverfahren ordnungsgemäß ablaufen, liegt für Beck im "öffentlichen Interesse." Ein solches Verfahren setzt laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die Privatsphäre und Vertraulichkeit der Betroffenen voraus. Die Regeln des UNHCR sind bei der Anwendung des internationalen Flüchtlingsrechts zu achten.

Load-Date: November 29, 2016

End of Document

Türkische Kurden beantragen vermehrt Asyl in Deutschland; In ihrer Heimat kämpfen Soldaten gegen die PKK, viele Kurden wollen dieser Gewalt entfliehen. Laut dem Bundesamt für Migration stellen immer mehr hier einen Asylantrag.

ZEIT-online

Freitag 5. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 33

Length: 429 words

Body

Eine Unterkunft für **Asylbewerber** in Mecklenburg-Vorpommern

© Stefan Sauer/dpa

Die wachsenden Spannungen in der Türkei veranlassen eine steigende Anzahl an Türken zur Beantragung von **Asyl** in Deutschland. Darüber berichtet der Berliner *Tagesspiegel* unter Berufung auf Zahlen des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf). Demnach war im ersten Halbjahr des laufenden Jahres die Zahl dieser **Asylanträge** beinahe so hoch wie im Jahr 2015 insgesamt.

Die Behörde registrierte von Januar bis Juni 1.719 Anträge von Türken, im vergangenen Jahr waren es insgesamt 1.767. Wie sich die Lage seit dem Putschversuch im Juli entwickelt hat, konnte das Bamf allerdings noch nicht sagen.

Die meisten Asylbewerber kamen den Angaben zufolge aus den Kurdengebieten der Türkei: Von den 1.719 Antragstellern in den ersten sechs Monaten seien 1.510 kurdischer Herkunft. Im Jahr zuvor waren demnach unter den 1.767 türkischen Asylbewerbern 1.428 Kurden. Viele kurdische Flüchtlinge aus der Türkei kämen wegen der Kämpfe in ihrer Heimat, hieß es laut *Tagesspiegel* im Bundesamt.

Trotz der gespannten Situation im Südosten der Türkei ist die Anerkennungsquote bei Asylanträgen deutlich gesunken: Laut Bamf wurden im ersten Halbjahr 5,2 Prozent der Anträge kurdischer Türken positiv beschieden. Bei Flüchtlingen aus der Türkei insgesamt seien es 6,7 Prozent gewesen.

Der jahrzehntelange Konflikt zwischen Türken und Kurden war nach einem schweren Anschlag der Terrormiliz "Islamischer Staat" gegen Kurden im Juli 2015 erneut eskaliert. Seit dem Ende des Waffenstillstands kam es im Südosten der Türkei vermehrt zu Zusammenstößen zwischen Kämpfern der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und der türkischen Armee, unter denen auch die Zivilbevölkerung leidet. Besonders stark betroffen sind die Städte Cizre und Silopi nahe der syrischen und irakischen Grenze sowie der Altstadtbezirk Sur der größten Stadt der Region, Diyarbakir. Die PKK, die auch in der EU und den USA als terroristische Organisation gilt, kämpft seit Jahrzehnten für mehr Autonomie.

Türkische Kurden beantragen vermehrt Asyl in Deutschland In ihrer Heimat kämpfen Soldaten gegen die PKK, viele Kurden wollen dieser Gewalt entfliehen. Laut dem

Der Kurdenkonflikt spielt auch eine große Rolle beim EU-Flüchtlingsabkommen. Eine der Bedingungen der Türkei ist die Visafreiheit für ihre Bürger. Dafür muss sie aber ihre Terrorgesetze den EU-Standards anpassen. Derzeit betrachtet die türkische Regierung allerdings all diejenigen als Terroristen, die kurdische Emanzipationsbestrebungen unterstützen. Das gilt auch für Kurden, die nicht Teil der PKK sind, sondern sich ausschließlich mit Worten gegen das türkische Regime wehren.

Load-Date: August 5, 2016

End of Document

Griechenland will Tausende Migranten zurückschicken; Die Rückführung in die Türkei ist Kern des EU-Flüchtlingsdeals, funktioniert aber nicht. Nun will die griechische Regierung mehr als 4.000 Menschen abschieben.

ZEIT-online

Freitag 17. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Türkei-Deal; Ausg. 26

Length: 552 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Die ersten **Migranten**, die am 4. April von der Insel Lesbos zurück in die Türkei geschickt wurden

© Aris Messinis/AFP/Getty Images

Mehr als die Hälfte der 8.400 **Migranten** auf den griechischen Inseln sollen in den nächsten Wochen in die Türkei gebracht werden. Das zumindest hat sich die griechische Regierung vorgenommen. "Es wäre ein Versagen, wenn innerhalb der nächsten anderthalb Monate diejenigen, die die Inseln verlassen müssen, das nicht tun", sagte der **Migrationsminister** Mouzalas.

Die Überführung in die Türkei ist ein zentrales Element des Abkommens, das die EU im März mit der türkischen Regierung getroffen hatte. Es sieht vor, alle Migranten, die aus der Türkei nach Griechenland gekommen sind, dorthin zurückzuschicken - wenn sie dort sicher sind. Allerdings sind seit Anfang April insgesamt erst 486 Menschen auf diesem Weg zurückgeschickt worden. Die vielen Tausend anderen sind noch auf den Inseln, weil sie Asylanträge gestellt haben, die erst einzeln geprüft werden müssen, bevor die Rückführung beschlossen werden kann.

Damit aber sind die griechischen Behörden seit Wochen überfordert, trotz Unterstützung durch Beamte und Polizisten aus anderen EU-Ländern. Griechenland war bis zu diesem Frühjahr lediglich eine Durchgangsstation für Flüchtlinge auf dem Weg nach Zentraleuropa, Asyl beantragt hat hier kaum jemand. Deshalb fehlen nun die Erfahrung und die Infrastruktur im Umgang mit diesen Anträgen.

Außerdem können die Antragsteller noch Einspruch erheben, wenn sie zurück in die Türkei geschickt werden sollen. In einigen Fällen haben sie bereits Recht bekommen, weil die zuständige Asylkommission der Regierung die Türkei nicht als sicheren Drittstaat eingestuft hat. Bisher gibt es erst für zwei syrische Migranten Rückführungsbeschlüsse - und beide klagen dagegen.

Griechenland will Tausende Migranten zurückschicken Die Rückführung in die Türkei ist Kern des EU-Flüchtlingsdeals, funktioniert aber nicht. Nun will die griech....

Die Tausenden von Flüchtlingen auf den Inseln werden größtenteils in geschlossenen Lagern untergebracht, die sie nicht verlassen dürfen. Weil viele dort seit Monaten auf engem Raum warten und die Bedingungen schlecht sind, kommt es immer wieder zu gewaltsamen Protesten in den Lagern.

EU hält ihren Teil nicht ein

Am Tag vor den Äußerungen des Ministers hatte das Parlament zwei Mitglieder in jenem Gremium ausgetauscht, das über angefochtene Asyl- und Rückführungsbeschlüsse entscheidet. Die neuen Mitglieder sind Richter. Zuvor hatte das Gremium aus einem Beamten, einem Vertreter des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, und einem vom griechischen Menschenrechtskomitee ausgesuchten Mitglied bestanden.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die Türkei sich nicht an europäische Standards im Umgang mit Flüchtlingen halte. Amnesty International hatte von Schüssen auf syrische Flüchtlinge an der Grenze durch das türkische Militär berichtet, die Regierung bestreitet das. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge in der Türkei lebt in staatlichen Lagern, die allermeisten schlagen sich selbst durch in den Städten des Landes.

Auch andere Teile des Abkommens funktionieren nicht wie geplant. So hatte die EU im Abkommen eigentlich angekündigt, mit der Umsiedlung von Syrern aus der Türkei in europäische Länder zu beginnen, wenn die Zahl der Ankommenden auf den griechischen Inseln deutlich zurückgegangen ist. Mittlerweile kommen kaum noch neue Flüchtlinge in Griechenland an, aber die Umsiedlungen haben bis jetzt nicht begonnen.

Load-Date: June 17, 2016

Zahl der Balkan-Flüchtlinge gesunken; Während die Zahl der Asylbewerber in Deutschland steigt, hat sich die Zahl der Flüchtlinge aus Balkanländern halbiert. Grund dafür soll eine Kampagne sein.

ZEIT-online

Donnerstag 3. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylbewerber; Ausg. 36

Length: 268 words

Body

Flüchtlinge überwinden den Grenzzaun zwischen Ungarn und Serbien.

© Sandor Ujvari/EPA/dpa

Die Zahl der **Flüchtlinge** aus Staaten des westlichen Balkans ist deutlich zurückgegangen. In der letzten Augustwoche kamen von dort nur noch 2.586 Menschen nach Deutschland, in der zweiten Juliwoche waren es noch 5.445 gewesen, berichtet der *Tagesspiegel* unter Berufung auf Zahlen aus dem Innenministerium. Damit hat sich die Zahl der **Asylbewerber** aus der Region in dem kurzen Zeitraum mehr als halbiert.

Bereits die Zahlen aus dem Juli deuteten auf einen Rückgang hin, berichtet die Zeitung weiter. Noch zu Beginn des Jahres seien allein aus dem Kosovo täglich mehr als 1.000 Menschen eingereist. Im ersten Halbjahr 2015 zählte das Bundesamt für Migration insgesamt etwa 80.000 Asylanträge aus dem Westbalkan.

Im Gegensatz zu den Zahlen aus den Balkanländern ist die Gesamtzahl der Flüchtlinge zwischen Juli und August deutlich gestiegen. Laut *Tagesspiegel* waren es in der zweiten Juliwoche knapp 18.000 und in der letzten Augustwoche etwa 26.000. Flüchtlinge aus dem Westbalkan machten dadurch nur noch etwa zehn Prozent aus. Zuvor war es knapp ein Drittel gewesen.

Für den Rückgang könnten Informationskampagnen der Bundesregierung und der betroffenen Regierungen verantwortlich sein, schreibt der *Tagesspiegel*. Die Bundespolizei etwa verbreitet ein Rückführungsvideo in Länder der Westbalkanstaaten. Auch das Bundesamt für Migration wirbt mit Anzeigen auf Facebook und in Zeitungen in Albanien und Serbien gegen eine Ausreise nach Deutschland.

Wie das Asylverfahren in Deutschland ist, zeigt das Video.

Load-Date: September 15, 2015

EU-Kommission fordert deutlich mehr Abschiebungen; Der EU-Migrationskommissar hat einen verwegenen Plan: Die Mitgliedsländer sollen Flüchtlinge besser verteilen - im Gegenzug dürfen sie schneller und häufiger abschieben.

ZEIT-online

Donnerstag 25. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 25

Length: 1086 words

Byline: Karsten Polke-Majewski

Body

Ein Blick in das Abschiebegefängnis in Eisenhüttenstadt

© Sebastian Bolesch

Tausche guten **Flüchtling** gegen schlechten **Flüchtling**. So lautet kurz gefasst der Deal, den EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos den europäischen Mitgliedsstaaten seit einigen Tagen anbietet. Es ist ein Notfallplan, ein letzter Versuch, die grundlegenden und schwungvollen Pläne der Kommission für eine neue europäische **Migrationspolitik** zu retten. Avramopoulos hat offenbar Sorge, dass die Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel an diesem Donnerstag wieder alles zerreden und es am Ende keinen Fortschritt gibt.

Der größte Streit dreht sich um die Frage, wie viele **Flüchtlinge** jedes EU-Land in Zukunft aufnehmen soll. Die Debatte wird seit Mitte April geführt, als vor der libyschen Küste bis zu 850 Menschen bei dem Versuch ertranken, das Mittelmeer in einem seeuntauglichen Schiff zu überqueren. Kurz nach dem Unglück legte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine **Migrationsagenda** vor, die nicht nur eine stärkere Seenotrettung von **Flüchtlingen** und die militärische Jagd auf die Schlepper vorsieht, sondern auch eine gerechtere Verteilung der **Asylbewerber** auf die Mitgliedsstaaten.

Die Kommission hat hierzu ein Quotensystem entwickelt, das sich an der Bevölkerungszahl, der Wirtschaftskraft, der Arbeitslosenquote und der bisherigen Aufnahmebereitschaft der Staaten orientiert. Die Quote soll zunächst nicht allgemein gelten. Vielmehr schlägt die Kommission vor, in einem ersten Notfallverfahren 40.000 Menschen zu verteilen, 24.000 aus Italien und 16.000 aus Griechenland. Der Vorschlag stieß prompt auf Widerstand, vor allem in Großbritannien und in einigen Staaten Osteuropas. Er gilt mittlerweile als kaum noch durchsetzbar.

Das jüngste Angebot von Migrationskommissar Avramopoulos lautet nun: Ihr nehmt die 40.000 Flüchtlinge nach dem Quotensystem auf - dafür verschärfen wir aber die Abschieberegeln und sorgen damit dafür, dass mehr Menschen Europa wieder schneller verlassen. So steht es zumindest in einem Brief, den Avramopoulos am 9. Juni

EU-Kommission fordert deutlich mehr Abschiebungen Der EU-Migrationskommissar hat einen verwegenen Plan: Die Mitgliedsländer sollen Flüchtlinge besser verteilen

an alle für Einwanderung zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten geschickt hat. Das Dokument liegt ZEIT ONLINE vor.

Der Kommissar schreibt darin: " *Efforts to increase the rate of return of irregular migrants should therefore be seen in conjunction with our renewed efforts to protect those in need, including the initiatives taken by the Commission on relocation and resettlement* ". Zu Deutsch: Die Anstrengungen, die die Kommission künftig unternehmen wird, um die Rate der Abschiebungen illegaler Migranten zu steigern, sollen in einem Zusammenhang gesehen werden mit dem Notaufnahmeprogramm der Migrationsagenda.

Zwei Gründe nennt Avramopoulos, die aus seiner Sicht für eine schärfere Abschiebepaxis sprechen: Europas Populisten könnte dadurch das Wasser abgegraben werden. Für die Flüchtlinge sei es wiederum ein abschreckendes Signal, dass Europa härter gegen illegale Migration vorgeht. Der Kommissar formuliert es in dem Dokument freilich feiner. Bisher, so schreibt Avramopoulos, könnten viele Flüchtlinge damit rechnen, dass sie nicht abgeschoben werden - selbst wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Diesen Migrationsanreiz müsse man den Menschen nehmen.

Von den Flüchtlingen, die kein Asyl bekommen hätten, seien im vergangenen Jahr europaweit nur 39 Prozent in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt worden, argumentiert der Kommissar. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern seien dabei gewaltig. Einige Staaten hätten bis zu 95 Prozent aller abgelehnten Asylbewerber abgeschoben, andere nur 15 Prozent. Die Kommission will nun ein *Return Handbook* auflegen, dass im September präsentiert wird und Empfehlungen, gute Beispiele und Richtlinien für Abschiebungen enthalten soll.

Eine effektive Abschiebepolitik sei außerdem wichtig, damit die Öffentlichkeit weiter die Aufnahme solcher Flüchtlinge unterstütze, die wirklich in Not seien, schreibt der Kommissar. Ganz explizit grenzt Avramopoulos so Kriegsflüchtlinge - etwa aus Syrien - von den sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen ab. Damit nimmt der Kommissar die Sorgen jener Länder auf, die sich mit wachsenden rechtspopulistischen Bewegungen konfrontiert sehen.

Konkret schlägt Avramopoulos zunächst vor, dass die Mitgliedsstaaten die Rate der freiwilligen Rückkehrer erhöhen. Dann jedoch sollen sie künftig stärker auf Zwangsmaßnahmen zurückgreifen. Die Länder sollen zum Beispiel sicherstellen, dass sich illegale Migranten nicht der staatlichen Kontrolle entziehen können. Jedem Einwanderer sollten deshalb sogleich Fingerabdrücke abgenommen werden. Wer als Asylbewerber abgelehnt wurde, soll (wie schon länger erlaubt) zudem bis zu sechs Monate inhaftiert werden, damit er sich der Abschiebung nicht entzieht - und sogar 18 Monate, wenn er nicht mit den Behörden kooperiert.

Der Kommissar empfiehlt den Mitgliedsstaaten außerdem, sich häufiger Hilfe von der Grenzschutzagentur Frontex zu holen. Frontex könne Teams abstellen, die bei der Identifizierung von Flüchtlingen helfen, und die Rückreise abgelehnter Asylbewerber organisieren. Schon heute werden illegale Migranten regelmäßig mit Charterflügen der Agentur in ihre Herkunftsländer zurückgebracht.

Außerdem will Avramopoulos Absprachen mit den Ländern Nordafrikas darüber treffen, dass sie abgelehnte Flüchtlinge zurücknehmen. Während die Ostflanke der EU durch Abkommen mit Russland, der Ukraine, den Balkan- und Kaukasusstaaten sowie der Türkei gut geschützt sei, gelte dies nicht für die Südflanke. Schließlich sollten Informationskampagnen in den Heimatländern der Migranten, vornehmlich in Afrika, vor der gefährlichen Reise nach Europa warnen und vermitteln, dass illegale Einwanderer schnell wieder nach Hause geschickt würden.

Alle diese und weitere Maßnahmen sind auch im *EU-Aktionsplan gegen die Flüchtlingsschleusung* enthalten, den die Kommission am 27. Mai vorgelegt hat. Darin wird explizit erwähnt, dass effektive Abschiebungen der Abschreckung weiterer Flüchtlinge dienen. Ob diese Maßnahmen allerdings das Ziel der Kommission befördern, die Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingsfrage für mehr Solidarität und geteilte Verantwortung zu gewinnen, wie es in der Migrationsagenda formuliert wird, lässt sich bezweifeln.

Haben Sie Informationen zu diesem Thema? Oder zu anderen Vorgängen in Politik und Wirtschaft, von denen Sie finden, dass die Öffentlichkeit sie erfahren sollte? Wir sind dankbar für jeden Hinweis. Dokumente, Daten oder Fotos können Sie hier in unserem anonymen Briefkasten deponieren.

EU-Kommission fordert deutlich mehr Abschiebungen Der EU-Migrationskommissar hat einen verwegenen Plan: Die Mitgliedsländer sollen Flüchtlinge besser verteilen

Load-Date: June 25, 2015

End of Document

Die Anträge stauen sich, die Flüchtlinge begehren auf; Griechenland hat die Abschiebungen in die Türkei ausgesetzt, die Asylbehörde muss Tausende Anträge bearbeiten. Doch mehr als 50 am Tag schaffen die Mitarbeiter nicht.

ZEIT-online

Donnerstag 7. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 16

Length: 903 words

Body

Flüchtlinge aus Afghanistan und Pakistan in einem Auffanglager auf der griechischen Insel Lesbos

© Milos Bicanski/Getty Images

Noch immer sitzen Tausende **Flüchtlinge** auf den griechischen Inseln fest. Allein auf Lesbos sind es inzwischen mehr als 3.500. Um ihre Abschiebung in die Türkei zu verhindern, haben die **Flüchtlinge** auf Lesbos und auf weiteren Inseln **Asylanträge** in Griechenland gestellt und stellen so die Behörden vor neue Probleme. Die griechische **Asylbehörde** verfügt nicht über ausreichend Personal, von den von der EU versprochenen **Asyl-** und Rechtsexperten sind erst 30 vor Ort. Basierend auf den Angaben des **Flüchtlingshilfswerks** der Vereinten Nationen (UNHCR) dürfte es so einige Monate dauern, um allein all die bislang gestellten **Asylanträge** zu bearbeiten.

#UNHCR gives newest stats on Refugees on #Lesvos: 3150 in Moria incl. 170 unaccompanied Minors, 425 in other camps. pic.twitter.com/NRVoJmzOli

- Lenz Jacobsen (@jalenz) 7. April 2016

So gehen sowohl die griechische Asylbehörde als auch die europäische Asylagentur davon aus, dass die zuständigen Beamten ab der kommenden Woche etwa 40 bis 50 Fälle pro Tag abschließen können. Allein für die Insel Lesbos bedeutet dies, dass es mindestens 12 Wochen dauern wird, bis die derzeit dort gestellten rund 3.100 Asylanträge bearbeitet sind - vorausgesetzt, die Mitarbeiter arbeiten sieben Tage die Woche, fallen nicht aus und lassen Asylanträge von neu ankommenden Flüchtlingen unberücksichtigt.

Selbst wenn die einzelnen Asylanträge in einem ersten Schritt schnell entschieden werden: Die Europäische Union hatte versprochen, dass sie auf Kollektivabschiebungen verzichten und jeden Fall einzeln prüfen will. Im Rahmen dieses Verfahrens haben die Flüchtlinge also auch die Möglichkeit, innerhalb von fünf Tagen Einspruch gegen ihren - womöglich negativen - Bescheid einzulegen. All diese Einsprüche müssen über ein Gericht in der Hauptstadt Athen laufen, was den Zeitplan der Behörden weiter verzögern dürfte. Die Flüchtlinge wiederum verzögern so ihre Abschiebung in die Türkei, sind aber zugleich in der Wahl ihres Rechtsbeistands arg eingeschränkt. Ihren Fall dürfen nur griechische Anwälte bearbeiten.

Die Anträge stauen sich, die Flüchtlinge begehren auf Griechenland hat die Abschiebungen in die Türkei ausgesetzt, die Asylbehörde muss Tausende Anträge bearbei....

All dieser Probleme sind sich auch die griechischen Behörden bewusst und wollen sich so mit der zweiwöchigen Aussetzung der Abschiebungen etwas Luft verschaffen. Der für Europaangelegenheiten zuständige griechische Vize-Außenminister Nikos Xydakis sagte, es sei "übertrieben" gewesen, anzunehmen, binnen weniger Tage könnten die Rückführungen umfassend beginnen. Bislang wurden am Montag die ersten rund 200 Flüchtlinge zurück in die Türkei gebracht.

Deutsche Mitarbeiter unterstützen Griechen

Sieben deutsche Asylexperten haben inzwischen ihre Unterstützungsarbeit in Griechenland aufgenommen. Laut dem Aufbauleiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Heiko Werner, helfen sie derzeit in Lesbos bei der Bearbeitung von Asylanträgen - als Teil eines 30-köpfigen Teams aus mehreren EU-Staaten. Über Asylanträge entscheiden dürfen die deutschen Mitarbeiter nicht, sie helfen lediglich bei der Vorbereitung der Entscheidungen. Die Verfahren seien denen in Deutschland inzwischen sehr ähnlich, sagt Werner.

Wenn das Pilotprojekt auf Lesbos erfolgreich verlaufe, sollten auch auf den anderen vier griechischen Inseln mit Camps für neu ankommende Flüchtlinge Asylexperten aus Deutschland und anderen EU-Mitgliedsländern eingesetzt werden.

Wie eine Anwältin den Insassen des Hotspots hier auf #Lesbos helfen will - und es mit der Bürokratie zu tun bekommt <https://t.co/tTbdKCLHsQ>

- Lenz Jacobsen (@jalenz) 5. April 2016

Werner sagte: "Die Kollegen, die hier ausgebildet werden, werden dann im Schneeballsystem auch dort entsprechende Stellen aufbauen." Die Personalrekrutierungen für weitere 30 Kollegen liefen gerade in Nürnberg. Bald sollen zudem zehn Dolmetscher aus Deutschland eintreffen.

Ultimatum an Flüchtlinge in Piräus

Derzeit sind etwa 52.000 Flüchtlinge in Griechenland gestrandet, weil Mazedonien und andere Balkanstaaten ihre Grenzen für sie geschlossen haben. Fast alle Migranten wollen weiter nach Mitteleuropa ziehen, campieren zu Tausenden in provisorischen Lagern und weigern sich, von dort in organisierte Auffanglager zu gehen. Nach Angaben von Reportern vor Ort hätten ihnen auch Aktivisten dazu geraten. Nur wenn die Welt ihr Elend sehe, hätten sie eine Chance, in anderen, reicheren EU-Ländern aufgenommen zu werden, soll ihnen gesagt worden sein.

Am größten Hafen des Landes in Piräus harren zurzeit rund 5.000 Menschen aus und haben von den griechischen Behörden nun ein Ultimatum gestellt bekommen. Sie hätten zwei Wochen Zeit, das Lager zu verlassen und in von der Armee errichtete Unterkünfte zu ziehen, hieß es seitens der Stadt. Falls die Menschen das Lager bis dahin nicht freiwillig verließen, werde es gewaltsam geräumt. Zuvor hatten Regierungsbeamte und Dolmetscher stundenlang versucht, die Menschen zum freiwilligen Umzug nach Nordgriechenland zu bewegen.

In Athen wiederum hat die Polizei Migranten daran gehindert, ein wildes Lager direkt vor dem Parlament zu errichten. Nach Angaben aus Polizeikreisen, nahmen Sicherheitskräfte am späten Mittwohabend im Zentrum der griechischen Hauptstadt rund 40 Flüchtlinge und andere Migranten vorübergehend fest. Hunderte andere Asylsuchende seien mit der Bahn nach Piräus zurückgeschickt worden.

Load-Date: April 7, 2016

Sitzt der Verfassungsschutz in Asylanhörungen?; Das Innenministerium ermöglicht dem Inlandsgeheimdienst einem Bericht zufolge die Teilnahme an Anhörungen von Asylbewerbern. Eigentlich sollte das Novum geheim bleiben.

ZEIT-online

Montag 12. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 51

Length: 1004 words

Body

ARCHIV - Ein Schild mit der Aufschrift 'Bundesamt für Migration und Flüchtlinge^a ist am 13.08.2015 neben einem Flüchtling aus Syrien auf dem Gelände der Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) zu sehen. Foto: Patrick Pleul/dpa (zu dpa 'Asylverfahren an Gerichten sollen beschleunigt werden^a vom 12.12.2015) +++(c) dpa - Bildfunk+++ | Verwendung weltweit

© Patrick Pleul/dpa

Das Bundesinnenministerium hat es dem Bundesamt für Verfassungsschutz offenbar ermöglicht, direkt an Interviews mit Asylbewerbern im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) teilzunehmen. Das berichtet das Rechercheportal netzpolitik.org unter Berufung auf ein entsprechendes Papier, das von Vertretern des Verfassungsschutzes bei einem Treffen mit Abgeordneten der Union und der SPD im Bundestag auf den Tisch gelegt worden sei. Darin schlägt das für den Inlandsgeheimdienst zuständige Bundesinnenministerium vor, dass man dem "parlamentarischen Raum" Folgendes kommunizieren solle: Aus Sicht des Ministeriums sei es wünschenswert, dass Bundesamt für Migration und der Verfassungsschutz (BfV) enger zusammenarbeiten, heißt es.

Und das nicht nur bei der Weitergabe von Asylakten, sondern viel direkter: Um islamistische Strömungen unter den Asylsuchenden besser zu erkennen und zu bewältigen, "ist eine maßvolle und anlassbezogene Teilnahme des BfV an Asylanhörungen geplant". Die Verfassungsschützer dürfen als Vertreter des Bundes an den Anhörungen von Asylbewerbern grundsätzlich teilnehmen, darauf weist das Bundesinnenministerium hin und so steht es im Gesetz. Dass dies bereits Praxis ist, bestätigt das Ministerium auf Nachfrage von ZEIT ONLINE indirekt: "Dass dies regelmäßig geschieht, lässt sich aus dem bloßen Vorhandensein dieser Rechtsgrundlage aber nicht ableiten."

Das Recht des Bundesverfassungsschutzes, an Anhörungen im Asylverfahren teilzunehmen, dient insbesondere dem Ziel der besseren Aufdeckung von islamistischen Strömungen im Asylbereich, sagte der Sprecher. Die gewonnenen Informationen seien keinesfalls nutzlos: Die vergangenen Monate hätten gezeigt, dass es einerseits

Sitzt der Verfassungsschutz in Asylanhörungen? Das Innenministerium ermöglicht dem Inlandsgeheimdienst einem Bericht zufolge die Teilnahme an Anhörungen von Asy....

keinen Anlass für einen Generalverdacht gegen Schutzsuchende gebe. Aber auch nicht für "eine Generalentlastung aller Asylsuchenden".

Weil die Rechtsgrundlage für eine Beteiligung der Verfassungsschützer nun mal besteht, "wurde daher vereinbart, dass der Verfassungsschutz anlassbezogen von der Teilnahmemöglichkeit Gebrauch macht", heißt es in dem Papier, aus dem *netzpolitik.org* zitiert.

In den Anhörungen beim Bamf erfragen die Mitarbeiter der Migrationsbehörde die Beweggründe für die Flucht und versuchen sich ein Bild von der Situation des Asylbewerbers zu machen, um über den Antrag entscheiden zu können. Der Entscheider des Bundesamtes wird durch einen Dolmetscher unterstützt. Mitunter sitzt noch ein Anwalt des Bewerbers am Tisch. Geheimdienstmitarbeiter waren nie direkt beteiligt.

Bisher hatte der deutsche Auslandsgeheimdienst BND versucht, von den Asylbewerbern Informationen über möglicherweise gefährliche Personen zu erhalten. Dazu unterhielt die Behörde jahrelang eine sogenannte Befragungsstelle, in der sie auch Flüchtlinge einbestellte und in einigen Fällen sogar in Deutschland tätige US-Geheimdienstler teilnehmen ließ. Das Bundesamt übermittelte dafür anhand eines sehr weit gefassten Kriterienkatalogs die Namen möglicherweise interessanter Asylbewerber an den Nachrichtendienst, der diese dann separat befragte. Zeitweise soll das Bundesamt dem Nachrichtendienst auch Interviewprotokolle zugeschickt haben. Die Existenz der Befragungsstelle war lange unbekannt. Sie wurde erst 2013 durch einen Medienbericht enttarnt, als ihre Auflösung schon beschlossen war.

Nach der Festnahme des syrischen Terrorverdächtigen Jaber al-Bakr, der einen Anschlag auf den Berliner Flughafen Tegel geplant haben soll, hatten Politiker eine engere Einbindung der Sicherheitsdienste in die Anhörung von Flüchtlingen gefordert. Entsprechend begründeten auch die Vertreter des Innenministeriums laut *netzpolitik* ihren Vorstoß am 20. Oktober im Bundestag, zehn Tage nach der Festnahme Al-Bakrs.

Das Innenministerium war sich der Brisanz seines Vorstoßes sehr wohl bewusst und kündigte an, darüber nichts Schriftliches im Bundestag zu kommunizieren. Da es sich um ein sensibles Thema handle und der Vorwurf der Bespitzelung von Flüchtlingen erhoben werden könnte, "wird eine nur mündliche Informationsweitergabe im Rahmen eines Berichterstattergesprächs vorgeschlagen", heißt es in dem Papier.

Begonnen werden sollte möglichst schnell. Schon ab Kalenderwoche 41, heißt es weiter - also der Woche, in der die Festnahme al-Bakrs stattfand und damit zehn Tage vor dem Gespräch mit den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen.

Schweigen als Bestätigung?

Die Opposition wurde laut *netzpolitik.org* übrigens völlig im Unklaren gelassen, auch auf Nachfrage hin habe man sie nicht einbezogen, heißt es. Die Bundesregierung gibt demnach auf formelle Anfragen der Opposition auch keine Auskunft zu der Zusammenarbeit von Bundesamt und Verfassungsschutz, "aus Gründen des Staatswohls". Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke sieht das Schweigen als Bestätigung. "Denn eine wahrheitsgemäße Verneinung wäre wohl kaum als staatswohlgefährdend zu werten", sagte sie.

Der Bundesnachrichtendienst befragt Asylsuchende trotz der Auflösung seiner Befragungsstelle jetzt wieder. Laut *netzpolitik.org* hat es seit Oktober 2015 insgesamt 29 derartige Gespräche gegeben. Ausländische Geheimdienstler sind demnach nicht mehr dabei, zumindest nicht vor Ort. Die Zahl der Fälle, die die Behörde an den Auslandsgeheimdienst weitergab, verdreifachte sich seit 2015 - überproportional zur Zunahme der Asylanträge.

Um die Zusammenarbeit zu erleichtern, unterhalten beide Geheimdienste im Gebäude dem Bericht zufolge Büros im Bundesamt für Migration. Beim Bundesnachrichtendienst teilten sich zwei Mitarbeiter eine Vollzeitstelle, heißt es. Auch der Verfassungsschutz ist vertreten.

Sitzt der Verfassungsschutz in Asylanhörungen? Das Innenministerium ermöglicht dem Inlandsgeheimdienst
einem Bericht zufolge die Teilnahme an Anhörungen von Asy....

Load-Date: December 12, 2016

End of Document

Bamf darf Abschiebungen in andere EU-Länder anordnen; Flüchtlinge, die Asyl schon in einem anderen EU-Land beantragt haben, können abgeschoben werden. Eine Ankündigung der Abschiebung ist laut Urteil nicht notwendig.

ZEIT-online

Donnerstag 17. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Dublin-Verfahren; Ausg. 38

Length: 467 words

Body

Asylbewerber Wertheim (Baden Württemberg)

© Karl-Josef Hildenbrand /dpa

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** darf bei **Asylbewerbern**, die unter die Dublin-Regelung der EU fallen, weiter Abschiebungen anordnen. Das betrifft **Asylbewerber**, die in das EU-Land zurückkehren müssen, das sie bei ihrer Flucht als Erstes betreten haben. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschied, dass die Anordnung der Abschiebung gegen zwei **Asylbewerber** aus Pakistan den europäischen und nationalen Vorschriften entsprach. Eine vorherige Androhung der Abschiebung war demnach nicht notwendig. Nach einer Androhung hätten die Betroffenen bis zu 30 Tage Zeit, freiwillig auszureisen.

Die beiden Pakistaner waren über Ungarn und Italien nach Deutschland eingereist, hatten aber schon dort Asylverfahren begonnen. Laut geltendem Recht müssen damit diese Staaten über die Anträge entscheiden. Geregelt ist dies durch das Grundgesetz, EU-Bestimmungen und das sogenannte Dublin-Abkommen.

Auf Anfrage der deutschen Behörde hatten Italien und Ungarn keine Einwände gegen eine Wiederaufnahme der Pakistaner erhoben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte daraufhin die in Deutschland gestellten Asylanträge für unzulässig erklärt und die Abschiebung nach Italien und Ungarn angeordnet.

Die Richter ließen aber auch eine Ausnahme zu: Sofern die freiwillige Ausreise gesichert ist, der Betroffene etwa Eigeninitiative zeigt, muss die zuständige Ausländerbehörde das ermöglichen, urteilten sie. Dies gelte aber lediglich in Einzelfällen.

2014 gab es laut Pro Asyl mehr als 35.000 Fälle, wo das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen anderen Staat für zuständig hielt. Etwa jeder fünfte Asylbewerber war davon betroffen. In mehr als 27.000 Fällen erklärten sich die angefragten Staaten einverstanden. Abgeschoben wurden 4.772 Personen.

Die meisten Übernahmeanfragen stellten die deutschen Behörden an das bereits stark belastete Italien. An zweiter und dritter Stelle folgen Bulgarien und Ungarn.

Bamf darf Abschiebungen in andere EU-Länder anordnen Flüchtlinge, die Asyl schon in einem anderen EU-Land beantragt haben, können abgeschoben werden. Eine Ankün....

Generell strebt die Bundesregierung an, abgelehnte Asylbewerber schneller zur Rückkehr zu bewegen. Sie entspricht damit auch Forderungen der Länder und Kommunen, die auf Entlastung für ihre überfüllten Unterkünfte und Notquartiere hoffen. Erreichen will sie das offenbar auch, indem sie die Bedingungen für Flüchtlinge härter gestaltet: Pro Asyl verbreitete einen Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums, demnach Asylsuchende, für die Deutschland nicht zuständig ist, starke Leistungskürzungen hinnehmen müssen. Es gibt nur noch Proviant und Geld für die Rückfahrt. Auch soll allgemein schneller abgeschoben werden: Wer die Frist von bis zu 30 Tagen für eine Ausreise verstreichen lässt, soll ohne Ankündigung außer Landes gebracht werden können. Man will so vermeiden, dass abgelehnte Asylbewerber abtauchen.

Load-Date: September 17, 2015

End of Document

Kampagne gegen das Ziel Deutschland; Das Bamf wirbt in Albanien und Serbien mit Anzeigen auf Facebook gegen eine Ausreise nach Deutschland.
Ein Argument: 99,8 Prozent der Asylanträge werden abgelehnt.

ZEIT-online

Dienstag 11. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Ausg. 32

Length: 405 words

Body

Diese **Flüchtlinge** aus Serbien wollen über Budapest weiter nach Deutschland reisen.

© Kathrin Lauer/dpa

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) hat eine weitere Aktion gestartet, um Menschen aus dem Balkan abzuschrecken, die in Deutschland **Asyl** beantragen wollen: Facebook-Nutzer in Albanien und Serbien sehen eine Woche in der jeweiligen Landessprache diesen Text: "Der Chef der **Flüchtlingsbehörde** in Deutschland, Manfred Schmidt, erklärt: 'Antragsstellende aus den Ländern Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Albanien, Mazedonien und Montenegro haben fast keine Aussicht auf **Asyl** in Deutschland. 99,8 Prozent der **Asylanträge** aus diesen Ländern werden vom Bundesamt abgelehnt.'"

Vergangene Woche hatte die Behörde mit einem Abschreckungsvideo Aufsehen gemacht, das mögliche Asylbewerber aus Westbalkanstaaten davon abhalten soll, aus ihren Heimatländern nach Deutschland aufzubrechen.

Schmidt wird in der Facebook-Anzeige mit dem Vorhaben zitiert, abgelehnte Flüchtlinge schneller als bislang auszuweisen beziehungsweise abzuschieben. "Außerdem wird Deutschland von nun an für abgelehnte Asylsuchende Wiedereinreisesperren für die ganze EU und Aufenthaltsverbote verhängen können." Zuletzt heißt es noch, Deutschland diskutiere darüber, Flüchtlingen vom Balkan deutlich weniger Bargeld auszuzahlen als bisher.

Im ersten Halbjahr 2015 zählte das Bundesamt nach eigenen Angaben etwa 80.000 Asylanträge aus dem Westbalkan. Sehr viele Menschen aus diesen Ländern kämen mit falschen Erwartungen nach Deutschland und stellten aussichtslose Asylanträge, teilte die Behörde mit. Die Schutzquote für Anträge vom Westbalkan liege bei unter einem Prozent. Mit der neuen Pressearbeit wolle man die Menschen im Herkunftsland über die schlechten Aussichten ihres Asylantrags informieren.

Die Anzeige des Bamf auf Albanisch

© BAMF

Kampagne gegen das Ziel Deutschland Das Bamf wirbt in Albanien und Serbien mit Anzeigen auf Facebook gegen eine Ausreise nach Deutschland. Ein Argument: 99,8 Pr....

Auch in sechs albanischen Zeitungen hatte das Bundesamt Anzeigen geschaltet. Darin sei "vor Geschäftemachern gewarnt worden, die aus Profitgier Lügen über Asylgewährung, Arbeitsstellen und Wohnungen in Deutschland verbreiten". Ziel der Pressearbeit in Ländern wie Bosnien, Mazedonien, Montenegro oder dem Kosovo sei es, die Asylanträge aus dem Westbalkan zu reduzieren. Dazu würden die Verfahren aus dieser Region in Deutschland mit höchster Priorität bearbeitet. Seit Anfang Juli hat das Bundesamt eigenen Angaben nach bereits über deutlich mehr als 5.000 Asylanträge aus Albanien entschieden.

Load-Date: August 11, 2015

End of Document

Weniger Geflüchtete als angenommen?; Über eine Million Flüchtlinge sollen 2015 nach Deutschland gekommen sein. Neue Zahlen der Bundesregierung legen nahe, dass nur 600.000 geblieben sind. Wie kommt das?

ZEIT-online

Samstag 12. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 12

Length: 538 words

Byline: Tina Groll

Body

Efrah Abdullahi Ahmed aus Somalia schaut aus der Küche der Asylunterkunft in Vossberg, um nach ihrer Tochter zu sehen.

© Sean Gallup/Getty Images

Mehr als eine Million **Flüchtlinge** sollen im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen sein - diese Zahl wird immer wieder kolportiert. Doch es gibt Zweifel an dieser Angabe, wie die *taz* in ihrer Wochenendausgabe berichtet. Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden **Flüchtlinge** sei 2015 weniger stark gestiegen als angenommen. Die Zeitung beruft sich dabei auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei im Bundestag.

Richtig ist zwar, dass zum Jahresende 1,25 Millionen Menschen als Flüchtlinge in Deutschland lebten. Allerdings gab es schon ein Jahr davor 627.000 Menschen mit diesem Status. Damit wäre die Zahl der Geflüchteten 2015 also nur um 600.000 und nicht etwa um über eine Million gestiegen.

Woher kommt diese Zahl? Sie bezieht sich auf die Easy-Registrierung (Erstverteilung für Asylbewerber): Darin werden alle Flüchtlinge gezählt, die die Grenze überschritten haben. Demnach kamen im vergangenen Jahr 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland. Doch ob sie auch hier blieben, darüber sagt diese Zahl nichts aus.

Fakt ist: Von den insgesamt 1,25 Millionen in Deutschland lebenden Flüchtlingen waren zum Jahresende 950.000 Menschen entweder asylberechtigt, hatten bereits ein laufendes Asylverfahren oder einen Duldungsstatus. 300.000 weitere hatten noch keinen Asylantrag gestellt - auch weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) mit der Bearbeitung der Anträge zeitweilig nicht hinterherkam.

Die Gründe für die verschiedenen Zahlen könnten mit der unzureichenden Registrierung einerseits und der Weiterreise von Flüchtlingen andererseits zu tun haben: Laut Bamf seien viele Geflüchtete, die an der Grenze registriert wurden, in andere Länder weitergereist. Daher haben sie auch keinen Asylantrag gestellt. In Schweden kamen 2015 beispielsweise etwa 160.000 Asylsuchende an. Die meisten von ihnen dürften Deutschland

Weniger Geflüchtete als angenommen? Über eine Million Flüchtlinge sollen 2015 nach Deutschland gekommen sein. Neue Zahlen der Bundesregierung legen nahe, dass n....

durchquert haben. Andere seien in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt, wieder andere wurden bereits wieder abgeschoben, wenige eingebürgert und viele wiederum schlicht doppelt erfasst worden.

Nur jeder Zweite bekommt Asyl

Auffällig ist jedoch, dass die Zahl der Antragsteller, die einen Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention erhielten, von 109.000 Ende 2014 auf 211.000 Ende des vergangenen Jahres stieg. Nach Angaben des BAMF erhielten 2014 etwa 25 Prozent der Antragsteller Asyl oder einen Flüchtlingsstatus, 2015 waren es 48 Prozent. Von den 350.000 laufenden Asylverfahren zum Jahresende 2015 dürften also weniger als die Hälfte der Antragsteller auch Asyl bekommen und in Deutschland bleiben. Auch das zeigt: Die Zahl der hier bleibenden Flüchtlinge ist geringer als angenommen.

Unterdessen zeigt auch die restriktive Grenzpolitik der EU-Länder Wirkung. Es kommen kaum noch Flüchtlinge nach Deutschland. Erst kürzlich hatten sich die Europäische Union und die Türkei auf ein Grundgerüst zur Lösung der Flüchtlingskrise geeinigt: Die Türkei soll illegale Migration in Richtung Griechenland stoppen. Die EU will Flüchtlinge aus der Türkei übernehmen. Ende kommender Woche ist ein erneuter EU-Gipfel geplant.

Load-Date: March 12, 2016

Bamf-Mitarbeiter sehen "systemische Mängel" in Asylverfahren; Als Syrer gilt, wer angibt, Syrer zu sein. Dieses Verfahren beklagt der Personalrat des Bundesamts für Migration. Die Leitung wehrt sich gegen die Mitarbeiter-Vorwürfe.

ZEIT-online

Donnerstag 12. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 46

Length: 478 words

Body

Asylbewerber stehen vor einer Einrichtung des Bundesamtes für **Migration** in Berlin-Spandau.

© Stefanie Loos/Reuters

Die Mitarbeiter des Bundesamts für **Migration** (Bamf) beklagen eine Abkehr von rechtsstaatlichen Prinzipien bei den beschleunigten **Asylverfahren** für bestimmte **Flüchtlingsgruppen**. Die "massenhafte Entscheidungspraxis" bei Syrern, Eritreern, Irakern und **Flüchtlingen** vom Balkan wiesen "systemische Mängel" auf, schrieben die Personalräte in einem offenen Brief an Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise.

Die inzwischen umgesetzten Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung seien mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht vereinbar, heißt es darin. Unterzeichnet ist die Mitteilung von zwei Personalräten.

Im Wesentlichen kritisieren die Verfasser den angeblichen Verzicht auf eine Identitätsprüfung sowie die viel zu schnelle Ausbildung der neuen Entscheider. Diese müssten nach nur wenigen Tagen "massenhaft Bescheide" erstellen. "Kolleginnen und Kollegen der Bundesagentur für Arbeit, Praktikanten und abgeordnete Mitarbeiter/innen anderer Behörden" würden nach einer drei- bis achttägigen Einarbeitung zu Entscheidern. Das heißt, sie gestehen den Asylsuchenden ihren Status zu oder verweigern ihn.

Als Syrer gelte für das Bundesamt, wer sich selbst als solcher bezeichne und das von einem Dolmetscher bestätigt werde. Die Übersetzer seien zwar dazu angehalten, Text und Sprache der Bewerber einzuschätzen, aber weder Mitarbeiter der Behörde noch vereidigt.

Die fehlende Identitätsprüfung führe dazu, dass "ein hoher Anteil von Asylsuchenden" eine falsche Identität angebe, um eine Bleibeperspektive zu erhalten, samt Möglichkeit des Familiennachzugs. "Der Wegfall der Identitätsprüfung erleichtert auch das Einsickern von Kämpfern der Terrormiliz IS nach Mitteleuropa und stellt ein erhöhtes Gefährdungspotenzial dar", kritisieren die Autoren.

Bamf-Leitung weist Kritik zurück

Bamf-Mitarbeiter sehen "systemische Mängel" in Asylverfahren Als Syrer gilt, wer angibt, Syrer zu sein. Dieses Verfahren beklagt der Personalrat des Bundesamts

Die Leitung des Bundesamtes nehme die Sorgen der Beschäftigten ernst, sagte eine Sprecherin des Amtes ZEIT ONLINE. Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit der Verfahren weise man aber zurück. Die Behauptung, es werde auf eine Identitätsprüfung verzichtet, sei nicht richtig, sagte die Sprecherin. Alle Antragsteller würden erkenntnisdienlich behandelt. Unter anderem würden Fingerabdruckdaten auf vielfältige Art und Weise mit Datenbanken abgeglichen. Auch die Kritik an Dolmetschern sei unangebracht, sie alle würden Sicherheitsüberprüfungen unterliegen.

Zur Kritik, die Mitarbeiter würden unzureichend geschult, teilte das Bamf mit: "Die im offenen Brief angesprochenen dreitägigen Schulungsmaßnahmen betrafen ausschließlich Kollegen, die in der Vergangenheit langjährig als Entscheider im Einsatz waren und aufgrund ihrer letzten, anderen Verwendung lediglich einer kurzen Auffrischung bedurften."

Die jüdische Gemeinde in Berlin hat einen Aktionstag für syrische Flüchtlinge organisiert, ein Video:

Load-Date: November 12, 2015

End of Document

EU will 40.000 Flüchtlinge verteilen; Aus dem geplanten Kontingent müsste Deutschland mehr als 5.000 Flüchtlinge aufnehmen. Zunächst will die EU-Kommission die Verteilung von Migranten erproben.

ZEIT-online

Dienstag 12. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Quotenregelung; Ausg. 19

Length: 347 words

Body

Ein Boot der libyschen Küstenwache hat Hunderte **Flüchtlinge** aufgenommen.

© Ismail Zitouny/Reuters

Die EU-Kommission will einem Bericht zufolge 40.000 **Flüchtlinge** anhand einer neuen Quotenregel auf die Mitgliedstaaten verteilen. Der Verteilungsschlüssel für **Asylbewerber** soll ab sofort in einem Pilotprojekt getestet werden, berichtet die *Süddeutsche Zeitung*.

Die Kriterien für die Anzahl der Flüchtlinge, die jedes Land aufnehmen soll, richteten sich nach Bevölkerungszahl, Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquote. Bis Ende Mai wolle die Kommission einen Gesetzesvorschlag zu der Quotenregelung vorgelegen, bis Ende des Jahres könne dieser beschlossen und umgesetzt werden.

Die von der Kommission vorgeschlagene Zahl setzte sich laut dem Bericht wie folgt zusammen: 20.000 Menschen sollen aus der Gruppe der in Europa gelandeten Migranten stammen, weitere 20.000 aus Krisengebieten wie Syrien. Deutschland müsse von diesem Kontingent mehr als 5.000 Menschen aufnehmen, die baltischen Staaten je etwa 300, Italien etwa 4.000. Mit dem Quotensystem würde sich Europa von der bisherigen Flüchtlingspolitik verabschieden, heißt es in dem Bericht.

Bislang müssen alle Flüchtlinge nach der Dublin-Verordnung in dem Land Asyl beantragen, in dem sie ankommen. Dies führt zu einer überdurchschnittlichen Belastung der Mittelmeer-Anrainer wie Italien, Griechenland und Malta. Auf einem EU-Sondergipfel im vergangenen Monat hatten die Staats- und Regierungschefs in Brüssel über eine Quotenregelung gesprochen. Deutschland unterstützt diesen Vorschlag, Länder wie Großbritannien, Polen und Ungarn lehnen ihn ab.

Am Montag hatte eine Sprecherin von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker klargestellt, dass die Dublin-Verordnung auch bei einer neuen Quotenregelung Bestand haben solle. "Dublin ist nicht tot", sagte sie.

Am Mittwoch will die EU-Kommission ihren Migrationsbericht verstellen, der neben einem Quotensystem für die Verteilung von Flüchtlingen auch Vorschläge zu legalen Wegen in die EU, zum Kampf gegen Schmuggler und zum EU-Programm Triton beinhalten soll.

EU will 40.000 Flüchtlinge verteilen Aus dem geplanten Kontingent müsste Deutschland mehr als 5.000 Flüchtlinge aufnehmen. Zunächst will die EU-Kommission die V....

Load-Date: May 12, 2015

End of Document

Deutschland wird wieder jung; Die Flüchtlinge sind jung und arbeitsfähig. Aber haben sie auch genau die Qualifikationen, die Deutschland zurzeit braucht?

ZEIT-online

Dienstag 15. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Demografie; Ausg. 37

Length: 1339 words

Byline: Nadine Oberhuber

Body

Sie sind jung und suchen Arbeit. Ein **Flüchtling** lernt Deutsch im Integrationskurs.

© Marijan Murat / dpa

Bisher war viel von Überalterung und Schrumpfung die Rede, wenn es um Deutschlands demografische Zukunft geht. Die Alten werden immer älter, die Jungen bekommen zu wenige Kinder. Eine riesige Herausforderung für die deutschen Sozialsysteme.

Doch inzwischen hat sich das Bild komplett geändert. Auf einen Schlag kommen sehr viele Menschen nach Europa - und sie sind mehrheitlich jung: Knapp 80 Prozent aller **Flüchtlinge**, die in diesen Tagen die EU erreichen, sind jünger als 35 Jahre. Menschen, die älter als 50 Jahre sind, muss man fast mit der Lupe suchen. Insgesamt, so hat die Statistikbehörde der Europäischen Union errechnet, drücken die **Asylsuchenden** den Bevölkerungsschnitt in der EU um 6,5 Jahre von durchschnittlich 41,2 Jahren auf 34,7 Jahre.

So jung war Europa schon lange nicht mehr.

Den Behörden fehlen Daten zur Qualifikation

Vor allem diejenigen, die sich aus afrikanischen Bürgerkriegsgebieten nach Deutschland retten, sind oft gerade erst erwachsen geworden. Wer es aus Eritrea nach Deutschland schafft, ist laut den Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in aller Regel zwischen 18 und 25 Jahren alt, häufig erst 17 bis 19. Syrer - die den größten Teil der Flüchtlinge stellen - sind im Schnitt ein paar Jahre älter, zwischen 20 und 29 Jahre alt. Die Balkan-Flüchtlinge wiederum bringen, verglichen mit den Zuwanderern aus anderen Herkunftsländern, sehr oft kleine Kinder mit.

Die Neuankömmlinge sind also nicht nur sehr jung. Mehr als zwei Drittel von ihnen sind auch im arbeitsfähigen Alter, sagt die Statistik. Das freut besonders Volkswirte, die sagen, dass die zusätzlichen Arbeitskräfte das deutsche Rentensystem entlasten würden. Arbeitgeberverbände, Unternehmensnetzwerke und Industrie- und Handelskammern versprechen sich von den Zuwanderern, dass sie die Lücken auf dem Arbeitsmarkt schließen,

Deutschland wird wieder jung Die Flüchtlinge sind jung und arbeitsfähig. Aber haben sie auch genau die Qualifikationen, die Deutschland zurzeit braucht?

die der demografische Wandel reißt. Es fehlt insbesondere an Ingenieuren und Fachkräften im Gesundheits- und Pflegebereich.

Doch können die Flüchtlinge wirklich dieses Loch stopfen? Noch sind die Wirtschaftsforschungsinstitute da uneins. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung ist optimistisch. "Migranten könnten mithin dazu beitragen, dass sich die Wachstumsperspektiven Deutschlands verbessern", schrieben die RWI-Forscher in ihrer Herbstprognose. Das Ifo-Institut in München ist dagegen skeptisch und warnt, dass Einwanderung zu einem Verlustgeschäft werden könnte. "Deutschland zieht nicht gerade die am besten ausgebildeten Migranten an", urteilt Ifo-Chef Hans-Werner Sinn.

Wer nun recht hat, lässt sich kaum eindeutig beantworten. Denn es gibt noch eine andere Lücke - sie klafft in der Statistik. Bisher erfasst keine Behörde zuverlässig, welche schulische und berufliche Qualifikation die Menschen haben, die hier Asyl suchen.

Immerhin verfügt das Bamf über die freiwilligen Angaben der Flüchtlinge. Doch Schul- und Berufsausbildungen aus anderen Ländern sind nur bedingt mit den deutschen Standards vergleichbar. Das grobe Bild sieht so aus: Von den Neuankömmlingen hat fast ein Fünftel mindestens ein angefangenes Universitätsstudium vorzuweisen. Jeder Dritte hat eine Berufsausbildung, die einem hiesigen Facharbeiter entspricht, und immerhin 88 Prozent haben eine Schule besucht.

Das klingt zunächst einmal gar nicht so schlecht. Allerdings kann man natürlich auch argumentieren, dass demnach knapp die Hälfte der Neuankömmlinge weder eine Berufsausbildung noch ein Studium vorzuweisen hat. Das Alter der Flüchtlinge relativiert allerdings diesen Umstand. Und viele waren monate-, wenn nicht jahrelang unterwegs und hatten schlicht nicht die Chance, eine Ausbildung zu beenden.

Zudem ist es längst nicht so, als würden hierzulande nur Überflieger gebraucht. Im Gegenteil: Ein Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), der die Chancen der Asylsuchenden auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgelotet hat, stellt fest: "In den vergangenen vier Jahren wurden in Deutschland rund eine Million neue Beschäftigungsverhältnisse für Ausländer in Branchen wie der Gastronomie, der Landwirtschaft, der Pflege und in anderen Dienstleistungen geschaffen, die häufig keine formale Ausbildung voraussetzen. Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat hier offenbar gegenwärtig eine hohe Nachfrage."

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist also da. Aber trifft sie tatsächlich auch auf ein Angebot? Eine Zahl macht nachdenklich: Langfristig fanden bisher rund 55 Prozent der Flüchtlinge eine Arbeit, so ermittelte das IAB aus Daten des Sozio-Ökonomischen Panels. Es erfasste in einer Stichprobe die Daten von Ausländern, die zwischen 1985 und 2005 als Flüchtlinge in die Bundesrepublik eingereist sind. Das IAB stellt fest: Langfristig gesehen arbeiten Flüchtlinge seltener als Migranten, die über normale EinreiseprozEDUREN ins Land kommen. Diese haben nach ein paar Jahren sogar zu 75 Prozent eine Arbeitsstelle.

Lange Asylverfahren erschweren die Arbeitssuche

Das arbeitgebernahe Institut für deutsche Wirtschaft (IW) in Köln kommt daher zu dem Schluss, dass Flüchtlinge zwar "einen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland leisten" könnten - jedoch nicht im gleichen Maße wie Zuwanderer, die in anderen Kontexten ins Land gekommen seien. An einem gezielten Anwerben von Fachkräften käme Deutschland daher nicht vorbei.

Vor allem unter den Bürgerkriegsflüchtlingen sind die Erwerbstätigenzahlen gering, nur jeder dritte arbeitet bereits nach kurzer Zeit. Unter den Syrern ist es nur jeder Sechste. Allerdings liegt das auch an einer verzerrten Statistik: Die Asylverfahren vieler Flüchtlinge dauern extrem lang - der laufende Prozess erschwert die Arbeitssuche.

Deutschland wird wieder jung Die Flüchtlinge sind jung und arbeitsfähig. Aber haben sie auch genau die Qualifikationen, die Deutschland zurzeit braucht?

Obwohl die Statistik des Bamf den syrischen Flüchtlingen bescheinigt, im Vergleich zu anderen Asylsuchenden besonders gut gebildet zu sein, haben sie schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge vom Westbalkan. Deren Arbeitsquote liegt schnell bei 40 bis 50 Prozent.

Größte Hürde: Deutschkenntnisse

Woran das liegt? In erster Linie an der Sprachbarriere, sagen Studien und das Pilotprogramm Xenos, mit dem die Arbeitsagentur gezielt Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren will. Flüchtlinge vom Balkan bringen oft gute Deutschkenntnisse mit, weil ihre Länder traditionell eine Verbindung zu Deutschland haben. Doch auch die Anerkennung der Bildungsabschlüsse sei ein großes Problem, stellt die Auswertung des Xenos-Projekts fest. Viele Flüchtlinge hätten nicht alle Papiere dabei, und die hiesigen Behörden arbeiteten nur schleppend.

Langfristig könnte die Arbeitsquote von Flüchtlingen im Schnitt bei rund 60 Prozent liegen. Dafür aber müssen sich Politik und Wirtschaft kräftig engagieren. Die meisten Flüchtlinge bräuchten dringend Sprachkurse und eine Ausbildung, so die Ökonomen vom IW Köln. Am Ende sei das "in der Regel auch gut möglich und fiskalisch lohnenswert". Schließlich kommen junge und motivierte Menschen.

Sie scheitern allerdings oft an der Bürokratie. Denn auch die Unterscheidung zwischen Migrant und Flüchtling behindert eine schnelle Integration auf dem Arbeitsmarkt. Kommen Facharbeiter als Migranten nach Deutschland, bekommen sie sofort ein Aufenthaltsrecht zugesprochen, weil sie Lücken am Arbeitsmarkt stopfen. Treffen sie dagegen als Flüchtlinge ein, dauert es lange, bevor über ihr Bleiberecht entschieden ist. Das schreckt Arbeitgeber ab. Ökonomen, aber auch das Bamf plädieren daher dafür, Flüchtlingen einen "Spurwechsel" zu ermöglichen. Aus einem Flüchtling wird ein Migrant. Und die Wirtschaft profitiert.

Fast hätte die Grundschule in Golzow keine erste Klasse mehr gehabt. Doch dank der Flüchtlingskinder kam der Jahrgang doch zustande. Das Video zeigt, wie Eltern und Kinder auf die Einschulung vorbereitet werden:

Load-Date: September 15, 2015

Aus den Augen; Die EU hat die Abschiebung von Migranten in die Türkei begonnen. Dort weiß niemand, wie es mit den Schutzsuchenden weitergehen wird. Europa schaut weg.

ZEIT-online

Mittwoch 6. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Türkei; Ausg. 15

Length: 1548 words

Byline: Lea Frehse

Body

Ein **Flüchtling** wartet im türkischen Hafen Dikili.

© Tolga Bozoglu/EPA/dpa

Auf diese Bilder hatte man in Brüssel mit Hochdruck hingearbeitet. Als am Montag die ersten **Migranten** nach ihrer unfreiwilligen Rückfahrt von den griechischen Inseln im türkischen Küstenort Dikili von Bord gingen, lieferten Uniformen, Absperrungen und Schutzhandschuhe den Kamerateams aus ganz Europa eine Kulisse der Ordnung. Alles im Griff, das war die Botschaft der Aktion, die EU gewinnt die Kontrolle über ihre Grenzen zurück. Was die Bilder nicht zeigten: Für die Schutzsuchenden bedeutet die Rückkehr in die Türkei auch die Rückkehr in Chaos und Unsicherheit. Weiterhin ist völlig unklar, wie das Land die mehr als drei Millionen **Geflüchteten** versorgen soll - und ob ihnen der Schutz zuteil wird, der ihnen zusteht.

"Wir beobachten mit großer Sorge, was mit den Menschen passiert, die jetzt zurückgebracht werden", sagt der türkische Menschenrechtler Hakan Ataman. Mit seinem Team beobachtete er am Montag in Dikili, wie die ersten rund 200 Ankommenden nach einer kurzen medizinischen Untersuchung in ein nahe gelegenes Abschiebelager gebracht wurden. Bislang sei das gesamte Rückführungsverfahren vollkommen intransparent, sagt Ataman: "Vor allem aber sieht das Abkommen mit der Europäischen Union keinerlei Kontrollen darüber vor, ob die **Geflüchteten** in der Türkei ein ordentliches **Asylverfahren** bekommen." So bleibe es Aktivisten und Menschenrechtsorganisationen wie der seinen überlassen, dem Staat auf die Finger zu schauen. Eine aufreibende Arbeit gegen den Widerstand von Behörden und Politik.

In der Türkei leben nach offiziellen Angaben aktuell rund 3,1 Millionen registrierte Flüchtlinge, mehr als in jedem anderen Land der Welt. Hilfsorganisationen gehen gar von circa 3,5 Millionen Geflüchteten und Migranten im Land aus. Etwa 90 Prozent der registrierten Flüchtlinge stammen aus Syrien; sie müssen nicht einzeln Asyl beantragen, sondern erhalten nach der Registrierung automatisch eine Aufenthaltsgenehmigung und haben Zugang zu staatlichen Kliniken und Schulen. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei sieht vor, dass für jeden nun aus Griechenland zurückgeschobenen Syrer ein anderer Syrer aus der Türkei legal in die EU reisen darf. Das Kontingent für Syrien-Flüchtlinge soll sich auf insgesamt maximal 72.000 belaufen.

Aus den Augen Die EU hat die Abschiebung von Migranten in die Türkei begonnen. Dort weiß niemand, wie es mit den Schutzsuchenden weitergehen wird. Europa schaut....

Nicht-Syrer fallen aus dem Raster

Für Schutzsuchende aus anderen Ländern ist die Situation deutlich komplizierter. Nicht-Syrer müssen bei der türkischen Migrationsbehörde einzeln Asyl beantragen. Wer anerkannt wird, hat als "Flüchtling unter Vorbehalt" zwar Zugang zur medizinischen Grundversorgung, aber keinerlei Möglichkeit, seine Familie nachzuholen oder langfristig einen gesicherten Aufenthaltstitel zu bekommen. Unter diese Regelung fallen in der Türkei nach Behördenangaben inzwischen rund 260.000 Menschen, überwiegend aus dem Irak, Afghanistan und dem Iran.

"Diese Menschen haben keinen sicheren Status, kein Recht, zu arbeiten, und müssen in einem bestimmten Landkreis wohnen. Die Mehrheit von ihnen ist vollkommen verzweifelt", erklärt Metin Çorabatir, der Leiter des unabhängigen Forschungszentrums für Asyl und Migration (Igam) mit Sitz in Ankara. Die nächsten Termine für Erstanhörungen im Asylverfahren vergäben die zuständigen Stellen in der Türkei derzeit für das Jahr 2024, sagt Çorabatir. Bei den Behörden war für eine Stellungnahme dazu niemand zu erreichen. Aktivisten hingegen bestätigten, dass schon vor dem massiven Anstieg der Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr die nächsten Anhörungen auf nach 2020 terminiert waren.

Fakt ist: Mehr als eine Million Menschen hat sich seit 2015 auf den gefährlichen Weg über die Ägäis nach Europa gemacht. Von jenen, die seit Beginn dieses Jahres an den Stränden der griechischen Inseln angelangten, stammt laut UN-Statistiken mehr als die Hälfte nicht aus Syrien. Vor allem sie, die Nicht-Syrer, blieben nach dem EU-Türkei-Abkommen auf der Strecke, kritisieren Aktivisten. Denn während Syrer in der Türkei automatisch temporären Schutz bekommen und eine - wenn auch kleine - Chance auf Umsiedlung in die EU haben, bleibt Menschen anderer Nationalitäten beides verwehrt. Eben jene Menschen, Nicht-Syrer, wurden denn am Montag auch zuerst in die Türkei zurückgeschoben.

Dabei ist höchst umstritten, ob die Türkei überhaupt als sicheres Drittland gelten kann. Abgesehen von den prekären Lebensumständen im Land mehren sich Menschenrechtsbeobachtern zufolge die Anzeichen, dass die Türkei Schutzbedürftige unrechtmäßig ausweist. Amnesty International berichtete kürzlich, die Türkei habe eine Gruppe afghanischer Flüchtlinge ohne faires Verfahren zurückgeschickt. Auch seien in den vergangenen Monaten erstmals Syrer zurück in ihr Heimatland geschickt worden, darunter Kinder ohne ihre Eltern. Die türkische Regierung dementierte die Anschuldigungen. Nicht von der Hand zu weisen bleibt, dass die Türkei nach der jüngsten Eskalation der Kämpfe im syrischen Aleppo im Februar syrische Flüchtlinge nicht mehr einreisen ließ und in Lagern in einem sogenannten Sicherheitsstreifen auf der syrischen Seite der Grenze unterbringt.

Während die Türkei auch in Zusammenarbeit mit der EU ihr Asylsystem jüngst reformiert hat, habe sich an der Lage im Land kaum etwas verändert, meinen Experten. "In juristischer Hinsicht hat die Türkei in den letzten Jahren einiges auf den Weg gebracht", betont Menschenrechtler Hakan Ataman, "aber in der Praxis ist das System unzureichend." Seit der Asylrechtsreform 2014 ist offiziell die neu gegründete Migrationsbehörde des Innenministeriums für Asylverfahren zuständig. Die sei aber hoffnungslos unterbesetzt und bislang ineffektiv, berichten Ataman und andere Experten.

"Die große Mehrheit der Flüchtlinge hat keine Sicherheiten und keine Perspektive", sagt auch Asylforscher Çorabatir. Die Menschen seien dazu verdammt, sich mit Schwarzarbeit und wenigen Hilfsleistungen von Tag zu Tag durchzuschlagen. Schätzungen von Human Rights Watch zufolge besuchen allein unter den syrischen Flüchtlingen rund 400.000 Kinder keine Schule. Tausende Syrer arbeiten schwarz, vor allem auf dem Bau und in Textilfabriken.

Vor allem aber kritisieren Menschenrechtler, dass in der Türkei auch nach den Reformen weiterhin keinerlei Möglichkeit besteht, dauerhaft als Flüchtling mit allen Rechten anerkannt zu werden. So haben selbst Syrer, denen die Türkei nach Beginn des Krieges umgehend temporären Schutz zusprach, keinerlei Perspektive, Asyl zu erhalten und langfristig im Land zu bleiben. Die Regierung kann den Schutzstatus jederzeit aufheben. "Schafft die Türkei kein echtes Asyl mit echten Perspektiven, werden die Menschen nach dem EU-Deal einfach neue Routen finden", ist Çorabatir überzeugt.

"Pakt zwischen zwei Verlierern"

Aus den Augen Die EU hat die Abschiebung von Migranten in die Türkei begonnen. Dort weiß niemand, wie es mit den Schutzsuchenden weitergehen wird. Europa schaut....

Und doch sind erste praktische Schritte erkennbar. Ende Januar 2016 wurde für syrische Flüchtlinge die Möglichkeit geschaffen, eine Arbeitsgenehmigung zu beantragen. Bislang hat aber weniger als ein Prozent der Syrer von diesem Recht Gebrauch gemacht. Welcher Arbeitgeber würde angesichts des Überangebots von mehreren Hunderttausend verzweifelte, billigen Arbeitskräften schon Angestellte mit Arbeitserlaubnis bevorzugen und teure Abgaben zahlen? Der Arbeitsmarkt macht deutlich, wie schwierig es ist, angesichts von drei Millionen Flüchtlingen auf 75 Millionen Einwohner Politik zu machen - und durchzusetzen.

Dass es so weit kommen konnte, liegt auch an der türkischen Regierung selbst. Sie wehrte, als nach Beginn des Syrien-Konflikts die Flüchtlingszahlen in die Höhe schnellten, eine Unterstützung von ausländischen Organisationen bei Asylverfahren und Hilfslieferungen noch ab. Die politische Führung um Präsident Recep Tayyip Erdogan und Außenminister Ahmet Davutoglu unterstützte die syrische Opposition und wollte durch die großzügige Versorgung der Flüchtlinge ihre Position im Nahen Osten stärken. Diese Rechnung ging nicht auf: Das syrische Regime ist bis heute nicht gestürzt, die Revolten in anderen arabischen Ländern sind gescheitert und die Türkei musste erleben, wie ihr Einfluss in der Region dahinschmolz.

So werten Beobachter den Deal mit der EU denn auch als einen Schritt Erdogans zurück aufs diplomatische Parkett. Murat Erdogan, Politikwissenschaftler an der Hacettepe-Universität in Ankara, nennt das Abkommen einen "Pakt zwischen zwei Verlierern": "Die Türkei hatte keine Freunde mehr, die EU keine Hoffnung. Mit den Vereinbarungen können beide wieder etwas vorweisen", sagt der Politologe.

Bis Ende 2017 soll die Türkei insgesamt mehr als drei Milliarden Euro von der EU bekommen. Damit soll vor allem die Notversorgung für neu ankommende Flüchtlinge gestärkt werden, aber auch Kliniken und Schulen. Das Geld dürfte der türkischen Regierung auch gelegen kommen, um wachsendem Unmut in der eigenen Bevölkerung zu begegnen. Obwohl die Türkei so viele Flüchtlinge aufgenommen hat wie kein anderes Land und der Zuzug unter anderem die Mieten in den Großstädten in die Höhe getrieben hat, ist bislang kaum Protest gegen die Neuankömmlinge aufgekommen. Doch: "Langsam könnte Schluss sein mit der Ruhe", sagt Politikwissenschaftler Erdogan. Zwei Tage bevor die ersten Rückkehrer aus Griechenland in Dikili von Beamten in Schutzhandschuhen empfangen wurden, hatten einige Hundert Anwohner gegen den Bau eines Flüchtlingslagers in der Stadt demonstriert.

Load-Date: April 6, 2016

Die deutsche Dublin-Irritation; Hat Deutschland die EU-Regel ausgesetzt, Flüchtlinge nicht mehr in ihre Ankunftsländer zurückzuschicken? Ungarn und Österreich ließen sie nach München reisen.

ZEIT-online

Dienstag 1. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylbewerber; Ausg. 35

Length: 795 words

Byline: Michael Stürzenhofecker

Body

Flüchtlinge vor einem Hotel auf der griechischen Insel Kos

© Vassilios Aswestopoulos/NurPhoto/dpa

Die Züge aus Budapest sind überfüllt, Hunderte **Flüchtlinge** erreichen so in diesen Tagen den Münchener Hauptbahnhof. Das sollte nach den Regeln der EU aber so gar nicht möglich sein. Denn die Menschen aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea sind über Ungarn und Österreich eingereist, also aus EU-Staaten nach Deutschland gekommen.

Das Dublin-Verfahren der Europäischen Union sieht eigentlich vor, dass **Flüchtlinge** grundsätzlich in dem Land das **Asylverfahren** durchlaufen, in dem sie ankommen. Deutschland legt im Artikel 16a des Grundgesetzes fest, dass, "wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist (...)", sich nicht darauf berufen kann, **Asyl** zu erhalten.

Aber die Flüchtlinge am Budapester Bahnhof wollten nach Deutschland - und Österreich sowie Ungarn ließen sie durchreisen. Vertreter beider Länder forderten von Deutschland Klarheit darüber, ob die Dublin-Regelung überhaupt noch gilt.

"Dublin ist tot"

Die Bundesrepublik müsse deutlich machen, dass das Dublin-Abkommen weiterhin in Kraft sei, sagte Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, die Österreicherin Ulrike Lunacek, erklärte angesichts der Vorfälle die europäische Flüchtlingspolitik für gescheitert. "Dublin ist tot - und das ist auch gut so", sagte sie dem rbb.

Ungarn hatte nach dem Verweis auf juristische Unklarheiten Polizisten vom Hauptbahnhof in Budapest abgezogen, wo seit Tagen verzweifelte Migranten ausharren. Diese bestiegen daraufhin ungehindert Züge in Richtung Deutschland.

Die deutsche Dublin-Irritation Hat Deutschland die EU-Regel ausgesetzt, Flüchtlinge nicht mehr in ihre Ankunftsländer zurückzuschicken? Ungarn und Österreich li...

Innenministerium widerspricht

Deutschland hatte tatsächlich widersprüchliche Signale zu den Dublin-Verordnungen ausgesendet: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte vergangene Woche mitgeteilt, Syrer nicht mehr in ihre Ankunftsländer zurückzuschicken. Auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) versichert, die über Ungarn eingereisten syrischen Flüchtlinge nicht wieder dorthin zurückzuschieben.

Das Bundesinnenministerium will das aber nicht überinterpretiert wissen: "Deutschland hat Dublin nicht ausgesetzt." Es handele sich lediglich um eine Leitlinie des Bundesamts, syrische Flüchtlinge nicht mehr in andere EU-Staaten zurückzuschicken, sagte ein Sprecher. Das geschehe aus humanitären Gründen. Die Leitlinie soll die freiwillige Ausnahme von der Regel sein, die beibehalten wird. Wie lange diese Ausnahme gelten soll, stehe nicht fest.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte am Dienstag klar: "Was die Frage der ankommenden syrischen Flüchtlinge anbelangt, so sehe ich ehrlich gesagt keine Mitverantwortung Deutschlands." Sie forderte die EU-Kommission zum Handeln auf: Europa brauche eine gemeinsame Asylpolitik - mit Registrierungszentren für Flüchtlinge in Griechenland und Italien, einer einheitlichen Einstufung sicherer Herkunftsländer und fairen Verteilung von Asylbewerbern auf alle 28 EU-Mitgliedstaaten.

Missverständnis oder Absicht?

Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) nannte das ungarische Verhalten, die Flüchtlinge durchzulassen, "unverantwortlich" und verdächtigte die dortigen Behörden, Deutschland bewusst zu missinterpretieren. "Ich weiß nicht, ob das ein Missverständnis war oder Absicht."

Das heute wirksame Dublin-III-Verfahren trat 2013 in Kraft. Aber schon vorhergehende Abkommen verpflichten seit den neunziger Jahren Flüchtlinge, in dem Land das Asylverfahren zu durchlaufen, das sie zuerst betraten. Deutschland schirmt sich dadurch auf Kosten seiner Nachbarn von den internationalen Flüchtlingsströmen ab. Denn es ist praktisch unmöglich, Deutschland auf dem Landweg zu erreichen, ohne einen EU-Staat zu passieren.

Kritik aus den Mittelmeerländern

Kein Land in der EU überstellt auf Basis des Dublin-Verfahrens so viele Flüchtlinge zurück in andere EU-Länder wie Deutschland, wie das Bundesamt für Migration ermittelte. Vor allem Italien und Polen sind davon betroffen, wo besonders viele Flüchtlinge ankommen. Nach Griechenland schickt Deutschland schon heute keine Flüchtlinge mehr zurück, weil die dortigen Verhältnisse unzumutbar sind.

Seit Jahren schon kritisieren vor allem Mittelmeerländer die Dublin-Verordnung. Sie fühlen sich alleingelassen. Da die Bootsflüchtlinge aus Nordafrika meist dort ankommen, müssen sie in diesen Ländern registriert werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Die Kosten für die Unterbringung übernehmen entsprechend diese Länder.

Zuletzt forderte auch die Bundeskanzlerin, Asylbewerber in einem EU-weiten Verfahren gerecht auf alle Länder zu verteilen. Der Vorstoß scheiterte allerdings.

Load-Date: September 1, 2015

28 Millionen Kinder auf der Flucht vor Gewalt; Das Kinderhilfswerk Unicef registriert eine überproportional hohe Zahl an minderjährigen Flüchtlingen. Sie müssten besser vor den Gefahren der Flucht geschützt werden.

ZEIT-online

Mittwoch 7. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Unicef-Bericht; Ausg. 36

Length: 567 words

Body

Fast 50 Millionen Kinder weltweit wachsen heute in der Fremde auf - mehr als die Hälfte von ihnen (28 Millionen Mädchen und Jungen) sind auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Das ist das Ergebnis des ersten globalen Berichts zu Flucht und **Migration** von Kindern, den das UN-Kinderhilfswerk Unicef veröffentlicht hat. In die Schätzungen mit eingerechnet sind 17 Millionen Kinder und Jugendliche, die innerhalb ihres eigenen Landes vertrieben wurden.

Im Vergleich mit den weltweiten Flüchtlingszahlen der Vereinten Nationen wird deutlich, dass jeder zweite Flüchtling oder Vertriebene auf der Welt minderjährig ist. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen ist damit überproportional hoch. Das Kinderhilfswerk schreibt: "Je nach Situation gelten diese Mädchen und Jungen als Migranten, Flüchtlinge, Asylsuchende oder Binnenvertriebene - aber sie sind vor allem eins: Kinder."

In dem Bericht "Entwurzelt" hat Unicef alle aktuell verfügbaren Daten über geflüchtete oder migrierte Kinder zusammengetragen, bevor am 19. und 20. September in New York ein Sondergipfel zu weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen stattfindet. Die UN-Organisation fordert die Regierungen vor dem Treffen auf, die betroffenen Kinder, insbesondere solche ohne Begleitung, besser vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen und entschieden gegen Menschenhandel vorzugehen.

Außerdem müsse die Inhaftierung von Kindern beendet werden. Kinder müssten davor bewahrt werden, bei Grenzkontrollen oder während des Verfahrens zur Bestimmung ihres Aufenthaltsstatus von ihren Eltern getrennt zu werden. Zur Zusammenführung der Kinder mit ihren Familien müssten "alle möglichen Maßnahmen ergriffen" werden, heißt es in dem Bericht.

Unicef appelliert an die Regierungen und die Zivilgesellschaft, Kindern ihr Recht auf Bildung und umfassende Gesundheitsversorgung, Lebensmittel und Wasser sowie psychosoziale und rechtliche Betreuung zu gewähren. Außerdem müssten die Ursachen für Konflikte und extreme Armut bekämpft werden. Notwendig seien ferner Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung.

gallery Kinder auf der Flucht vermissen viel: einen Ball oder eine Puppe. Und die Geborgenheit des eigenen Bettes. Magnus Wennman hat einige in ihren Betten fotografiert. Kinder auf der Flucht vermissen viel: einen Ball

28 Millionen Kinder auf der Flucht vor Gewalt Das Kinderhilfswerk Unicef registriert eine überproportional hohe Zahl an minderjährigen Flüchtlingen. Sie müssten....

oder eine Puppe. Und die Geborgenheit des eigenen Bettes. Magnus Wennman hat einige in ihren Betten fotografiert.

© Magnus Wennman

Unter Verweis auf Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) heißt es in dem Report, zwischen 2014 und Juli 2016 seien 15.000 Flüchtlinge und Migranten gestorben oder als vermisst registriert worden. Rund zwei Drittel aller registrierten Todesfälle von Migranten ereigneten sich demnach im Mittelmeer. Schätzungen zufolge seien ein Drittel der in der Ägäis umgekommenen Menschen Kinder, heißt es in dem Bericht.

Kein Land nimmt mehr Kinder auf als die Türkei

In der ersten Jahreshälfte 2016 kamen in Europa fast 70 Prozent der Kinder, die einen Asylantrag stellten, aus dem Bürgerkriegsland Syrien, dem Irak und Afghanistan. Die mit Abstand meisten geflüchteten Kinder und ihre Familien suchen in ihrer jeweiligen Heimatregion Schutz, wie der Unicef-Bericht hervorhebt.

Die zehn Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnahmen, liegen in Asien und Afrika. Die Türkei ist laut Unicef wahrscheinlich das Land mit der weltweit größten Population von Flüchtlingskindern.

Load-Date: September 7, 2016

End of Document

Kambodscha übernimmt von Australien abgelehnte Flüchtlinge; Von einem Lager im Pazifik in eines der ärmsten Länder Asiens: Die Umsiedelung erster Flüchtlinge wertet der australische Minister für Einwanderung als Erfolgsmodell.

ZEIT-online

Freitag 22. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylsuchende; Ausg. 21

Length: 386 words

Body

Demonstranten in Sydney protestieren gegen die **Flüchtlingspolitik** der australischen Regierung.

© David Gray/Reuters

"Die Chance auf ein neues Leben liegt vor euch" - so hatte es Peter Dutton, der australische Minister für Einwanderung, jenen **Flüchtlingen** versprochen, die seit mittlerweile fast zwei Jahren auf der Pazifikinsel Nauru vor Australien festsitzen. Diese Chance liegt jedoch keinesfalls in Australien, stellte der Minister klar. Stattdessen sollen die **Asylsuchenden** in eines der ärmsten Länder Asiens gebracht werden: nach Kambodscha.

Ein entsprechendes Abkommen wurde von beiden Ländern bereits beschlossen. Nun sollen die ersten vier von Australien abgelehnten Flüchtlinge in dem südostasiatischen Land aufgenommen werden. Dutton sagte, sie könnten ein Beispiel für weitere Migranten sein. Ein Sprecher des Außenministeriums Kambodschas bestätigte, die beiden Länder müssten nur noch abstimmen, wann die Flüchtlinge ankommen sollen.

Vor neun Monaten hatten die australische Regierung und Kambodscha das Abkommen geschlossen, das auf vier Jahre angelegt ist. Australien zahlt Kambodscha umgerechnet 28 Millionen Euro dafür.

Die Flüchtlinge müssen einer Umsiedlung zustimmen. Viele der 677 Asylsuchenden sind bereits seit zwei Jahren in dem australischen Internierungslager auf der Pazifikinsel Nauru, die 4.500 Kilometer vor der australischen Küste entfernt liegt. Zwar protestierten Hunderte Flüchtlinge gegen schlechte Lebensbedingungen und Misshandlungen auf der Insel. Doch noch größere Sorgen bereitet ihnen die Vorstellung einer Zukunft im armen Kambodscha.

Dutton sagte, es werde mit der Internationalen Organisation für Migration daran gearbeitet, die Bedürfnisse der Flüchtlinge hinsichtlich Jobs, Bildung und Unterbringung zu erfüllen. Drei der vier Flüchtlinge stammten aus dem Iran, einer aus Myanmar. Er gehöre der muslimischen Minderheit der Rohingya an.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisierte die australische Regierung für die Zahlung von "Blutgeld". Elaine Pearson, Australien-Direktorin der Organisation, sagte: "Australien sollte endlich mit diesem

Kambodscha übernimmt von Australien abgelehnte Flüchtlinge Von einem Lager im Pazifik in eines der ärmsten Länder Asiens: Die Umsiedelung erster Flüchtlinge wer....

Witz aufhören, so zu tun, als wäre Kambodscha für Flüchtlinge ein sicheres Land." Nicht nur Kriminalität sei dort weit verbreitet, auch Übergriffe gegen Ausländer seien keine Seltenheit.

Load-Date: May 22, 2015

End of Document

Griechenland ist nicht schuld; Die Situation auf Lesbos ist nicht auf griechisches Versagen zurückzuführen. Viele EU-Staaten verweigern noch immer die sehr lange versprochene Unterstützung.

ZEIT-online

Mittwoch 28. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 620 words

Byline: Sasan Abdi-Herrle

Body

Syrische **Flüchtlinge** auf Lesbos

© Louisa Gouliamaki/AFP/Getty Images

Griechenland hat angekündigt, eine "große Anzahl" von **Flüchtlingen** von seinen Inseln auf das Festland zu verlegen. Der Schritt läuft dem **Flüchtlingsabkommen** zwischen der EU und der Türkei zuwider, das vorsieht, dass die **Asylanträge** direkt auf den Inseln geprüft werden müssen. Unterlaufen die griechischen Behörden also das Abkommen? Haben sie versagt?

Ein Blick auf neue Zahlen der Europäischen Kommission (PDF) zeigt, dass Griechenland mit der Verlegung auf eine unhaltbare Belastungssituation auf den Inseln reagiert. Diese eskalierte zuletzt mit dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos. Und sie wurde von der Untätigkeit vieler EU-Mitgliedstaaten zumindest mitverursacht.

Dabei klingen die Rahmenbedingungen zunächst nicht schlecht: Dem Kommissionsbericht zufolge kamen seit dem 15. Juni insgesamt 9.250 Migranten auf den griechischen Inseln an - im Schnitt 81 Personen pro Tag. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl deutlich zurückgegangen: Von Juni bis September 2015 setzten täglich durchschnittlich beinahe 2.900 Migranten von der türkischen Küste auf die griechischen Inseln über.

Allerdings bleiben die Menschen, anders als noch 2015, mittlerweile gezwungenermaßen in Griechenland und hier zumeist auf den Inseln, wo sich derzeit laut EU-Kommission 13.600 von insgesamt 60.500 Migranten im Land aufhalten. Denn Griechenland ist seit Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals und der Schließung der Balkanroute plötzlich kein Transitland mehr, sondern hauptverantwortlich für die Umsetzung eines wichtigen Teils der EU-seitigen Pflichten des Abkommens. Die Kapazitäten dazu sind aber, anders als die Verantwortung, nicht über Nacht entstanden. Daher ist die von den anderen EU-Staaten zugesagte Entsendung von Beamten und Experten zur Unterstützung entscheidend.

Vor allem EU-Asylexperten fehlen

Griechenland ist nicht schuld Die Situation auf Lesbos ist nicht auf griechisches Versagen zurückzuführen.
Viele EU-Staaten verweigern noch immer die sehr lange....

An genau dieser Stelle aber hakt es laut Kommissionsbericht noch immer gewaltig. Insbesondere die von den griechischen Behörden vielfach angefragten Asylspezialisten sind noch immer nicht in ausreichender Anzahl vor Ort: Von den versprochenen 100 Experten arbeiten laut EU-Kommission erst 41 in Flüchtlingslagern auf den Inseln. Auch bei der Anzahl der Übersetzer und der Größe der Frontex-Mission erfüllt die EU demnach ihre Versprechungen gegenüber Griechenland nicht vollkommen. "Die Mitgliedstaaten müssen dringend ihre Unterstützung für Griechenland erhöhen", fordert die EU-Kommission.

Hinzu kommt, dass die versprochene Umsiedlung von Flüchtlingen noch immer nicht funktioniert. Die Vereinbarung sieht vor, dass die anderen EU-Mitgliedstaaten sowie im Schengenraum assoziierte Länder Griechenland insgesamt 63.302 Flüchtlinge abnehmen.

Zwar haben einige Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel Frankreich, ihre Anteile laut EU-Kommission zuletzt erhöht, insgesamt aber fällt die Bilanz weiterhin ernüchternd aus: Seit dem ersten Beschluss des Programms vor einem Jahr wurden nur 4.410 Flüchtlinge von anderen Staaten aufgenommen. Der Blick auf die Zahlen zeigt, dass nahezu alle Mitgliedstaaten ihr Soll nicht erfüllen - oder sich, wie Polen, Österreich und Ungarn, fast oder komplett verweigern.

Die Defizite dürften der Grund dafür sein, dass die angekündigte Verlegung der Flüchtlinge kaum ernsthafte Kritik in den anderen EU-Mitgliedstaaten hervorgerufen hat. Zugleich kündigte die EU am Mittwoch an, vorerst keine Flüchtlinge auf Grundlage des Dublin-Abkommens nach Griechenland zurückschicken zu wollen. Auch Deutschland will das bis Jahresende so handhaben. Zugleich verwies die Bundesregierung am Donnerstag darauf, dass Griechenland bei der Prüfung der Asylanträge "besser werden müsse" - eine Forderung, die unangebracht erscheint.

Load-Date: September 28, 2016

**Totaler Grenzsicherung und Menschenrechte passen nicht zusammen;
Plötzlich reden alle von staatlichen Kontrollen statt von der Situation der
Flüchtenden. Migrationsforscher warnen davor. Die moderne Gesellschaft
könnte Schaden nehmen.**

ZEIT-online

Dienstag 1. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 48

Length: 924 words

Byline: Albert Scherr

Body

Flüchtlinge an der griechisch-mazedonischen Grenze bei Gevgelija

© Robert Atanasovsk/Getty Images

Im politischen Diskurs gewinnen Stimmen an Einfluss, die nicht mehr die Situation der Flüchtenden - die **Flüchtlingskrise** - als zentrale Herausforderung begreifen, sondern die Grenzen der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft ins Zentrum stellen. Der nunmehr zwischen der EU und der Türkei vereinbarte Aktionsplan ist ein weiteres Element einer Entwicklung, in der die Kontrolle der **Flüchtlingsmigration** stärker gewichtet wird als die Achtung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Prinzipien.

Flüchtlinge werden als Bedrohung von Wohlstand und Sicherheit inszeniert. Die **Flüchtlingskrise** wird von einer humanitären Katastrophe in eine Krise der staatlichen Kontrolle der Außengrenzen umdefiniert. Das mündet logisch konsequent in die Forderung, ein Regime der Grenzkontrollen zu errichten, das für unerwünschte **Flüchtlinge** undurchlässig ist. Denn nur so ließen sich eine konsequente Steuerung von Zuwanderung und eine numerische Obergrenze auch wirksam durchsetzen.

Unter deutschsprachigen Migrations- und Flüchtlingsforschern unterschiedlicher Disziplinen ist es jedoch bislang Konsens, dass eine totale Kontrolle von Zuwanderung, unter Achtung menschenrechtlicher Prinzipien und völkerrechtlicher Grundsätze, nicht möglich ist. Denn eine solche Kontrolle würde erfordern, dass Migranten der Zugang zum Staatsgebiet verwehrt wird, ohne dass sie Anspruch auf eine rechtsstaatliche Überprüfung ihres Anspruchs haben, als Asylberechtigte, Flüchtlinge oder nachrangig Schutzberechtigte anerkannt zu werden. Das heißt: Ohne Zäune oder Mauern, die bewacht und bei Bedarf auch bewaffnet verteidigt werden, lassen sich eine umfassende Regulierung sowie eine absolute Begrenzung der Zahl aufzunehmender Flüchtlinge nicht durchsetzen.

Internierung von Kindern und Jugendlichen

Totale Grenzsicherung und Menschenrechte passen nicht zusammen Plötzlich reden alle von staatlichen Kontrollen statt von der Situation der Flüchtenden. Migratio....

Eine andere Position nimmt der US-amerikanische Flüchtlingsforscher Demetrios Papademetriou, Mitbegründer der in Washington angesiedelten Denkfabrik Migration Policy Institute ein. In einem Interview mit der ZEIT behauptet er dezidiert, dass eine effektive Grenzkontrolle praktisch machbar und rechtlich legitim sei. Als Erfolgsmodell wird dargestellt, wie unerwünschte minderjährige Flüchtlinge an der Südgrenze der USA an der Einreise gehindert werden. Dafür wurden Kinder und Jugendliche interniert und sowohl die Prüfverfahren als auch die Abschiebung der Abgelehnten beschleunigt.

Doch dabei handelt es sich um Kontrollfantasien. Folgende Einwände sprechen gegen ihre Machbarkeit:

Undokumentierte Einwanderer: Selbst drastische Maßnahmen der Grenzsicherung und Deportation, wie sie die USA realisieren, verhindern Einwanderung nicht. Sie führen aber unter anderem dazu, dass Flüchtlinge sich staatlicher Kontrollen entziehen, also zu undokumentierten und damit zu weitgehend rechtlosen Einwanderern werden. Deren Zahl wird für die USA auf 12 Millionen geschätzt. **Schutzlose Einwanderer:** Die Anwesenheit undokumentierter Migranten erzeugt erhebliche Folgeprobleme, nicht zuletzt beim Schutz vor Gewalt und anderen Straftaten, zum Beispiel vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Denn wer den Kontakt mit staatlichen Institutionen fürchten muss, den schützt das Recht nicht und der steht auch nicht als Zeuge zur Verfügung, **Menschenrechte:** Nicht alles, was rechtlich zulässig ist, lässt sich auch moralisch rechtfertigen. Das zeigt sich schon darin, dass die Todesstrafe in den USA rechtlich vorgesehen ist, obwohl sie gleichwohl dem elementaren Prinzip der unantastbaren Menschenwürde widerspricht. Eine bloß rechtspositivistische Argumentation kann die Frage also nicht beantworten, welche moralischen Maßstäbe im Umgang mit Flüchtlingen anzulegen sind, wenn die Menschenrechte als grundlegende Werte gelten sollen. **Genfer Konvention und UN-Kinderrechtskonvention:** Flüchtlinge an den Außergrenzen zurückzuweisen, ohne ihr Anliegen rechtlich zu überprüfen und sie der Gefahr auszusetzen, ausgewiesen oder abgeschoben zu werden, lässt schon das geltende Recht auf Grundlage der Genfer Konvention nicht zu. Und eine auf Abschreckung zielende Internierung von Minderjährigen ist in den USA - anders als in Europa - nur deshalb möglich, weil die USA die UN-Kinderrechtskonvention nicht unterzeichnet haben, und damit ein zentrales Instrument des modernen Menschenrechtsschutzes.

Aus diesen knapp skizzierten Beobachtungen lässt sich ableiten, dass die Achtung der Menschenrechte einerseits und Versuche, die Zuwanderung unerwünschter Flüchtlinge im Sinne nationaler Interessenkalküle zu verhindern andererseits, in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis stehen. Dieses betrifft auch demokratische Grundsätze, denn nur eine totale Überwachung nicht nur an den Außengrenzen, sondern auch im Landesinnern, könnte diejenigen darin hindern, illegal einzureisen, denen die Chance auf Anerkennung als Flüchtlinge verwehrt wird.

Der vorläufig rechtliche Höhepunkt des flüchtlingspolitischen Abschreckungsdiskurses ist das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz - das zu der Befürchtung Anlass gibt, dass die Verpflichtung auf menschenrechtliche Prinzipien schrittweise aufgekündigt wird. Diesem Gesetz liegen vor allem Machterhaltungsinteressen zugrunde, die Auswirkungen haben werden: Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass der politische Umgang mit der Flüchtlingskrise zu einem fortschreitenden Bedeutungsverlust der Menschenrechte, zu einer Erosion menschenrechtlicher Standards führen kann - also zu einer gravierenden Selbstbeschädigung der modernen Gesellschaft.

Load-Date: December 1, 2015

"Deutschland hat eine mutige Entscheidung getroffen"; EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos lobt Deutschlands Haltung in der Flüchtlingskrise und fordert Europa zu mehr Offenheit auf - auch für Zuwanderer.

ZEIT-online

Donnerstag 3. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 1027 words

Byline: Matthias Krupa

Body

EU-**Migrationskommissar** Dimitris Avramopoulos

© Yves Herman/Reuters

Von einer gemeinsamen **Asylpolitik** der Europäischen Union war zuletzt wenig zu spüren: Je mehr **Flüchtlinge** in Europa Hilfe suchten, desto rauer ist der Ton zwischen den Hauptstädten geworden. Zuletzt musste sich die deutsche Regierung sogar gegen den Vorwurf wehren, sie habe mit ihrer Entscheidung, syrische **Flüchtlinge** vorerst nicht mehr in andere europäische Länder zurückzuschicken, weitere **Flüchtlinge** erst angelockt.

Die Europäische Kommission ist der Bundesregierung nun zur Seite gesprungen. Im Gespräch mit ZEIT ONLINE lobte der verantwortliche EU-Kommissar für **Migration**, Dimitris Avramopoulos, sie ausdrücklich. "Deutschland hat eine mutige Entscheidung getroffen, die Dublin-Regeln für Syrien-**Flüchtlinge** auszusetzen", sagte Avramopoulos. "Das war sehr wichtig. Die Entscheidung hat gezeigt, was Solidarität in der Praxis bedeutet."

Unter dem Eindruck der immer größeren Zahl an Syrien-Flüchtlingen, die über die sogenannte Balkanroute nach Deutschland kommen, werden vorerst keine Syrer mehr nach Ungarn oder in andere Drittstaaten zurückgeschickt, wie es die europäischen Asylregeln ("Dublin") eigentlich vorsehen. Die ungarischen Behörden hatten daraufhin vorübergehend mehrere Tausend Flüchtlinge ohne Kontrollen nach Österreich ausreisen lassen.

"Wir sind nicht dafür, in Europa neue Zäune zu errichten"

Um solche Situationen zu verhindern, hatte die Europäische Kommission bereits im Mai vorgeschlagen, Flüchtlinge künftig nach einem festgelegten Schlüssel auf die 28 Mitgliedstaaten der EU zu verteilen. Zunächst soll dieser Schlüssel nur für eine begrenzte Zahl von 40.000 Flüchtlingen gelten, die in Italien und Griechenland

"Deutschland hat eine mutige Entscheidung getroffen" EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos lobt Deutschlands Haltung in der Flüchtlingskrise und fordert

angekommen sind. Dennoch scheitert dieser Vorschlag bislang am Widerstand einer Reihe von Mitgliedsländern, unter anderem aus Osteuropa.

"Alle sprechen jetzt über Solidarität und Verantwortung, aber zwischen den Worten und Taten klafft eine Lücke", kritisierte Avramopoulos. Einige Länder würden mehr Rücksicht auf innenpolitische Verhältnisse nehmen als auf ihre europäischen Verpflichtungen. An sie appellierte der Kommissar: "Last uns aufhören, Populisten und Extremisten Macht (über unsere Politik) zu geben! Lasst uns aufhören, denen in die Hände zu spielen, die Fremdenfeindlichkeit schüren!" In vielen EU-Ländern zögern die Regierungen auch aus Angst vor populistischen Parteien, Flüchtlinge aufzunehmen.

Ausdrücklich kritisierte der EU-Kommissar das Verhalten der ungarischen Regierung: "Wir sind nicht dafür, in Europa neue Zäune zu errichten. Es gibt andere Möglichkeiten, die Situation unter Kontrolle zu bringen." An diesem Donnerstag kommt der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán nach Brüssel, um mit den EU-Spitzen über die Flüchtlingskrise zu beraten. Avramopoulos erneuerte das Angebot der EU-Kommission, auch in Ungarn sogenannte Hotspots einzurichten. In solchen Zentren könnten EU-Agenturen den nationalen Behörden bei der Aufnahme und Registrierung der Flüchtlinge helfen. Bislang sind solche Hotspots in Italien und Griechenland geplant. Nach Angaben von Avramopoulos liegt bislang kein entsprechender Antrag aus Budapest vor.

Indirekt kritisierte Avramopoulos auch die Ankündigung etwa von Österreich oder Italien, künftig wieder Grenzkontrollen durchzuführen. "Schengen ist nicht das Problem, Schengen ist die Lösung", so der Kommissar. Die Freizügigkeit, die ursprünglich in dem Schengener Abkommen geregelt war, sei "eine der größten Errungenschaften der EU". Avramopoulos erinnerte zudem daran, dass sich die EU-Länder bereits vor Jahren auf gemeinsame Kriterien für die Anerkennung von Asylbewerbern verständigt haben. Er forderte: "Sowohl Schengen als auch Dublin müssen vollständig umgesetzt werden. Das ist die Verantwortung der Mitgliedstaaten."

Dimitris Avramopoulos ist seit November 2014 als Kommissar verantwortlich für die europäische Migrationspolitik. Die Nominierung des früheren griechischen Verteidigungsministers war zunächst auf Kritik gestoßen. Auch in den vergangenen Wochen war dem 62-Jährigen wiederholt vorgeworfen worden, in der aktuellen Krise zu zurückhaltend zu agieren. Erst am vergangenen Montag hatte er das umstrittene Flüchtlingslager in Calais besucht. In den kommenden Tagen will er nach Ungarn und auf die griechische Insel Kos fahren.

Kommission arbeitet an Migrationsgesetzen

Avramopoulos wies den Vorwurf, zu zögerlich zu agieren, zurück: "Wir alle, vor allem die Mitgliedstaaten, müssen aufhören, uns gegenseitig Vorwürfe zu machen. Jetzt ist die Zeit, um gemeinsam Verantwortung zu übernehmen." Seit neun Monaten arbeite die Kommission "Tag und Nacht" an der europäischen Migrationsagenda, bereits im Mai habe er konkrete Vorschläge vorgelegt. Ohne Einzelheiten zu nennen, kündigte er für das Sondertreffen der Innen- und Justizminister am 14. September neue Gesetzesvorschläge an. "Wenn die Mitgliedstaaten ähnlich schnell arbeiten würden wie die Kommission", so Avramopoulos, "würden die Dinge heute besser laufen".

Schließlich richtete er seinen Blick über die aktuelle Krise hinaus. Zu einer umfassenden Migrationspolitik, stellte Avramopoulos klar, gehöre es auch, legale Wege für Zuwanderer zu schaffen, um nach Europa zu kommen. Europa sei ein alternder Kontinent und künftig auf qualifizierte Zuwanderer angewiesen. Auch hierüber denke die Kommission nach: "Wie können wir es attraktiv machen, talentierte Menschen nach Europa zu holen?"

Der Kommissar räumte ein, dass das bisherige System nicht funktioniert habe. Seit 2012 haben Ausländer aus Drittstaaten, die in einem EU-Land arbeiten wollen, die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen eine Blue Card zu beantragen. In den beiden ersten Jahren wurden aber in der gesamten EU nicht mehr als etwa 16.500 solcher Aufenthaltstitel ausgestellt, davon allein 14.000 in Deutschland. Avramopoulos kündigte an, dieses System grundlegend zu überarbeiten.

"Deutschland hat eine mutige Entscheidung getroffen" EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos lobt Deutschlands Haltung in der Flüchtlingskrise und fordert

Load-Date: September 15, 2015

End of Document

Orbán ist nicht das Problem; Der hässliche Populismus Viktor Orbáns kann nicht über die eigentliche Ursache der Flüchtlingskrise hinwegtäuschen: Die EU hat das Thema Migration völlig unterschätzt.

ZEIT-online

Freitag 4. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 485 words

Byline: Ulrich Ladurner

Body

Viktor Orbán

© Sean Gallup/Getty Images

Viktor Orbán ist ein gnadenloser Populist. Das ist bekannt. Überraschend ist es also nicht, wenn er angesichts der massenhaften **Migration** den gefährlichen Unsinn verbreitet, dass sein Ungarn "das christliche Abendland" verteidige. Ebenso wenig sollte man sich über das menschenunwürdige Chaos wundern, das in Budapest in diesen Tagen zu besichtigen ist. Tausende erschöpfte **Flüchtlinge** stecken hier fest, und niemand weiß, wie es mit ihnen weitergehen soll. Orbán hat keinen Plan, er hat nur Härte und markige Worte anzubieten. Und er spielt mit dem Schicksal der **Flüchtlinge**.

Das alles macht ihn freilich auch zum willkommenen Sündenbock. Orbáns dunkles Ungarn nämlich kontrastiert perfekt mit dem hellen Deutschland des "Refugees welcome". Hier die bösen Ungarn, da die guten Deutschen. Doch so einfach ist die Sache nicht.

Orbán wird heftig dafür kritisiert, dass er einen Grenzzaun bauen lässt - und das aus guten Gründen. Aber wo war der laute Aufschrei, als Bulgarien einen Grenzzaun baute? Und hat Spanien in seiner nordafrikanischen Exklave Ceuta nicht schon vor Jahren einen Zaun hochgezogen und ihn Jahr für Jahr ausgebaut? Hat Europa im Mittelmeer nicht eine unsichtbare Mauer errichtet? Geschah das nicht mit ausdrücklicher Zustimmung aller europäischen Regierungen?

Die Klage Orbáns ist auch die Italiens und Griechenlands

Nein, Orbán ist keine Ausnahme. Singulär an ihm ist sein rücksichtsloser Populismus, sein Wille, auch noch das Elend der Flüchtlinge für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Nimmt man Orbáns Hässlichkeiten für einen Moment aus dem Blick, lässt sich schnell erkennen, dass Ungarn ein Problem hat, das es sich mit Italien und Spanien teilt. In diesen Ländern verlaufen die südlichen Außengrenzen des EU-Schengenraums. Deswegen ist der Migrationsdruck hier so groß.

Orbán ist nicht das Problem Der hässliche Populismus Viktor Orbáns kann nicht über die eigentliche Ursache der Flüchtlingskrise hinwegtäuschen: Die EU hat das T....

Ungarn ist bisher nur das letzte Land, das dies zu spüren bekommt. Alle italienischen Regierungen seit Ende der neunziger Jahre haben zu Recht laut darüber geklagt, dass sie von der EU allein gelassen würden und nicht genügend Unterstützung bekämen. Das ist jetzt auch die Klage Orbáns.

Es ist zu einfach und bequem, sich an ihm abzuarbeiten. Und es hilft nicht weiter. Ungarn ist überfordert, weil es keine gemeinsame Asylpolitik der EU gibt. Orbáns Populismus verschärft die Lage, aber er ist nicht die Ursache des Problems.

Das mächtige Deutschland hat geglaubt, es könne die Migration den Ländern an den Schengen-Grenzen überlassen. Das ist der Kern des sogenannten Dublin-Systems, wonach Asylsuchende ihren Antrag in dem Land des Schengenraums stellen müssen, in dem sie zuerst ankommen. Dieses System ist zusammengebrochen.

Die Wahrheit ist: Die EU hat das Thema Migration völlig unterschätzt. Brüssel, Berlin, Paris - tutti quanti.

Flüchtlinge verweigern das Verlassen ihres Zuges in Ungarn

Load-Date: September 15, 2015

Viele Flüchtlinge verlassen Sachsen; Sächsische Kommunen verzeichnen eine starke Abwanderung von Flüchtlingen. Mögliche Ursachen: strukturschwache Regionen, aber auch Angst vor Fremdenfeindlichkeit.

ZEIT-online

Montag 21. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 51

Length: 491 words

Body

Flüchtlingskinder in einem **Asylbewerberheim** in Hoyerswerda

© Oliver Killig/dpa

Fremdenfeindlichkeit, Pegida-Aufmärsche, strukturschwache Regionen: Viele **Flüchtlinge** verlassen Sachsen und ziehen in westdeutsche Ballungsgebiete. Das berichtet die *Freie Presse*. Demnach registrierten sächsische Kommunen und Jobcenter eine starke Abwanderung von Menschen, denen der **Flüchtlingsstatus** schon zuerkannt wurde und die mit einer Aufenthaltserlaubnis ihren Wohnort frei wählen können. Flächendeckende Zahlen für Sachsen fehlten bislang, einzelne Regionen verzeichneten aber deutliche Abgänge. Auch die Landesregierung habe den Trend bestätigt.

So wurden etwa im Erzgebirgskreis in den ersten drei Quartalen 2015 laut Kreisverwaltung 126 Personen als Asylberechtigte anerkannt, berichtet die Zeitung. Lediglich 30 von ihnen registrierten sich demnach beim dortigen Jobcenter. "Zwei Drittel der Leute ziehen weg", sagte der zuständige Abteilungsleiter im Landratsamt, Frank Reißmann, der Zeitung. Ähnlich sei die Situation in Mittelsachsen, dort verließen sogar drei Viertel der Menschen die Region.

Experten vom Sächsischen Flüchtlingsrat oder der Agentur für Arbeit nennen ökonomische Probleme als Hauptursache für die Binnenwanderung. In westdeutschen Ballungsräumen fänden die Flüchtlinge starke Netzwerke ihrer Landsleute sowie bessere Arbeitsangebote. Hinzu komme die im ländlichen Raum fehlende Mobilität. Aber auch die asylfeindliche Stimmung in Sachsen sei ein Faktor, der die Flüchtlinge vertreibe.

Syrer, die die *Freie Presse* in Freiberg befragte, berichteten, fast alle ihre Landsleute planten nach Erhalt des Bleiberechts den Wegzug in den Westen oder seien bereits gegangen - nach Düsseldorf, Dortmund, Hagen, Hannover und Passau. Die Befragten nannten als Gründe auch "spürbare Vorbehalte gegenüber Fremden und Pegida-Aufmärsche".

Am Wochenende berichtete auch die *Saarbrücker Zeitung*, aus Erstaufnahme-Einrichtungen in Ostdeutschland würden Tausende Flüchtlinge "verschwinden". Bis zu 30 Prozent der auf die neuen Bundesländer verteilten

Viele Flüchtlinge verlassen Sachsen Sächsische Kommunen verzeichnen eine starke Abwanderung von Flüchtlingen. Mögliche Ursachen: strukturschwache Regionen, aber....

Flüchtlinge würden die dortigen Einrichtungen in den ersten Tagen nach ihrer Ankunft schon wieder verlassen, habe eine Umfrage der Zeitung bei den Innenministerien der ostdeutschen Länder ergeben.

Demnach kamen in diesem Jahr bisher rund 30.300 Flüchtlinge nach Brandenburg, aber nur rund 24.600 sind derzeit dort untergebracht. Der Rest sei "einfach verschwunden", zitierte das Blatt einen Regierungsvertreter.

Flüchtlinge werden in Deutschland nach einem bestimmten Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Grundsätzlich sollen Asylbewerber in der Erstaufnahme bleiben, bis über ihre Anträge entschieden ist. Sobald das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Flüchtling als asylberechtigt anerkannt hat, bekommt er keine Leistungen mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und muss beim Jobcenter Hartz IV beantragen. Ab diesem Moment dürfen die Menschen ihre Wohnort frei wählen.

Load-Date: December 21, 2015

End of Document

Illegal in Russland; Im russischen TV sind die Luftangriffe in Syrien fast pausenlos präsent. Doch anders als im Ukraine-Krieg werden syrische Flüchtlinge in Russland nur selten anerkannt.

ZEIT-online

Freitag 23. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Syrische Flüchtlinge; Ausg. 43

Length: 940 words

Byline: Simone Brunner

Body

Shaadi mit seinen beiden Zwillingstöchtern, die in Moskau geboren wurden.

© Simone Brunner

Manchmal geht Ahmed mehrere Tage nicht aus dem Haus. Dann verkriecht sich der Teenager in der Wohnung seiner Eltern. Nicht etwa, weil er Stress in der Schule hat. Er hat Angst vor der Polizei.

Ahmed ist 17 Jahre alt und kommt aus der syrischen Stadt Aleppo. Als der Bürgerkrieg vor drei Jahren auch in seine Stadt kam, floh er mit seiner Mutter und seiner Schwester nach Moskau zu seinem Bruder und seinem Vater, die beide in Moskau arbeiten. Mit einem russischen Jahresvisum hofften sie, den Bürgerkrieg hier, in Moskau, aussitzen zu können. Aber es kam anders. Das Jahresvisum lief aus. Der Krieg geht weiter.

Ahmed steht vor dem Fenster im dritten Stock eines Plattenbaus im Nordwesten Moskaus. Mehrere Male haben er und seine Familie sich bei der russischen Migrationsbehörde FMS um einen Flüchtlingsstatus bemüht - vergeblich. Seitdem leben sie illegal in Moskau. Wie auch Ahmeds Schwager Shaadi, der neben ihm auf der Couch sitzt, mit seinen beiden Zwillingstöchtern im Arm. "Für die beiden Mädchen haben wir überhaupt keine Dokumente", sagt Shaadi. "Nur die Belege aus dem Krankenhaus, dass die Kinder in Russland geboren sind."

Seitdem die russische Luftwaffe Stellungen der Rebellen in Syrien bombardiert, wird die Frage nach der russischen Verantwortung in der Flüchtlingsfrage neu gestellt. "Wenn wir Assad unterstützen, müssen wir auch den syrischen Menschen helfen, und dafür sollten wir einen klaren Plan haben", sagte zuletzt Maxim Schewtschenko, Journalist und Mitglied des Menschenrechtsrats im Kreml. Auch der russische Außenminister Sergej Lawrow betonte, dass "wir auch dem syrischen Volk helfen müssen".

Die Realität sieht allerdings anders aus. Dass der russische Migrationsdienst den Betroffenen aus Syrien Flüchtlingsstatus gewährt, ist derzeit eher Ausnahme als die Regel, sagt Jelena Burtina von der Flüchtlingsorganisation Bürgerhilfe. Bei der Überprüfung des Flüchtlingsstatus werde auf die Schlüsselfrage - ob

Illegal in Russland Im russischen TV sind die Luftangriffe in Syrien fast pausenlos präsent. Doch anders als im Ukraine -Krieg werden syrische Flüchtlinge in Ru....

die Person im Herkunftsland gefährdet ist oder nicht - keine Antwort gegeben. Dass syrische Flüchtlinge aufgenommen werden, ist anders als während des Ukraine-Krieges politisch nicht gewollt.

Status für ein Jahr

Der Migrationsdienst ging zuletzt von 8.000 syrischen Flüchtlingen in Russland aus, die Flüchtlingsorganisation Bürgerhilfe spricht von 12.000 Betroffenen. Allerdings haben laut Daten der Migrationsbehörde FMS bisher nur 1.585 syrische Staatsbürger temporäres Asyl erhalten. Die Crux dabei: Dieser Status muss jedes Jahr verlängert werden. So wurde auch Shaadi, dem Familienvater, bei seiner Einreise vor zwei Jahren der Flüchtlingsstatus gewährt. Im Sommer wurde er allerdings nicht verlängert.

16 bis 20 Prozent der Asylbescheide werden Schätzungen zufolge nicht verlängert. So würden Schutzbedürftige, die bis zuletzt als Flüchtlinge anerkannt wurden, plötzlich in die Illegalität abrutschen, kritisieren Menschenrechtler.

Für Aufsehen sorgte zuletzt der Fall einer syrisch-irakischen Familie am Moskauer Flughafen Scheremetjewo. Die Behörden nahmen sie bei der Einreise wegen angeblich gefälschter Dokumente fest. Laut Bürgerhilfe wurde die Echtheit der Dokumente allerdings bestätigt. Gegen eine Kautions von 50.000 Rubel (umgerechnet 700 Euro) kamen sie frei. Ihr Aufenthaltsstatus ist aber weiterhin ungeklärt, zudem sitzt die Familie weiter in der Transitzone des Flughafens fest - schon mehr als einen Monat lang.

"Selbst, wenn sie gefälschte Dokumente gehabt hätten, müsste ihnen eigentlich Flüchtlingsstatus gewährt werden", sagt Swetlana Gannuschkina von der Bürgerhilfe. "Wenn es um Leib und Leben geht, dürfen die Flüchtlinge nicht zurückgeschickt werden." Damit verstoße Russland gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, die Moskau 1992 unterschrieben hat.

Über die arktische Route nach Europa

Aus all diesen Umständen leitet sich eine Frage ab: Wieso versuchen Menschen aus Syrien nach Russland zu kommen - wo die Lage für Flüchtlinge doch so schwierig ist? "Einerseits sind das Syrer mit persönlichen Verbindungen nach Russland. Sie haben Verwandte oder kennen jemanden hier, der hier arbeitet", sagt Olga Narymski von der UN-Flüchtlingshilfe UNHCR in Moskau. Viele Syrer sind noch zu Friedenszeiten nach Russland gekommen, um hier zu studieren oder zu arbeiten. Und im Bürgerkrieg sind Verwandte und Angehörige nachgezogen - mit der Hoffnung, bleiben zu können. Einen Sonderfall stellen zudem syrische Tscherkessen dar: eine Volksgruppe, die im Kaukasuskrieg im 19. Jahrhundert in das damalige Osmanische Reich geflohen war. Einige syrische Tscherkessen sollen in die russischen Kaukasusgebiete geflohen sein, genaue Zahlen gibt es nicht.

Russland ist aber noch aus einem anderen Grund zum Ziel von Flüchtlingen geworden: Über die "arktische Route" wollen sie nach Europa. Allein in der vergangenen Woche wurden zwischen der russischen Stadt Murmansk und dem norwegischen Skorskog 501 Grenzübertritte von Asylsuchenden gezählt - so viele wie noch nie.

Zurück im Plattenbau. Die Dunkelheit ist über Moskau hereingebrochen, in den endlosen Hausschluchten gehen die Lampen an, leuchten wie tausend Lichter. Trotz aller Schwierigkeiten hegen Shaadi und Ahmed weiterhin Hoffnung. Den negativen Asylbescheid wollen sie in Russland weiter anfechten, auch wenn sie derzeit ohne Status offiziell nicht arbeiten dürfen.

Und so wie sie denken viele, egal ob sie schon in Moskau sind oder auf dem Weg nach Russland. Nach neuen Luftschlägen der russischen Streitkräfte sollen sich erst in den vergangenen Tagen wieder Zehntausende aus der Gegend um Aleppo auf den Weg gemacht haben, um vor dem Krieg zu flüchten.

Load-Date: October 23, 2015

Der Türkei-Deal ist besser als sein Ruf; Der Türkei-Deal kann das Chaos an den Grenzen beenden und den Flüchtlingen helfen. Wird er richtig umgesetzt, nimmt er auch fremdenfeindlichen Politikern die Argumente.

ZEIT-online

Montag 23. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 22

Length: 1464 words

Byline: Madeleine K. Albright; Joschka Fischer; George A. Papandreou

Body

Flüchtlingskinder werfen ihre Schatten auf ein Zelt nahe der griechisch-mazedonischen Grenze bei Idomeni.

© Stoyan Nenov/Reuters

Die **Flüchtlings-** und **Migrationskrise** in Europa ist eine menschliche Tragödie, die ihren Ursprung in Bürgerkriegen in Nahost und institutionellen Versäumnissen des Westens hat. Sie entwickelt sich zudem gerade zu einem politischen Albtraum, da Nationalisten in ganz Europa die Angst vor **Flüchtlingen** ausnutzen, um die Europäische Union auszuhöhlen und die Werte der liberalen Demokratie, für die sie steht, anzugreifen.

Erschreckenderweise scheint ihre Strategie aufzugehen. Im vergangenen Jahr war die EU angesichts der humanitären Krise vor ihren Grenzen uneins und handlungsunfähig. Das Vertrauen in die EU nahm ab, während der Sog des Populismus stärker wurde. Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann, der nach einem schlechten Abschneiden seiner Sozialdemokraten gegen die **flüchtlingsfeindliche** FPÖ seinen Hut nahm, ist das jüngste politische Opfer dieser Krise - und möglicherweise nicht das letzte.

Zu einer Zeit, in der der Kontinent vor einer ganzen Reihe großer Herausforderungen steht - etwa Russlands aggressiver Politik im Osten, der Schuldenkrise und dem möglichen Brexit - muss Europa eine Richtungsänderung vornehmen, um seine Zukunft nicht zu gefährden. Jetzt ist der Zeitpunkt für die EU gekommen, der Welt zu zeigen, dass sie zu mitfühlendem und gleichzeitig entschlossenem Handeln in der Lage ist, um diese Krise unter Kontrolle zu bringen. Und für die Amerikaner ist der Zeitpunkt gekommen, aktiv zu werden und der EU dabei zur Seite zu stehen.

Ein schwerer Schlag gegen Schleuserbanden

Im März ergriffen die führenden EU-Politiker eine wichtige erste Maßnahme und verabschiedeten das EU-Türkei-Abkommen zur Verhinderung der sogenannten unregelmäßigen Migration und zur Einrichtung eines Verfahrens zur Umsiedlung von Flüchtlingen. Mit der drastischen Eindämmung der gefährlichen Überfahrten von der Türkei nach Griechenland, das heißt von über 57.000 im Februar auf knapp 4.000 im April, wurde den Schleuserbanden durch

Der Türkei-Deal ist besser als sein Ruf Der Türkei-Deal kann das Chaos an den Grenzen beenden und den Flüchtlingen helfen. Wird er richtig umgesetzt, nimmt er a....

dieses Abkommen bereits ein schwerer Schlag versetzt und das menschliche Leiden in der Ägäis ein wenig gelindert.

Viele Beobachter, darunter angesehene Menschenrechtsgruppen und Hilfsorganisationen, haben legitime Bedenken dazu geäußert, wie Migranten behandelt werden sollen und ob die Einhaltung der Menschenrechte durch dieses Abkommen gewährleistet ist. Diese Fragen müssen beantwortet werden, aber die Kritiker müssen auch anerkennen, dass eine unvollkommene Vereinbarung besser ist als ein unhaltbarer Status quo. Das Perfekte darf nicht der Feind des Guten sein. Und die Unterstützung für dieses Abkommen sollte unsere Sorgen über die Lage der Demokratie in der Türkei nicht überschatten.

Sollte das EU-Türkei-Abkommen das Chaos an den EU-Grenzen beenden und das Leben der Flüchtlinge in der Region verbessern, könnte dies das Vertrauen in die EU ein gutes Stück wiederherstellen und den fremdenfeindlichen Politikern Wind aus den Segeln nehmen. Doch bis dahin muss die Vereinbarung ordnungsgemäß und in Übereinstimmung mit internationalem Recht umgesetzt und zudem in eine breiter angelegte, globale Lösung eingebettet werden.

In Griechenland fehlen die Ressourcen

Während einer kürzlich veranstalteten Konferenz des Aspen Ministers Forum in Oslo fanden eine Reihe von Konsultationen einer Gruppe ehemaliger Außenminister mit Experten und Politikern zu Migrationsthemen statt. Ergebnis war eine Kombination aus praktischen, kurzfristigen Schritten und langfristigen Initiativen, die zu einer Überwindung dieser Krise beitragen könnten.

Als Erstes müssen wir daran arbeiten, die Situation auf den griechischen Inseln zu verbessern. In den vergangenen Wochen ist zwar infolge des EU-Türkei-Abkommens die Zahl der Neuankömmlinge drastisch gesunken, doch auf den Inseln befinden sich immer noch über 8.000 Migranten und Asylbewerber - viele davon in Aufnahmelagern. Allem Anschein nach haben weder die griechische Regierung noch die EU die erforderlichen Ressourcen für eine faire und effiziente Bearbeitung von Asylanträgen bereitgestellt. Das muss sich ändern. Nach Empfehlungen der Europäischen Stabilitätsinitiative wäre der Einsatz von mindestens 300 Sachbearbeitern erforderlich, um den Rückstau der Anträge in zwei Monaten zu bearbeiten. Diese Sachbearbeiter müssen möglichst rasch im Rahmen einer echten europäischen und von der EU geleiteten Asylunterstützungsmission eingesetzt werden. Griechenland darf mit diesem Problem nicht alleingelassen werden, denn das Land würde am meisten unter einem Versagen des EU-Türkei-Abkommens leiden, verfügt aber über viel zu wenig Personal dafür. Das ist in den vergangenen beiden Monaten allzu deutlich geworden.

Da weniger Migranten und Asylbewerber über die Ägäis kommen, lässt womöglich der Druck auf europäische Regierungen nach, weitere Aspekte des Abkommens umzusetzen. Schon jetzt nimmt die EU Abstand von der Einführung der Visafreiheit für türkische Staatsangehörige. Das wäre ein kurzsichtiger Fehler. Die EU muss auch zu ihrer Verpflichtung stehen, im Rahmen eines freiwilligen humanitären Aufnahmeplans eine groß angelegte Umsiedlung von Flüchtlingen aus der Türkei zu verwirklichen. Die Umsiedlung von 150.000 bis 250.000 Flüchtlingen ist leicht zu realisieren, wenn sich mehr europäische Länder zu einer Beteiligung bereit erklären.

Mit der Umsiedlung wird für eine gerechtere Verteilung der Verantwortung für Flüchtlinge gesorgt, die sich größtenteils in armen Ländern aufhalten. Die zugrunde liegende Krise wird damit natürlich nicht gelöst. Ein Teil der Flüchtlinge stammt aus Syrien, wo die Zivilbevölkerung sowohl den Angriffen des Assad-Regimes als auch des IS ausgeliefert ist. Solange diese Akteure am Zuge sind, wird der Exodus aus Syrien anhalten.

Eine erfolgreiche Umsiedlungsaktion kann den Europäern und der Welt jedoch auch zeigen, dass es möglich ist, human zu handeln und gleichzeitig seine Grenzen zu schützen. Damit würde den Forderungen der Demagogen und Populisten der Boden entzogen und ein Beispiel gegeben, dem andere wohlhabende Nationen, einschließlich der USA, hoffentlich folgen würden.

Die USA müssen ihre Beobachterrolle aufgeben

Der Türkei-Deal ist besser als sein Ruf Der Türkei-Deal kann das Chaos an den Grenzen beenden und den Flüchtlingen helfen. Wird er richtig umgesetzt, nimmt er a....

Die USA müssen erkennen, dass ihre eigenen Interessen von dieser Krise zutiefst betroffen sind, und entsprechend handeln. Auf dem Spiel steht nämlich nicht nur die Stabilität des Nahen Ostens, sondern die Einheit und Stärke unserer wichtigsten Partner in Europa. Um ihre eigenen globalen Interessen zu schützen, müssen die USA ihre Beobachterrolle aufgeben und an der Lösung der Probleme in Europa mitarbeiten sowie weit mehr als die 10.000 Syrer aufnehmen, zu deren Umsiedlung sie sich bereit erklärt haben. Die Vereinigten Staaten können Europa nicht aus der Ferne Ratschläge erteilen, ohne mehr zur Problemlösung beizutragen.

In der Zwischenzeit kommt es darauf an, parallel zu einer tatsächlichen Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens die institutionellen Versäumnisse anzugehen, die durch diese globale Krise zutage getreten sind. Denn auch wenn es sich um eine akute Notlage handelt, werden uns die damit verbundenen Aufgaben noch lange begleiten.

Obwohl zahlreiche erfahrene Nichtregierungsorganisationen Außergewöhnliches in diesem Bereich leisten und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen für seine Bemühungen Lob gebührt, erfolgen die humanitären Aktivitäten noch zu spontan, zu kurzfristig ausgerichtet und zu stark unterfinanziert.

Die Hilfe muss besser werden

In den vergangenen Monaten verfasste ein Konsortium der wichtigsten Hilfsorganisationen einen umfassenden Katalog an Empfehlungen für eine Umgestaltung des weltweiten Hilffsystems - mit Betonung auf neuen Mechanismen für die Finanzierung, einer besseren Integration der Notfallhilfe mit einer längerfristigen Entwicklung und einer Stärkung der Rolle des privaten Sektors. Damit soll nicht nur mehr humanitäre Hilfe bereitgestellt, sondern auch sichergestellt werden, dass wir über bessere Formen der Hilfe verfügen, die strategischer eingesetzt werden können.

Diese und andere Vorschläge sollten beim World Humanitarian Summit in Istanbul und bei der UN-Generalversammlung im September, wo der UN-Generalsekretär und US-Präsident Barack Obama einer Reihe hochrangiger Meetings zu Flüchtlingen und Migration vorsitzen werden, der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Der öffentliche Diskurs zu Flüchtlingen in Europa, den Vereinigten Staaten und in anderen Regionen wird bisher von Fremdenfeindlichkeit bestimmt. Es ist höchste Zeit, dass die Verantwortlichen in allen Ländern der Angstmacherei etwas entgegensetzen und zeigen, dass unser Bekenntnis zu liberalen Werten nicht zulasten der Sicherheit gehen muss. Die kommenden Monate könnten für Europa und die USA entscheidend sein. Einen Misserfolg können wir uns nicht leisten.

Load-Date: May 23, 2016

Abschreckung funktioniert (nicht); Über sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge vom Balkan wird viel geredet. Doch aus welchem Land kommen die meisten? Und sind es immer noch so viele?

ZEIT-online

Freitag 16. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 41

Length: 558 words

Byline: Lisa Caspari; Sascha Venohr

Body

Flüchtlinge in Berlin

© Kay Nietfeld/dpa

Albanien, Montenegro und der Kosovo gelten ab dem 1. November als "sichere Drittstaaten". Das haben Bundestag und Bundesrat in dieser Woche beschlossen. Wer künftig aus diesem Land kommt und in Deutschland einen **Asylantrag** stellt, wird kaum Chancen haben, dass sie oder er als politisch verfolgt anerkannt wird. Schon seit Herbst 2014 stehen außerdem Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina auf der Liste der sicheren Herkunftsstaaten.

Mit dieser Verschärfung des Asylrechts reagiert die Bundesregierung auf die zum Teil sehr hohen Asylbewerberzahlen von Menschen vom Balkan. Sie argumentiert, dass so der Anreiz für Menschen sinken wird, ihr Glück in Deutschland zu suchen. Doch wie viele Menschen aus Westbalkanländern kommen zu uns und aus welchen Ländern stammen sie?

Asylanträge aus dem Westbalkan

Erst- und Folgeasylanträge in Deutschland nach Herkunftsländern

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

© 2015 ZEIT ONLINE

Die Grafik zeigt, dass in der Debatte um Flüchtlinge vom Westbalkan beide Seiten irgendwie recht haben - und auch nicht.

So können sich die Kritiker einer restriktiveren Flüchtlingspolitik bestätigt fühlen: Trotz der Gesetzesverschärfung versuchten auch in diesem Jahr Menschen aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina weiterhin ihr Glück in Deutschland - Mazedonier stellten sogar tendenziell mehr Asylanträge als vor der Einstufung als sicheres

Abschreckung funktioniert (nicht) Über sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge vom Balkan wird viel geredet. Doch aus welchem Land kommen die meisten? Und sind es imm....

Herkunftsland. Im Sommer 2014 beantragten rund 2.500 Serben monatlich Asyl in Deutschland, diese Zahl ist mehr oder minder konstant geblieben.

Die Grafik dokumentiert aber auch den sprunghaften Anstieg der Asylbewerberzahlen vom Westbalkan, der zu Beginn des Jahres Politiker der Großen Koalition beunruhigte. Im März wurde der Höhepunkt erreicht, 19.730 Asylanträge gab es damals - viele hatten schon damals keine Chance auf Anerkennung, weil die Bewerber für sich und ihre Familien in Deutschland lediglich eine bessere wirtschaftliche Zukunft erhoffen. Das ist aber kein Asylgrund.

Weil die Asylverfahren in Deutschland im Schnitt mehrere Monate dauern und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit den vielen Anträgen überfordert ist, glauben Union und SPD, dass ein pauschaleres Asylverfahren für Kosovaren oder Serben die Bearbeitung der Anträge beschleunigen kann. Das Bundesinnenministerium hat außerdem Anfang August eine Aufklärungskampagne in den Herkunftsländern gestartet, um die Menschen davon abzuhalten, nach Deutschland zu kommen. Ein wenig scheint dies gewirkt zu haben. Im September wurden 11.712 Asylanträge von Menschen aus dem Westbalkan gestellt, ein Rückgang von 41 Prozent.

Vor allem die Kosovaren wurden offensichtlich entmutigt: Im März gehörten sie noch zu den Menschen, die die meisten Asylanträge (11.729) in Deutschland stellten. Im September waren es nur noch 796. Dafür steigt die Zahl der Albaner, die nach Deutschland wollen: 6.741 Albaner stellten im September einen Antrag, 123 Prozent mehr als noch im März.

Die Abschreckung funktioniert also nicht für alle: Insgesamt haben 2015 deutlich mehr Menschen vom Balkan einen Asylantrag gestellt als noch 2014. Die meisten Asylanträge - bearbeitet und bisher unbearbeitet - stammten im September 2015 allerdings von Syrern. Sie stellen inzwischen auch die insgesamt größte Gruppe der vergangenen neun Monate - gefolgt von Albanien.

Load-Date: October 16, 2015

Bamf-Präsident Schmidt tritt zurück; Vielfach wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den vergangenen Wochen kritisiert. Jetzt ist der Präsident zurückgetreten.

ZEIT-online

Donnerstag 17. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Manfred Schmidt; Ausg. 38

Length: 501 words

Body

Manfred Schmidt, der Präsident des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), hat seinen Rücktritt erklärt.

© Stefan Puchner/dpa

Der Präsident des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), Manfred Schmidt, hat seinen Rücktritt erklärt. Wie das Bundesinnenministerium mitteilte, bat Schmidt aus "persönlichen Gründen" darum, von seinen Aufgaben entbunden zu werden. Innenminister Thomas de Maizière habe dieser Bitte entsprochen. Über einen möglichen Nachfolger wurde zunächst nichts bekannt.

Chef von @BAMF_Dialog Manfred Schmidt "aus persönlichen Gründen" zurückgetreten. Quelle: Bundesinnenministerium pic.twitter.com/iFRg0yDNEr

- Astrid Geisler (@AstridGeisler) 17. September 2015

Das Bamf war in den vergangenen Wochen wiederholt kritisiert worden, weil die Asylverfahren nicht ausreichend beschleunigt wurden. Schmidts Behörde war es nicht gelungen, die Kapazitäten des Amtes zügig auszuweiten, obwohl die Bundesregierung das Bamf in den vergangenen Monaten wiederholt personell verstärkt hatte. Derzeit stauen sich in der Nürnberger Behörde mehr als 250.000 Asylanträge. Weitere erhebliche Aufstockungen sind geplant, auch durch Abordnungen vom Zoll und weiteren Behörden sowie durch die Reaktivierung von Beamten im Ruhestand.

Schmidts Behörde hatte Ende August angekündigt, das Dublin-Verfahren für Syrer aussetzen zu wollen. In der Folge machten sich Tausende Menschen über die sogenannte Balkanroute gen Deutschland auf - und Ungarn und Österreich ließen sie passieren. Das Bundesinnenministerium musste später klarstellen, dass Deutschland Dublin nicht ausgesetzt habe. Es handele sich lediglich um eine Leitlinie des Bundesamts, syrische Flüchtlinge nicht mehr in andere EU-Staaten zurückzuschicken, sagte ein Sprecher.

Ungeachtet aller Kritik und Missverständnisse äußerte Bundesinnenminister de Maizière sein Bedauern über die Entscheidung Schmidts, der seit 2010 an der Spitze des Bundesamts stand. Schmidt habe hervorragende Arbeit

Bamf-Präsident Schmidt tritt zurück Vielfach wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den vergangenen Wochen kritisiert. Jetzt ist der Präsident zur....

geleistet, erklärte der Minister. Auch aufgrund von Schmidts "außergewöhnlichem Einsatz" seien in der aktuellen Flüchtlingskrise für das Bamf "Personal, Stellen und Haushaltsmittel in großem Umfang bereitgestellt worden".

Der innenpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Volker Beck, hält Schmidts Rücktritt hingegen für ein "Eingeständnis an die Opposition, dass das Bamf der Lage nicht gewachsen ist und die Kritik an den schleppenden Personaleinstellungen ins Schwarze traf". Allerdings werde Schmidt "zum Bauernopfer, wenn sein Dienstherr, der Bundesinnenminister, daraus keine Konsequenzen zieht". Denn de Maizières Ministerium habe "diese Versäumnisse immer bestritten".

Der Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, Günter Burkhardt, bedauert den Rücktritt des Bamf-Chefs. "Schmidt ist eine hoch zu schätzende Persönlichkeit", sagte Burkhardt. "Die Gründe für die überlangen Asylverfahren liegen aus unserer Sicht nicht beim Bamf, sondern beim Bundesinnenministerium."

Load-Date: September 17, 2015

End of Document

Einmal Drecksarbeit und zurück; Spanien wehrt sich gegen mehr Flüchtlinge. Lieber sollen weiter Migranten auf Zeit kommen, die miese Jobs in der Landwirtschaft übernehmen - und dann wieder gehen.

ZEIT-online

Mittwoch 10. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Spanien; Ausg. 22

Length: 938 words

Byline: Susanne Kaiser

Body

Marokkanische Tagelöhner bei der Kartoffelernte in Cartagena, Südspanien (Archiv)

© Susana Vera/Reuters

"**Flüchtlingen** wäre nicht damit geholfen, in Spanien aufgenommen zu werden, wenn sie dann keine Arbeit bekommen." Mit der hohen Arbeitslosenquote im Land begründete Außenminister José Manuel García-Margallo sein Nein zur EU-**Flüchtlingsquote**. Die jüngsten Pläne aus Brüssel wirken störend auf die erfolgreiche spanische Abschottungspolitik: zehnmal mehr **Asylbewerber** als bisher - unzumutbar.

Bisher geht in Spanien nur ein Prozent aller **Asylanträge** in EU-Ländern ein, im Jahr 2014 laut dem UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR 5.900. In Italien waren es zur selben Zeit 64.000, in Deutschland 173.000, oder anders gerechnet: in Italien zehnmal mehr pro 1.000 Einwohner, in Deutschland sogar 20 Mal mehr.

Ganz anders stellt sich die Situation dar, wenn man den Worten des Finanzministers Cristóbal Montoro glauben darf. Der hatte nämlich am selben Tag, an dem die EU-Quotenpläne bekannt wurden, ein spanisches Wirtschaftswunder verkündet. Das derzeit größte Wachstum in der EU und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen machten Spanien zum Zugpferd Europas. Damit widerspricht der Finanzminister dem Außenminister. In diesem Jahr sind Parlamentswahlen in Spanien, vor diesem Hintergrund sind Übertreibungen in die eine oder andere Richtung vielleicht nicht ungewöhnlich.

Arbeit, die spanischen Landarbeitern zu schlecht ist

Ein genauerer Blick auf die spanische Asyl- und Zuwanderungspolitik zeigt aber gleich den nächsten Widerspruch, wenn das Argument die hohe Arbeitslosenquote sein soll. Seit 2000 schon betreibt der Mittelmeerstaat eine gezielte Gastarbeiteranwerbung, ähnlich der Gastarbeiterpolitik der fünfziger und sechziger Jahre in Deutschland. Vorzugsweise aus Marokko, aber auch aus Ländern südlich der Sahara werden Saisonarbeiter für die Intensivlandwirtschaft ins Land geholt. Sie sollen im Gemüsegarten Europas für Billiglöhne und unter widrigen Bedingungen die Arbeiten übernehmen, die spanische Landarbeiter zu den

Einmal Drecksarbeit und zurück Spanien wehrt sich gegen mehr Flüchtlinge. Lieber sollen weiter Migranten auf Zeit kommen, die miese Jobs in der Landwirtschaft ü....

gebotenen Konditionen schon lange nicht mehr machen würden. Nach der Saison kehren sie in ihre Herkunftsländer zurück, legt ihr Vertrag fest.

Eine Studie der Migrationssoziologin Katja Lindner von 2014 zeigt das Ausmaß der zeitlich begrenzten Arbeiterrekrutierung für den Landwirtschaftssektor. In den Jahren 2007 und 2008 kamen zwischen 30.000 und 50.000 staatlich rekrutierte Saisonarbeiter nach Andalusien. Zum Jahreswechsel 2011/12 hielten sich laut Einwohnermeldeamt 155.000 Migranten mit regulärem Aufenthaltsstatus allein in Almería auf und machten damit rund 22 Prozent der lokalen Bevölkerung aus. In Sachen EU-Quote wehrt sich Spanien unterdessen vehement gegen einen Flüchtling pro 1.000 Einwohner. Dieser eine Flüchtling ist unbequem, denn er arbeitet nicht und bleibt im Land.

Die zirkuläre Migration hingegen wird als Win-win-win-Situation verkauft: Die spanische Landwirtschaft profitiert durch billige Arbeitskräfte ohne Folgekosten; die Saisonarbeiterin profitiert durch einen Lohn, der achtmal höher liegt als beispielsweise in Marokko; und das Herkunftsland profitiert, weil die Arbeitsmigration einen positiven und damit geradezu entwicklungspolitischen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung dort hat - so werden jedenfalls die bilateralen Abkommen mit überwiegend afrikanischen Staaten begründet.

Am liebsten Mütter aus Rumänien, deren Kinder zu Hause warten

Tatsächlich gibt es nur einen Gewinner: die spanische Wirtschaft. Das zeigen die Entwicklungen der vergangenen 15 Jahre in der Region. Als sich die marokkanischen Landarbeiter mit Unterstützung von Gewerkschaften und Migrationsorganisationen gegen die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen zu wehren begannen, kam es zu pogromartigen Auseinandersetzungen mit spanischen Landwirten. Viele Marokkaner versuchten ihrer Situation zu entkommen, indem sie nach Erhalt der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung aus dem Sektor und aus der Provinz abwanderten.

Verträge legen daher mittlerweile fest, dass staatlich rekrutierte Arbeitskräfte weder die Arbeit noch die Arbeitgeberin noch den Sektor oder die Provinz wechseln dürfen. Viele taten es dennoch und wurden so zu irregulären Migranten, die nicht mehr in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Also ersetzte man sie kurzerhand durch rumänische und später auch marokkanische Frauen, die ihre minderjährigen Kinder im Heimatland zurücklassen mussten. Die Rechnung ging auf: Im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen kamen Mütter ihrer Rückkehrverpflichtung nach erfüllter Arbeit sehr viel häufiger nach.

Seit einigen Jahren sind auch subsaharische Afrikaner gern gesehene Saisonarbeiter in Andalusien. "Arbeitsam", "keine Konflikte", "bescheidener Lebensstil" sind nach Lindners Studie die Attribute, die Landwirte an ihnen schätzen. Diese Gruppe habe die wenigsten Probleme, sich an Hungerlöhne und miese Wohnverhältnisse - teilweise in Hütten ohne Strom und Wasser - anzupassen.

Ihnen verdanken die spanischen Landwirte ihren sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg zu Unternehmern. Auch spanische Landarbeiter zählen zu den Profiteuren der Arbeitsmigration, sie stehen nicht mehr auf der untersten Stufe der sozialen Hierarchie. Eine Zukunftsperspektive in Spanien hat das den Migranten auf Zeit nicht eingebracht.

Den so streng reglementierten und ausgeklügelten Kreislauf der Arbeitsmigration würde eine Flüchtlingsquote nur aus dem Gleichgewicht bringen.

Load-Date: June 10, 2015

Europa lässt Italien im Stich; Die EU hat die Unterstützung für Italien in der Flüchtlingsfrage gekürzt. Inzwischen etabliert sich dort ein Ausbeutungssystem für die Betreiber von Unterkünften.

ZEIT-online

Donnerstag 16. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 15

Length: 874 words

Byline: Fabio Ghelli

Body

Flüchtlinge im italienischen Lampedusa

© Antonio Parrinello/Reuters

Der wahrscheinliche Tod von 400 **Migranten** vor der libyschen Küste, der die deutsche Öffentlichkeit mal wieder an eine menschliche Katastrophe am Rande der EU erinnert hat, war für die meisten italienischen Medien keine Top-Nachricht. Wichtiger war den Redaktionen die Debatte über 6.500 zusätzliche Schlafplätze, die das italienische Innenministerium in aller Eile einrichten muss, um allen **Asylsuchenden** eine Unterbringung zu sichern.

Ähnlich wie beim "Notstandplan-Nordafrika" aus dem Jahr 2011 plant die Regierung derzeit vor allem, private Einrichtungen und Hotels zu Notunterkünften umzufunktionieren. Für einen Eklat sorgte dabei der Chef der xenophoben Partei Lega Nord, Matteo Salvini, der damit drohte, mit seinen Anhängern die Unterkünfte zu besetzen, um die Unterbringung weiterer von ihm so genannter "Scheinasylanten" zu verhindern.

Etwa 64.600 Menschen haben im vergangenen Jahr einen Asylantrag in Italien gestellt. Das ist mehr als doppelt so viel wie 2013. Italien ist somit zum dritt wichtigsten Aufnahmeland Europas nach Deutschland und Schweden geworden.

Mehr als die Hälfte davon sind in den armen südlichen Regionen untergebracht. Trotzdem sind es vor allem die nördlichen Regionen Lombardei und Venetien - beide von der Lega Nord regiert - die sich gegen den Ausbau der Kapazitäten wehren. Und das, obwohl nach den Plänen des Migrationsdezernats des Innenministeriums in jeder Region nicht mehr als 700 zusätzliche Plätze eingerichtet werden sollen.

Trotz des Widerstands der nördlichen Regionen ist das italienische Aufnahmesystem in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Gab es bis 2011 noch rund 3.000 Plätze in den offiziellen Flüchtlingsheimen, liegt diese Zahl derzeit bei 22.000. Die Zahl der in Italien lebenden Asylbewerber ist allerdings dreimal so hoch. Denn die Hälfte davon lebt in Notunterkünften wie Hotels, Kasernen oder privaten Einrichtungen.

Europa lässt Italien im Stich Die EU hat die Unterstützung für Italien in der Flüchtlingsfrage gekürzt. Inzwischen etabliert sich dort ein Ausbeutungssystem für....

35 Euro pro Tag zahlt das Innenministerium im Durchschnitt pro Asylbewerber den Betreibern dieser Notunterkünfte. Das führt zu einem Ausbeutungssystem, in dem die Betreiber die Kosten für die Versorgung der Asylsuchenden niedrig halten, um einen höheren Umsatz zu erzielen, meldete kürzlich der Präsident des Italian Consortium of Solidarity, Gianfranco Schiavone. Vor diesem Hintergrund hat die italienische Regierung Ende März eine Sonderkommission einberufen, um die Situation in den Aufnahmeeinrichtungen zu untersuchen und ein neues Aufnahmesystem für Flüchtlinge zu erarbeiten. Diese könnte allerdings zu spät kommen.

Denn auf der zentralen Mittelmeerroute der Flüchtlinge, die aus Nordafrika nach Italien führt, ist bereits viel los, wie die aktuelle Meldung über die 400 Vermissten wieder einmal zeigt. Rund 10.000 Menschen sind seit Anfang des Jahres über diese Route ins Land gekommen. Und im Februar 2015 meldete die Grenzschutzagentur Frontex, dass wegen der angespannten Situation in Ägypten und Libyen die Zahl der Menschen, die aus Nordafrika über das Mittelmeer nach Europa kommen, in den nächsten Monaten deutlich steigen wird.

Von den rund 150.000 Menschen, die im vergangenen Jahr Europa über die zentrale Mittelmeerroute erreichten, wurden die meisten von der italienischen Seenotrettungsoperation Mare Nostrum aufgefangen. Diese ist jedoch im November 2014 ausgelaufen und durch die europäische Operation Triton ersetzt worden.

Wie die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl im vergangenen Oktober meldete, verfügt Triton allerdings über deutlich weniger Mittel: Mit rund drei Millionen Euro liegt ihr gesamtes Budget bei einem Drittel des Geldes, das Italien in einem Jahr für Mare Nostrum ausgegeben hatte. Das führt dazu, dass Triton nur 30 Seemeilen vor der italienischen Küste patrouilliert und nicht - wie Mare Nostrum - bis in die libyschen Gewässer.

Als der italienische Innenminister Angelino Alfano im vergangenen Sommer meldete, dass Italien die Kosten der aufwendigen Seenotrettungsoperation alleine nicht tragen konnte, erhielt er wenig Unterstützung von den europäischen Partnern. Sein deutscher Kollege Thomas de Maizière behauptete sogar, dass Mare Nostrum Flüchtlinge dazu anreizen würde, nach Europa zu kommen.

Diese Unterstellung wird von den Zahlen der Grenzschutzagentur Frontex klar widerlegt. Der stärkste Anstieg in den Flüchtlingszahlen zwischen 2013 und 2014 ereignete sich im Sommer 2013, vier Monate bevor Mare Nostrum gestartet wurde. Auch deshalb widersprach der neue italienische Staatspräsident Sergio Mattarella kürzlich dem deutschen Innenminister: Mare Nostrum sei etwas, worauf man stolz sein könne.

Dennoch sieht es nicht danach aus, dass die kostspielige Operation bald wiederbelebt werden kann. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die italienische Politik um 6.500 Schlafplätze streitet, ist offenbar nicht viel Geld für die Rettung von Flüchtlingen übrig.

Ein Hoffnungsschimmer kommt weder von der EU noch von der italienischen Regierung: Am 10. April kündigten die Menschenrechtsorganisationen Ärzte ohne Grenzen und Migrant Offshore Aid Station an, bis zum Sommer eine gemeinsame Seenotrettungsoperation im Mittelmeer zu starten. Bei einem Test im vergangenen Jahr konnten die beiden Organisationen in zwei Monaten etwa 3.000 Migranten retten.

Load-Date: April 16, 2015

Zahl rassistischer Übergriffe steigt; Seit Beginn der Pegida-Demonstrationen hat die Gewalt gegenüber Flüchtlingen und Migranten zugenommen. Das legt die Auszählung von Polizeidaten und Medienberichten nahe.

ZEIT-online

Dienstag 27. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Pegida; Ausg. 4

Length: 354 words

Body

Teilnehmer einer Pegida-Demonstration in Dresden halten eine Deutschland-Fahne hoch.

© Jens Meyer/AP/dpa

Die Gewalt in Deutschland gegen **Flüchtlinge**, **Migranten** und deren Unterkünfte hat laut einem Medienbericht zugenommen. Seit den ersten Pegida-Demonstrationen Ende Oktober habe sich die Zahl rassistisch motivierter Übergriffe gegenüber dem vorigen Dreimonatszeitraum verdoppelt, berichtet das ARD-Magazin Report Mainz.

Während es in den drei Monaten vor Pegida bundesweit 33 Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge gegeben habe, seien es innerhalb der vergangenen drei Monate 76 Taten gewesen. Das TV-Magazin hat Agenturen, Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehberichte ausgewertet, Pressemitteilungen der Polizei sowie Chroniken der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA). Verglichen wurde das vergangene Vierteljahr (erster Pegida-Aufmarsch am 20. Oktober bis 20. Januar) mit dem Vierteljahr davor (20. Juli bis 19. Oktober).

Solche Veränderungen habe es in den vergleichbaren Zeiträumen der Vorjahre 2012 und 2013 nicht gegeben. Auf der Internetseite des Magazins ist die gesamte Chronik der Übergriffe aufgelistet. Erfasst sind Raubüberfälle, Körperverletzungen, Totschlag und Sachbeschädigungen im gesamten Bundesgebiet.

Die vom Bundeskriminalamt geführte Statistik sogenannter Politisch Motivierte Kriminalität - rechts (PMK - rechts) erreichte im November 2014 einen Höchststand von 63 Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund. In den Monaten davor waren es durchschnittlich 38. Das entspricht einem Plus von 66 Prozent. Diese Zahlen gehen aus den Antworten der Bundesregierung auf monatliche Anfragen der Partei Die Linke hervor.

Auch die Opferberatungsstelle Sachsens, finanziert von Land und Bund, hat mehr Vorfälle mit Migranten seit Pegida verzeichnet, sagte Robert Kusche, der Geschäftsführer der Opferberatung, in einem ARD-Interview. Flüchtlingshilfsorganisationen beklagen ebenfalls einen Anstieg von rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Die meisten rassistisch motivierten Körperverletzungen hätte es in Sachsen gegeben, teilten Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung mit.

Zahl rassistischer Übergriffe steigt Seit Beginn der Pegida-Demonstrationen hat die Gewalt gegenüber Flüchtlingen und Migranten zugenommen. Das legt die Auszähl....

Load-Date: January 27, 2015

End of Document

Bitte unterschreiben Sie hier; CDU-Vize Julia Klöckner will Migranten per Vertrag zur Integration verpflichten. Verstöße sollen bestraft werden. Bringt der Vorschlag wirklich etwas?

ZEIT-online

Mittwoch 2. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Integrationsvereinbarung; Ausg. 48

Length: 1397 words

Byline: Rebecca Krizak;Johanna Roth

Body

Fürchtet offenbar fremde Wertvorstellungen: CDU-Vizevorsitzende Julia Klöckner

© dpa - Bildfunk

Die Integration als Fremder in ein neues Land ist immer ein komplexer Vorgang, manchmal dauert sie jahrelang. In der **Flüchtlingskrise** hat die CDU Rheinland-Pfalz aber nun eine scheinbar simple Lösung entdeckt. Sie will **Flüchtlinge**, die bereits ein Bleiberecht in Deutschland haben, künftig eine Integrationsvereinbarung unterschreiben lassen: "Wer durch die Tür **Asylrecht** in das Haus Deutschland kommt, muss wissen, dass es hier tragende Wände und Säulen gibt, die wir weder einreißen noch verrücken wollen", heißt es in einem Antrag des Landesverbands für den Bundesparteitag der CDU Mitte Dezember.

Im März sind Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz. Die Union will sich mit Spitzenkandidatin Julia Klöckner auch als Gegenpol zur amtierenden Ministerpräsidentin Malu Dreyer und deren liberaler **Flüchtlingspolitik** positionieren.

Die Idee der Integrationsvereinbarung ist allerdings nicht ganz neu: Auch die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Bundestag, Nadine Schön, hatte Mitte November eine Verpflichtung der **Migranten** zur Integration vorgeschlagen. "Mir schwebt eine Integrationsvereinbarung vor, eine Art Pakt, den alle **Flüchtlinge** unterschreiben und in dem ihnen verdeutlicht wird, dass Integration ein Geben und Nehmen ist", sagte sie in einem *Spiegel* - Interview.

Jetzt hat ihre Kollegin Klöckner konkretere Vorschläge gemacht: In dem Antrag für den Bundesparteitag werden neben einer Integrationsvereinbarung zwischen Staat und Migranten auch ein sogenanntes Integrationspflichtgesetz gefordert. "Integrationsvereinbarungen wollen wir analog zu den Eingliederungsvereinbarungen für Langzeitarbeitslose gestalten. Wer nicht mitmachen will, muss mit individuellen Leistungskürzungen rechnen", erklärt Klöckner. Eine entsprechende Vereinbarung soll den Migranten ab dem ersten Tag ihrer Aufnahme in Deutschland mit auf den Weg gegeben werden, schlägt sie vor.

Der Koalitionspartner spricht von "Aktionismus"

Bitte unterschreiben Sie hier CDU-Vize Julia Klöckner will Migranten per Vertrag zur Integration verpflichten. Verstöße sollen bestraft werden. Bringt der Vorschlag...

Darin sollen sich die Migranten zur Gleichberechtigung von Mann und Frau verpflichten und versprechen, das deutsche Gesetz über das islamische Recht zu stellen. Auch das Existenzrecht Israels und die Rechte Homosexueller sollen von den Neuankömmlingen anerkannt werden.

Das allermeiste davon stehe sowieso in den deutschen Gesetzen, die es für jeden einzuhalten gelte, sagen die Gegner des Vorschlags. Aydan Özoğuz, SPD-Staatsministerin für Integration, spricht von "Aktionismus, der keinem hilft." Und Mahmut Özdemir, der für die SPD im Innenausschuss des Bundestages sitzt, setzt noch eins drauf: "Die Integrationsvereinbarung ist der größte intellektuelle Tiefflug seit Langem. Ein reiner Ausdruck der Selbstgerechtigkeit der Union." Er verweist auf die bereits existierenden Integrationskurse für Migranten und erklärt: "Die Menschen, die hier um Asyl bitten, haben ja schon eine Integrationsvereinbarung getroffen. Die nennt sich Grundgesetz." Der Staat werde Recht und Gesetz vollstrecken, aber nicht Integration, meint Özdemir. "Man ändert nicht einfach eine Gesinnung, indem man so eine Vereinbarung unterschreiben lässt."

Verstöße sollen bestraft werden

Doch Klöckner hält dagegen: "Wir wollen und können keine Gesinnung überprüfen, aber es geht darum, deutlich zu machen, was uns wichtig ist. Keiner soll das Gefühl haben, man stolpert in ein planloses Gesellschaftssystem rein." Wer sich nicht an die Vereinbarung hält, den will die CDU-Vize mit der Kürzung von Sozialleistungen oder einer erneuten Überprüfung des Aufenthaltstitels bestrafen.

Bahnbrechend neu ist auch das nicht: 2005 wurden Migranten mit dem Zuwanderungsgesetz zu Integrationskursen verpflichtet. Darin lernen sie Deutsch, aber auch die Werte und die Kultur der neuen Heimat werden behandelt. Und: Wer nicht zu den Kursen erscheint, kann bestraft werden.

Die Union hält trotzdem eine zusätzliche Vereinbarung für nötig. Auch der Berliner Landesverband der CDU beschäftigte sich bei seiner Klausurtagung am Wochenende mit einem Entwurf einer Integrationsvereinbarung. Dem Land Berlin steht 2016 ebenfalls ein Wahlkampf bevor. "Wir müssen von Anfang an klar machen, was wir von den Flüchtlingen erwarten. In Deutschland lösen wir Konflikte nicht mit Gewalt, die Geschlechter sind gleichberechtigt und unsere Gesetze stehen über religiösen Geboten", sagt der CDU-Landesgeneralsekretär Kai Wegner, der wie Klöckner nicht nur auf Landesebene aktiv ist, sondern auch im Bundestag sitzt. Dass all dies bereits gesetzlicher Status quo ist, stört auch ihn offenbar nicht.

"Ich habe keine Angst vor Veränderung, aber ich möchte auch kein anderes Land", betont Wegner noch. Er ist offenbar überzeugt, dass eine Integrationsvereinbarung sogar Konflikte in Asylbewerberunterkünften wie vor einigen Tagen in Berlin verhindern könnte: "Darauf müssen wir reagieren, denn auch in diesen Einrichtungen gilt der Rechtsstaat." Bei den Krawallen in einem Berliner Flüchtlingsheim war die Polizei allerdings schnell vor Ort - so schnell wie bei jeder anderen Prügelei auch. Und wie soll eine Integrationsvereinbarung den Frust der in zugigen Flughafenhallen schlafenden Flüchtlinge verhindern? Darauf kann Wegner keine Antwort geben.

Mit der Forderung nach einer solchen Vereinbarung wird den Flüchtlingen zudem indirekt vorgeworfen, dass sie sich gar nicht integrieren wollen. "Viele der Neuankömmlinge stammen aus Ländern, in denen andere Regeln gelten, die keine Rechtsstaaten sind", begründet die CDU Rheinland-Pfalz ihren Antrag. Dass viele dieser Menschen genau wegen des fehlenden Rechtsstaates fliehen und sich ein besseres Leben wünschen, steht in dem Antrag nicht.

Wie könnte man Verstöße überprüfen?

Klöckners Plan wurde womöglich auch durch die Erfahrung befeuert, dass ihr ein Imam beim Besuch eines Flüchtlingsheims den Handschlag verweigerte, weil sie eine Frau ist. So etwas ist nicht schön, aber dagegen gibt es in Deutschland kein Gesetz. Will die CDU-Vize so ein Verhalten künftig verbieten lassen? Verfassungsrechtlich wäre das wohl schwierig, denn das Grundgesetz gesteht den Bürgern ausdrücklich zu, die eigene Persönlichkeit möglichst frei zu entfalten und die eigene Meinung frei auszudrücken.

Bitte unterschreiben Sie hier CDU-Vize Julia Klöckner will Migranten per Vertrag zur Integration verpflichten. Verstöße sollen bestraft werden. Bringt der Vorschlag...

Deshalb soll wohl eine Art moralische Verpflichtung her, die Integrationsvereinbarung. Doch: Wie soll in Zukunft überhaupt überprüft werden, ob Migranten die Werte aus der Integrationsvereinbarung auch tatsächlich leben - oder gar, was und wie sie denken? Soll in Zukunft bis ins Wohnzimmer hinein kontrolliert werden, ob ein Mann seine Frau als gleichwertig erachtet? Und wie genau sollte diese Kontrolle funktionieren? Dazu macht keiner der Anträge einen konkreten Vorschlag.

"Populistisch" nennt Asylrechtsexperte Reinhard Marx den Vorschlag zu Integrationsvereinbarungen deshalb. "Das ist hektische Symbolpolitik." Als Jurist hat er Zweifel, dass sich ein solcher Vorschlag überhaupt umsetzen ließe. "Im Ansatz kann man den Antrag befürworten. Das Ziel der Integration ist die Akzeptanz der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland. Aber bei der Durchsetzung muss ich sagen: So geht es nicht."

Integration beruhe auf Freiwilligkeit, hebt Marx hervor. "Nur mit Zeit und Geduld kann man Migranten auf unsere Grundwerte verpflichten." CDU-Mann Wegner sieht das anders: "Integrationsvereinbarungen können ein wichtiger Baustein sein. Wer sich nicht an das Vereinbarte hält, muss mit Sanktionen rechnen."

Kritik auch aus den eigenen Reihen

Die Vorschläge von Klöckner und Wegner werden allerdings nicht überall in der Union begrüßt. Selbst in der CSU gibt es kritische Stimmen - und das, obwohl die Partei in der Flüchtlingsdebatte traditionell einen härteren Kurs verfolgt als die CDU. "Euphorisch bin ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht", sagt der CSU-Innenexperte Stephan Mayer. Auch er hadert mit der praktischen Umsetzbarkeit der Idee. "Ein Wertegerüst lässt sich leicht formulieren, aber die Einhaltung zu prüfen, ist schwierig."

Auf den ersten Blick habe eine solche Vereinbarung "Charme", weil die Rechte und Pflichten transparent geregelt seien, erklärt Mayer. "Aber: Vieles ist auch jetzt schon gesetzlich festgelegt, deshalb halte ich nichts davon, eine Vereinbarung nur der Vereinbarung wegen zu treffen." Wie viele in der Union Klöckners Plan dennoch folgen wollen, wird sich beim Parteitag Mitte Dezember entscheiden.

Load-Date: December 2, 2015

Asyl vom BND; Wie vielen Flüchtlingen hat der BND Asyl ermöglicht? Die Regierung hat Zahlen veröffentlicht, der Umfang der umstrittenen Methode ist aber noch immer nicht klar.

ZEIT-online

Freitag 1. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge als Informanten; Ausg. 13

Length: 1183 words

Byline: Kai Biermann;Christian Fuchs

Body

Flüchtlinge am Tor einer Einrichtung des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf)

© Julian Stratenschulte/dpa

In den vergangenen 15 Jahren haben mindestens 1.000 **Flüchtlinge** in Deutschland **Asyl** erhalten, weil sie deutschen Geheimdiensten und Polizeibehörden Hinweise und Informationen gaben. Das zeigen Zahlen der Bundesregierung, die sie als Antwort auf zwei Kleine Anfragen der Linkspartei veröffentlicht hat. Gleichzeitig belegen die Daten, dass alle deutschen Sicherheitsbehörden **Migranten** als Informationsquelle nutzten und dass diese umstrittene Art der Abschöpfung trotz anderslautender Beteuerungen nicht beendet wurde.

Von 1958 bis 2013 betrieb der Bundesnachrichtendienst eine getarnte Organisation namens Hauptstelle für Befragungswesen (HBW). Sie sollte nach Deutschland eingereiste **Migranten** befragen und so Informationen über verschiedene Regionen der Welt sammeln. Die HBW kooperierte dazu mit dem Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) und horchte die Menschen verdeckt aus. Bei vielen Gesprächen waren auch amerikanische Geheimdienstmitarbeiter anwesend, ohne dass dies den Befragten klar war.

Gaben Geflüchtete bei den Gesprächen interessantes Wissen preis oder wurden sie sogar vom BND als Quelle angeworben, dann bat der Nachrichtendienst das Bamf anschließend darum, ihnen Asyl zu gewähren. Der Kontakt zum deutschen Geheimdienst würde für sie ansonsten Folter, Bestrafung oder den sicheren Tod bedeuten, würden sie wieder in ihre Heimat abgeschoben, lautete die Begründung. Geheimdienstinformanten unter den Flüchtlingen werden durch dieses Vorgehen schon seit 1972 geschützt, gab die Regierung jetzt bekannt. Intern wurden diese Vorgänge Interventionsfälle genannt.

Diese Praxis wurde im Rahmen des NSA-Untersuchungsausschusses des Bundestages bekannt. Genau wie die Tatsache, dass nicht nur der BND auf diese Art Informationen abschöpfte, sondern auch der Verfassungsschutz, die Landeskriminalämter, der Zoll und Landespolizeibehörden. Der Umfang dieser geheimen Informationsbeschaffung lässt sich nun erst anhand der veröffentlichten Zahlen ersehen. Demnach haben deutsche Sicherheitsdienste in den Jahren 2000 bis 2015 in insgesamt 998 Fällen interveniert.

Asyl vom BND Wie vielen Flüchtlingen hat der BND Asyl ermöglicht? Die Regierung hat Zahlen veröffentlicht, der Umfang der umstrittenen Methode ist aber noch imm....

Die große Mehrheit entfällt mit 842 Interventionsfällen auf den BND. An zweiter Stelle kommen die Landesämter für Verfassungsschutz mit insgesamt 45 Fällen, dann verschiedene Landespolizeien mit 42 Fällen. "Erstaunlich ist, in welchem Ausmaß auch Landesbehörden Flüchtlinge unter Druck setzten", sagt Martina Renner. Die Abgeordnete der Linkspartei sitzt im NSA-Ausschuss und hat die Kleinen Anfragen gestellt. Sie findet es "höchst suspekt, wenn Geheimdienste, Zoll und Polizei Schutzsuchenden im Falle einer Zusammenarbeit Aufenthaltstitel versprechen, zumal damit die Qualität der gewonnen Informationen äußerst fragwürdig ist".

Die Sorge ist nicht unberechtigt. Flüchtlinge, die sich Hilfe in ihrem Asylverfahren erhoffen, erzählen sicher alles, was der Fragende hören will. Der dramatischste Fall dieser Art ist der des Informanten mit dem Tarnnamen Curveball. Dessen Lügen führten letztlich 2003 zum Krieg der USA gegen den Irak.

Die Zahlen zeigen auch, für welche Regionen der Welt sich der Bundesnachrichtendienst und andere Behörden interessieren: Es sind vor allem der Nahe und Mittlere Osten. In den Jahren 2000 bis 2005 waren es außerdem die GUS-Staaten, die früheren Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der drei baltischen Staaten. Insgesamt 121 Interventionsfälle gab es bei Geflüchteten aus den GUS-Staaten. 2005 existierte zudem ein starkes Interesse für Afrika und Asien - es war das Jahr der Bombenanschläge in Scharm al-Scheich, London und Bali.

Allein nach der Zahl betrachtet fanden die meisten dieser verdeckten Befragungen in den Jahren 2000 bis 2004 statt. Mehr als die Hälfte der Interventionsfälle entfällt auf diesen Zeitraum.

Zu dieser Zeit begannen auch die verdeckten Aktionen und Drohnenangriffe von US-Luftwaffe und CIA im Jemen, in Pakistan und Somalia. Die Hauptstelle für Befragungswesen des BND kooperierte eng mit dem Militärgeheimdienst der Vereinigten Staaten, der Defense Intelligence Agency (DIA). Der BND führte dem US-Dienst Flüchtlinge als Informanten zu oder teilte die gewonnenen Informationen mit ihm. Vier amerikanische Agenten saßen zuletzt sogar bei der HBW und durften die Flüchtlinge selbst für ihre Zwecke befragen. Die so gewonnen militärisch relevanten Informationen sollen auch dazu genutzt worden sein, Ziele für amerikanische Drohnen im Nahen Osten und in Afrika aufzuspüren. Die Bundesregierung dementiert, dass die abgefishchten Daten militärisch genutzt wurden. Aussagen des amerikanischen Drohnenpiloten Brandon Bryant im NSA-Untersuchungsausschuss lassen aber Zweifel an diesem Dementi zu.

Das Bamf als williger Helfer des BND

Die neuen Daten zeigen auch, wie hörig das Flüchtlingsamt den Sicherheitsdiensten gegenüber war. Das Bamf gewährte fast in jedem der annähernd 1.000 Interventionsfälle Asyl. Nur 2002 lehnte das Amt zwei Mal die Anerkennung von "Nachfluchtgründen" für zwei Personen aus den GUS-Staaten und vom Balkan ab. Sie erhielten kein Aufenthaltsrecht in Deutschland, trotz ihres Kontaktes zum Geheimdienst.

Offiziell hat der Bundesnachrichtendienst die heimliche Befragung in Erstaufnahmeeinrichtungen 2013 beendet. Wie die Zahlen zeigen, scheint die Bedeutung auch vorher schon abgenommen zu haben. Ab 2006 gab es pro Jahr nur noch ungefähr 50 Interventionsfälle. Ganz aufgegeben aber haben die Dienste diese Methode nicht. Recherchen von DIE ZEIT und ZEIT ONLINE zeigten, dass BND und Verfassungsschutz weiter in Flüchtlingsunterkünften stationiert sind und nach wie vor Asylbewerber als Quellen rekrutieren. Das räumt die Regierung nun indirekt auch ein und schreibt: Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz würde auch heute noch "in Einzelfällen anlassbezogene Kontaktaufnahmen mit Asylsuchenden" durchführen. In den zwei Jahren nach dem Ende der Befragungsstelle 2014 und 2015 meldete der BND außerdem acht Kontaktaufnahmen zu Flüchtlingen aus dem Nahen Osten an das Bamf, der Verfassungsschutz eine.

Ob das Bild dieser umstrittenen Abschöpfungsmethode damit nun endlich vollständig ist, lässt sich auch nach Veröffentlichung der Zahlen nicht sagen. Bei ihrer Betrachtung (hier alle Zahlen als GoogleDoc) fällt eine Diskrepanz auf. Die Bundesregierung hat die Interventionsfälle ein Mal nach den Behörden aufgelistet, die die Befragung durchgeführt hatten, ein zweites Mal nach der Herkunft der Befragten. Zwischen beiden Statistiken gibt es jedoch eine Differenz. Demnach haben die Behörden 998 Menschen befragt, aber nur für 803 Interventionsfälle gibt es Auskunft zur Herkunft der Befragten. Wie die Abweichung von 195 Fällen zustande kommt, erklären die Antworten der Bundesregierung auf die parlamentarischen Anfragen der Linken nicht.

Asyl vom BND Wie vielen Flüchtlingen hat der BND Asyl ermöglicht? Die Regierung hat Zahlen veröffentlicht, der Umfang der umstrittenen Methode ist aber noch imm....

Haben Sie Informationen zu diesem Thema? Oder zu anderen Vorgängen in Politik und Wirtschaft, von denen die Öffentlichkeit sie erfahren sollte? Wir sind dankbar für jeden Hinweis. Dokumente, Daten oder Fotos können Sie hier in unserem anonymen Briefkasten deponieren.

Load-Date: April 1, 2016

End of Document

In der Hoffnungslosigkeit gestrandet; Die Zustände im Flüchtlingscamp Moria sind dramatisch. Auch weil Syrer bei der Verlegung auf das Festland bevorzugt werden, kommt es immer wieder zu Konflikten.

ZEIT-online

Sonntag 25. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Lesbos; Ausg. 36

Length: 1117 words

Byline: Kostas Koukoumakas

Body

Ein **Migrant** vor dem **Flüchtlingscamp** in Moria

© Kostas Koukoumakas

Es ist sieben Uhr morgens, als zwei Männer am eingezäunten **Flüchtlingscamp** von Moria auf der griechischen Insel Lesbos entlang laufen. Sie tragen Plastiksandalen, ihre Umrisse sind in den Farben der Morgendämmerung gemalt, während die Sonne über der türkischen Küste etwa 15 Kilometer weiter aufgeht. Im Inneren von Camp Moria, dem unbeliebtesten Hotspot in Griechenland, schlafen die meisten der 4.000 **Flüchtlinge** noch.

Die beiden Männer, der 41-Jährige Nadeem Isahak und der 22-Jährige Taenveer Shzad, sind Pakistaner - und sie sind besorgt. "Wir haben Griechenland vor drei Monaten in einem Schlauchboot über den Seeweg erreicht", erzählen Isahak und Shzad. Die beiden haben die Ausschreitungen miterlebt, die letzten Montag im Camp ausgebrochen waren, wohl weil sich Afrikaner und Afghanen bei der Ausgabe des Mittagessens gestritten hatten.

"Innerhalb von Sekunden haben über 500 Menschen angefangen, sich zu prügeln", berichten Isahak und Shzad. Viele Menschen seien von Steinen getroffen worden. "Es war ein Chaos. Unser Zelt ist nicht in Flammen aufgegangen, weil wir es außerhalb des Haupthofes aufgebaut hatten, dort gab es nämlich keinen freien Platz mehr."

Isahak und Shzad haben beide Asyl in Griechenland beantragt. Doch mit der Zeit haben sie realisiert, dass Menschen aus Pakistan keine Hoffnung auf eine Anerkennung haben. So geht es vielen in Moria.

Verletzungen an Kopf und Händen

Ilektra Koutsoumani, Sozialarbeiterin für Ärzte ohne Grenzen auf Lesbos, war vom ersten Moment an bei den Ausschreitungen am Montag im Camp Moria dabei. "Es gab große Aufregung; ich konnte die Flammen sehen und habe den Rauch eingeatmet. Zelte brannten und das Camp wurde von der Polizei evakuiert. Es war die härteste Zeit, seit ich seit Dezember auf Lesbos bin", sagt Koutsoumani, die in einer mobilen medizinischen Station im Camp arbeitet. Viele Menschen seien am Kopf oder an den Händen verletzt worden und litten an

In der Hoffnungslosigkeit gestrandet Die Zustände im Flüchtlingscamp Moria sind dramatisch. Auch weil Syrer bei der Verlegung auf das Festland bevorzugt werden,....

Atemwegsproblemen. "Wir haben vielen von ihnen erste Hilfe geleistet. Außerdem haben wir mindestens zehn Leute ins staatliche Krankenhaus geschickt", sagt Koutsoumani.

Das ehemalige Militärcamp Moria ist eines der großen Probleme der Flüchtlingskrise, die in Griechenland anhält. Medien ist der Zutritt in das Lager verboten. Nachdem der Hotspot letzten Montag vorübergehend evakuiert wurde, versuchten die Menschen, das Dorf Moria, das etwa 1,5 Kilometer entfernt ist oder die Hafenstadt Mytilene, etwa sieben Kilometer weiter, zu erreichen. Örtliche Polizeibeamte und die Bereitschaftspolizei stoppten sie in den Olivenhainen, die das Camp umgeben, bevor die Flüchtlinge die Hauptstraße erreichen konnten. "Man könnte meinen, wir sind am Omonoia-Platz (*ein zentraler Platz in Athen, Red.*)", beschwerten sich Anwohner. In den letzten Tagen gab es Proteste gegen die Migration in Mytilene, bei denen Rechtsextremisten der Partei Goldene Morgenröte teilnahmen.

Noch schwerwiegender als die Lebensbedingungen ist für viele Flüchtlinge, dass es keinen Plan für ihre Zukunft gibt. Das besprechen sie jeden Tag in den fünf Kantinen außerhalb von Camp Moria, wo sie, eingeteilt nach Nationalität, ihre Handys aufladen. Die Frustration hat zwei Gründe: Das Verlegungsprogramm auf das Festland scheint praktisch gestrichen worden zu sein. Und auch die Anhörungsprozedur für die Asylanträge ist sehr langsam.

Laut Angaben der griechischen Regierung gibt es heute 46.834 Flüchtlinge auf dem Festland. Weitere 13.983 kamen nach dem EU-Türkei-Abkommen vom 20. März 2016 auf den griechischen Inseln an. Sie warten darauf, dass ihr Asylantrag bearbeitet wird. 5.837 Flüchtlinge sitzen zurzeit auf Lesbos fest. George Kyritsis, Sprecher des griechischen Flüchtlingskrisenstabs, verweist darauf, dass alle EU-Länder eingewilligt hätten, ein zweijähriges "Notfallverlegungsprogramm" aufzubauen. Das Programm sieht vor, dass vor allem Flüchtlinge aus Griechenland und Italien auf andere Mitgliedstaaten verteilt werden. "Im Fall von Griechenland haben die EU-Länder zugestimmt, 66.400 identifizierte Flüchtlinge aufzunehmen. Bis letzte Woche wurden nur 4.140 Flüchtlinge von Griechenland in andere EU-Länder verlegt. Griechische Behörden haben bereits weitere 7.500 Menschen für das Programm identifiziert, aber niemand kann sagen, wann sie gehen können", sagt Kyritsis.

Nach dem letzten Bericht von Amnesty International vom 22. September 2016 gibt es Länder wie Österreich, Ungarn oder Polen, die nicht eine einzige Person aus dem Programm aufgenommen haben. Hinzu kommt, dass über das Programm vor allem Syrer weiterreisen durften. Iraker und Afghanen wurden dagegen praktisch ausgeschlossen. Das verursacht Rivalität und Konflikte unter den Menschen, die in Griechenland festsitzen.

Dieser Umstand wirkt sich auch auf die griechischen Inseln aus. "In Camp Moria leben Menschen monatelang ohne jede Aussicht und Hoffnung", sagt Farid Tahiri, ein 33-jähriger Afghane. Über 4.000 Menschen sind gezwungen, an einem Ort zu leben, der errichtet wurde, um vorübergehend 1.000 Menschen aufzunehmen. Die anderen 1.800 verbringen die Nächte in Gebäuderuinen oder im Hafengebiet.

Die griechischen Behörden weisen eine Schuld an den Zuständen zurück. Hauptgrund für die sehr langsamen Asylprozesse sei die geringe Anzahl an europäischen Experten, die als Unterstützung versprochen worden waren, sagt Kyriakos Mantouvalos, Sprecher des griechischen Migrationsministers Ioannis Mouzalas. "Gemäß dem EU-Türkei-Abkommen sollten mittlerweile über 400 Experten in Griechenland arbeiten. Bisher sind aber nur 38 gekommen." Auf Lesbos arbeiten 13 solcher Experten, um die 45 griechischen staatlichen Mitarbeiter zu unterstützen. Der Auftrag: die seit letztem März aufgelaufenen 7.600 Asylanträge abarbeiten.

"Es ist auch klar, dass der Anhörungsprozess für die Asylanträge personalisiert ist, also ist es komplex und anstrengend", sagt Mantouvalos. Der Ruf nach neuen Experten ist eine von sechs Direktmaßnahmen, die die griechische Regierung angekündigt hat, um die Situation auf Lesbos zu entschärfen. Außerdem ist geplant, die Asylsuchenden, die ihre erste Antwort erhalten haben, auf das Festland zu schicken. Auch der Bau eines neuen geschlossenen Lagers auf Lesbos ist geplant, besonders für Migranten, die straffällig geworden sind. "Wir planen auch, Entschädigungen an die Einwohner von Moria zu zahlen, deren Besitz zu Schaden kam", sagt Mantouvalos.

In der Hoffnungslosigkeit gestrandet Die Zustände im Flüchtlingscamp Moria sind dramatisch. Auch weil Syrer bei der Verlegung auf das Festland bevorzugt werden,....

Als es Abend wird in Moria, sitzen Nadeem Isahak und Taenveer Shzad noch an derselben Stelle. "Wir haben jeder 5.000 Euro ausgegeben, um nach Griechenland zu kommen", sagen sie. "Jetzt sitzen wir in einem halboffenen Hotspot ohne einen einzigen Cent fest."

Übersetzung: Marion Bergermann

Load-Date: September 25, 2016

End of Document

Nicht alle können bleiben; Effizienter abschieben: Innenminister de Maizière will die Asylgesetze reformieren. Zu Recht, denn nicht jeder Flüchtling, der nach Deutschland kommt, ist wirklich einer.

ZEIT-online

Donnerstag 27. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 35

Length: 1041 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Innenminister Thomas de Maizière spricht mit **Asylbewerbern** in der Zentralen Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt. Neben ihm der Brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke.

© John MacDougall/AFP/Getty Images

Vorschläge zur Änderung der **Asylpolitik** geraten schnell in den Verdacht, das **Asylrecht** solle "verschärft", sprich: eingeschränkt werden. Hier wirkt der unselige **Asylkompromiss** von 1993 bis heute nach. Erst recht gilt das, wenn die Vorschläge vom Bundesinnenminister kommen, zumal in einer aufgeheizten Zeit mit Hunderttausenden Neuankömmlingen und fast täglichen Übergriffen auf **Flüchtlingsunterkünfte**. Da kommt schnell der Verdacht auf, hier reagiere ein verantwortlicher Politiker nur auf eine ausländerfeindliche Stimmung. Aber trifft das wirklich auf den neuen Maßnahmenkatalog aus dem Haus von Thomas de Maizière zu?

Unbestritten ist, dass alle Beteiligten - Bund, Länder, Kommunen - mit der jetzigen Situation völlig überfordert sind und dass es dringend praktischer Änderungen bedarf angesichts von 800.000 erwarteten **Asylbewerbern** in diesem Jahr und womöglich ebenso vielen, wenn nicht noch mehr, in den kommenden Jahren. An vorderster Stelle muss dabei stehen, worüber unter den Verantwortlichen Konsens herrscht: Die **Asylverfahren** müssen unbedingt beschleunigt werden. Dafür braucht es rasch mehr Entscheider im Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge**. Hier rächen sich Versäumnisse in der Vergangenheit.

Die Verfahren sind zwar schon um zwei auf durchschnittlich fünf Monate verkürzt worden. Das ist aber immer noch viel zu lang. Denn in dieser Zeit müssen die Bewerber untergebracht und versorgt werden, auch die, die keine Chance haben. Auch im Sinne der Antragsteller wäre es, über ihr Begehren binnen weniger Wochen zu befinden. Dann wüssten sie, woran sie sind.

Weil das im Moment unrealistisch ist, möchte de Maizière sie künftig bis zu sechs statt bisher drei Monaten in den zentralen Erstaufnahmelagern belassen, statt sie auf die Kommunen zu verteilen. Sein Ziel: abgelehnte Asylbewerber von dort schneller und leichter abschieben zu können.

Nicht alle können bleiben Effizienter abschieben: Innenminister de Maizière will die Asylgesetze reformieren.
Zu Recht, denn nicht jeder Flüchtling, der nach De....

Hier setzt gleich die Kritik ein. Zum Teil zu Recht. Denn statt die Asylbewerber ein halbes Jahr oder länger warten zu lassen, sollte de Maizière alles tun, um für schnelle Entscheidungen zu sorgen.

Doch zu einer ehrlichen Asyldebatte gehört auch, sich einzugestehen, dass längst nicht alle, die einen Asylantrag stellen, wirklich Schutz nach Artikel 16 Grundgesetz brauchen. Neben den wirklich Schutzbedürftigen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder Eritrea kommen viele, vor allem vom Westbalkan, aus materieller Not. Sie suchen Arbeit und ein besseres Leben. Das ist ihnen nicht zu verdenken, aber sie sind eben keine Asylbedürftigen, sondern Migranten - Armutswanderer, so wie Millionen von Deutschen, die im 18. und 19. Jahrhundert in die USA übersiedelten. Nicht wenige kommen auch nur, um für einige Monate Leistungen zu kassieren, von denen sie in ihrer Heimat längere Zeit leben können - um dann gegebenenfalls erneut nach Deutschland zu reisen. Und so fort.

Diese Migranten vom Balkan machen fast die Hälfte der Asylbewerber aus. Ihnen und ihren Landsleuten, die ihnen folgen wollen, muss möglichst unmissverständlich klargemacht werden, dass das deutsche Asylverfahren für sie aussichtslos und nicht gedacht ist. Je rascher das erfolgt, desto deutlicher wird die Botschaft in Albanien, Serbien oder im Kosovo ankommen. Stattdessen sollte man ihnen ein Kontingent an Arbeitsvisa anbieten, wie es Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) vorgeschlagen hat, weil Arbeitgeber in Deutschland durchaus Bedarf haben.

Wer aber keinen Anspruch auf Asyl und auch sonst keinen Schutzanspruch hat, der muss das Land wieder verlassen. Und wer nicht freiwillig gehen will, muss abgeschoben werden. Weit mehr und konsequenter, als das heute geschieht. Auch das gehört zu einer flüchtlingsfreundlichen, aber konsequenten Asylpolitik, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will.

Mit unmenschlicher Härte hat das nichts zu tun. Wohl aber mit einer differenzierten Asyl- und Einwanderungspolitik. Das deutsche Recht kennt verschiedene Wege ins Land: Asyl für diejenigen, die politisch verfolgt sind; humanitären Schutz für Kriegsflüchtlinge und andere, denen Folter oder sonstige Verfolgung droht; Freizügigkeit für EU-Bürger; Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für qualifizierte Kräfte oder aber auch für Erntehelfer. Das alles ließe sich in einem Einwanderungsgesetz sicher noch besser und klarer regeln. Aber auch dann bliebe es dabei, dass ein Einwanderungsland wie Deutschland entscheiden können muss, wer kommen darf und wer nicht - von den wirklichen Flüchtlingen abgesehen.

Weniger "Taschengeld", mehr Sachleistungen

Umstritten ist, ob die Einstufung von Albanien, dem Kosovo und Montenegro als weitere sogenannte sichere Herkunftsstaaten, wie in de Mazières Papier ebenfalls gefordert, die Probleme tatsächlich löst. Die Aufnahme von Serbien, Bosnien und Mazedonien in diese Liste im vergangenen November hat den Andrang von Asylbewerbern aus diesen Ländern zwar gedämpft, aber nicht verringert. Immerhin kann es die Verfahren etwas beschleunigen und eine abschreckende Botschaft in die betreffenden Länder senden. Deshalb gibt es inzwischen selbst unter Grünen, die in den Ländern mitregieren, Sympathien dafür.

Mehr würde es wahrscheinlich bringen, die Geldleistungen für die Asylsuchenden durch mehr Sachleistungen zu ersetzen, wie in dem Katalog gleichfalls gefordert. Das würde den Anreiz für diejenigen verringern, die nur wegen des Geldes nach Deutschland kommen. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht hier in seinem Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz von 2012 Grenzen gesetzt. Danach müssen die Bewerber einen gewissen Betrag für den persönlichen Bedarf erhalten.

Alle diskutierten neuen Maßnahmen werden aber nichts daran ändern, dass Deutschland sich darauf einstellen muss, dass weiterhin viele Flüchtlinge kommen werden. Eine klare und rasche Entscheidung, wer bleiben darf und wer wieder gehen muss, könnte dazu beitragen, die Akzeptanz in der Bevölkerung für die zu erhöhen, die wirklich Schutz und Hilfe benötigen. Und es würde Länder, Kommunen und die Hunderttausenden Hilfsbereiten deutlich entlasten.

Wie das Asylverfahren in Deutschland ist, zeigt das Video.

Nicht alle können bleiben Effizienter abschieben: Innenminister de Maizière will die Asylgesetze reformieren.
Zu Recht, denn nicht jeder Flüchtling, der nach De....

Load-Date: August 27, 2015

End of Document

De Maizière kündigt 2.000 neue Bamf-Stellen an; Wegen der steigenden Flüchtlingszahlen soll das Personal aufgestockt werden. Weil es aber an eigenen Leuten fehlt, werden auch Zollbeamte und Bundeswehr eingesetzt.

ZEIT-online

Donnerstag 27. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Ausg. 35

Length: 427 words

Body

Eine Mitarbeiterin der Zentralen Aufnahmestelle für **Asylbewerber** in Eisenhüttenstadt registriert **Flüchtlinge**.

© John MacDougall/AFP/Getty Images

Bundesinnenminister Thomas de Maizière will das Personal des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) deutlich aufstocken. Er kündigte bei einem Besuch in Nürnberg an, angesichts der steigenden **Flüchtlingszahlen** 2.000 neue Stellen zu schaffen. "Möglicherweise brauchen wir sogar noch mehr", sagt der CDU-Politiker. Das Bamf habe sich zu der zentralen Behörde in der **Flüchtlingspolitik** entwickelt. "Wir brauchen sie, um die große Herausforderung jetzt und in der kommenden Zeit zu meistern."

Die neuen Stellen ließen sich allerdings nicht so schnell besetzen, wie sie benötigt würden. Deshalb will der Minister unkonventionelle Wege gehen. "Gute Leute zu finden, dauert Zeit - aber Zeit haben wir nicht", sagte de Maizière. Er will deshalb Zollbeamte und auch Angehörige der Bundeswehr mit einbeziehen. Zudem sei es auch denkbar, Freiwillige und Pensionäre einzustellen, die Arbeiten erledigen könnten, für die sie keine spezielle Ausbildung bräuchten. "Es wäre gut, wenn wir dadurch 600 bis 700 Stellen kurzfristig besetzen könnten."

Der Bundesinnenminister war in Nürnberg, um mit den Mitarbeitern der Behörde über die Herausforderungen bei der Bewältigung der hohen Asylantragszahlen zu sprechen. Das Amt ist für die Bearbeitung der Anträge zuständig. In den ersten Monaten des Jahres hat die Behörde laut de Maizière schon mehr Anträge bearbeitet, als im gesamten vergangenen Jahr.

"Wir müssen schneller über die Verfahren entscheiden"

"Ich will den Mitarbeitern des Bamf für ihre unermüdliche und herausragende Arbeit danken", sagte der Minister nach dem Treffen. Er habe sich auch über Verbesserungsmöglichkeiten zur Beschleunigung der Asylverfahren informieren wollen. De Maizière forderte eine bessere Abstimmung zwischen den Ländern und den Erstaufnahmeeinrichtungen. "Wir müssen schneller über die Verfahren entscheiden", sagte er.

Die Anerkennungsquote für Asylbewerber liege in diesem Jahr bei 40 Prozent. "Das ist positiv", sagte der Minister. "Diese Menschen heißen wir willkommen. Wir wollen ihnen helfen, Deutsch zu lernen und Arbeit zu

De Maizière kündigt 2.000 neue Bamf-Stellen an Wegen der steigenden Flüchtlingszahlen soll das Personal aufgestockt werden. Weil es aber an eigenen Leuten fehlt....

finden. Das ist richtig und hilft unserem Land." Einige Gewohnheiten müsste Deutschland aber über Bord werfen, sagte der Minister und sprach dabei konkret die Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen an. Da sei noch einiges zu tun.

Das Video zeigt, wie das Asylverfahren in Deutschland ist.

Load-Date: August 27, 2015

End of Document

Flüchtlinge? Nicht bei uns!; Während des Kommunismus haben Tausende Osteuropäer Asyl im Westen gefunden. Nun aber weigern sich diese Staaten, Flüchtlinge in größerer Zahl aufzunehmen.

ZEIT-online

Dienstag 12. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Osteuropa; Ausg. 19

Length: 1075 words

Byline: Michal Kokot

Body

In einem **Flüchtlingsheim** in Lubimets, Bulgarien

© Stoyan Nenov/Reuters

Es kommt selten vor, dass die osteuropäischen Länder in einer Frage lautstark übereinstimmen. Häufig gibt es Meinungsunterschiede zwischen ihnen, sei es in der Ukraine-Krise, der Energiepolitik oder beim Verteilen von EU-Fördergeldern. Doch wenn die EU-Kommission an diesem Mittwoch ihre neue **Migrationsagenda** vorlegt und es um die Verteilung von **Flüchtlingen** auf die Mitgliedsstaaten nach Quoten geht, werden sie alle am selben Strang ziehen. Die Regierungen von Bulgarien, Ungarn über Tschechien, Polen bis zu den baltischen Staaten werden alle die gleiche Antwort geben: bloß keine **Asylsuchende** in unsere Länder!

Die osteuropäischen Länder äußern und praktizieren diese Haltung schon seit Langem auf verschiedene Weise. Am direktesten ist sie beim ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Schon Anfang dieses Jahres sagte er, er wünsche sich in Ungarn keine **Migranten**, die mit "anderer Kultur und anderem Hintergrund unter uns leben". Und er fügte hinzu: "Wir wollen Ungarn haben, so wie es ist."

In etwas gemäßigteren Worten, aber im selben Sinn drücken es die Regierungen in Polen und Tschechien aus. Warschau spricht sich für eine "freiwillige Aufnahme" von Flüchtlingen aus, Prag lehnt feste Quoten zu deren Verteilung ab. Die tschechische Regierung will stattdessen lieber Geld spenden für die Verbesserung der Umstände in den überfüllten Flüchtlingscamps im Irak, in Jordanien oder im Libanon. Allerdings bietet sie dafür sehr bescheidene Summen an, in der vergangenen Woche gab sie bekannt, dass es sich gerade einmal um umgerechnet 2,1 Millionen Euro handele.

Noch geringer ist die Hilfe Polens. Warschau hat lediglich einige Experten und Ausrüstung für die Grenzschutzmission Triton im Mittelmeer geschickt. Sie sollen dort bei der Rettung von Flüchtlingen helfen.

Ungarn tut nichts dergleichen. Das Land nimmt allerdings bislang unter den osteuropäischen Ländern am meisten Flüchtlinge auf. Das liegt allerdings weniger an der Großherzigkeit der Regierung, die unter Orbán eher

Flüchtlinge? Nicht bei uns! Während des Kommunismus haben Tausende Osteuropäer Asyl im Westen gefunden. Nun aber weigern sich diese Staaten, Flüchtlinge in groß....

auf Abwehr gepolt ist, sondern an der geografischen Lage. Das Land grenzt an Serbien, von wo viele Asylsuchende aus dem Kosovo und anderen Balkanstaaten, aber auch auf dem Landweg aus Syrien über die Türkei und Bulgarien in die EU strömen. Im vergangenen Jahr stieg dadurch die Zahl der Asylanträge in Ungarn im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Doppelte auf 41.000.

Tatsächlich reisen allerdings viele von ihnen weiter nach Österreich, Deutschland oder Frankreich, da im Schengen-Raum die Grenzen nicht kontrolliert werden. Die ungarischen Behörden dulden und fördern das, um das Problem loszuwerden. So werden in der Regel keine Fingerabdrücke von den Asylbewerbern genommen, die Aufnahmelager werden meistens nicht bewacht. Und wegen des Mangels an Plätzen in diesen Einrichtungen gibt es für die meisten Flüchtlinge gar keine festen Unterkünfte, sie können sich deshalb frei bewegen - und das Land wieder verlassen, Richtung Westen.

Premierminister Orbán ist nun aber besorgt, Österreich und Deutschland könnten Grenzkontrollen einführen, wodurch die neu ankommenden Asylbewerber im Land bleiben würden. "Das könnte unsere Arbeitsplätze und den Lebensunterhalt bedrohen", warnte er bereits im Rundfunk. Er nannte die geplante Verteilung der Flüchtlinge in Europa "eine verrückte Idee" und er rief dazu auf, die illegale Einwanderung zu verhindern. "Was wir jetzt brauchen ist nicht Solidarität, sondern Strafverfolgung", sagte Orbán.

Es ist nicht das erste Mal, dass der ungarische Regierungschef in populistischer Weise Flüchtlinge mit Migranten gleichsetzt, die aus ökonomischen Gründen ihre Länder verlassen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat dagegen zuletzt am Freitag protestiert. Doch in seinem Land kann Orbán damit durchaus punkten.

Die ungarische Regierung hat dazu einen Quasi-Volksentscheid gestartet. Ende April verschickte sie einen Fragebogen an acht Millionen Ungarn, in dem sie ihre Meinung zur Aufnahme von Flüchtlingen äußern sollen. Die Fragen sind zum Teil sehr suggestiv. So lautet eine zum Beispiel: "Es gibt einige, die denken, dass eine schlechte Verwaltung in Brüssel, was die Einwanderungsfrage angeht, mit verstärktem Terrorismus zu tun haben kann. Stimmen Sie mit dieser Ansicht überein?" Orbán wiederholt bei jeder Gelegenheit, dass Ungarn sich mit der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Syrien der Gefahr von Terroranschlägen aussetze. "Wir sind tief besorgt, wie die ungarische Regierung die Menschen herabwürdigt, die aus Kriegsgebieten wie Syrien, Afghanistan und Irak geflüchtet sind", sagte dazu am Freitag Montserrat Feixas Vihé, der regionale Vertreter des UNHCR.

Muslime und die angebliche Gefahr, die von ihnen ausgeht, ist auch ein Lieblingsthema des tschechischen Präsidenten Milos Zeman. Seit Jahren verkündet er, dass er sich keine Muslime in seinem Land wünscht. Er äußerte sogar einmal, ein gemäßigter Muslim sei "so widersprüchlich wie ein gemäßigter Nazi". Die Abwehr des Islam und damit auch von Flüchtlingen aus muslimischen Ländern ist ein fester Bestandteil der tschechischen Politik geworden. Die Facebook-Seite "Wir wollen in der Tschechischen Republik keinen Islam haben" wurde schon von 119.000 Tschechen geteilt.

Auch in Polen gibt es Übergriffe auf islamische Einrichtungen und eine entsprechende Haltung gegenüber muslimischen Flüchtlingen. Soziologen sagen, es sei die Angst vor Fremden, die zu solchen Taten führe. In dem Land, in dem noch immer mehr als 90 Prozent der Bürger katholisch sind, traut sich kaum jemand Flüchtlingen aus einem anderen Kulturkreis zu helfen. Es kommen - vielleicht auch aus diesem Grund - auch nur sehr wenige Flüchtlinge nach Polen. "Polen ist ein ethnisch, kulturell und religiös homogenes Land, das keine Tradition in der Aufnahme von Ausländern hat", sagt der Warschauer Soziologe Professor Janusz Czapinski. "Den Flüchtlingen ist bewusst, dass sie hier nicht besonders willkommen sind."

Ähnlich sieht es in Tschechien aus, wo im vergangenen Jahr gerade einmal 900 Asylanträge gezählt wurden. Es ist eben lange her, dass Polen, Tschechen oder Ungarn selbst aus politischen Gründen Zuflucht im Ausland gesucht haben.

Flüchtlinge? Nicht bei uns! Während des Kommunismus haben Tausende Osteuropäer Asyl im Westen gefunden. Nun aber weigern sich diese Staaten, Flüchtlinge in größ....

End of Document

Beruhigungsmittel fürs Volk; Das Integrationsgesetz kann nur ein erster Schritt sein. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb braucht es auch ein echtes Einwanderungsgesetz.

ZEIT-online

Freitag 15. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Integrationsgesetz; Ausg. 17

Length: 1232 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Eine ankommende **Flüchtlingsfamilie** in Berlin-Schönefeld

© Sean Gallup/Getty Images

Die große Koalition hat die erste richtige und notwendige Konsequenz aus der **Flüchtlingskrise** gezogen: Wenn mehr als eine Million Menschen ungesteuert ins Land kommt, muss sie so rasch und so gut wie möglich in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt eingegliedert werden, um den sozialen Sprengstoff, der so vielen Einheimischen Angst macht, zu entschärfen.

Das im Grundsatz vereinbarte Integrationsgesetz enthält wichtige Bausteine dafür. Der Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zur Ausbildung für junge **Migranten** soll erleichtert werden, alle **Flüchtlinge** sollen Orientierungs- und Sprachkurse durchlaufen. Strittig bleiben die geplanten Sanktionen: Wer sich weigert, Integrationsangebote anzunehmen, dem sollen nach dem Willen von Union und SPD die Leistungen gekürzt werden können und der soll auch als anerkannter **Asylbewerber** nicht mehr automatisch ein Daueraufenthaltsrecht erhalten.

Dagegen kann man wie Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* einwenden, dass dies den Geist des Misstrauens atme. Aber die Erfahrungen auch mit schon hier lebenden Migranten zeigen, dass es bei vielen von ihnen auch nach vielen Jahren mit der deutschen Sprache - der wichtigsten Integrationsvoraussetzung - und bei nicht wenigen auch mit der Bereitschaft hapert, die hier geltenden rechtlichen und kulturellen Normen des Zusammenlebens anzuerkennen.

Hier kann ein gewisser Druck durchaus angebracht sein, sofern das "Fordern" tatsächlich mit einem "Fördern" verbunden ist. Da liegt aber einer der Schwachpunkte des von der Koalition vereinbarten Eckpunktepapiers: Es enthält keine Aussagen darüber, wie und mit welchen Mitteln die schon jetzt fehlenden Sprach- und Integrationskurse ausgebaut werden sollen, die künftig alle Flüchtlinge und Asylbewerber durchlaufen sollen.

Überhaupt fehlen Zahlen dazu, was der Bund bereit ist, für die angestrebten verstärkten Integrationsmaßnahmen auszugeben, um die Länder und Kommunen zu entlasten. Es wird ein Mammutprogramm von sicherlich mehr als

Beruhigungsmittel fürs Volk Das Integrationsgesetz kann nur ein erster Schritt sein. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb braucht es auch ein echtes E....

zehn Milliarden Euro sein, rechnet man die Kosten für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Unterbringung hinein. Wer von den Zuwanderern mehr Anstrengungen verlangt, sollte jedoch auch bereit sein, über die damit verbundenen Ausgaben offen und ehrlich zu reden.

Aber das sind unbequeme Wahrheiten, welche die Koalition den Bürgern wohl vor der Wahl ersparen möchte. Dient doch das geplante Integrationsgesetz auch dazu, die durch die Flüchtlingskrise aufgewühlte Bevölkerung zu beruhigen und die Botschaft zu vermitteln: Wir tun was, um innere Gefahren und Belastungen abzuwehren.

Viel gravierender ist jedoch, dass Schwarz-Rot die zweite, mindestens ebenso wichtige Konsequenz aus der Flüchtlingskrise verweigert: endlich ein überfälliges Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Denn die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Übergänge zwischen Flüchtlingen und Migrant*innen fließend sind. Neben solchen, die wegen Verfolgung, Krieg und Not Schutz beanspruchen, kommen viele, die ein besseres Leben, Arbeit und Einkommen suchen. Nicht selten fallen beide Motive zusammen.

Aber Deutschland benötigt auch Zuwanderer, aus demografischen Gründen und um den wachsenden Fachkräftemangel zu decken. Beides, die gewünschte und die wenig steuerbare humanitäre Zuwanderung, müssen und werden oft nicht deckungsgleich sein.

Ein Einwanderungsgesetz, wie es Fachleute seit Langem fordern, müsste daher regeln, wie Deutschland in Zukunft die Zuwanderung steuern und gestalten will, anders als seit dem vergangenen Sommer. Es reicht eben nicht, sich darüber Gedanken zu machen, wie man diejenigen, die schon im Land sind, besser integriert. Sondern Politik und Gesellschaft müssen sich auch darüber verständigen, wie sie mit dem gewaltigen Thema Migration überhaupt umgehen wollen.

Denn man mache sich nichts vor: Auch wenn aktuell die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge durch die Sperrung der Balkanroute stark gebremst ist, kann sie jederzeit wieder anschwellen, wenn sich die Flüchtlinge andere Wege suchen.

Und der Migrationsdruck wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten insgesamt weiter zunehmen, nicht nur durch die Krisen und Konflikte am Südrand der EU, sondern auch wegen des großen Wohlstandsgefälles zwischen Nord und Süd, der starken Bevölkerungszunahme in Afrika und anderen Regionen und der hohen Attraktivität Deutschlands. So hoch kann Europa die Mauern und Zäune gar nicht ziehen, um all die Menschen fernzuhalten, die sich ebenfalls nach einem Leben in Sicherheit, Frieden und Wohlstand sehnen.

Zuwanderung steuern, nicht einfach hinnehmen

Auf der anderen Seite zieht Deutschland auch nicht immer die Menschen aus dem Ausland an, die hierzulande benötigt werden. So war die Nettozuwanderung noch 2008 und 2009 negativ. Dass die Zuwanderung, unabhängig von den Flüchtlingen, vor allem aus den anderen EU-Staaten seitdem wieder stark zugenommen hat, hat auch mit der krisenhaften Entwicklung vor allem in den südeuropäischen Ländern zu tun. Das muss auf Dauer nicht so bleiben.

Um sich der Entwicklung nicht wie Angela Merkel im vergangenen Sommer einfach hinzugeben, ist es deshalb überfällig, dass Deutschland Instrumente entwickelt, um auf die Zuwanderung steuernd Einfluss zu nehmen. Wie viele und welche Zuwanderer braucht Deutschland künftig aus demografischen Gründen und für den Arbeitsmarkt? Wie viele und welche Flüchtlinge will und muss Deutschland aufnehmen aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen und aus humanitären Gründen?

Diese grundlegenden und andere Fragen müssen endlich geklärt werden, am besten im möglichst breiten politischen Konsens und mithilfe eines transparenten Verfahrens, sei es mit einem Punktesystem wie in anderen Einwanderungsländern wie Kanada und/oder mit jährlich festzulegenden Quoten. Wobei es für Asylbewerber nach dem Grundgesetz keine Obergrenze geben kann, wie die Kanzlerin zu Recht bemerkt hat. Für EU-Bürger gilt die Freizügigkeit.

Beruhigungsmittel fürs Volk Das Integrationsgesetz kann nur ein erster Schritt sein. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb braucht es auch ein echtes E....

Ein historischer Konsens

Ein Einwanderungsgesetz hätte daneben noch eine weitere wichtige gesellschaftliche Funktion: endgültig mit der Lebenslüge aufzuräumen, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Das ist es schon seit Jahrzehnten. Und wird es in Zukunft eher noch mehr sein - ob man will oder nicht. Also sollte man nicht mehr darauf verzichten, diese für den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung so zentrale Frage politisch zu gestalten, soweit es geht. Selbst wenn die Quote der jährlich zusätzlich benötigten Zuwanderer wegen der Flüchtlinge und der EU-Migranten erst einmal null sein kann.

Selbst in der CDU hat die Diskussion darüber seit einiger Zeit begonnen, Generalsekretär Peter Tauber setzt sich für ein Einwanderungsgesetz ein, ebenso wie die SPD. Doch noch ist der Widerstand in der Union zu groß, erst recht in der CSU. Die jetzige Koalition wird ein solches Gesetz daher wohl bis zur Bundestagswahl nicht mehr in Angriff nehmen. Es könnte dann eine der zentralen, historischen Aufgaben einer neuen schwarz-grünen Koalition werden. Die Grünen, die schon immer für eine möglichst große Offenheit für Einwanderer waren, zusammen mit Modernisierern in der CDU und denjenigen in der Union, die vor allem Wert legen auf Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung, plus die SPD - das könnte ein breiter Konsens werden, der den jahrelangen Streit um dieses Thema endlich befriedet.

Load-Date: April 15, 2016

EU-Ländern droht Strafe für abgelehnte Asylbewerber; Die EU erlaubt Grenzkontrollen und plant ein neues Asylsystem: Ist ein Land mit Flüchtlingen überfordert, werden diese verteilt. Wer sich weigert, muss Strafe zahlen.

ZEIT-online

Mittwoch 4. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 19

Length: 647 words

Body

Kinder spielen im **Flüchtlingscamp** in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze.

© Rodrigo Avellaneda/Anadolu Agency/Getty Images

Die Europäische Union plant weitreichende Reformen des europäischen **Asylsystems**. Die wichtigsten Vorschläge dafür hat die EU-Kommission am Mittwoch in Brüssel vorgestellt. Auch wegen des Abkommens mit der Türkei will die Kommission **Flüchtlinge** in Europa gerechter verteilen. Ausgenommen sind zunächst das Vereinigte Königreich und Irland, sie können an dem reformierten System später freiwillig teilnehmen.

Die Flüchtlingskrise offenbarte vor allem die Schwäche des Dublin-Systems, bei dem der Staat, in dem eine Person zum ersten Mal den Boden der EU betritt, für den Asylbewerber zuständig ist. Das belastete einige Länder wie Griechenland, Polen oder Italien überproportional. Gleichzeitig suchten Flüchtlinge ihren Weg vor allem in Staaten wie Schweden oder Deutschland, die auch besonders viele Geflüchtete aufgenommen haben. Das Dublin-System soll zwar erhalten bleiben, aber durch einen **Fairness-Mechanismus** ergänzt werden.

Laut den Plänen der Kommission setzt dieser Verteilungsmechanismus automatisch ein, wenn in einem Land überproportional viele Asylanträge gestellt werden. Die Referenzzahl soll abhängig von der Größe und der Wirtschaftskraft eines Landes festgelegt werden. Der Mechanismus greift, wenn die Asylbewerberzahl über 150 Prozent der festgelegten Zahl eines Landes liegt. Fällt die Bewerberzahl wieder unter die 150-Prozent-Grenze, endet der Verteilungsmechanismus automatisch. Sollte sich ein Land zeitweilig nicht an dem Mechanismus beteiligen, würde pro abgelehnten Asylbewerber eine Gebühr fällig. Diese liegt bei 250.000 Euro. Der Ausgleichsmechanismus berücksichtigt auch, wenn Mitgliedsstaaten direkt aus Drittländern Asylbewerber aufnehmen. Asylbewerber müssen laut den Plänen in dem ihnen zugewiesen Land bleiben. Unbegleitete Minderjährige sollen weitergehende und garantierte Rechte erhalten. Das System soll effizienter und vereinheitlicht werden. Alle beteiligten Länder arbeiten den Plänen zufolge künftig mit dem gleichen Programm.

Außerdem schlägt die EU-Kommission Änderungen bei **Eurodac** vor. In der Datei sollen künftig deutlich mehr Informationen über Migranten gespeichert werden. Dazu gehört neben Geburtsdatum und Identifikationsmerkmalen

EU-Ländern droht Strafe für abgelehnte Asylbewerber Die EU erlaubt Grenzkontrollen und plant ein neues Asylsystem: Ist ein Land mit Flüchtlingen überfordert, we....

auch ein Foto. Die Behörden in den Mitgliedsländern sollen die Daten speichern und durchsuchen können, um Migranten, wenn sie aufgegriffen werden, jederzeit und überall identifizieren zu können.

Darüber hinaus plant die EU-Kommission, das **Europäische Büro für Flüchtlingsfragen (EASO)** zu stärken werden. Das Büro soll zur EU-Agentur für Asyl ausgebaut werden und könnte so das europaweite Verteilungssystem managen. Die Agentur soll zudem eine Expertengruppe von 500 Mitarbeitern aufstellen, die Mitgliedsstaaten kurzfristig bei der Bearbeitung von Asylanträgen unterstützt. Diese sogenannte Notfallintervention könnte dann auch gegen den Willen des betroffenen Mitgliedsstaats eingeleitet werden, etwa, wenn ein EU-Land "nicht genug tut, um Druck zu begegnen", Empfehlungen der Kommission nicht umsetzt und Hilfsangebote verweigert.

Zugleich ebnete die EU-Kommission den Weg für eine **Verlängerung der Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums**. So soll es Deutschland aber auch Österreich, Schweden, Dänemark und Norwegen ermöglicht werden, seine Kontrollen über Mitte Mai hinaus "für einen Höchstzeitraum von sechs Monaten" aufrechtzuerhalten. Genau dies hatten die fünf EU-Staaten gefordert und begründeten ihren Wunsch mit Mängeln beim Schutz der EU-Außengrenze in Griechenland. Die Situation dort habe sich zwar gegenwärtig beruhigt, dennoch bleibe die Lage "äußerst unbeständig". Zudem könnten Flüchtlinge auf andere Wege ausweichen, etwa auf die "Route über das zentrale Mittelmeer", also über Libyen und Italien.

Load-Date: May 4, 2016

Wir erleben massenhaften Asylmissbrauch; Wer wirklich Hilfe benötige, erhalte sie, schreibt der CSU-Generalsekretär. Wer aber aus wirtschaftlichen Gründen komme, dürfe unser Asylrecht nicht aushöhlen.

ZEIT-online

Dienstag 18. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Andreas Scheuer; Ausg. 33

Length: 1073 words

Byline: Andreas Scheuer

Body

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer

© Sven Hoppe/dpa

Zum Grundrecht auf Asyl sage ich uneingeschränkt Ja. Gleichzeitig sage ich deutlich Nein zum massenhaften Asylmissbrauch, den wir in Deutschland auch erleben. Davor die Augen zu verschließen oder dies nicht anzusprechen, sogar zu verschweigen, wäre ein großer politischer Fehler. Deutschland erlebt gerade die Auswirkungen einer neuzeitlichen Völkerwanderung durch die Krisen und Kriege der Welt, aber auch durch schlichtweg schlechte Lebensverhältnisse. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet bisher mit 450.000 Asylbewerbern in diesem Jahr, will aber nun eine neue Prognose veröffentlichen. Die Zahlen könnten auf 650.000, womöglich sogar auf 750.000 steigen.

Das Asylrecht steht außer Zweifel - es ist im Grundgesetz verankert. Jeder Mensch, der wegen Krieg, Gewalt, politischer oder religiöser Verfolgung seine Heimat verlassen muss, wie zum Beispiel Menschen aus Syrien oder dem Irak, hat Anspruch auf Asyl.

Es hilft jedoch niemandem, wenn Politiker pauschal jeglichen Missbrauch des Asylrechts bezweifeln. Es ist unverantwortlich, offensichtliche Probleme und Herausforderungen, die sich aktuell in vielen Städten und Gemeinden ergeben, zu leugnen. Das würde den Menschen ein Gefühl der Hilf- und Tatenlosigkeit seitens der Politik vermitteln.

Die Politik darf keine Denkverbote ausgeben

Dem Asylmissbrauch muss daher entgegengewirkt werden: Wenn über 99 Prozent der Asylanträge von Menschen aus den Balkanstaaten abgelehnt werden und deren Anteil bei rund 40 Prozent aller Asylsuchenden liegt, muss man von massenhaftem Missbrauch des Asylrechts sprechen. Wo Asylanträge nach individueller Prüfung massenhaft abgelehnt werden oder Menschen wiederholt und nach erfolgter Ablehnung versuchen, den Asylstatus zu bekommen, muss die Politik handeln und darf keine Denk- und Sprechverbote ausgeben.

Wir erleben massenhaften Asylmissbrauch Wer wirklich Hilfe benötige, erhalte sie, schreibt der CSU-Generalsekretär. Wer aber aus wirtschaftlichen Gründen komme,....

Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, unterstrich in einem Interview: "Manche Antragsteller vom West-Balkan geben in Anhörungen ganz offen zu, dass sie nur fünf Monate in Deutschland bleiben und die staatliche Hilfe von monatlich 143 Euro erhalten wollen." Ich nenne das Missbrauch! Es muss klar sein: Wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommt, mag einen persönlichen Antrieb haben, aber das Recht auf Asyl decken diese wirtschaftlichen Gründe nicht ab. Wirtschaftsmigration darf nicht unser Asylrecht aushöhlen!

Wenn Menschen weder politisch verfolgt noch durch Krieg bedroht werden und keine weiteren Asylgründe vorliegen, muss konsequent und zeitnah rückgeführt werden. Nur so können wir unsere Kapazitäten vorrangig den Flüchtlingen aus Kriegsgebieten zukommen lassen und die Akzeptanz unserer Bevölkerung bewahren. Das entspricht einer humanitären Verantwortung. Wir müssen klar zwischen wirklich Schutzbedürftigen, wie den Kriegsflüchtlingen aus Syrien, und denen, die diese Schutzbedürftigkeit nur vorgeben, unterscheiden. Wir nehmen bereits eine beträchtliche Verantwortung für Menschen in Not wahr: Ende 2014 gab es in Deutschland rund 217.000 anerkannte Flüchtlinge und gut 226.000 Asylbewerber, und die Asylbewerberzahlen steigen weiter rasant an.

Wir müssen die Akzeptanz der Bevölkerung bewahren

Nun meldet sich sogar der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, António Guterres, zu Wort. Er will Deutschland bei der Verteilung von Flüchtlingen entlasten: "Wir müssen die Verantwortung auf mehr Schultern in Europa verteilen. Es ist langfristig nicht tragbar, dass nur zwei EU-Länder - Deutschland und Schweden - mit leistungsfähigen Asylstrukturen die Mehrheit der Flüchtlinge aufnehmen." Das zeigt: Deutschland stellt sich seiner Verantwortung - und andere EU-Staaten müssen dem Beispiel folgen! Die Schmähesänge auf die deutsche Asylpolitik müssen ein Ende haben!

Viele Menschen in Deutschland zeigen ein großartiges Engagement. Damit das so bleibt, müssen wir beides sicherstellen: Wer wirklich Hilfe benötigt, erhält sie - wer das Asylrecht als Einwanderungsrecht missbraucht, muss Deutschland verlassen! Das ist geltendes Recht und legitim: Da jeder Asylantrag und jede konkrete Situation, in der sich ein Asylbewerber befindet, individuell geprüft wird, ist es auch vertretbar, bei Ablehnung zu verlangen, Deutschland wieder zu verlassen. Nur so bewahren wir die Akzeptanz der Bevölkerung. Und selbst mit der immensen Zahl der Kriegsflüchtlinge kommt Deutschland durch die fehlende Aufnahmesolidarität in der EU über die Belastungsgrenze.

Nicht nur konsequente Rückführung der abgelehnten Bewerber ist wichtig in der jetzigen Situation: Die CSU fordert die Anerkennung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten. Das zuständige Bundesamt für Migration meldet, dass die auf Drängen von CDU und CSU veranlasste Anerkennung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten endlich Wirkung zeigt.

Schleuserkriminalität muss bekämpft werden

Wenn Bundespolizeipräsident Dieter Romann davon spricht, dass sich mit der Ware Mensch zurzeit mehr Kasse machen ließe als mit Waffen und Drogen, müssen wir handeln: Schleuserkriminalität muss national wie international bekämpft werden! Dazu gehört neben der Forderung nach Asylzentren an den löchrig gewordenen EU-Außengrenzen die Prüfung von Asylzentren in Nordafrika: Menschen, die dort bereits einen Asylantrag stellen können, ersparen wir die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer und könnten damit viele Leben retten. Außerdem entziehen wir damit der Schleuserkriminalität die Grundlage und können konsequent gegen illegale Einwanderung nach Europa vorgehen.

Es ist gut, dass an der Spitze der SPD mittlerweile realistische Einschätzungen zur aktuell angespannten Asylsituation bestehen. Dies zeigen die jüngsten Äußerungen beispielsweise von Außenminister Frank-Walter Steinmeier und der Flüchtlingsbeauftragten Aydan Özoguz. Dies sollten auch andere bedenken, wenn sie Sprech- und Denkverbote erteilen wollen. Richtig ist: Politik darf nie den Blick für die Realität verlieren. Wer nach individueller Prüfung abgelehnt ist, muss ausreisen oder wird abgeschoben - wer Asyl missbraucht, fügt

Wir erleben massenhaften Asylmissbrauch Wer wirklich Hilfe benötige, erhalte sie, schreibt der CSU-Generalsekretär. Wer aber aus wirtschaftlichen Gründen komme,....

dem Grundrecht auf Asyl schweren Schaden zu. Wer all das infrage stellt, gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft!

Load-Date: August 18, 2015

End of Document

2.000 neue Stellen zur Bearbeitung von Asylanträgen; Beim Spitzentreffen zur Flüchtlingspolitik hat es erste Ergebnisse gegeben. Mit mehr Personal soll die Bearbeitung von Anträgen auf Asyl beschleunigt werden.

ZEIT-online

Freitag 8. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylbewerber; Ausg. 19

Length: 237 words

Body

Sigmar Gabriel, Angela Merkel und Thomas de Maizière

© Hannibal Hanschke/Reuters

Die Bundesregierung stockt das Personal zur Bearbeitung von **Asylanträgen** massiv auf. Das ist das erste Ergebnis eines sogenannten **Flüchtlingsgipfels**, zu dem Kanzlerin Angela Merkel eingeladen hatte.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) versprach 2.000 weitere Stellen, um die zusätzliche Arbeit angesichts der wachsenden Flüchtlingszahlen zu bewältigen. Für die Bearbeitung von Asylanträgen ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Die Behörde hat derzeit 2.800 Mitarbeiter.

De Maizière sagte, die Aufstockung der Stellen sei mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bereits besprochen. 750 zusätzliche Stellen sollten noch in diesem Jahr besetzt werden.

Ziel ist es nach Angaben von de Maizière, die Asylverfahren zu beschleunigen und auch über die etwa 200.000 Altfälle schneller zu entscheiden. Zusätzliche Stellen soll es noch im laufenden Jahr auch bei Bundespolizei und Auswärtigem Amt geben.

An den Gesprächen im Kanzleramt hatten neben de Maizière auch Bundeskanzlerin Merkel, SPD-Chef Sigmar Gabriel und mehrere Ministerpräsidenten teilgenommen.

Länder und Kommunen fühlen sich mit der Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge überfordert, sie verlangen mehr Geld vom Bund. Am Donnerstag hatte das Innenministerium mitgeteilt, es rechne für dieses Jahr mit 450.000 Asylanträgen.

Load-Date: May 8, 2015

Steinmeier kritisiert den Bau von Grenzzäunen; Deutschlands Außenminister hat auf einer Konferenz in Wien Alleingänge von EU-Staaten in der Flüchtlingskrise verurteilt. Der Westbalkan soll ein Hilfsprogramm erhalten.

ZEIT-online

Donnerstag 27. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 34

Length: 1213 words

Body

Baubeginn eines Grenzzaun-Abschnitts in Ungarn

© Laszlo Balogh/Reuters

Deutschlands Außenminister Steinmeier hat zu Beginn der Westbalkan-Konferenz in Wien die EU-Staaten daran erinnert, in der **Flüchtlingskrise** "ihre Hausaufgaben zu erfüllen". Jene, die die Hauptlast tragen, würden damit nicht fertig, wenn sie damit allein gelassen werden, sagte er und warnte vor einem Imageschaden für die Europäische Union: Ohne faire Verteilung der Lasten in Europa "riskieren wir Akzeptanz in den Staaten, die die Hauptlast tragen". Steinmeier erinnerte an die Selbstverpflichtung der Staaten, **Flüchtlinge** frühzeitig zu registrieren und an die Einhaltung der vereinbarten Standards für den Umgang mit **Asylbewerbern** und deren Unterbringung.

Allein 100.000 **Flüchtlinge** aus Syrien und anderen Konfliktgebieten sind mittlerweile in Serbien angekommen, Ungarn und Bulgarien schotten sich mit Zäunen ab - die **Flüchtlingskrise** verschärft sich damit auch in der Region zwischen Kroatien und Mazedonien. "Wir sind keine Verfechter von Grenzzäunen. Wir glauben auch nicht, dass Grenzzäune am Ende das Thema **Migration** lösen werden," sagte Steinmeier. Die Initiatoren der Tagung in Wien wollen neben einer besseren Verteilung der Lasten erreichen, dass Mitgliedsstaaten von Einzelmaßnahmen wie dem Bau von Sperranlagen absehen. Auch soll ein Konsens darüber erreicht werden, weitere Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer einzustufen.

EU-Erweiterungskommissar Kommissar Johannes Hahn warnte, in ein paar Wochen könnten ganz andere Staaten betroffen sein als derzeit, und die bedürften dann auch der Hilfe. In direkter Nachbarschaft Europas gebe es derzeit 20 Millionen Flüchtlinge. Das werde sich mit Sicherheit in nächster Zeit auf die Situation in Mitteleuropa auswirken. Hahn kündigte an, einen neuen Anlauf für die Festlegung fester Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen zu unternehmen.

Im Vorfeld der Tagung wurde bekannt, dass die EU-Kommission die betroffenen Länder mit einem neuen Hilfsprogramm für ein verbessertes "Migrationsmanagement" stärker unterstützen will. Laut einem Zeitungsbericht

Steinmeier kritisiert den Bau von Grenzzäunen Deutschlands Außenminister hat auf einer Konferenz in Wien Alleingänge von EU-Staaten in der Flüchtlingskrise veru....

sollen ab September die Staaten des Westbalkans und die Türkei acht Millionen Euro erhalten, um Flüchtlinge besser identifizieren und versorgen zu können, berichtete *Die Welt* unter Berufung auf informierte Kreise der Europäischen Kommission.

Außerdem solle den betroffenen Ländern mit dem neuen Programm geholfen werden, Migranten Rückkehrmöglichkeiten zu eröffnen, heißt es dem Bericht zufolge in einem Papier der Kommissionsbehörde. Zudem gelte es, den gegenseitigen Informationsaustausch zu verbessern. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), die EU-Grenzschutzbehörde Frontex und die Internationale Organisation für Migration (IOM) sollen dabei eng einbezogen werden.

Serbien und Mazedonien sollen bis zu eine Million Euro erhalten, wie Steinmeier zum Auftakt der Konferenz sagte. Sein serbischer Amtskollege Ivica Dacic verwies darauf, dass die Zahl der Asylanträge in Serbien in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sei, obwohl sein Land eigentlich nur ein Transitland ist. "Wir werden unsere Pflichten erfüllen, auch wenn wir kein Geld erhalten. Wir sehen das als unsere humanitäre Verpflichtung", sagte er. Aber auch Länder wie Bulgarien, Rumänien und Ungarn sollten ihre Pflichten erfüllen.

Über die Staaten des Westbalkans kommt eine große Zahl von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten, Afrika und Südasien Richtung Mitteleuropa. Der Andrang verstärkt sich derzeit, weil Ungarn kürzlich begann, einen bis zu vier Meter hohen Zaun gegen Flüchtlinge zu errichten. Im laufenden Jahr stammten fast 45 Prozent aller Asylanträge in Deutschland von Menschen aus den sechs Staaten. Auch Konferenz-Gastgeber Österreich ist stark betroffen.

An der Konferenz nimmt neben Steinmeier auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teil. Gastgeber Österreich will einen Fünf-Punkte-Plan vorstellen. Außenminister Sebastian Kurz erläuterte vor Beginn der Tagung, er umfasse Vorschläge für Schutzzonen für Flüchtlinge, zur Situation in den Herkunftsländern, die Grenzsicherheit für den Kampf gegen Schlepper und für eine gemeinsame europäische Asylstrategie. Wenn Europa keinen einheitlichen Ansatz finde, würden einzelne Länder, wie bereits Ungarn und Dänemark, eigene Lösungen schaffen, sagte Kurz. Nur durch eine europäische Antwort könne es gelingen, eine Antwort auf die Flüchtlingskrise zu finden.

Auch das Verhalten Griechenlands dürfte zur Sprache kommen. Kurz warf der Regierung in Athen vor, die Herausforderungen auf andere abzuwälzen. Solange Griechenland nichts anderes tue, "als Flüchtlinge weiterzuwinken, werden wir in Deutschland, in Österreich, in Schweden stetig steigende Zahlen haben, und das werden wir auf Dauer nicht bewältigen können", sagte Kurz in der ARD.

Verschiedene Staaten mit unterschiedlichen Interessen

Die verschiedenen europäischen Staaten sind unterschiedlich stark betroffen und haben ebenso unterschiedliche Interessen. Serbien etwa sicherte zu, sich nicht wie Ungarn gegen Flüchtlinge abzuschotten. "Wir werden niemals irgendwelche Zäune oder Mauern errichten", sagte Ministerpräsident Aleksandar Vucic der Nachrichtenagentur Reuters. Man könne "den Strom des Lebens" nicht mit Zäunen aufhalten. Die Flüchtlinge würden dann andere Wege nach Westeuropa finden, etwa über Bulgarien, Rumänien oder Kroatien.

Polens Präsident Andrzej Duda machte dagegen deutlich, dass sein Land keine neuen Flüchtlinge etwa aus Syrien oder Afrika aufnehmen will. Zwar wolle sich Polen als EU-Mitglied "solidarisch zeigen, aber was Flüchtlinge angeht, haben wir ein besonderes Problem, wegen des Konflikts in der Ukraine", sagte Duda der *Bild*-Zeitung. Von dort kämen Tausende Ukrainer, vor allem nach Polen und Ungarn. Duda sprach sich dafür aus, die Fluchtursachen und die Schleuserbanden zu bekämpfen.

Sichere Herkunftsstaaten

Parallel läuft die Diskussion darüber, alle Westbalkan-Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären - in die dann Flüchtlinge also zurückgeschickt werden dürfen. Der EU-Außenpolitiker Elmar Brok mahnte zur Eile: "Uns steht eine Völkerwanderung bevor, wenn wir nicht schnell reagieren." Ein Papier des Bundesinnenministeriums sieht vor, Montenegro, Albanien und das Kosovo als sichere Herkunftsstaaten zu deklarieren. Bei Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien habe sich dieser Schritt "dämpfend" auf die Asylzuwanderung ausgewirkt,

Steinmeier kritisiert den Bau von Grenzzäunen Deutschlands Außenminister hat auf einer Konferenz in Wien
Alleingänge von EU-Staaten in der Flüchtlingskrise veru....

schrieben die Fachleute von Minister Thomas de Maizière. Er will zudem in Deutschland Bargeldzahlungen an Flüchtlinge limitieren und sie länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen, statt sie in andere Bundesländer weiterreisen zu lassen. So sollen sie für eine mögliche Abschiebung schneller verfügbar sein.

Die Westbalkan-Konferenz findet jährlich statt. Eingeladen wurden bisher die Staats- und Regierungschefs, die Außen- und Wirtschaftsminister der Nachfolgestaaten Jugoslawiens, von Albanien, die Vertreter des jeweils ausrichtenden Gastgeberlandes und der Europäischen Union. 2014 hatten sich die Teilnehmer in Berlin getroffen. Viele der Balkanstaaten erhoffen sich von den politischen Kontakten zur EU auch eine baldige Mitgliedschaft. Kroatien und Slowenien gehören bereits dazu.

Load-Date: August 27, 2015

End of Document

Frankreich räumt, Großbritannien fürchtet sich; Während in Calais das Flüchtlingslager geräumt wird, herrscht auf der anderen Seite des Ärmelkanals Angst. Dabei sind die britischen Flüchtlingszahlen absurd gering.

ZEIT-online

Dienstag 25. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 42

Length: 1091 words

Byline: Sascha Zastiral

Body

CALAIS, FRANCE - OCTOBER 24: **Migrants** begin to leave the Jungle **migrant** camp before authorities demolish the site on October 24, 2016 in Calais, France. Police and officials in France are preparing to clear the 'Jungle' **migrant** camp in Calais. Some 7,000 people are estimated to be living in the camp in squalid conditions. (Photo by Christopher Furlong/Getty Images)

© Christopher Furlong/Getty Images

Die Räumung des Lagers in Calais dominiert in Großbritannien die Medien: Die BBC ist mit mehreren Korrespondenten vor Ort, viele Nachrichten-Websites haben Liveblogs eingerichtet. Was sofort auffällt, ist die Wortwahl: Selbst in vielen BBC-Berichten läuft das illegale Lager wie selbstverständlich unter seinem Spitznamen: Dschungel - und das ohne Anführungszeichen. Wie groß ist die Dschungelbevölkerung? Wird das "Calais-Problem" mit der Räumung des Dschungels gelöst sein? Wie viel Geld hat der Dschungel Frankreich gekostet?

Der Tonfall, der hier mitschwingt, zieht sich weiter. Häufig ist die Rede von Migranten, nicht von Flüchtlingen. Vergleichsweise linke Medien wie der *Guardian* und der *Independent* differenzieren in ihrer Berichterstattung noch; da ist die Rede von "Migranten und Flüchtlingen". Auch im Englischen sind die Begriffe ähnlich politisch aufgeladen wie im Deutschen.

Dass diese nicht zufällig ausgewählt werden, fiel vergangene Woche in der Berichterstattung schnell auf. Als die britischen Behörden begannen, einige Dutzend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus Calais nach Großbritannien zu bringen, stürzten sich Teile der Presse auf sie. Einigen konservativen Zeitungen sahen die jungen Menschen offenbar nicht jung genug aus.

Das Boulevardblatt *Daily Mail* will eine Gesichtsanalyse von Fotos von jungen Bewohnern des Calais-Lagers gemacht haben, die ergeben haben soll, dass die meisten von ihnen Erwachsene seien. Ein Kommentator des *Daily Express* schrieb, linke "Ideologen" hätten die Regierung seit Monaten dazu gedrängt,

Frankreich räumt, Großbritannien fürchtet sich Während in Calais das Flüchtlingslager geräumt wird, herrscht auf der anderen Seite des Ärmelkanals Angst. Dabei

unbegleitete Kinder aus dem Lager in Calais aufzunehmen. Doch anstelle von Kindern seien jetzt "arrogante Erwachsene" ins Land gebracht worden. "Manipulative Sentimentalität" habe die Asylpolitik des Landes "in einen schlechten Witz verwandelt", schrieb der Kommentator weiter.

Der konservative Abgeordnete David Davies postete vor wenigen Tagen auf Twitter: "Die sehen mir nicht nach 'Kindern' aus. Ich hoffe, die britische Gastfreundschaft wird nicht missbraucht." Davies forderte, Röntgenaufnahmen von den Gebissen von Einreisewilligen zu machen, um deren Alter zu bestimmen. Die britische Zahnärztereinigung bezeichnete die Forderung als "ineffektiv, unangebracht und unethisch". Das Innenministerium wies sie zurück. Die Labour-Abgeordnete Stella Creasy antwortete auf Davies' Tweet, sie schäme sich, im selben Parlament zu sitzen wie er.

Kampagnen gegen Flüchtlinge

Doch dort scheint Davies Gleichgesinnte zu haben. Die Labour-Abgeordnete Chi Onwura veröffentlichte auf ihrer Twitter-Seite die Aufnahme eines Plakats, das am Montag in einer Küche im Parlament gehangen haben soll. Darauf zu sehen ist ein alter arabischer Mann. Auf dem Bild steht: "Nur drei Pfund könnten dieses zwölf Jahre alte syrische Kind eine Woche lang mit Kleidung und Essen versorgen."

Die Hysterie um die Ankunft einiger Hundert Menschen zeigt, wie sehr das Thema Einwanderung die Gemüter in Großbritannien inzwischen hochkochen lässt. Es war bereits im Vorfeld des Brexit-Referendums im Juni eines der Hauptthemen. Die offizielle Leave-Kampagne warb mit einem umstrittenen Türkei-Plakat für einen EU-Austritt. Darauf stand: "Die Türkei (Einwohnerzahl: 76 Millionen) tritt der EU bei". Darunter zu sehen sind schmutzige Fußabdrücke, die auf einen britischen Pass zusteuern.

Der Rechtspopulist Nigel Farage enthüllte wenige Tage vor dem Referendum ein großes Plakat, auf dem Flüchtlinge an der slowenischen Grenze zu sehen waren. Darüber stand: "Breaking point". Kritiker verglichen das Plakat mit ähnlichen Propagandakampagnen der Nazis. Am selben Tag stach ein 52-Jähriger in Nordengland auf die Labour-Abgeordnete Jo Cox ein und feuerte mehrere Schüsse auf sie ab. Die Politikerin starb an ihren schweren Verletzungen. Cox hatte sich für syrische Flüchtlinge und für einen Verbleib in der EU eingesetzt. Auf die Frage nach seinem Namen antwortete ihr mutmaßlicher Mörder dem Haftrichter: "Tod für Verräter, Freiheit für Britannien!"

Die Zahl der Hassverbrechen gegen Ausländer ist seit dem EU-Referendum sprunghaft angestiegen. Das vorrangige Ziel der Angriffe sind EU-Einwanderer, die in Großbritannien leben und arbeiten.

Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Großbritannien kommen, ist dagegen geradezu absurd gering. In den vergangenen Jahren haben nur zwischen 19.000 und 25.000 Menschen einen Asylantrag gestellt. Im vergangenen Jahr waren es etwa 32.000. Einem Bericht des Unterhauses zufolge wurden bis März 2016 gerade einmal 1.602 syrische Flüchtlinge nach Großbritannien umgesiedelt. Bis 2020 sollen lediglich 20.000 weitere aufgenommen werden. Premierministerin Theresa May weigerte sich kürzlich, diese Zahl zu erhöhen. Stattdessen werde das Land den Flüchtlingen "in ihrer Region" helfen, kündigte die Premierministerin an.

May gilt als Hardlinerin bei Einwanderung

Unter Mays Regierung dürfte sich an der harten Abschottung des Landes gegenüber Flüchtlingen kaum etwas ändern. Erst kürzlich deutete sie an, dass sich Großbritannien bei den Austrittsverhandlungen mit der EU auf keine Kompromisse in Sachen Einwanderung einlassen werde. Schon während ihrer Zeit als Innenministerin hat sich May einen Namen als Hardlinerin in dieser Frage gemacht. In einer Rede auf dem Parteitag der Tories vor einem Jahr warnte sie davor, dass Migranten Löhne drückten und erklärte, Einwanderung führe zu "weniger Zusammenhalt" in der Gesellschaft. Der den Tories ansonsten wohlgesonnene *Telegraph* bezeichnete die Rede als "gefährlich und faktisch falsch".

2013 ließ May Lieferwagen mit Reklametafeln im Land herumfahren, auf denen stand: "Illegal in Großbritannien? Geht nach Hause oder seht einer Festnahme entgegen", begleitet von einer Telefonnummer, an

Frankreich räumt, Großbritannien fürchtet sich Während in Calais das Flüchtlingslager geräumt wird, herrscht auf der anderen Seite des Ärmelkanals Angst. Dabei

die Ausreisewillige eine SMS schicken konnten. Die Aktion brachte May reichlich Kritik und Spott ein. Gerade einmal elf Menschen verließen infolge der Kampagne das Land.

Load-Date: October 25, 2016

End of Document

Bahnhof Budapest wieder geöffnet - nur nicht für Flüchtlinge; Die ungarische Polizei hat den Bahnhof zwischenzeitlich geräumt. Flüchtlinge dürfen das Gebäude nicht betreten. Kanzlerin Merkel verteidigte ihre Flüchtlingspolitik.

ZEIT-online

Dienstag 1. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 35

Length: 852 words

Body

Flüchtlinge und Polizisten am Keleti-Bahnhof in Budapest

© Attila Kisbenedek/AFP/Getty Images

Die ungarischen Behörden haben den wichtigsten Bahnhof von Budapest zwischenzeitlich geschlossen. Der Zugverkehr im Keleti-Bahnhof wurde mittlerweile wieder freigegeben. Die vor dem Bahnhof wartenden **Migranten** werden von der Polizei daran gehindert, zurück in das Gebäude zu gelangen, meldet die Nachrichtenagentur MTI.

Hunderte Polizisten waren am Morgen an dem Bahnhof angerückt. Per Lautsprecherdurchsagen wurden alle Menschen in dem Gebäude dazu aufgefordert, den Bahnhof zu verlassen. Begründet wird der Schritt mit der Umsetzung von EU-Recht. Dieses verlange, dass jeder Bürger aus einem Drittstaat sich nur mit einem gültigen Pass und einem Schengen-Visum frei in der EU bewegen könne, sagt Regierungssprecher Zoltan Kovacs.

In Budapest hatten am Montag Hunderte Menschen die Züge Richtung Wien, München und Berlin gestürmt, nachdem sich die ungarischen Polizeikräfte vom Bahnhof zurückgezogen hatten. Seitdem kommen immer wieder Züge mit Hunderten Menschen an. Nach Angaben der österreichischen Polizei kamen allein am Montagabend 3.650 Asylsuchende in Wien an. Ein Großteil davon habe sich auf die Weiterreise nach Deutschland begeben, sagte ein Sprecher der Wiener Polizei am Dienstagmorgen.

Österreich fordert klare Haltung von Deutschland

Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner forderte von Deutschland aufgrund der Situation ein klares Bekenntnis zum Dublin-Abkommen. Berichte, wonach Deutschland Flüchtlinge aufnehme und nicht wie in dem Abkommen vorgesehen in das erste Ankunftsland in der Europäischen Union abschiebe, hätten bei vielen Menschen große Hoffnungen geweckt. Dies sei auch ein Grund für den Andrang aus Ungarn, sagte Mikl-Leitner. Österreich werde weiterhin stichprobenartig im Grenzbereich kontrollieren, sagte Mikl-Leitner. Flächendeckende Kontrollen seien jedoch nicht möglich.

Bahnhof Budapest wieder geöffnet - nur nicht für Flüchtlinge Die ungarische Polizei hat den Bahnhof zwischenzeitlich geräumt. Flüchtlinge dürfen das Gebäude nic....

Die österreichische Bundesregierung kritisierte gleichzeitig die ungarischen Behörden für die fehlenden Kontrollen am Bahnhof in Budapest. "Dass die in Budapest einfach einsteigen [...] und man schaut, dass die zum Nachbarn fahren - das ist doch keine Politik", sagte Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) im ORF.

Auch die ungarische Regierung hatte von Deutschland eine "Klärung der juristischen Fragen" verlangt. "Während Ungarn sich an die EU-Regeln hält, legt Deutschland ein nachgiebigeres Verhalten an den Tag", sagte Regierungssprecher András Giró-Szász der staatlichen Nachrichtenagentur MTI. Das deutsche Bundesamt für Migration hatte angekündigt, syrische Flüchtlinge nicht mehr in das EU-Land zurückzuschicken, das sie zuerst betreten haben. Damit wäre das Dublin-Verfahren für Syrer ausgesetzt. Dem widersprach zuletzt aber ein Sprecher des Innenministeriums: "Wer nach Ungarn kommt, muss sich dort registrieren lassen und das Asylverfahren dort durchführen", hieß es. "Deutschland hat Dublin nicht ausgesetzt."

Merkel weist Kritik aus Österreich und Ungarn zurück

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Aufforderungen aus Ungarn und Österreich zurückgewiesen, Deutschland müsse seine Rechtslage bei Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien klären. "Was die Frage der ankommenden syrischen Flüchtlinge anbelangt, so sehe ich ehrlich gesagt keine Mitverantwortung Deutschlands", sagte Merkel. Es sei lediglich darauf hingewiesen worden, dass die, die in Deutschland ankämen, mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit auch den Status als Bürgerkriegsflüchtlinge bekommen würden. "Das dürfte angesichts der Situation in Syrien keine Überraschung sein und müsste eigentlich in jedem europäischen Land ähnlich sein", sagte Merkel.

Merkel forderte andere EU-Regierung auf, sich nun nicht gegenseitig Fehler vorzuwerfen, sondern an gemeinsamen europäischen Lösungen zu arbeiten. Dazu gehörten Registrierungszentren in Griechenland und Italien. Zudem müsse die Rückführung nicht-bleibeberechtigter Flüchtlinge geklärt und eine faire Verteilung von Asylbewerbern innerhalb der EU erreicht werden.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) teilte mit, die Zahl der Frauen und Kinder, die durch Mazedonien nach Norden fliehen, habe sich im vergangenen Vierteljahr verdreifacht. Täglich durchquerten etwa 3.000 Menschen das Land, 80 Prozent von ihnen kämen aus Syrien. Auf der griechischen Seite der Grenze zu Griechenland kam es zu Rangeleien unter etwa 1.500 wartenden Flüchtlingen.

Ungarn liegt an der sogenannten Westbalkanroute, über die Flüchtlinge aus Syrien und anderen Krisenregionen nach ihrem Eintreffen in Griechenland weiter in westliche EU-Länder gelangen wollen. Nach den gemeinsamen EU-Asylregeln ist Ungarn verpflichtet, alle dieser Einreisenden zu registrieren. Viele Flüchtlinge wollen dies aber verhindern und stattdessen gleich nach Österreich oder Deutschland weiterreisen. Laut der Hilfsorganisation Migration Aid sitzen weiterhin bis zu 2.000 Asylbewerber auf Budapester Bahnhöfen fest, weil ihnen das offenbar überforderte Einwanderungsamt keine Lager mehr zuweist.

Load-Date: September 1, 2015

Transitzonen sind vom Tisch; Die Koalition hat den Streit um Transitzonen beigelegt und sich auf Registrierzentren geeinigt. Für die Asylbewerber in diesen Zentren soll eine Residenzpflicht gelten.

ZEIT-online

Donnerstag 5. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 45

Length: 866 words

Body

Flüchtlinge an der Grenze zwischen Österreich und Deutschland

© Christof Stache/AFP/Getty Images

Die von den Unionsparteien geforderten Transitzonen, in denen **Asylbewerber** festgehalten werden können, wird es nicht geben. Die Spitzenvertreter von CDU, CSU und SPD verständigten sich bei einem Treffen im Kanzleramt darauf, in speziellen Aufnahmezentren Anträge auf **Asyl** in beschleunigten Verfahren zu bearbeiten. Damit gingen CDU und CSU auf die Bedenken der Sozialdemokraten ein, die die Transitzentren als Haftzentren kritisiert hatten. Die Union dürfte ebenfalls zufrieden sein, weil die Forderung nach beschleunigten Verfahren erfüllt ist für all jene **Migranten**, die das Land schnell wieder verlassen sollen.

Angestrebt für die Verfahren ist eine Woche Dauer. Für das sich möglicherweise anschließende Einspruchsverfahren sind zwei Wochen vorgesehen.

Für die Asylbewerber in diesen Zentren soll eine Residenzpflicht gelten, erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und bestätigte damit Informationen von ZEIT ONLINE aus Verhandlungskreisen. Verstoßen sie dagegen, verwirkten sie ihren Anspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, hieß es in Koalitionskreisen. Die Residenzpflicht war erst zu Jahresbeginn dahingehend gelockert worden, dass Asylbewerber sich nach drei Monaten frei im Bundesgebiet bewegen durften.

Drei bis fünf solcher Erstaufnahmezentren sollen neu entstehen. Maximal 200 Menschen pro Tag sollen dort einziehen und ihren Asylantrag stellen können. In Bayern sind mit Bamberg und Manching schon erste Orte geplant.

Änderungen gibt es auch beim Familiennachzug. Menschen, die aus bestimmten Gründen vor Abschiebung geschützt sind, sollen ihre Familien zwei Jahre lang nicht nach Deutschland nachholen können. Bisher garantierte das deutsche Recht die Möglichkeit des Nachzugs von bestimmten Familienangehörigen.

Neu ist auch, dass Flüchtlinge künftig an den Kosten von Sprachkursen beteiligt werden. Im Gespräch ist ein Betrag von fünf Euro pro Monat.

Transitzonen sind vom Tisch Die Koalition hat den Streit um Transitzonen beigelegt und sich auf Registrierzentren geeinigt. Für die Asylbewerber in diesen Zentr....

250.000 unregistrierte Flüchtlinge

Die Bundesregierung hatte heute bekannt gegeben, dass die ursprünglich erwartete Zahl von 800.000 Flüchtlingen in Deutschland demnächst erreicht wird. Unter den Teilnehmern eines für den Abend geplanten Spitzengesprächs herrschte die Auffassung vor, dass dieses Jahr eine Million kommen. Hinzu kommt, dass man in den Bundesländern von bis zu 250.000 unregistrierten Flüchtlingen ausgeht - die Registrierung ist Voraussetzung für einen Asylantrag.

Das war heute ein guter Tag: Wer nicht verfolgt wird und aus einem sicheren Land kommt, wird künftig schneller unser Land verlassen müssen.

- Peter Altmaier (@peteraltmaier) 5. November 2015

Auch dauern die Zeit bis zur Asylverfahren derzeit viele Monate. Einer Einschätzung aus Thüringen nach erhalten derzeit ankommende Flüchtlinge für die Antragstellung im März 2016. Die Hauptkritik trifft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), das zugesagt hatte, die Verfahren stark zu beschleunigen. Das Bundesamt agiere "sehr unglücklich", hieß es von einem Ländervertreter.

Pläne, die Abschiebungen zu forcieren, bringen derzeit nicht viel. Denn der Anteil der Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten war zuletzt auf einen niedrigen einstelligen Prozentbetrag gesunken. Alle anderen haben hohe Anerkennungschancen. Die Aufnahmekapazität der Erstaufnahmeeinrichtungen lässt sich durch Abschiebungen also nicht erhöhen.

Den Unterschied zwischen Transitzonen und Einreisezentren erklärt dieses Video:

Die Länder hatten zuletzt große Probleme, die notwendigen Erstaufnahmeplätze zur Verfügung zu stellen. Der Bund hatte im September zugesagt, 40.000 Aufnahmeplätze zu organisieren. Die Kosten der Flüchtlingskrise in diesem Jahr wollte der Bund mit einem Zuschuss von zwei Milliarden Euro decken. Angesichts der unerwartet hohen Flüchtlingszahl gilt das schon wieder als zu wenig. Die Länder fordern vom Bund zudem mehr Unterstützung bei der Integration, etwa für Sprachkurse. Derzeit fördert das Bundesamt nur acht Wochen Sprachkurs, und das auch nur bei Asylbewerbern mit hoher Bleibechance.

Zustimmung zu Merkels Flüchtlingspolitik sinkt

Ab 2016 sollen die Bundesländer monatlich etwa 670 Euro pro Flüchtling bekommen - für die erwartete Durchschnittsverfahrensdauer von fünf Monaten plus einen Monat für Verwaltungsgerichtsverfahren, wenn der Bewerber gegen eine Ablehnung vorgehen will. Grundlage dieser Zusage war allerdings die Prognose von 800.000 Flüchtlingen pro Jahr, die zumindest für dieses Jahr hinfällig ist.

Angesichts der steigenden Zahl an Flüchtlingen sinkt die Zustimmung in der Bevölkerung für Angela Merkel weiter. Nach dem jüngsten ARD-Deutschlandtrend sind nur noch 49 Prozent der Befragten mit der Arbeit der Kanzlerin zufrieden. Das sind fünf Prozentpunkte weniger als im Oktober und 26 Punkte weniger als im April. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hingegen legt im Vergleich zum Vormonat nochmals um sechs Punkte auf 45 Prozent zu.

Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit den Politikern ging es zwar nicht um die konkreten Gründe für die Entscheidung. Allerdings äußerten sich 60 Prozent der Befragten weniger oder gar nicht zufrieden mit Merkels Flüchtlingspolitik. Bei Seehofer beträgt dieser Wert 56 Prozent.

Load-Date: November 5, 2015

"Mit dir rede ich nicht. Schickt nen Mann vorbei"; Tania Kambouri ist Polizistin in Bochum. Sie wird oft mit Gewalt und Frauenverachtung konfrontiert. Vor allem von jungen, muslimisch geprägten Migranten.

ZEIT-online

Samstag 16. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Gewalt in Deutschland; Ausg. 3

Length: 1243 words

Byline: Heinrich Wefing

Body

Eine Polizistin geht am 22.07.2015 in Berlin mit einer schweren Sicherheitsweste bekleidet zu einem Einsatzfahrzeug.

© Paul Zinken/dpa

ZEIT ONLINE: Frau Kambouri, hatten Sie in Ihrem Polizeialltag schon mal mit Vorfällen wie denen in der Silvesternacht in Köln zu tun?

Tania Kambouri: Nein, so etwas habe ich persönlich noch nicht erlebt, meine Kollegen aber im kleineren Rahmen sehr wohl. In einem Fall sind Kollegen von mir zum Beispiel schon vor Silvester gegen einen Schwarzafrikaner eingeschritten, der am Hauptbahnhof Bochum eine Frau mit zwei kleinen Kindern belästigte, sie verfolgte und immer wieder körperlich bedrängte. Als die Kollegen eingriffen, hat er um sich getreten, und als er dann fixiert wurde, rief er: "Asyl, Asyl!"

ZEIT ONLINE : Haben Sie selbst im Dienst mit Asylbewerbern zu tun?

Kambouri: In der Vergangenheit, also vor der Flüchtlingskrise, hatte ich gelegentlich Einsätze mit Flüchtlingen. Jetzt habe ich aber immer öfter Kontakt mit ihnen.

In Bochum haben wir keine Massenunterkünfte, sodass wir nicht täglich in die Unterkünfte gerufen werden. Aber meine Kollegen und ich haben immer mehr Einsätze mit Flüchtlingen, die außerhalb der Unterkünfte z.B. Diebstähle, Kfz-Aufbrüche und Körperverletzungen begehen.

ZEIT ONLINE : Welche Erfahrungen machen Sie da?

Kambouri: Viele Menschen wirken sehr eingeschüchtert, verängstigt, unterwürfig, wenn wir in Uniform kommen. Die haben denke ich überwiegend schlechte Erfahrungen mit der Polizei in ihrer Heimat. Aber natürlich treffen wir auch immer wieder auf Gruppen von jungen Männern, die sich schlecht benehmen: laut, aggressiv,

" Mit dir rede ich nicht. Schickt nen Mann vorbei" Tania Kambouri ist Polizistin in Bochum. Sie wird oft mit Gewalt und Frauenverachtung konfrontiert. Vor allem....

respektlos, frauenverachtend, gewalttätig. Viele davon kommen aus Nordafrika, Algerier, Marokkaner, die machen uns schon Sorgen.

ZEIT ONLINE : Solches Verhalten kennen Sie: In Ihrem Buch *Deutschland im Blaulicht* haben Sie beschrieben, wie Sie im Dienst immer wieder mit hoher Gewaltbereitschaft und offener Frauenverachtung konfrontiert werden, vor allem, wenn Sie mit jungen, muslimisch geprägten Migranten zu tun haben. Welche Rolle spielt da tatsächlich die Religion?

Mehr zur Debatte nach den Angriffen in Köln finden Sie in der ZEIT Nr. 3 vom 14.01.2016 mit dem Titel „Wer ist der arabische Mann?“ Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Kambouri: Das weiß ich nicht. Ob meine "Kunden" religiös sind, kann ich oft nicht beurteilen, nur wenn sie direkt im Einsatz z.B. sagen: Ich trinke keinen Alkohol oder nehme Drogen, weil ich Moslem bin. Oder wenn immer öfter "Allahu akbar" gerufen wird. Deswegen sage ich auch immer: Migranten aus muslimisch geprägten Ländern. Persönlich habe ich den Eindruck, dass das zum einen fehlende Bildung und zum anderen vor allem kulturelle Prägungen sind, die Rolle des Vaters, die Rolle der Frauen, dass man Konflikte mit Gewalt löst.

ZEIT ONLINE : Welche Erfahrungen machen Sie mit den Mädchen und Frauen aus diesen Milieus?

Kambouri: Die allermeisten machen überhaupt keine Probleme. Die sind sehr höflich und zurückhaltend.

ZEIT ONLINE : Gibt es Unterschiede zwischen verschiedenen Migrantengruppen, zum Beispiel zwischen türkischen und arabischen jungen Männern?

Kambouri: Aktuell im Einsatz kann ich nicht immer genau sagen, wo einer herkommt. Respektlosigkeit und diese Gruppenbildung habe ich bei allen erlebt, da gibt es keinen Unterschied. Was schon anders ist: In NRW haben wir viel mit libanesischen Clans zu tun. Diese Clanbildung, die sehe ich bei türkischstämmigen Migranten nicht so häufig.

ZEIT ONLINE : Welche Rolle spielt es in Ihrem Dienstalltag, dass sie selbst einen Migrationshintergrund haben?

Kambouri: Das ist unterschiedlich. Manche freuen sich. Aber die Problemgruppen, über die ich spreche, halten mich meistens für eine Landsfrau, sodass sie mich vereinnahmen wollen oder als Verräterin sehen.

ZEIT ONLINE : Als Verräterin?

Kambouri: Ja, weil ich als Polizistin arbeite. Für den Staat. Für "die Deutschen", sozusagen. Das habe ich bei keiner anderen Migrantengruppe erlebt, nicht bei Italienern oder Spaniern oder anderen Migranten.

ZEIT ONLINE : Der deutsche Staat wird als Feind wahrgenommen?

Kambouri: Nicht von allen, natürlich, aber ja, das erlebe ich häufig. Die haben einen deutschen Pass, aber sie sagen: "Ich scheiß[auf dieses Land".

ZEIT ONLINE : Welche Rolle spielt es in solchen Fällen, dass Sie eine Frau sind?

Kambouri: Viele tun so, als wäre ich gar nicht da oder sagen: "Mit Dir rede ich doch nicht. Schickt mal nen Mann vorbei". Das gibt es, sehr viel seltener, auch bei Neonazis, aber dort weil ich südländisch aussehe.

ZEIT ONLINE : Sie sind jetzt seit zwölf Jahren bei der Polizei. Ist Ihr Dienst härter geworden?

Kambouri: Gewalt hat es immer schon gegeben, klar, aber diese Respektlosigkeit, diese Aggressivität, die hat stark zugenommen. Wir werden im Einsatz heute häufig bei jeder Kleinigkeit angegangen. Selbst wenn wir nur ein Knöllchen ausstellen, sofort sind wir umringt von zehn, zwanzig, fünfzig Leuten, die rumbrüllen, schubsen, handgreiflich werden. Das schaukelt sich ganz schnell hoch. Diese Gruppenbildung, außerhalb von

" Mit dir rede ich nicht. Schickt nen Mann vorbei" Tania Kambouri ist Polizistin in Bochum. Sie wird oft mit Gewalt und Frauenverachtung konfrontiert. Vor allem....

Großeinsätzen wie z.B. Fußball, gibt es eigentlich nur bei Migranten. Das habe ich bei einem deutschen Falschparker noch nie erlebt.

ZEIT ONLINE : Was machen Sie dann?

Kambouri: Wir versuchen, Verstärkung zu bekommen, aber das ist manchmal schwer, weil es einfach nicht genug Beamte gibt. Oder wir schreiten erst gar nicht ein. Und manchmal brechen wir die Maßnahme ab, weil ein härteres Durchgreifen nicht mehr verhältnismäßig wäre. Aber die anderen haben dann das Gefühl, sie hätten gewonnen. Und beim nächsten Mal werden sie noch dreister.

ZEIT ONLINE : Hat auch die physische Gewalt zugenommen?

Kambouri: Eindeutig, ja. Ich selbst wurde allein im September zweimal verletzt, einmal von einem türkischstämmigen Mann, einmal von einer Osteuropäerin. Und ich werde immer häufiger verletzt, meine Kollegen auch.

ZEIT ONLINE : Welcher Art sind diese Verletzungen?

Kambouri: Das reicht von Kratzern über Tritte in den Rücken, Blutergüsse, offene Wunden, Knochenbrüche, bis hin zu Gehirnerschütterungen, Schuss- und Stichverletzungen.

ZEIT ONLINE : Wer sind die Täter?

Kambouri: Die kommen aus allen Gruppen, aber die Mehrzahl sind junge, muslimisch geprägte Migranten. Und immer häufiger sind sie bewaffnet, vor allem mit Messern.

ZEIT ONLINE : Wie reagiert man als Polizist, als Polizistin, auf solche Verletzungen?

Kambouri: Na ja, da gibt es bei vielen Kollegen schon großen Frust. Wir halten unsere Knochen hin, aber uns schützt keiner. Die meisten Strafverfahren werden eingestellt, oder die Täter kommen mit solch einer geringen Strafe davon, dass sie uns ins Gesicht lachen. Da fühlt man sich als Polizist eher allein gelassen. Und manche Kollegen überlegen sich dann schon, ob sie beim nächsten Mal wirklich durchgreifen oder sich nicht besser zurückziehen. Aber damit überlässt man denen die Straße. Das kann nicht sein.

Mehr zur Debatte nach den Angriffen in Köln finden Sie in der ZEIT Nr. 3 vom 14.01.2016 mit dem Titel "Wer ist der arabische Mann?" Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Load-Date: January 16, 2016

Immer mehr Asylanträge in Deutschland; 202.834 Menschen haben 2014 in Deutschland Asyl beantragt. Viele von ihnen stammen aus Syrien. Es kamen auch mehr illegale Einwanderer in die EU als noch im Vorjahr.

ZEIT-online

Mittwoch 14. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 2

Length: 537 words

Body

Flüchtlinge versuchen, über einen Zaun in die spanische Enklave Melilla zu gelangen.

© Francisco G. Guerrero/EFE/dpa

Im vergangenen Jahr haben mehr als doppelt so viele Einwanderer in der Bundesrepublik einen **Asylantrag** eingereicht wie noch im Jahr zuvor. 2014 stellten insgesamt 202.834 Bewerber ihren Antrag auf **Asyl**, das sind etwa 60 Prozent mehr als im Vorjahr.

Rund 20 Prozent der Asylbewerber kommen aus Syrien, 30 Prozent aus der Balkanregion. Die Bewerber aus Syrien erhielten nach der Antragsstellung in der Regel Flüchtlingsschutz, für Einwanderer aus den Balkanstaaten war dies selten der Fall, da die erforderlichen Voraussetzungen nicht vorlagen.

Die Bundesregierung hatte Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina im vergangenen Herbst zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Auch wenn Menschen aus diesen Ländern im Einzelfall immer noch Asyl bekommen können, ist es für sie sehr viel schwieriger geworden, eine Notlage zu beweisen.

Die Zahl der Asylanträge sei die vierthöchste, die es je in Deutschland gegeben hat, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Er verwies auch darauf, dass die Bundesrepublik im Vergleich zu den anderen EU-Staaten mit Abstand die meisten Anträge verzeichne. "Die steigenden Asylzahlen stellen uns vor enorme Herausforderungen, die nur durch ein gesellschaftliches Zusammenwirken zu bewältigen sind", sagte der CDU-Politiker.

Die meisten illegalen Einwanderer kamen über das Mittelmeer

Die Zahl der illegalen Einwanderer in der Europäischen Union (EU) hat sich im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. Mehr als 276.000 Menschen seien 2014 illegal nach Europa gelangt, sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos. Dies sei eine Zunahme um 138 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Den Kommissionsangaben zufolge kamen 207.000 der Migranten "illegal über das Mittelmeer". Allein seit September seien zwölf mit Flüchtlingen beladene Frachter in Europa eingetroffen. Dies zeige, dass die Schleuser "neue Routen und neue Methoden" finden, Schiffe mit Flüchtlingen über das Meer zu fahren. Allein von der EU-

Immer mehr Asylanträge in Deutschland 202.834 Menschen haben 2014 in Deutschland Asyl beantragt. Viele von ihnen stammen aus Syrien. Es kamen auch mehr illegale....

Grenzmission Triton, die Anfang November den italienischen Marine-Einsatz Mare Nostrum im Mittelmeer abgelöst hatte, wurden laut Kommission über 16.400 Menschen aufgegriffen. Während dieser Rettungseinsätze wurden auch 57 Menschenschmuggler festgenommen.

Avramopoulos mahnte, dass ohne ein "entschiedenes und koordiniertes Handeln" der EU der Zustrom von Migranten angesichts der Konflikte an den Grenzen der EU weiter zunehmen werde. Die EU müsse vor allem das Vorgehen gegen Menschenschmuggler verstärken, indem sie die Sammlung und den Austausch von Informationen verbessere. Angesichts der Verlagerung der Flüchtlingsrouten über die Türkei sei Brüssel im Kontakt mit Ankara, um über Konsequenzen zu sprechen, sagte der Kommissar.

Er sprach sich zudem für eine Erhöhung des Aufnahmekontingents für Flüchtlinge aus Syrien aus. "Die Schlepperbanden und ihre immer wieder neuen Methoden, Flüchtlinge über das Mittelmeer zu schleusen, sind bloß ein Symptom, aber nicht der Kern des Problems", sagte die SPD-Europaabgeordnete Birgit Sippel. "Die eigentliche Tragödie ist, dass Menschen, die Schutz suchen, keine Möglichkeit haben, über sichere Wege nach Europa zu gelangen."

Load-Date: January 14, 2015

End of Document

Afghanischen Flüchtlingen droht Abschiebung aus Deutschland; Trotz der unsicheren Lage in Afghanistan will die Bundesregierung mehr als 12.000 Asylbewerber in ihr Heimatland zurückschicken. Die Linke findet das unverantwortlich.

ZEIT-online

Mittwoch 16. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 47

Length: 284 words

Body

Insgesamt befinden sich derzeit knapp 250.000 afghanische **Flüchtlinge** in Deutschland.

© Tobias Schwarz/AFP/Getty Images

Nach Einschätzung des Innenministeriums müssen fünf Prozent der hierzulande lebenden fast 247.000 afghanischen Staatsbürger Deutschland wieder verlassen. Das gehe aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken hervor, berichtete die *Neue Osnabrücker Zeitung*.

Zur Begründung für die Abschiebung der 12.000 afghanische Asylbewerber heißt es, in den großen Zentren Afghanistans sei die Sicherheit garantiert. Das Innenministerium schreibt demnach: "Eine Verschlechterung der Sicherheitslage im gesamten Land kann nicht bestätigt werden." Zudem prüfe das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) jeden Asylantrag individuell und schaue sich auch an, welche Risiken es für die Antragsteller gebe.

Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke forderte die Bundesregierung auf, keine Menschen mehr in das "kollabierende Bürgerkriegsland" Afghanistan zurückzuschicken. Sie kritisierte: "Diese Abschiebungen bedeuten für die Betroffenen ein hochgradiges Todesrisiko und sind absolut unverantwortlich."

Abschiebungen von afghanischen Asylbewerbern sind umstritten, weil es in Afghanistan immer wieder zu Anschlägen der radikalislamischen Taliban kommt - so etwa in der vergangenen Woche auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-i-Scharif mit sechs Toten.

In diesem Jahr wurden den Angaben zufolge bislang lediglich 27 abgelehnte afghanische Asylbewerber abgeschoben, 2015 waren es neun gewesen. Der Anteil der Afghanen, die Schutzstatus erhielten, sei 2016 im Vergleich zum Vorjahr von 77,6 auf 52,4 Prozent gefallen, hieß es.

Load-Date: November 18, 2016

Afghanischen Flüchtlingen droht Abschiebung aus Deutschland Trotz der unsicheren Lage in Afghanistan will die Bundesregierung mehr als 12.000 Asylbewerber in ih....

End of Document

Wenn Asyl Glückssache ist; Die Anerkennungschancen für Flüchtlinge unterscheiden sich in der EU erheblich. Für Schutzsuchende ist es eine Schicksalsfrage, wo ihr Asylantrag bearbeitet wird.

ZEIT-online

Freitag 29. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 17

Length: 1074 words

Byline: Andreas Maisch

Body

Syrische **Flüchtlinge** in einem türkischen Camp

© Sedat Suna / EPA

Syrer werden in Deutschland oft als **Flüchtlinge** mit guter Bleibeperspektive bezeichnet. Fast alle dürfen zumindest für eine bestimmte Zeit in Deutschland bleiben. Doch ihre Chance, als schutzbedürftig anerkannt zu werden, ist keinesfalls überall so hoch wie in Deutschland. In anderen europäischen Ländern sieht es für sie deutlich schlechter aus.

Von 580 Syrern, die im vergangenen Jahr in Italien **Asyl** beantragten, wurden beispielsweise nur 330 als **Flüchtling** anerkannt. Auch in Ungarn und Rumänien wurden lediglich 59 Prozent der Syrer anerkannt, wie aus Statistiken der EU-Statistikbehörde Eurostat hervorgeht. Auch Großbritannien belegt einen der Schlussplätze: Nur 86 Prozent der Syrer erhielten im vergangenen Jahr auf der britischen Insel einen Schutzstatus. Bei **Asylsuchenden** aus anderen Herkunftsländern gibt es ähnliche Unterschiede.

Bernd Mesovic von der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl weiß, wie schwer es Asylbewerber in manchen Staaten haben. "In einigen osteuropäischen Staaten gibt es keine Verfahren, die den Namen Asylverfahren verdienen. In Bulgarien entscheiden die Behörden teilweise, ohne die Betroffenen anzuhören", sagt er ZEIT ONLINE. Die Behörden würden willkürlich irgendeinen Schutzstatus wählen und darauf setzen, dass die Flüchtlinge ohnehin in ein anderes Land weiterreisen. Das europäische Asylsystem sei für Asylbewerber wie die Teilnahme an einem Glücksspiel, kritisiert der stellvertretende Geschäftsführer von Pro Asyl.

Die uneinheitliche Anerkennung von Flüchtlingen zeigt, dass eine gemeinsame EU-Asylpolitik nicht erst an der Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU scheitert. Probleme gibt es bereits einen Schritt zuvor: Es fehlen einheitliche Standards für Asylverfahren. Die Frage, in welchem Land ein Asylantrag bearbeitet wird, ist auch für Bürgerkriegsflüchtlinge somit eine Schicksalsfrage.

Asylrecht als Schutzlotterie

Wenn Asyl Glückssache ist Die Anerkennungschancen für Flüchtlinge unterscheiden sich in der EU erheblich.
Für Schutzsuchende ist es eine Schicksalsfrage, wo ihr....

Asylexperten kritisieren die ungleichen Bleibechancen scharf. "Die unterschiedlichen Anerkennungsquoten von Flüchtlingen in den EU-Mitgliedstaaten sind sehr bedenklich. Für Flüchtlinge ist es - je nachdem, in welchem Land sie einen Asylantrag stellen - nach wie vor eine Schutzlotterie", sagt die Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Christine Langenfeld, ZEIT ONLINE. Dies sei auch aus menschenrechtlicher Sicht problematisch. "Das Ziel, dass sich die Anerkennungsquoten für einzelne Herkunftsländer in der EU angleichen, wird nach wie vor verfehlt", sagt Langenfeld. Dies sei ein Hindernis für die Einführung eines dauerhaften Umverteilungsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Europäische Kommission hatte Anfang April vorgeschlagen, dass langfristig die EU-Asylagentur EASO über Asylanträge entscheiden solle. Außerdem hatte die Kommission einen EU-weiten Verteilungsschlüssel für Asylsuchende ins Spiel gebracht. Bisher ist offiziell das EU-Land für das Asylverfahren zuständig, in dem der Schutzsuchende zum ersten Mal den Boden der EU betreten hat.

Umverteilung ist kaum umsetzbar

Doch die unterschiedliche Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention und anderer Rechtsakte stellt die geplante Umverteilung der Flüchtlinge infrage. Wie soll ein Flüchtling überzeugt werden, in ein Land zu gehen, von dem er weiß, dass seine Anerkennungschancen dort wesentlich schlechter sind als in anderen europäischen Ländern? Bei Staaten wie Ungarn und Bulgarien von Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen zu reden, sei absurd, findet Mesovic.

So unterscheiden sich die Asylquoten in Europa

Prozentualer Anteil der positiven Asylbescheide für Menschen aus den aufgeführten Herkunftsländern im Jahr 2015. Dazu die Gesamtzahl der Asylgewährungen der europäischen Staaten für diese Länder.

Quelle: Eurostat

© ZEIT ONLINE

Ausgerechnet das langjährige EU-Mitglied Großbritannien ist der Staat, an dem sich die gescheiterte EU-Asylpolitik besonders deutlich zeigen lässt: Bei Flüchtlingen aus Eritrea hatten die Briten im vergangenen Jahr mit 47 Prozent die niedrigste Anerkennungsquote unter allen EU-Staaten. Zum Vergleich: Im EU-Schnitt werden 90 Prozent der Eritreer als schutzbedürftig anerkannt. In Deutschland liegt die Rate bei 97 Prozent. Eritrea gilt wegen seiner brutalen Militärdiktatur als das Nordkorea Afrikas. Auch Iraker haben es auf der Insel schwer - in Großbritannien werden sie häufiger abgelehnt als in den anderen großen EU-Staaten. Auch Afghanen werden relativ selten anerkannt.

Denn die Behörden und Gerichte in Großbritannien legen die Standards für die Anerkennung von Flüchtlingen enger aus als andere EU-Staaten. Außerdem dauern die Asylverfahren in Großbritannien sehr lange und haben für die Asylbewerber ungünstige Regelungen. So haben Betroffene in bestimmten Fällen nur zwei Werkzeuge Zeit, um die Ablehnung ihres Asylantrags anzufechten. Auch die britische Flüchtlingshilfeorganisation Asylum Aid beklagt die "Flüchtlingslotterie".

Als Pakistaner wiederum sollte man versuchen, in ein anderes Land als Frankreich zu fliehen. Denn während EU-weit 27 Prozent der Pakistaner anerkannt werden, sind es in Frankreich nur sechs Prozent.

Nicht nur auf dem Papier

Migrationsexpertin Langenfeld sieht das Grundproblem darin, dass der Vollzug des gemeinsamen Europäischen Asylsystems in der Hand der Mitgliedstaaten liegt. "Die Mitgliedstaaten sind teilweise weder in der Lage noch bereit, die zum Teil komplexen Standards für den Flüchtlingsschutz umzusetzen", sagt sie. Nur eine weitere Europäisierung des Flüchtlingsschutzes könne das Problem lösen. "Die EU-Kommission muss weiter darauf dringen, dass die gemeinsamen Standards für die Anerkennung nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch nach gemeinsamen Grundsätzen vollzogen werden", fordert Langenfeld.

Wenn Asyl Glückssache ist Die Anerkennungschancen für Flüchtlinge unterscheiden sich in der EU erheblich.
Für Schutzsuchende ist es eine Schicksalsfrage, wo ihr....

Schon heute gilt EU-weit die Genfer Flüchtlingskonvention. Sie regelt, dass Menschen, die wegen ihrer Religion, Rasse, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt werden, als Flüchtlinge aufgenommen werden. Auch diejenigen Menschen, denen in ihrer Heimat Folter oder eine andere Gefahr für ihr Leben droht, dürfen gemäß der EU-Qualifikationsrichtlinie aus dem Jahr 2011 in Europa bleiben. Dies ist der sogenannte Anspruch auf subsidiären Schutz. Doch die Richtlinie allein hilft den Flüchtlingen nicht weiter. Bereits Reichskanzler Otto von Bismarck wusste: "Bei schlechten Beamten helfen selbst die besten Gesetze nichts."

Load-Date: April 29, 2016

End of Document

EU plant Auffanglager für Flüchtlinge in Libyen; Die EU erwägt laut einem Bericht einen Deal mit Libyen zur Abwehr von Migranten. Auch deutsche Politiker hatten ein solches Abkommen ähnlich dem EU-Türkei-Deal gefordert.

ZEIT-online

Freitag 29. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Abkommen; Ausg. 17

Length: 594 words

Body

Ein **Flüchtling** in einem Lager der Küstenwache im libyschen Tripolis

© Goran Tomasevic/Reuters

Die EU plant laut einem Medienbericht ein Abkommen mit Libyen, um die Einreise von **Migranten** aus Nordafrika zu verhindern. In Zusammenarbeit mit der EU könnte eine neue libysche Regierung "vorübergehende Auffanglager für **Migranten** und **Flüchtlinge**" unterhalten, zitiert *Spiegel Online* ein internes Dokument des Europäischen Auswärtigen Diensts. "Dabei muss man auch über Inhaftierungseinrichtungen nachdenken", heißt es in dem Papier.

In Deutschland hatten bereits Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Innenminister Thomas de Maizière (CDU) gefordert, dass die EU mit nordafrikanischen Staaten über Abschiebeabkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals verhandeln solle. "Wir haben jetzt vor uns die Aufgabe, mit Libyen eine solche Kooperation hinzukriegen", sagte Merkel. Um die EU-Außengrenzen zu schützen, gebe es keinen anderen Weg, als Verabredungen mit Nachbarstaaten zu treffen.

Kooperationen zur Abwehr von Migranten mit nordafrikanischen Staaten sind umstritten. "Libyens Diktator Gaddafi hat damals auch Geld bekommen, um Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Europa zu gelangen", sagte die Grünen-Europaabgeordnete Ska Keller vor einem Jahr im Zusammenhang mit Überlegungen über Asylverfahren außerhalb der EU. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller rechnete mit vielen neuen Flüchtlingen aus Afrika. "Nach unseren Informationen warten allein in Libyen 100.000 bis 200.000 Afrikaner, die aus Staaten südlich der Sahara kommen, auf ihre Überfahrt nach Europa", sagte der CSU-Politiker.

Die Zahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Italien kommen, nimmt derzeit deutlich zu, Libyen ist oft ihr Ausgangspunkt. Laut UNHCR seien in den ersten drei Monaten 2016 18.784 Menschen von Nordafrika nach Italien gekommen. Seit dem Sturz des Machthabers Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 kontrollieren mehrere bewaffnete Gruppen Teile Libyens, darunter auch die radikal-islamische IS-Miliz.

EU plant Auffanglager für Flüchtlinge in Libyen Die EU erwägt laut einem Bericht einen Deal mit Libyen zur Abwehr von Migrant. Auch deutsche Politiker hatten

Eine neu gebildete Einheitsregierung in Tripolis ist Teil eines von den UN im vergangenen Dezember vermittelten Abkommens. Am Donnerstag kündigten sie die Einrichtung eines gemeinsamen Oberkommandos an, das den Kampf gegen die Dschihadistenmiliz "Islamischer Staat" (IS) koordinieren soll. Der Präsidialrat der Einheitsregierung rief in einer Erklärung "alle militärischen Kräfte" auf, einseitige Initiativen zu unterlassen und auf Befehle des Oberkommandos zu warten.

Die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten hatten kürzlich beschlossen, der neuen Einheitsregierung in dem nordafrikanischen Bürgerkriegsland Hilfe beim Wiederaufbau der Küstenwache anzubieten. EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini stellte Finanzhilfen in Höhe von 100 Millionen Euro in Aussicht. In dem Dokument des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist laut *Spiegel Online* davon die Rede, dass die EU-Marinemission Sophia im Mittelmeer eine Rolle "beim Aufbau der libyschen Küstenwache und Marine" spielen könnte.

Die Marineoperation Sophia gegen illegale Einwanderung aus Afrika ist bislang auf das Seegebiet im Mittelmeer außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer begrenzt. EU-Diplomaten zufolge soll die Ausweitung und Verlängerung des Marineeinsatzes Ende Mai oder Anfang Juni entschieden werden. Die Besatzungen der beteiligten Kriegsschiffe haben bereits rund 13.000 in Seenot geratene Migranten gerettet, konnten der EU zufolge gegen Schleuser aber bislang kaum etwas ausrichten.

Load-Date: April 29, 2016

Was wurde aus den Flüchtlingen der Neunziger?; Eine DIW-Studie zeigt, wie Flüchtlinge der Jahre 1990 bis 2010 auf dem Arbeitsmarkt ankamen. Aus den Problemen der Vergangenheit lassen sich Lehren für heute ziehen.

ZEIT-online

Donnerstag 1. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Integration; Ausg. 36

Length: 948 words

Byline: Philip Ziegler

Body

Bosnische Frauen auf der Flucht vor serbischen Streitkräften im Jahr 1992. 438.000 Menschen flüchteten in diesem Jahr nach Deutschland.

©Patrick Baz/AFP/Getty Images

Die **Flüchtlingsbewegung** der vergangenen beiden Jahre ist nicht die erste, die Deutschland erlebt: In den 1990er Jahren flüchteten im Schnitt 177.000 Menschen pro Jahr aus den Trümmern Jugoslawiens - 1992 war es fast eine halbe Million, die in Deutschland den Balkankonflikten entkam. Wie haben sich die **Flüchtlinge**, die zwischen 1990 und 2010 nach Deutschland kamen, in Arbeitsmarkt und Schule integriert? Das haben Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Berliner Humboldt-Universität jüngst in einer Studie untersucht.

Sie kommen zu dem Schluss: Nach anfänglichen Startschwierigkeiten konnten **Flüchtlinge** bei Sprache und Arbeit im Vergleich zu anderen Zuwanderern zwar aufholen, doch Unterschiede gibt es nach wie vor. Daraus lassen sich auch Lehren ziehen für die Integration der neuen **Migranten**.

Für die Studie haben die Forscher Daten aus dem sozioökonomischen Panel von 2013 sowie stichprobenhafte Befragungen von Migranten der vergangenen Jahre bemüht. Als Geflüchtete gelten die Zuwanderer, die berichten, als Asylbewerber oder Flüchtling nach Deutschland gekommen zu sein.

Vorrangprüfung pausieren

Die Untersuchung zeigt: Die Integration in den Arbeitsmarkt fiel Geflüchteten schwerer als anderen Migranten. Auch nach 20 Jahren waren etwa 16 Prozent der Befragten ohne Job - bei anderen Migranten war es weniger als jeder Zehnte. Wer auf der Suche nach Arbeit nach Deutschland kam, fand zudem schneller seinen ersten Job und verdient heute mehr als jemand, der auf der Flucht war.

Die Herausforderung der jüngsten Flüchtlingsbewegung sei darum, die Menschen schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sagt Zerrin Salikutluk vom Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-

Was wurde aus den Flüchtlingen der Neunziger? Eine DIW-Studie zeigt, wie Flüchtlinge der Jahre 1990 bis 2010 auf dem Arbeitsmarkt ankamen. Aus den Problemen der....

Universität. Dazu könnte man zum Beispiel die Vorrangprüfung pausieren, ohne die Flüchtlinge in Deutschland nicht arbeiten dürfen. Eine schnelle Entscheidung über die Bleibeaussicht gibt Arbeitgeber und Flüchtlingen Sicherheit und motiviert.

Für einen schnellen Einstieg in den Beruf sind laut der Studie auch Kontakte wichtig: Flüchtlinge, die von Bekannten auf ihre erste Stelle aufmerksam gemacht wurden, fanden schneller eine Anstellung als diejenigen, die sich auf formelle Wege wie die Bundesagentur für Arbeit verließen. Martin Kroh, stellvertretender Leiter des Sozio-oekonomischen Panels beim DIW, begrüßt daher, dass das Bundesfamilienministerium seit Beginn des Jahres Patenschafts- und Mentorenprogramme für Flüchtlinge fördert.

"Eine Hürde ist zu Beginn, dass ankommende Geflüchtete kaum Deutsch sprechen", sagt DIW-Experte Kroh. "Im Gegensatz zu Arbeitsmigranten können sie sich aber auch kaum auf ihr Zielland vorbereiten." Vier von fünf Geflüchteten gaben an, bei ihrer Einreise kein Deutsch zu sprechen, bei anderen Zuwanderern war es die Hälfte. Der Unterschied zwischen den Gruppen gleicht sich mit der Zeit allerdings nahezu aus. Dazu trägt insbesondere der Deutschgebrauch auf der Arbeit bei.

Auch für die Anerkennung von Berufserfahrung lassen sich Erkenntnisse aus der Studie ziehen. Mehr als die Hälfte der Befragten im Alter über 24 brachte keinen Berufsausbildungsabschluss mit. Gleichzeitig gaben 86 Prozent an, in ihrer Heimat bereits Berufserfahrung gesammelt zu haben - im Schnitt 14 Jahre lang. Darin unterscheiden sie sich nicht von anderen Migranten.

"Dieses Ergebnis ist nicht verwunderlich, da in den Herkunftsländern der Geflüchteten das duale Ausbildungssystem, das wir aus Deutschland kennen, nicht verbreitet ist", sagt Elisabeth Liebau vom DIW. Dort sei es üblich, Kompetenzen direkt im Beruf zu erwerben. Auch in den Herkunftsländern, aus denen Menschen heute flüchten, sei das verbreitet. Liebau empfiehlt daher, Möglichkeiten für eine berufsbegleitende Ausbildung zu fördern. Außerdem sollten auch informell erworbene Qualifikationen schneller erkannt werden, um zu verhindern, dass Flüchtlinge unter ihren Fähigkeiten beschäftigt werden.

"Frühe Bildung birgt ein besonders großes Potenzial"

Holen Flüchtlinge in Deutschland ihren Schulabschluss nach, erreichen sie oft höhere Abschlüsse als andere Migranten. Während 36 Prozent der Geflüchteten die Fachoberschulreife erlangten, schaffte das bei den übrigen Zuwanderern nur jeder vierte. Insbesondere Frauen waren erfolgreich. Gerade junge Menschen sind motiviert, sich weiterzubilden.

Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie beim DIW, hebt außerdem die Integration der Kinder der Geflüchteten im frühen Alter hervor. Nachkommen unter drei Jahren besuchten seltener Kindertagesstätten oder waren Teil einer Eltern-Kind-Gruppe. "Die frühe Bildung birgt ein besonders großes Potenzial, das für eine gelungene Integration noch stärker ausgeschöpft werden sollte." Ältere Kinder der Flüchtlinge verbringen zudem ihre Zeit lieber in Schul-AGs anstatt zum Beispiel in Musikschulen oder Sportverein. Dabei sei für die Integration wichtig, dass sich Kinder und ihre Familien auch außerhalb der Schule, zum Beispiel im Verein, kennenlernen, sagte Spieß.

Für die Studie wurden zwar nur 750 Geflüchtete befragt - Martin Kroh vom DIW nennt die Ergebnisse dennoch statistisch belastbar. Trotz der Erkenntnis, dass es an vielen Stellen noch hakt, blickt er optimistisch in die Zukunft: "Die Vielzahl der Maßnahmen und auch gesellschaftlichen Initiativen lassen auf eine schnellere Integration der jüngst Geflüchteten hoffen."

Load-Date: September 1, 2016

Fachkräfte, erst einmal abgeschoben; Viele Flüchtlinge vom Balkan finden zu Hause keine Jobs, hier wären sie gefragte Fachkräfte. Aber erst nach der Abschiebung bekommen sie Tipps zur richtigen Einreise.

ZEIT-online

Dienstag 1. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Balkan-Flüchtlinge; Ausg. 35

Length: 1256 words

Byline: Marius Elfering; Nadine Oberhuber

Body

Flüchtlinge sitzen in einem Zug von Budapest nach Wien.

© Vladimir Simicek/AFP/Getty Images

Bei Revolutionen und Kriegen hat die Welt schon häufiger Abstimmungen mit Füßen erlebt. Derzeit erleben wir wieder eine: Tausende Menschen kommen vom Balkan nach Ungarn, Österreich und Deutschland in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Rund 40 Prozent der **Flüchtlinge**, die derzeit die Bundesrepublik erreichen, stammen aus den Westbalkanstaaten. Und es werden vermutlich so schnell nicht weniger, denn inzwischen sagen zwei von drei jungen Albanern, über die Hälfte aller jungen Kosovaren und Mazedonier, sie würden "sehr wahrscheinlich" demnächst ihr Land verlassen. Allein 60.000 Kosovaren und Albaner haben im ersten Halbjahr 2015 in Deutschland einen **Asylantrag** gestellt. Auf Jahr gesehen könnten es rund 320.000 **Flüchtlinge** vom Balkan werden. Die Menschen kehren ihrer Heimat den Rücken.

Gründe dafür gibt es genug, wie internationale Organisationen feststellen. Allen voran dürften es die sehr schwache Wirtschaft und die hohe Jugendarbeitslosigkeit sein, die so viele junge Leute aus ihren Ländern treibt. Im Kosovo liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 55 Prozent, in Serbien hat fast jeder Zweite keinen Job. "Im westlichen Balkan sind gute Beziehungen zu den Parteien wichtig. Dort werden viele Posten nur an Günstlinge vergeben", sagt Balkanexpertin Sarah Wohlfeld von der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Oft spielen auch Korruption eine große Rolle.

Hinzu kommt die spezielle Lage der Roma: Sie werden in ihren Heimatländern Serbien und Kosovo stark diskriminiert, wie auch die EU-Kommission inzwischen bescheinigt. Sie bekommen keine Arbeit, keine Wohnungen, leben oft in Slums ohne Strom und Heizung und sind nicht über das Gesundheitssystem abgesichert. Sie leben in existenzieller Not, viele leiden sogar Hunger. Deswegen setzen sich so viele in die Züge nach Norden und fahren einfach los.

Das ist nicht nur für die Aufnahmestaaten ein Problem, die zurzeit den Ansturm bewältigen müssen. "Es ist auch für die Herkunftsländer eine dramatische Entwicklung, wenn sich junge Menschen in dieser Zahl aufmachen, um

Fachkräfte, erst einmal abgeschoben. Viele Flüchtlinge vom Balkan finden zu Hause keine Jobs, hier wären sie gefragte Fachkräfte. Aber erst nach der Abschiebung

in Deutschland oder anderen EU-Ländern Arbeit zu finden", sagt Christine Langenfeld, Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

Die Herkunftsländer werden nachhaltig geschwächt, es kommt zum massiven Abfluss an Fachkräften und Wissen, zum sogenannten Brain drain. Viele, die ihr Land verlassen, sind nämlich hoch qualifiziert. Fast jeder zweite Migrant, der seit 2011 eine neue Bleibe in Deutschland suchte, kam mit einem Hochschulabschluss in der Tasche. Genauere Zahlen, wie viele der Flüchtlinge Akademiker sind, gibt es jedoch nicht.

Der Bundesrepublik könnten die gut ausgebildeten Flüchtlinge eigentlich ganz recht sein, ihr fehlen Fachkräfte in vielen Berufssparten und einigen Regionen. Vor allem Mediziner und Ingenieure werden hierzulande gesucht, aber auch Pflegekräfte und Handwerker. In welchen Berufen Mangelware herrscht, listet die Bundesagentur für Arbeit in einer Positivliste auf, die derzeit über 100 unterschiedliche Berufe umfasst, in denen Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern gute Chancen haben, ein Visum mit Arbeitserlaubnis zu bekommen. Sie sucht genau diese Leute.

Anerkennungsquote im Vergleich sehr niedrig

Deutschland schickt aber die allermeisten Asylbewerber aus dem Balkan zurück. Bis auf wenige Einzelfälle werden deren Asylanträge im Schnellverfahren abgelehnt, weil die deutsche Regierung Serbien, Bosnien, Herzegowina sowie Mazedonien seit 2014 als sichere Herkunftsländer eingestuft hat. Auch Albanien soll demnächst dazu gehören. Laut den Behörden leiden die Menschen dort nicht unter politischer Verfolgung. Was so gesehen auch stimmt. Doch würden die Anträge nicht gruppenweise geprüft, sondern im Einzelfall, kämen womöglich andere Ergebnisse heraus, sagen Kritiker. Die Schweiz befindet jedenfalls in rund 40 Prozent der Fälle: Die Asylanträge der serbischen und kosovarischen Flüchtlinge seien gerechtfertigt. Finnland ebenso. Frankreich, Belgien und Großbritannien geben jedem fünften Antrag statt. Nur Deutschland schiebt zu fast 100 Prozent ab.

Migrationsforscher wie Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik sind der Meinung, Einwanderung müsse auch ohne Verfolgung möglich sein, wenn den Menschen in ihrer Heimat die Lebensgrundlage fehlt. Auch Balkanexpertin Sarah Wohlfeld sagt: "Es wird oft gesagt, die Balkanflüchtlinge sind Wirtschaftsflüchtlinge und wollen nur unser Geld. Aber die meisten wollen sich hier ein Leben aufbauen und viele fliehen aus großer Not." Politiker verschiedener Parteien fordern nun spezielle "Einwanderungskorridore" zu schaffen, damit diejenigen, die aus anderen Ländern fliehen - inklusive des Balkans -, aber gut ausgebildet sind, hierzulande die Lücke schließen können, die der Facharbeitermangel schon gerissen hat.

Doch muss man das wirklich? Eigentlich gibt es diese Möglichkeit schon, sagt Christine Langenfeld vom Sachverständigenrat SVR: "Die OECD hat Deutschland bescheinigt, mit die liberalsten Einwanderungsregelungen zu haben. Im Rahmen der bestehenden Regelungen haben wir bereits seit 2012/2013 die Möglichkeit, nicht akademisch Ausgebildete in bestimmten Mangelberufen und akademisch qualifizierte nach Deutschland einwandern zu lassen, wenn sie das Angebot auf einen Arbeitsplatz haben." Für Hochschulabsolventen gilt die sogenannte Blaue Karte: Sie können für sechs Monate nach Deutschland einreisen, um sich hier einen Arbeitsplatz zu suchen, der ihnen später ein Mindestjahreseinkommen von 48.000 Euro garantiert. Sie müssen sich während der sechs Monate nur selber finanzieren.

Allerdings, so schränkt Langenfeld ein, "funktionieren diese Regelungen noch nicht gut genug". Im vergangenen Jahr kamen über diesen Weg ungefähr 12.000 Einwanderer nach Deutschland. Denn kaum jemand im Ausland kennt diese Möglichkeit. "Man muss die Einwanderungsregelungen viel stärker bekannt machen und sie offensiv vermarkten, statt sie unter der Ladentheke zu verstecken", sagt die SVR-Vorsitzende.

Bisher sieht die gängige Praxis so aus, dass man Asylbewerber aus dem Balkan abschiebt und ihnen mit auf den Weg gibt, dass sie von ihrem Heimatland aus einen Antrag stellen könnten, wenn sie zu einer der 100 gefragten Berufsgruppen gehören.

Streit um den richtigen Weg

Fachkräfte, erst einmal abgeschoben Viele Flüchtlinge vom Balkan finden zu Hause keine Jobs, hier wären sie gefragte Fachkräfte. Aber erst nach der Abschiebung

Eine unsinnige Praxis, finden die zwei großen Industrieverbände, der Bund Deutscher Arbeitgeber (BDA) und die Industrie- und Handelskammern (IHK). Es bräuchte zwar keine Sonderregelung für die Balkanstaaten, aber wenn die Asylbewerber schon einmal hier seien, könne man ihnen doch die Möglichkeit geben, einen Antrag auf die Blaue Karte zu stellen und damit die erklärte Lücke am deutschen Arbeitsmarkt zu stopfen. Das würde unserer heimischen Industrie helfen.

Man kann es allerdings auch anders sehen, meint der Sachverständigenrat für Migration. Der argumentiert, man müsse den Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen fliehen, sagen: "Asyl ist nicht der richtige Weg für Euch, versucht es von vornherein mit den bestehenden Regelungen zur Arbeitsmigration." Sonst schaffe man für Asylbewerber einen schnelleren Zugangsweg zum deutschen Arbeitsmarkt und benachteilige alle, die sich an das normale Zulassungs- und Einwanderungsverfahren halten.

Load-Date: September 1, 2015

End of Document

Warum die Fähren stillstehen; Die schnelle Abschiebung der Flüchtlinge stockt, die Asylanträge stauen sich. Bislang löst der EU-Türkei-Flüchtlingsdeal die Probleme nicht, sondern schafft neue.

ZEIT-online

Dienstag 5. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Lesbos; Ausg. 15

Length: 1091 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Migranten und **Flüchtlinge** hinter dem Zaun des Moria-Camps auf der griechischen Insel Lesbos

© Petros Giannakouris/AP/dpa

Schon an Tag zwei ist es wieder ruhig im Hafen von Mytilini auf Lesbos. Kein Journalisten- und Kamerapulk mehr, und vor allem: keine Fähren mehr, auf die **Flüchtlinge** Richtung Türkei verladen werden. Nicht von Lesbos und auch nicht von Chios. Die sogenannte Rückführung illegaler **Migranten**, das Kernstück des EU-Türkei-Deals, stockt schon kurz nach Beginn.

Die symbolisch wichtigen Bilder der Richtung Türkei ablegenden Fähre sind jetzt um die Welt gegangen. Doch über die 136 Menschen auf diesen Booten, die meisten Pakistani, die anscheinend gar nicht erst **Asyl** beantragt hatten, sagte selbst die Frontex-Sprecherin im Hafen von Lesbos: "Ich hasse es, das zu sagen, aber das waren die einfachen Fälle."

Der schwere Teil beginnt erst jetzt.

Denn mittlerweile haben nach Auskunft des Flüchtlingshilfswerks UNHCR von 3.353 auf Lesbos registrierten Flüchtlingen mindestens 2.860 ihrem Wunsch nach Asyl in Griechenland Ausdruck verliehen. Die allermeisten von ihnen haben bisher nur eine Art Wartenummer erhalten, einen kleinen Zettel mit einer vierstelligen Zahl. Tatsächlich begonnen hat erst ein Bruchteil der Asylverfahren.

Bisher hatten die allerwenigsten Flüchtlinge auf den griechischen Inseln um Asyl gebeten, sie wollten lieber unregistriert weiterziehen in andere europäische Länder. Nun ist das erstens wegen der geschlossenen Grenze zu Mazedonien und der Umwidmung der Lager auf den Inseln zu Gefängnissen nahezu unmöglich geworden. Und zweitens scheinen die allermeisten in diesen Gefängnissen nun verstanden zu haben, dass ein Asylantrag in Griechenland momentan ihre beste Chance ist, die Abschiebung zurück in die Türkei zumindest zu verzögern.

Raus aus Europa, so will es die EU

Warum die Fähren stillstehen Die schnelle Abschiebung der Flüchtlinge stockt, die Asylanträge stauen sich.
Bislang löst der EU-Türkei-Flüchtlingsdeal die Probleme....

Dazu haben auch die Aktivisten auf der Insel beigetragen: Einige waren am Montag, nachdem die ersten Fähren abgelegt hatten, hinaufgelaufen zum Gefängniscamp Moria, hatten die Insassen an die Zäune gerufen und auf sie eingeredet, um Asyl zu bitten.

Nun, nach diesen Tausenden neuen Anträgen, ist Maria Stavrapoulou am Zug. Sie ist die Leiterin der griechischen Asylbehörde. Ihre Mitarbeiter sollen jedes einzelne Asylverfahren auf den griechischen Inseln eigentlich nach maximal zwei Wochen abgeschlossen haben - und zwar möglichst mit einem negativen Bescheid. Damit Menschen zurück auf die Fähren in die Türkei gesetzt werden können. Raus aus Europa. So will es die EU.

Das Problem aber ist: Maria Stavrapoulou hat dafür nur 295 Mitarbeiter im ganzen Land. Bisher dauern die Verfahren nicht wenige Tage, sondern drei Monate. Eigentlich, sagte sie schon am Freitag, bräuchte sie nun 20-mal mehr Mitarbeiter. Da sie die nicht hat, soll Europa aushelfen. 150 Polizisten aus anderen Ländern arbeiten mittlerweile unter Frontex-Koordination auf der Insel. Darunter zum Beispiel deutsche Bundespolizisten, die im Schichtdienst das sogenannte Screening übernehmen, also das erste Gespräch mit den Asylbewerbern. Hinzu kommen Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Davon sind aber erst zwölf überhaupt im Land, wovon wiederum acht erst seit Sonntag in Griechenland im Eilverfahren zusammen mit internationalen Kollegen geschult werden, bevor sie am Mittwoch nach Lesbos kommen. Das alles ist ziemlich weit weg von Stavrapoulous geforderter Verzwanzigfachung.

Das Problem ist aber nicht nur der Mangel an Mitarbeitern. Die gesamteuropäische Kraftanstrengung auf den griechischen Inseln hat auch Koordinationsprobleme. Denn so gern sehen es die griechischen Beamten nicht, dass nun Kollegen aus anderen Ländern dabei mitreden, welche Menschen in Griechenland bleiben dürfen und welche nicht. Das ist schließlich eine hoheitliche Aufgabe, weswegen die deutschen und all die anderen den Griechen nur zuarbeiten dürfen. Diese Zusammenarbeit scheint, das ist aus dem Camp Moria zu hören, noch nicht wirklich gut zu klappen.

Chefin Stavrapoulou wehrt sich außerdem gegen politischen Druck aus anderen Ländern. "Es kann nicht darum gehen, dass ein anderer EU-Staat uns seine niedrigen Standards und Regeln aufdrückt", sagte sie der amerikanischen Nachrichtenseite *Daily Beast*. "Wir sind unter Druck, das zu tun - restriktive Praktiken umzusetzen, die wir in anderen Zeiten schlechte Praktiken nennen würden."

Nun könnte man eigentlich denken, dass die Verfahren einfach und schnell zu entscheiden sind. Schließlich kommen alle Flüchtlinge über die Türkei nach Lesbos. Wenn die Türkei für die Flüchtlinge also sicher ist, können sie auch da bleiben und Asyl beantragen.

Doch so einfach ist es nicht. Denn die EU hat sich entsprechend der eigenen Gesetze darauf festgelegt, dass jeder Fall einzeln geprüft werden muss: Keine "Kollektivabschiebungen", das war das Versprechen von Brüssel. In der Praxis heißt das, dass jeder einzelne Einwände gegen seine Abschiebung in die Türkei vorbringen kann. Zum Beispiel, wenn er dort von der Polizei geschlagen oder bestohlen wurde, wie gleich mehrere Flüchtlinge am Zaun des Lagers erzählen. Oder wenn er oder sie als Kurde sich nicht mehr sicher fühlt in dem Land. Und gegen eine negative Asylentscheidung muss jeder einzelne wiederum Einspruch einlegen können.

Noch immer täglich neue Flüchtlinge

Unklar ist auch, was der Bericht von Amnesty International für die Rückführungspraxis bedeutet, nach dem die Türkei täglich Hunderte Syrer zurück in ihr Bürgerkriegsland abgeschoben hat. Eine Praxis, die internationalem Recht widerspricht und in der Konsequenz die Abschiebung von Syrern in die Türkei unrechtmäßig machte. Es ist kein Zufall, dass auf den beiden Abschiebefähren am Montag nur zwei Syrer saßen und sich die griechischen Behörden beeilten zu versichern, diese beiden hätten von sich aus und aus familiären Gründen um die Rückkehr dorthin gebeten.

Unterdessen kommen noch immer jeden Tag neue Menschen aus der Türkei auf den griechischen Inseln an. 339 zählten die Behörden zuletzt innerhalb von 24 Stunden. Deutlich mehr also als die zurückgeschickten 200. Während am Montag am einen Ende des Hafens von Lesbos Menschen auf Fähren verladen wurden, brachte nur

Warum die Fähren stillstehen Die schnelle Abschiebung der Flüchtlinge stockt, die Asylanträge stauen sich.
Bislang löst der EU-Türkei-Flüchtlingsdeal die Probleme....

ein paar Meter weiter die griechische Küstenwache einmal mehr Flüchtlinge an Land, die sie auf offener See aufgefangen hatte. Die Abschreckung funktioniert bisher nicht.

Das also ist die Situation auf den griechischen Inseln an Tag zwei dieser entscheidenden Phase in der Umsetzung des EU-Türkei-Deals: Die Fähren legen nicht mehr ab, die Asylverfahren stauen sich, und die Gefängnislager auf den Inseln werden immer voller.

Load-Date: April 5, 2016

End of Document

Flüchtlinge konkurrieren kaum mit deutschen Arbeitslosen; BA-Vorstand Scheele geht davon aus, dass der deutsche Arbeitsmarkt jährlich 350.000 Flüchtlinge aufnehmen kann. Flüchtlinge über 40 Jahren hätten schlechte Chancen.

ZEIT-online

Montag 8. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bundesagentur für Arbeit; Ausg. 6

Length: 298 words

Body

Flüchtlinge aus Syrien bei der Arbeit an der Werkbank (Archivbild)

© Joerg Koch/Getty Images

Der deutsche Arbeitsmarkt kann nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine große Zahl von **Flüchtlingen** aufnehmen. "350.000 **Flüchtlinge** jährlich sind für den deutschen Arbeitsmarkt rein quantitativ derzeit kein Problem, denn jährlich entstehen rund 700.000 Arbeitsplätze neu", sagte BA-Vorstand Detlef Scheele der *Welt*. Eine Konkurrenz zu arbeitslosen Deutschen sieht Scheele im Regelfall nicht. "Dafür ist die Gruppe der **Migranten** zu klein."

Im vergangenen Jahr kamen rund 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland. 350.000 entspricht nach Scheeles Angaben der Zahl der anerkannten Asylbewerber, die in diesem Jahr Ausbildung und Arbeit in Deutschland suchen werden.

"Der Weg an den Arbeitsmarkt ist lang", sagte der BA-Vorstand. "Es wird nicht jeder Arbeit finden, aber viele." Vor allem Flüchtlinge über 40 Jahre hätten schlechtere Chancen. Anders sehe es für junge Menschen aus. "Wenn wir Kinder und Jugendliche schnell in die deutschen Regelschulsysteme bringen, werden sie später einen spürbaren Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten können." Er gehe davon aus, dass zehn Prozent der Flüchtlinge nach einem Jahr eine Arbeit finden können, 50 Prozent nach fünf Jahren und 75 Prozent nach zwölf bis 13 Jahren.

Über die Qualifikationen von Flüchtlingen weiß die BA bislang allerdings kaum etwas. "Wir stehen noch ganz am Anfang der Kompetenzerfassung und arbeiten gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge intensiv am Aufbau eines Berufsentwicklungssystems", sagte Scheele. Ziel sei es, die Qualifikationen von Flüchtlingen schnell mit den Anforderungen am deutschen Arbeitsmarkt abzugleichen.

Load-Date: February 8, 2016

Flüchtlinge konkurrieren kaum mit deutschen Arbeitslosen BA-Vorstand Scheele geht davon aus, dass der deutsche Arbeitsmarkt jährlich 350.000 Flüchtlinge aufnehm....

End of Document

Die zweite Flucht der Flüchtlinge; Immer wieder verschwinden Flüchtlinge unregistriert und spurlos aus Notunterkünften - zuletzt 700 Menschen in Niedersachsen. Politiker geben der Verwaltung Mitschuld.

ZEIT-online

Samstag 24. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 43

Length: 757 words

Byline: Nicole Sagener

Body

Eine Asylbewerberin sitzt mit ihrem Kind in der Erstaufnahmestelle der Horst-Korber-Sporthalle des Berliner Olympiaparks.

© Odd Andersen/Getty Images

Es ist nicht das erste Mal, dass **Flüchtlinge** spurlos aus einer Notunterkunft verschwinden. Aber die Zahl, die Niedersachsen meldet, ist besonders hoch: Etwa 700 **Flüchtlinge** sollen in den vergangenen Tagen aus den Notunterkünften der niedersächsischen Kommunen verschwunden sein. Das ergab nun eine Umfrage der *Neuen Osnabrücker Zeitung* (NOZ) unter den 20 Landkreisen und kreisfreien Städten. Diese waren kurzfristig zur Aufnahme von 4.000 Menschen verpflichtet worden.

Warum verschwinden so viele Menschen aus den Einrichtungen? Viele **Flüchtlinge** fliehen aus Angst, registriert zu werden. Denn nach den Noteinrichtungen kommen sie in Erstaufnahmeunterkünften, wo die Registrierung erfolgt. Hilfesuchende mit dem Ziel Skandinavien wollen die Registrierung in Deutschland oftmals vermeiden, da sie sonst in anderen Ländern keinen Anspruch auf **Asyl** haben. Vor allem jene Menschen, die nicht aus Syrien, Eritrea oder dem Irak kommen, fürchten, ihr **Asylantrag** könnte letztlich aufgrund ihrer Herkunft abgelehnt werden. Laut EU-**Flüchtlingskommissar** Dimitris Avramopoulos würden die Schleuser den Menschen empfehlen, "auf keinen Fall irgendwo Fingerabdrücke abzugeben". Verwehren sie einen Fingerabdruck, so verbauen sie sich aber die Registrierung und Verteilung auf andere EU-Staaten.

In Niedersachsen sind neben den 4.000 Flüchtlingen aus Niedersachsen zudem Tausende weiterer Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes noch nicht registriert. Verlassen sie die Einrichtungen, ist ihr Weg faktisch nicht nachzuverfolgen. Gleichzeitig ist eine Registrierung Voraussetzung dafür, einen Asylantrag zu stellen. Eine Handhabe, die Menschen festzuhalten, habe man nicht, heißt es aus den Kommunen.

CDU-Innenpolitikerin Angelika Jahns kritisierte die derzeitige Situation gegenüber der NOZ: "Wir müssen wissen, wer sich in Niedersachsen aufhält." Die Flüchtlinge müssten direkt nach ihrer Ankunft in dem Bundesland behördlich erfasst werden, forderte Jahns. "Den von Rot-Grün viel zitierten Flaschenhals gibt es tatsächlich",

Die zweite Flucht der Flüchtlinge Immer wieder verschwinden Flüchtlinge unregistriert und spurlos aus Notunterkünften - zuletzt 700 Menschen in Niedersachsen

sagte sie. Der finde sich jedoch nicht beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Asylanträge bearbeitet, "sondern vor allem in der landeseigenen Verwaltung".

Bestätigt wird Jahns Kritik durch die landesweit wachsende Zahl vermisster Flüchtlinge. Erst vor gut einer Woche etwa verschwanden im niederbayerischen Landkreis Landshut 22 Menschen kurz nach ihrer Ankunft aus der bislang nur dürrtig mit Matratzen auf dem Boden ausgestatteten Notunterkunft in Velden. Laut dem Sprecher des Landratsamtes, Markus Mühlbauer, komme das immer wieder vor. Vom Sicherheitsdienst zurückgehalten würden die Flüchtlinge nicht.

"Man kann sie nicht einsperren"

Auch in Sulzbach-Rosenberg in der Oberpfalz waren Mitte September rund 100 Flüchtlinge aus Syrien, dem Iran und dem Irak aus einer Notunterkunft verschwunden. Einige der Menschen sind inzwischen wieder aufgetaucht. Laut einem Sprecher der Regierung der Oberpfalz ist es nicht ungewöhnlich, dass aus der Regensburger Erstaufnahmeeinrichtung immer wieder Menschen verschwinden. Sie würden weiterziehen, weil Verwandte, Bekannte, Freunde in anderen Städten und Regionen in Deutschland lebten. Teilweise würden sie auch abgeholt.

Experten zufolge machen es sich diese Menschen unter Umständen nur noch schwerer. Greift sie unterwegs die Polizei auf, haben sie wieder den Status eines illegalen Migranten. Das Registrierungsverfahren beginnt von vorne. Der Bayreuther Landrat Hermann Hübner sprach dem *Nordbayerischen Kurier* gegenüber von einer massiven Krise. Bei der Ankunft und beim Weiterleiten der Menschen gehe es chaotisch zu, das Management funktioniere nicht.

Die neue Notunterkunft im bayerischen Bad Berneck verließen Ende September 139 Flüchtlinge. Beobachter sahen, wie diese Menschen in wartende Autos stiegen oder sich alleine zu Fuß auf den Weg machten. Die Regierung von Oberfranken weiß um das Problem. Viele Flüchtlinge würden versuchen, zu Freunden oder Verwandten weiterzureisen, sagte kürzlich der oberfränkische Regierungssprecher Oliver Hempfling. Sie würden dafür auch das Risiko eingehen, dass sie mehrfach aufgegriffen und wieder zurück in ihre Unterkunft gebracht werden. Dennoch: Einsperren könne man die Menschen schließlich nicht.

Load-Date: October 24, 2015

Flüchtlinge demonstrieren im Camp Moria; Etwa 100 Flüchtlinge blockieren in dem Lager auf der griechischen Insel Lesbos den Haupteingang. Sie protestieren gegen ihre drohende Abschiebung in die Türkei.

ZEIT-online

Dienstag 5. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 15

Length: 315 words

Body

Flüchtlinge protestieren im Camp Moria auf Lesbos

© Petros Giannakouris/AP/dpa

In dem überfüllten **Flüchtlingslager** Moria auf der griechischen Insel Lesbos haben etwa 100 Männer mit einer Sitzblockade am Haupteingang begonnen. Sie halten Schilder hoch und rufen " *freedom* " und " *not back to Turkey* ", berichtet ZEIT-ONLINE-Reporter Lenz Jacobsen. Etwa 20 Einsatzkräfte der Polizei hätten um die **Flüchtlinge** Stellung bezogen, Ausschreitungen habe es nicht gegeben.

Bei den meisten der Demonstranten handelt es sich augenscheinlich um Menschen aus Pakistan und Bangladesch. Bei der ersten Abschiebung von der griechischen Insel in die Türkei waren von den 202 abtransportierten Migranten die meisten Pakistani. Sie hatten teilweise kein Asyl beantragt. Viele berichteten, dass ihnen nie die Möglichkeit gegeben worden sei, ihrem Wunsch nach Asyl Ausdruck zu verleihen.

Das Lager Moria auf Lesbos ist nach dem EU-Türkei-Deal zum Gefängnis geworden. Zäune und Stacheldraht umschließen es. Moria war gedacht für 2.000 Personen, heute beherbergt es laut dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR 2.500 Menschen. Manche sprechen von 3.000 oder gar 3.500. Die meisten Helfer haben Moria verlassen, als es abgesperrt wurde, um nicht zu Gefängniswärtern zu werden.

Now: Protest by approximatly 100 men, mostly Pakistani, at the Moria Hotspot on #Lesbos
pic.twitter.com/BWwkgCtM5z

- Lenz Jacobsen (@jalenz) 5. April 2016

Trotz der Rückführungen in die Türkei am Montag kommen weiter Flüchtlinge nach Griechenland. Innerhalb von 24 Stunden hätten 225 neue Asylsuchende vom türkischen Festland auf griechische Ägäis-Inseln übergesetzt, teilte der griechische Stab für die Flüchtlingskrise am Dienstag mit. Am Vortag waren 339 gekommen. Am Sonntag kamen 514 Menschen an, am Samstag 566 und am Freitag 339. Am Dienstag wurden die Rücktransporte zunächst ausgesetzt, weil Asylanträge geprüft werden mussten.

Flüchtlinge demonstrieren im Camp Moria Etwa 100 Flüchtlinge blockieren in dem Lager auf der griechischen Insel Lesbos den Haupteingang. Sie protestieren gegen

Load-Date: April 5, 2016

End of Document

**Sachsen verzeichnet besonders viele rassistische Übergriffe;
Flüchtlingsorganisationen haben eine große Zahl rassistischer Angriffe in
Deutschland dokumentiert: 77 Flüchtlinge wurden 2014 attackiert und 153
Unterkünfte angegriffen.**

ZEIT-online

Montag 26. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 4

Length: 312 words

Body

Pegida-Anhänger bei einer Demonstration im Januar in Dresden

© Thomas Lohnes/Getty Images

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland einer Dokumentation zufolge 77 **Flüchtlinge** tödlich angegriffen worden. Die Menschenrechtsorganisationen Pro **Asyl** und die Amadeu Antonio Stiftung zählten außerdem 153 Attacken auf **Flüchtlingsunterkünfte**. Die meisten rassistisch motivierten Körperverletzungen hätte es in Sachsen gegeben, teilten die Organisationen mit. Sie sehen in den Zahlen ein erschreckend hohes Maß an **flüchtlingsfeindlicher** Hetze und Gewalt.

Dokumentation: Erschreckend hohes Maß an Gewalt und Hetze gegen Flüchtlinge in 2014. <http://t.co/O03KFLPP2e>
pic.twitter.com/R3hsY8qlfW

- Pro Asyl (@ProAsyl) 26. Januar 2015

Die beiden Organisationen zählten 35 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und 118 Sachbeschädigungen. Zudem dokumentierten sie 256 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen oder Demonstrationen.

"Es ist katastrophal, dass Menschen, die hier Schutz suchen, rassistische Anschläge und Übergriffe befürchten müssen", sagt Günter Burkhardt, der Geschäftsführer von Pro Asyl. Dies gelte insbesondere für Sachsen, wo es der Dokumentation zufolge 2014 mit Abstand zu den meisten rassistisch motivierten Körperverletzungen gegen Flüchtlinge kam. Doch die Gewalt gegen Flüchtlinge beschränkt sich nicht nur auf Ostdeutschland. Die meisten Anschläge auf Unterkünfte gab es der Erhebung zufolge in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Sachsen und Bayern.

Rassismus nimmt seit Pegida zu

In Sachsen hat die antiislamische Protestbewegung Pegida ("Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes") ihren Ursprung. Flüchtlinge und Migranten berichteten der Mitteilung zufolge, dass rassistische

Sachsen verzeichnet besonders viele rassistische Übergriffe Flüchtlingsorganisationen haben eine große Zahl rassistischer Angriffe in Deutschland dokumentiert:

Pöbeleien im Zuge der islamkritischen Pegida-Demonstrationen in Dresden deutlich zugenommen hätten. Burkhardt warnte davor, diese Bewegung salonfähig zu machen.

Load-Date: January 26, 2015

End of Document

So haben Europas Innenminister geantwortet; Wir haben 28 EU-Innenminister gefragt, wie Europa mit den Flüchtlingen im Mittelmeer umgehen soll. Neun haben zurückgeschrieben. Hier dokumentieren wir die Antworten.

ZEIT-online

Donnerstag 23. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 17

Length: 4032 words

Body

Dänemark

Frage 1: How should the Justice and Home Affairs Council and the EU react to prevent future accidents? What is the position of Denmark concerning this question?Frage 2: Many experts have said that it is possible to establish a joint European civil-military mission to save incoming refugees from dying on the Mediterranean Sea. Why is such a mission still not in place?Frage 3: What will Denmark do to contribute in a concrete way to help prevent the deaths of future immigrants in the Mediterranean Sea?

"It is indeed a tragic situation we are facing. On a global level we are facing the biggest refugee crisis since WWII. There is an urgent need for us to address this crisis. In the short-term we need to increase our humanitarian efforts and assist front countries in addressing these challenges. This includes a dedicated effort to stop the smugglers and their trafficking networks.

In the middle- and long-term we must step up our development assistance and stabilization efforts by addressing the underlying reasons of this crisis - namely conflict, instability and poverty. We need to do much more in terms of poverty reduction, conflict prevention and capacity building, including working closely together with countries in the region - for example through training efforts and closer cooperation with police authorities.

The EU and Denmark are already heavily engaged, but of course these tragic events force us to consider if we can do even more. It is important that the EU is taking responsibility and that we are now actively reinforcing our efforts to address the dire situation in the Mediterranean."

Deutschland

1. Wie sollten der Ministerrat und die EU als Ganzes auf die Unglücke reagieren, um das weitere Ertrinken von Flüchtlingen zu verhindern? Wie lautet die deutsche Position in dieser Frage?2. Viele Experten halten eine militärisch-zivile, von Europa gemeinsam betriebene Rettungsmission für technisch und organisatorisch möglich.

So haben Europas Innenminister geantwortet Wir haben 28 EU-Innenminister gefragt, wie Europa mit den Flüchtlingen im Mittelmeer umgehen soll. Neun haben zurückg....

Warum ist eine solche Mission noch nicht beschlossen worden?3. Was kann Deutschland tun und im Konkreten beisteuern, um dabei zu helfen, dass nicht weiter Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken?

"Wir begrüßen den 10-Punkte-Plan insgesamt und dass die gemeinsamen Anstrengungen zur Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen verstärkt werden sollen. Die Kommission hat vorgeschlagen, die finanziellen und sachlichen Mittel für Seenotrettungsmaßnahmen im Rahmen der im Mittelmeer laufenden Frontex-Operationen Triton (zentrales Mittelmeer) und Poseidon (östliches Mittelmeer) zu verdoppeln. Eine Verstärkung von Seenotrettungsmaßnahmen allein ist aber nicht ausreichend. Denn sie könnte ungewollt auch dazu beitragen, die verbrecherischen Geschäfte der Schleuser und Schlepper zu befördern. Verstärkte Seenotrettungsmaßnahmen machen daher nur Sinn als Teil eines Gesamtpaketes, das die Fluchtgründe an der Wurzel angeht.

Deutschland unterstützt die Frontex-koordinierte Maßnahme Triton mit Personal und durch den Einsatz eines Rettungshubschraubers. In dem von der Kommission vorgestellten 10-Punkte-Papier sind Handlungsoptionen u.a. zur Aufstockung des Triton-Einsatzes enthalten. Sobald die konkrete Umsetzung erfolgt, wird sich Deutschland im Rahmen seiner Möglichkeiten beteiligen. Das von der Kommission vorgestellte 10-Punkte-Papier zeigt auch Handlungsoptionen im Hinblick auf eine verstärkte Bekämpfung der Schleuser auf. Die konkrete Ausgestaltung ist Gegenstand der gegenwärtigen Debatte. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass hierzu noch keine detaillierten Informationen vorliegen.

Zudem weise ich auf unsere Presseerklärung vom Sonntag hin: 'Klar ist, kein Land kann die Flüchtlingsproblematik alleine lösen. Wir brauchen nicht nur eine gemeinsame europäische Strategie, sondern auch eine bessere Verzahnung der Außen-, Innen- und Entwicklungspolitik in und zwischen den Mitgliedstaaten ebenso wie mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Hieran arbeiten wir mit Hochdruck. Denn wir dürfen uns nicht mit der Situation in der Region abfinden.'

Finnland

1. How should the Justice and Home Affairs Council and the EU react to prevent future accidents? What is the position of Finland concerning this question?2. Many experts have said that it is possible to establish a joint European civil-military mission to save incoming refugees from dying on the Mediterranean Sea. Why is such a mission still not in place?

"Finland together with other EU countries is obviously strongly concerned of the worsening of the migration situation in the Mediterranean and we believe that urgent and concrete action must be taken to address the issue.

The issue of irregular migration in the Mediterranean has been under discussion for already a long time, and the EU institutions have actually already - in fact many times - jointly agreed on the strategic priorities and concrete actions to be taken. Most recently this was done during the Italian EU presidency in autumn 2014, when current short- and medium-term priorities were agreed in the form of council conclusions. Finland's view is that we should now resolutely implement these priority measures. Also on a more general level, priority should during the forthcoming years be given to implementation of EU legislation in the fields of asylum and legal migration, instead of devising new instruments. Naturally, the EU has to remain vigilant and review and re-tune its strategies and operative actions in light of new qualitative developments.

In the Finnish view, we should particularly focus our action, including solidarity measures, on strengthening the asylum systems in the Member States as well as the capabilities of the EU agencies. It is particularly essential to ensure that all migrants are registered and their fingerprints taken in accordance with the Eurodac Regulation. This can be achieved through cooperation between host countries, Frontex and EASO.

The most important priority in the short-term is to step up efforts to combat human smuggling in a concrete manner. There is a need for more efficient information exchange and cooperation between Member States and EU agencies. Fluent information exchange from the Member States to Europol in particular should be ensured. Finland for example has itself already strengthened its activities in this regard. The agencies should also further strengthen

So haben Europas Innenminister geantwortet Wir haben 28 EU-Innenminister gefragt, wie Europa mit den Flüchtlingen im Mittelmeer umgehen soll. Neun haben zurückg....

their mutual cooperation. The EU should strengthen its efforts aiming at preventing the departure of vessels towards Europe, such as taking away the used vessels in order to prevent them from being used again.

At the same time, the EU must continue to develop and, where necessary, strengthen the joint operations coordinated by Frontex while ensuring their effectiveness, flexibility and the added value. It is however important to note that Frontex mandate does not cover rescue at sea. Finland also believes that reaching an agreement on the Smart Borders package (entry-exit system and registered travelers' program) and updating the Integrated Border Management (IBM)-concept are important objectives in the near future, in order to enable increasing mobility and tackle the issue of increasing migratory flows.

Cooperation with third countries on migration issues is obviously crucial and the EU should implement the priorities agreed on as a result of the work of the Task Force Mediterranean and the consequent council conclusions given in last October. It is important to build up immigration and asylum systems in the third countries, including capacities related to return. Third countries should also be more strongly encouraged and supported by the EU to engage in regional cooperation. When it comes to external action, better coordination of EU's own policies is also a priority objective. Coherence of EU's migration and external policies should in particular be increased: migration should be mainstreamed in the EU external policies, and development dimension should be better incorporated in migration policies. All possibilities to act in coordinated manner should be explored."

3. What will Finland do to contribute in a concrete way to help prevent the deaths of future immigrants in the Mediterranean Sea?

"Finland is actively involved in the efforts to jointly manage the situation through its active participation in the cooperation coordinated by EU agencies and resettlement of refugees from third countries, which Finland has done already since 1979.

Our annual refugee quota has been 750 for a long time now. As a result of the crisis in Syria we increased the 2014 quota by 300 people and it has been increased by 300 for this year, too.

Finland takes active part in Frontex joint operations, such as Poseidon Sea and Triton, by providing human resources and equipment. For example, in order to contribute in a concrete way to addressing the current situation, Finland is sending a fixed-wing aircraft to Lampedusa. Finland has also in the past participated in EASO support operations in Greece and Italy and will continue to cooperate with EASO and contribute to its support operations within the limits of our resources.

Lettland 1. How should the Justice and Home Affairs Council and the EU react to prevent future accidents? What is the position of Latvia concerning this question?2. Many experts have said that it is possible to establish a joint European civil-military mission to save incoming refugees from dying on the Mediterranean Sea. Why is such a mission still not in place?3. What will Latvia do to contribute in a concrete way to help prevent the deaths of future immigrants in the Mediterranean Sea?

"From Home Affairs perspective I would like to point out that all ministers have actively participated in today's discussions. Also, the presence of ministers today clearly demonstrates the importance we all attach to the issue.

It should be stressed that we as a EU are already carrying out a number of important actions since establishing the Task force Mediterranean that has not lost its relevance.

Most importantly we should enhance and strengthen our work done so far on the measures we have identified with regard to cooperation with external partners, implementation of existing asylum rules.

As today's discussions highlighted there are three main aspects we should concentrate our efforts on at the EU level.

So haben Europas Innenminister geantwortet Wir haben 28 EU-Innenminister gefragt, wie Europa mit den Flüchtlingen im Mittelmeer umgehen soll. Neun haben zurückg....

- Firstly, we should further strengthen Frontex capacity and operations, most notably operation Triton in Mediterranean region, considering it is our main operational tool in the region. In this regard I join the plea to other Member States to participate actively in the operation.

In the same lines I would like to support the need for efficient return policy since this is a corner stone of credible migration management system.

- Secondly, we cannot loose our sight concerning smuggling of human beings that have reached unprecedented heights. This organized networks of smugglers should be fought against by closer and strengthen cooperation between the national law enforcement and EU agencies. In addition to that we have to look at new and creative ways that would complement our efforts.

- Thirdly, it has been emphasized that for durable, long-lasting solutions to the current situation in the Mediterranean region the cooperation with relevant third countries is a key.

At the same time I would like to note that all those measures are part of our joint efforts to mitigate the burden of those Member States that are under the greatest migratory pressure.

Lastly, we appreciated 10 specific proposals from the Commission. We will look into further implementation of them.

I wish to urge the Commission to present the European Agenda on Migration as soon as possible. As it has been repeated today - we have to look into and develop a new and comprehensive approach to tackle all challenges ahead.

To conclude from my side I wish to emphasize that we as the Presidency are committed and ready to work in order to facilitate the implementation of both the identified measures and the European Agenda on Migration."

Österreich

1. Wie sollten der Ministerrat und die EU als Ganzes auf die Unglücke reagieren, um das weitere Ertrinken von Flüchtlingen zu verhindern? Wie lautet die Position Österreichs in dieser Frage?

"Österreich ist der Ansicht, dass Europa schwerpunktmäßig in drei Bereichen ansetzen muss: 1. der Eröffnung legaler Wege für Schutzbedürftige nach Europa, 2. der umfassenden Bekämpfung der kriminellen Schlepperbanden und 3. einer nachhaltigen Verbesserung der Situation in Herkunft- und Transitbereichen von illegaler Migration. Dafür braucht es nach österreichischer Ansicht die Erarbeitung einer gesamtheitlichen Migrationsagenda, sowie einen Umsetzungsplan, an dem sich alle relevanten Akteure beteiligen müssen (Verantwortliche für innere, äußere Sicherheit, Wirtschaft etc.)."

2. Viele Experten halten eine militärisch-zivile, von Europa gemeinsam betriebene Rettungsmission für technisch und organisatorisch möglich. Warum ist eine solche Mission noch nicht beschlossen worden?

"Die Außenminister erwägen eine derartige Mission entlang der Migrationsroute. Die diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten sind am Laufen."

3. Was kann Österreich tun und im Konkreten beisteuern, um dabei zu helfen, dass nicht weiter Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken?

"Österreich hat sich an der von Frontex koordinierten Operation Triton durch Entsendung von Beamten nach Sizilien beteiligt.

Zusätzlich hat Österreich das Projekt Save Lives initiiert. Ziel dabei ist, Menschen, die vor Verfolgung flüchten und Schutz brauchen, eine Möglichkeit zu geben, lebend nach Europa zu kommen. Die EU-Kommission hat den österreichischen Vorschlag bereits übernommen und erarbeitet jetzt ein Pilotprojekt. Konkret geht es um zwei Punkte:

So haben Europas Innenminister geantwortet Wir haben 28 EU-Innenminister gefragt, wie Europa mit den Flüchtlingen im Mittelmeer umgehen soll. Neun haben zurückg....

1) Um die Schaffung eines Flüchtlingsverteilungsschlüssels auf ausnahmslos alle EU-Staaten. Dafür muss ein fixer Schlüssel unter Beachtung der vorhandenen ungleichen Verteilung erarbeitet werden. Nur so kann die massive Schieflage in Europa beendet werden.

2) Um die Schaffung von sicheren Anlaufstellen in Nordafrika - gemeinsam mit dem UNHCR, wo eine Erstprüfung stattfindet. Wer tatsächlich eine Chance auf Asyl hat, wird dann für das konkrete Verfahren nach Europa gebracht.

Damit werden gleich drei wichtige Ziele erreicht: Tatsächlich verfolgten Menschen wird die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer erspart, den skrupellosen Schleppern wird der Nährboden entzogen und es wird eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU erreicht."

Polen

1. How should the Justice and Home Affairs Council and the EU react to prevent future accidents? What is the position of Poland concerning this question?2. Many experts have said that it is possible to establish a joint European civil-military mission to save incoming refugees from dying on the Mediterranean Sea. Why is such a mission still not in place?3. What will Poland do to contribute in a concrete way to help prevent the deaths of future immigrants in the Mediterranean Sea?

"W związku z niedawnym zatonięciem statku u wybrzeży Libii, którym płyneli migranci, w dniu 20 kwietnia br. w Luksemburgu odbędzie się nadzwyczajne wspólne posiedzenie Ministrów Spraw Zagranicznych oraz Ministrów Spraw Wewnętrznych państw członkowskich UE. Resort spraw wewnętrznych reprezentowany będzie przez Ministra Piotra Stachanczyka.

Ministrowie skupia się na identyfikacji działań, które należy podjąć w celu eliminacji podobnych tragedii w przyszłości. Nacisk zostanie położony na opracowywaną przez KE Europejską Agendę nt. Migracji, której jednym z celów będzie zwalczanie zjawiska przemytu migrantów."

Slowenien 1. How should the Justice and Home Affairs Council and the EU react to prevent future accidents? What is the position of Slovenia concerning this question?2. Many experts have said that it is possible to establish a joint European civil-military mission to save incoming refugees from dying on the Mediterranean Sea. Why is such a mission still not in place?3. What will Slovenia do to contribute in a concrete way to help prevent the deaths of future immigrants in the Mediterranean Sea?

"The Ministry of the Interior of the Republic of Slovenia is concerned about the situation in the Mediterranean and dismayed about the recent events and number of victims.

Slovenia calls for urgent unified approach to solve this situation since at least 2011. The current situation is extremely tragic and the discourse very emotional. We must not, however, adopt measures that we cannot implement. We are limited by regulations and capacities of the member states.

A lot has been done in the EU in the field of home affairs in recent years. Probably the best example is the work of the Task Force for Mediterranean. The report contains an extensive list of measures available to the EU and we think that it should remain the basis for further measures. It is crucial, that we are consistent and faster with the implementation of measures.

But this measures are not enough. Solutions have to sought further afield as well, for instance within the United Nations, in closer cooperation with the African Union. The key lies in improving the situation in the countries of origin and transit, which is something that the EU, with its limited array of tools, cannot tackle alone. At the same time, it is necessary to step up the EU's external policy activities and efforts concerning the in-depth continuation of the Khartoum and other processes in the region.

An important element of the Mediterranean crisis is the activity of organised crime groups facilitating refugee journeys across the Mediterranean Sea to the EU. We expect Europol to play a greater role.

So haben Europas Innenminister geantwortet Wir haben 28 EU-Innenminister gefragt, wie Europa mit den Flüchtlingen im Mittelmeer umgehen soll. Neun haben zurückg....

With the migrant crisis in the focus of events, we should not forget the role of the transit states and EU-neighbouring regions accommodating huge numbers of refugees and illegal migrants that could potentially become places of origin of further migratory pressures. The capacity of these states and regions should be enhanced so they can provide adequate levels of protection for refugees arriving from crisis areas.

We expect some answers from European Agenda on Migration as well which is being prepared by the Commission."

Tschechien 1. How should the Justice and Home Affairs Council and the EU react to prevent future accidents? What is the position of the Czech Republic concerning this question?

"First of all, the European Union and its Member States must increase and strengthen their efforts in their fight against organizers of illegal migration. Without a firm and resolute European answer to smuggling and trafficking in human beings disasters like the one which happened off the Italian shores last Saturday are likely to happen again and more often.

Secondly, the EU must take further diplomatic steps towards third countries, especially the ones in the European neighbourhood. Cooperation with main countries of origin, as well as transit countries, must aim at reducing motivations to migrate - also by the strengthening of their capacities to deal with migration. The external action of the EU must also take fully into account the issues of migration and security, specifically in the context of the EU's development and trade policies.

At the same time it is absolutely crucial that all EU Member States implement common EU policies in the field of migration, including all legal standards set by the Common European Asylum System. All Member States must ensure that they have the capacity to stand to their obligations of providing international protection to those who really need it and effectively returning illegal migrants whose motives are solely economical."

2. Many experts have said that it is possible to establish a joint European civil-military mission to save incoming refugees from dying on the Mediterranean Sea. Why is such a mission still not in place?

"Currently, there has been no concrete proposal on this kind of mission discussed with the Czech Ministry of Interior."

3. What will the Czech Republic do to contribute in a concrete way to help prevent the deaths of future immigrants in the Mediterranean Sea?

"The Czech Republic has been taking part in joint EU operations of the relevant EU Agencies (Frontex, EASO) and is prepared to further support such operations.

The Czech Republic has also adopted various bilateral activities aiming at assisting countries outside the EU which are hosting excessive refugee populations, in order to support refugees and resettled persons as close to their homes as possible. In this regard the Czech Republic developed a new programme introducing support initiatives focusing mainly on protection, stabilisation and development of refugee populations in their first country of asylum. The annual funding of the Programme is 100 million CZK (approx. 3,5 mil. EUR).

The Czech Republic will also expand its national programme aiming at providing medical care and medical assistance to refugees (Medevac). In the framework of this programme, each month, teams of Czech doctors and medical specialists travel to Jordan in order to provide medical care to refugees and local communities alike.

Both actions should positively motivate refugees to stay closer to their home countries, reducing their motivations to undergo perilous journeys across the Mediterranean Sea.

Additionally, the Czech Republic will resettle 15 Syrian families from Jordan this year. The resettlement programme will focus on children who are in need of immediate medical care which is not available for them in Jordan. All the resettled persons will be granted asylum in the Czech Republic."

So haben Europas Innenminister geantwortet Wir haben 28 EU-Innenminister gefragt, wie Europa mit den Flüchtlingen im Mittelmeer umgehen soll. Neun haben zurückg....

Ungarn We believe that this is basically a political issue. Common EU action is needed and as a Member State, we will join this action.

1. How should the Justice and Home Affairs Council and the EU react to prevent future accidents? What is the position of the Hungary concerning this question?

"Everyone is shocked by this tragedy and we all are urged to find a solution as soon as possible.

It is not a coincidence that the Foreign Affairs Council and the Home Affairs Council have been convened for a joint meeting. Law enforcement measures only, without foreign policy actions, cannot give a solution for this phenomenon, since its causes are multiple as many of the migrants come from crisis regions.

We can agree to the Italian position that dangerous journeys on the sea should be prevented. Of course this is not an easy task, and what is more, the situation in the region, especially in Libya should be stabilized. There has been a new way of thinking in Europe in the past months on how pre-screening centres could be established in the region where asylum seekers could be treated in a safe way in order to prevent that they leave for a perilous journey on the sea. The European Commission has even planned a pilot programme in this field."

2. Many experts have said that it is possible to establish a joint European civil-military mission to save incoming refugees from dying on the Mediterranean Sea. Why is such a mission still not in place?

"Most likely the solution is not as easy that a mission could be the quick-fix for the problem. Usually a mission has to be active in a country or in a region for several years in order to bring results. We support strong actions against the organised crime beyond the migration flows."

3. What will the Hungary do to contribute in a concrete way to help prevent the deaths of future immigrants in the Mediterranean Sea?

"Hungary takes part in the EU decision making, it is participating in the work of the EU agencies, e.g. in the Frontex, and it is seconding military personnel and police experts to a number of missions.

Hungary is also strongly affected by the migration flows, although migrants arrive to Hungary mainly via the land routes, through the Hungarian-Serbian external border. In 2014, 42.700 asylum applications were lodged in Hungary, and the number of applications has already exceeded 37.000 this year. If this tendency continues, it can reach an unprecedented height by the end of the year. The answer needs to be geographically balanced, also reflecting the significance of the migratory pressure stemming from the Western Balkans or arriving into the EU via this region."

Load-Date: April 23, 2015

Sechs Gründe für die steigenden Flüchtlingszahlen; Bis zu 800.000 Menschen sollen in diesem Jahr in Deutschland Asyl beantragen. Die Bundesregierung korrigiert eine frühere Prognose deutlich nach oben. Woran liegt das?

ZEIT-online

Mittwoch 19. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsprognose; Ausg. 33

Length: 1402 words

Byline: Paul Middelhoff

Body

Eine aus Syrien **geflüchtete** Frau sitzt nach ihrer Ankunft in Europa in einem Bus.

© Yannis Behrakis/Reuters

Manchmal verändern Zahlen die Wahrnehmung einer Krise. So war es auch an diesem Mittwoch, als Bundesinnenminister Thomas de Maizière vor die Presse trat und eine neue Schätzung darüber abgab, wie viele Menschen in diesem Jahr in Deutschland **Asyl** beantragen werden. Rund 450.000 **Asylbewerber** - so lautete die Prognose bisher. Nun geht der Innenminister davon aus, dass in diesem Jahr fast doppelt so viele **Flüchtlinge** nach Deutschland kommen werden: 800.000, vielleicht sogar eine Million. Wie viele es genau werden, weiß niemand zu sagen, doch klar ist schon jetzt: Die Planung vieler Kommunen wird kaum zu halten sein. Sie werden weit mehr Unterkünfte, Lebensmittel und Schulplätze zur Verfügung stellen müssen als bisher gedacht.

Allerdings ist fraglich, ob die Prognose nicht zu hoch gegriffen ist. Zwar steigt die Zahl der **Asylsuchenden** laut der offiziellen Statistik stark an. Doch in den ersten sieben Monaten des Jahres zählte das zuständige Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) weniger als 200.000 Erstanträge auf **Asyl** (siehe Grafik). Im Juli registrierte das Amt 37.531 Erstanträge. Die Zahlen müssen also in den verbleibenden Monaten des Jahres drastisch steigen, damit die Prognose des Innenministers zutrifft.

Doch warum steigen die **Flüchtlingszahlen** im Moment überhaupt so schnell? Im Wesentlichen gibt es dafür sechs Gründe:

1. Das Geschäft mit den Flüchtlingen wächst

Seit Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien im Jahr 2011 und dem Erstarken der Terrormiliz "Islamischer Staat" im Irak hat sich im Nahen Osten und Teilen Nordafrikas eine Flüchtlingsindustrie entwickelt. In Libyen, dem Libanon und der Türkei bieten Schlepperbanden den Vertriebenen eine vermeintlich sichere Überfahrt nach Europa an - per

Sechs Gründe für die steigenden Flüchtlingszahlen Bis zu 800.000 Menschen sollen in diesem Jahr in Deutschland Asyl beantragen. Die Bundesregierung korrigiert e....

Lastkahn von Libyen über das Mittelmeer auf die Insel Lampedusa, im Schlauchboot an der Ägäis-Küste entlang nach Griechenland oder auf der Ladefläche von LKWs über die türkische Grenze nach Ungarn oder Bulgarien.

Der Profit für die Schlepper ist hoch: Für die Überfahrt von Libyen aus bezahlen Flüchtlinge bis zu 6.000 Euro pro Person. Am Handy werden die Details für die Überfahrt besprochen, gezahlt wird im Voraus, dann beginnt die strapaziöse Reise nach Italien oder Spanien. Doch nicht jeder kann sich die teure Fahrt über das Mittelmeer leisten.

In der Türkei bieten Schlepper deshalb eine kostengünstigere Alternative an. Für rund 1.100 Euro werden Flüchtlinge dort mit Schlauchbooten an der Ägäisküste entlang auf die nahen griechischen Inseln Kos, Chios und Samos gebracht. Allein im Juli sind auf diese Weise laut EU-Kommission 50.000 Menschen nach Griechenland gelangt. Von dort aus reisen die Flüchtlinge weiter nach Mitteleuropa - auch nach Deutschland. "Die Schlepper sind ein ökonomisches Phänomen: Sie besitzen ein Monopol auf einem Markt mit extrem hohen Renditen", sagt der Migrationsforscher Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. "Die vermehrte Seeüberwachung und das hohe Risiko bei Passagen über das Mittelmeer führen wohl zu einer Verlagerung der Ströme von Asylsuchenden."

Daten als Google Spreadsheet

2. In vielen Krisenstaaten gibt es keine Aussicht auf Besserung

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien sind 220.000 Menschen in den Gefechten zwischen den Truppen von Präsident Baschar al-Assad und verschiedenen Rebellen-Gruppen gestorben. Die Regierungsarmee wirft Fassbomben über Wohngebieten ab und nutzt Zivilisten als Schutzschild. Auch die islamistische Terrormiliz "Islamischer Staat" destabilisiert die Region: Seit Anhänger des IS im vergangenen Jahr im Irak und Teilen Syriens das Kalifat ausriefen, führen sie einen brutalen Glaubenskrieg gegen Schiiten und säkulare Sunniten in der Region. "Eine Aussicht auf Besserung der Konflikte in Syrien und Irak ist derzeit nicht in Sicht. Auch deshalb entschließen sich Menschen, ihre Heimat Richtung Europa zu verlassen", sagt der Sprecher des Flüchtlingswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR), Stefan Telöken.

Während immer mehr Menschen im Nahen und Mittleren Osten vor Bürgerkriegen fliehen, verlassen die Einwohner der Balkanstaaten aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise zu Tausenden ihr Land. Im Kosovo, dem ärmsten Land Europas mit 1,7 Millionen Einwohnern, lebt ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit liegt laut UN bei 35 Prozent. Ähnlich sieht die Situation in Albanien, Serbien und Mazedonien aus - besonders junge Leute verlassen ihre Heimat, um in anderen europäischen Staaten Arbeit und damit ein geregeltes Einkommen zu finden.

3. Die Nachbarstaaten schauen weg

Eigentlich gilt in der EU das Dublin-Abkommen. Demnach ist jedes Land für die Flüchtlinge verantwortlich, die dort zum ersten Mal europäischen Boden betreten. Faktisch könnte so kaum ein Flüchtling nach Deutschland gelangen: Die Bundesrepublik liegt weder am Mittelmeer noch an der Grenze zu den Balkanstaaten und kann deshalb nicht zum Erstaufnahmeland für Flüchtlinge werden. Und trotzdem kommen jeden Tag Tausende Asylsuchende in Deutschland an. "Die Anrainer der sogenannten Balkan-Route haben kein Interesse an der Umsetzung des Dublin-Abkommens, da sie sonst die Kosten für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge übernehmen müssten", sagt Brücker. "Das Abkommen schafft perverse finanzielle Anreize, die Flüchtlinge ziehen zu lassen, anstatt sich zu kümmern." Auch Staaten wie Italien und Österreich führen offenbar zunehmend seltener Kontrollen an Bahnhöfen und Grenzübergängen durch. Die Flüchtlinge können so ungehindert nach Deutschland weiterreisen.

4. Viele Syrer in der Türkei fürchten die Abschiebung

Zwei Millionen meist syrische Flüchtlinge halten sich laut UNHCR derzeit in der Türkei auf. 300.000 von ihnen leben demnach in insgesamt 27 Lagern nahe der Grenze zu Syrien. 1,7 Millionen weitere Flüchtlinge haben in der Türkei Privatwohnungen angemietet oder sind bei Verwandten und Freunden untergekommen. Offenbar sorgt derzeit ein Gerücht unter den syrischen Vertriebenen für Aufruhr: Wie die Zeitung *Hürriyet* berichtet, fürchten junge

Sechs Gründe für die steigenden Flüchtlingszahlen Bis zu 800.000 Menschen sollen in diesem Jahr in Deutschland Asyl beantragen. Die Bundesregierung korrigiert e....

syrische Männer, von der türkischen Regierung in ihr Heimatland abgeschoben zu werden. In Syrien droht ihnen die Zwangsrekrutierung in die Armee des Präsidenten Assad. Um diesem Schicksal zu entfliehen, verlassen laut *Hürriyet* derzeit besonders viele syrische Flüchtlinge das Land in Richtung Europa - oft auf dem Seeweg nach Griechenland.

5. Serbien kämpft mit den Folgen der Flut

Die Finanzkrise hat in Serbien tiefe Spuren hinterlassen. Seit dem Jahr 2008 erlebt das Land bereits das sechste Jahr Rezession in Folge. Allein im Jahr 2014 sank das Bruttoinlandsprodukt um 1,8 Prozent. Im Mai vergangenen Jahres zerstörte eine schwere Flut die Häuser von 32.000 Menschen - die Regierung des Landes beziffert den Schaden auf 1,7 Milliarden Euro. Landwirtschaft und Industrie leiden noch heute unter den Auswirkungen der Katastrophe. Während die Bevölkerung des Landes ohnehin unter Korruption und organisiertem Verbrechen leidet, rutschten durch die Flut laut einer Schätzung der UN weitere 125.000 Menschen unter die Armutsgrenze. Wohl auch deshalb kommen in diesem Jahr noch mehr serbische Migranten nach Deutschland als in den Vorjahren.

6. Deutschland - ein Versprechen auf Wohlstand

Die Bundesrepublik hat die große Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2008 gut verwunden - die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt. Politische und ökonomische Stabilität versprechen Schutz vor Verfolgung und materiellen Wohlstand. "Außerdem verfügt Deutschland über starkes Wachstum in Wirtschaftssegmenten mit geringer Berufsqualifikation, darunter Gastronomie und Landwirtschaft", sagt IAB-Professor Brücker. Flüchtlinge mit geringer Berufsausbildung würden sich deshalb gute Chancen auf einen Job in Deutschland ausrechnen.

Brücker verweist außerdem auf die Erfahrung mit der Migration von Gastarbeitern: "Wohlhabende Staaten, die besonders nah am eigenen Heimatland liegen, sind besonders beliebt." Auch deshalb kämen ungleich mehr Flüchtlinge vom Balkan in die Bundesrepublik als ins wohlhabende Nachbarland Frankreich: Deutschland liegt schlicht näher. Wohl auch aufgrund dieser Anreize ist Deutschland neben Schweden in Europa das Land mit den meisten Asylsuchenden. Kommen wie derzeit immer mehr Menschen nach Mitteleuropa, landen viele von ihnen deshalb zwangsläufig in Deutschland.

Load-Date: August 19, 2015

Die Regierung hat die Asylprobleme ignoriert; Wir erleben ein großes Engagement der Bürger für Flüchtlinge, schreibt die Grünen-Fraktionsvorsitzende. Im scharfen Kontrast dazu stehe die Untätigkeit von Schwarz-Rot.

ZEIT-online

Dienstag 25. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Katrin Göring-Eckardt; Ausg. 34

Length: 839 words

Byline: Katrin Göring-Eckardt

Body

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt bei einer Rede im Bundestag

© Soeren Stache/dpa

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer hat in seinem Debattenbeitrag auf ZEIT ONLINE einen Schuldigen für die schlechte Situation der **Flüchtlinge** ausgemacht: die **Flüchtlinge** selbst. Weil so viele ohne wirklichen **Asylgrund** kämen, seien die Kommunen mit ihrer Aufnahme überfordert, schrieb er. Dabei ist es die Bundesregierung, die die wachsenden Probleme seit Jahren ignoriert.

Seit dem unsäglichen **Asylkompromiss** von 1993 sind die Strukturen der **Flüchtlingspolitik** in Deutschland unverändert. Aber sie werden den Anforderungen nicht mehr gerecht. Wir erleben keine Völkerwanderung, wie der CSU-Generalsekretär warnt, sondern ein Scheitern des Sankt-Florians-Prinzips der deutschen **Asylpolitik**. Durch die Drittstaatenregelung sollten die **Flüchtlinge** von Deutschland ferngehalten werden. Aber die **Asylsysteme** in den EU-Staaten mit Außengrenze wie Bulgarien, Ungarn, Griechenland oder Italien sind dem Andrang nicht gewachsen, sie funktionieren nicht mehr. Die **Flüchtlinge** suchen deshalb Schutz, wo sie ihn noch finden können: in Deutschland.

Wenn die Bundesregierung jetzt von 800.000 Schutzsuchenden in diesem Jahr ausgeht, kommt es wesentlich darauf an, in welchem gesellschaftlichen Klima wir dieser neuen Herausforderung gerecht werden. Zum Glück erleben wir derzeit eine nie dagewesene Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Menschen spenden, geben unentgeltlich Deutschunterricht, unterstützen Waisen, öffnen ihre Türen und engagieren sich als Paten, indem sie für die Verbindlichkeit von Flüchtlingen finanziell bürgen.

Dieses gewaltige zivilgesellschaftliche Engagement steht in scharfem Kontrast zur Untätigkeit der Regierungskoalition. Der Versuch, mit einer Verlängerung der Liste der scheinbar sicheren Herkunftsstaaten die Zahl der Flüchtlinge aus Serbien, Bosnien und Mazedonien zu beschränken, zeigt bislang keine nachweisbare Wirkung. In den sechs Monaten vor der Verschärfung kamen 15.900 Menschen aus diesen Staaten. In den sechs

Die Regierung hat die Asylprobleme ignoriert. Wir erleben ein großes Engagement der Bürger für Flüchtlinge, schreibt die Grünen-Fraktionsvorsitzende. Im scharfen....

Monaten danach waren es 16.300. Maßnahmen, die Erfolg hätten zeigen können, wurden dagegen spät und zögerlich angepackt. Zu einer konsequenten Aufstockung von Sachbearbeitern im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um die Verfahren zu beschleunigen, konnte sich das Bundesinnenministerium erst auf massiven Druck aus den Ländern entschließen.

Der Migrationswille der Menschen aus den Westbalkanstaaten könnte genutzt werden, um ihn in eine reguläre Einwanderung und Integration in den deutschen Arbeitsmarkt zu kanalisieren. Die Wirtschaft verlangt nach mehr Fachkräften, und zur Sicherung unseres Wohlstands sind wir auf - je nach Berechnung - zwischen 300.000 bis 500.000 Einwanderer pro Jahr angewiesen. Doch Deutschland ist ein Einwanderungsland ohne Einwanderungsgesetz und Einwanderungspolitik.

Kommunen und Helfer brauchen Entlastung

Über solch grundsätzliche Fragen zur Lösung der Arbeitsmarkt- und Versorgungssituation sprechen weder die CSU noch ihre Schwesterpartei CDU. Genauso wenig wie über die Bekämpfung von Fluchtursachen und über eine Reform des europäischen Asylsystems. Die jetzt von einigen Politikern geforderte Kürzung des "Taschengeld" für die Asylbewerber oder die Absenkung von Standards wird niemanden davon abhalten, aus Angst um sein Leben oder großer Not nach Deutschland zu fliehen.

Was die Kommunen und die vielen ehrenamtlichen Helfer jetzt vor Ort brauchen sind Geld und Entlastung. Der Bund muss sich endlich strukturell an den Kosten der Unterbringung in der Erstaufnahme beteiligen und die Kosten für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge übernehmen. Bislang zahlt er nur einen Anteil von fünf bis zehn Prozent. Hätte die Bundesregierung schon früher mehr Geld für Unterbringung und Integration ausgegeben, hätten Vorkommnisse wie in Suhl vermieden werden können, wo vergangene Woche Flüchtlinge aufeinander losgingen.

Flüchtlingsgipfel vorziehen

Die Abschiebezahlen, die Herr Scheuer beklagt, sind in der Tat gering, denn die meisten abgelehnten Asylbewerber gehen freiwillig. Abschiebung ist nur das letzte Mittel. Abgeschoben werden kann auch nur, wessen Antrag endgültig beschieden wurde. 240.000 Flüchtlinge wissen derzeit nicht, ob sie in Deutschland anerkannt werden oder nicht. Bis zu einer Entscheidung müssen sie untergebracht und versorgt werden.

Nachdem die große Koalition also bislang wenig bis nichts getan hat, hat die Kanzlerin das Thema nun endlich zur Chefsache erklärt. Dann müssen den Ankündigungen jetzt aber auch Taten folgen. Der Flüchtlingsgipfel kann nicht erst Ende September sondern muss schnellstmöglich stattfinden. Es braucht endlich eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten, damit die Kommunen besser planen können. Und wir brauchen sofort eine teilweise Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts auch für nicht hochqualifizierte Kräfte über Arbeitsvisa und mittelfristig ein Einwanderungsgesetz. Was wir nicht brauchen, sind Schuldzuweisungen an Menschen in Not.

Das Video erklärt, wie das Asylverfahren in Deutschland ist.

Load-Date: August 25, 2015

Migration nach Punkten; Deutschland braucht qualifizierte Arbeitskräfte. Ein Einwanderungsgesetz soll helfen. Die SPD bringt mit einem Entwurf die Union unter Zugzwang.

ZEIT-online

Montag 7. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Einwanderungsgesetz; Ausg. 46

Length: 1291 words

Byline: Tilman Steffen

Body

ARCHIV- Auf der ersten Ausbildungsmesse für Flüchtlinge am 14.07.2016 in der Industrie- und Handelskammer in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) hilft Ulrike Nennhaus (M) vom Jobcenter Schwerin beim Ausfüllen von Formularen. Die Sprache zu lernen steht bei jungen Flüchtlingen, die in Deutschland eine Ausbildung machen wollen, an oberster Stelle. Die Wahl fällt dann aber eher auf sogenannte praktische Berufe. Foto: Bernd Wüstneck/dpa +++(c) dpa - Bildfunk+++ | Verwendung weltweit

© Bernd Wüstneck/dpa

Seit Jahren gibt es mehr Ausbildungsplätze als Bewerber. Das Handwerk sucht geeignete und motivierte Jugendliche. Und schleichend verlagert sich Arbeit aus Deutschland in andere Länder, weil sie hier keinen machen kann oder will. So schildert die SPD im Bundestag die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die deutsche Wirtschaft lehne Aufträge ab, "weil wir sie hier nicht ausführen können", sagt der SPD-Innenpolitiker Burkhard Lischka.

Demografieforscher prognostizieren: Deutschland wird bis 2060 auf 60 Millionen Bürger schrumpfen. Das bedeutet, aus dem Inland lässt sich der Bedarf an Auszubildenden und Fachkräften nicht decken. Auch Einwanderer aus der EU konnten die Lücken bisher nicht schließen. Auch nicht mit Sonderaktionen, als etwa 15.500 befristete Arbeitsvisa für Menschen aus dem Kosovo vergeben wurden. Den Sozialdemokraten schwebt deshalb vor, die offenen Stellen mit Arbeitsmigranten aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu besetzen.

Deshalb präsentierten sie an diesem Montag den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes. Fraktionschef Thomas Oppermann, Lischka und weitere Fachpolitiker beschreiben, wie sie Fachkräfte gewinnen und deren Einwanderung nach Deutschland so regeln wollen, dass nur jene kommen, die qualifiziert sind und gebraucht werden. Denn beurteilt werden sollen diese Migranten nach ihrer Nützlichkeit für Deutschland. Das sei der entscheidende Unterschied zum Asyl, das Schutz gewähren soll, betont Oppermann.

Blue Card - nur ein Drittel der Plätze wurden vergeben

Migration nach Punkten Deutschland braucht qualifizierte Arbeitskräfte. Ein Einwanderungsgesetz soll helfen.
Die SPD bringt mit einem Entwurf die Union unter Zu....

Der Staat versucht auch bereits, nicht-europäische Arbeitskräfte zu gewinnen, aber noch ohne grundlegende Wirkung: etwa mit der Blue Card. Die gewährt Hochschulabsolventen aus Nicht-EU-Staaten einen Aufenthaltstitel, wenn sie einen mit mindestens 48.000 Euro im Jahr dotierten Job haben, in Mangelberufen reichen 37.752 Euro. Doch von 14.000 Plätzen wurde zuletzt nur ein Drittel vergeben - viele Arbeitswillige zogen woanders hin. "Deutschland steht im Wettbewerb um Fachkräfte", sagt Oppermann. Die geringe Attraktivität Deutschlands habe auch mit den zersplitterten Regelungen zu tun. Es gebe allein 50 verschiedene Aufenthaltstitel.

In dem Gesetzentwurf hält die SPD an ihrem Vorbild fest, dem Einwanderungspunktesystem aus Kanada. Die Punkte werden vergeben für Qualifikation, Sprachkenntnisse, Alter. Am meisten Punkte gibt es, wenn der Bewerber bereits ein Arbeitsangebot hat. Wer als Hochschulabsolvent auf 65 von 100 Punkten und als Facharbeiter auf 60 von 100 Punkten kommt, schafft es auf die Bewerberliste. Die Angaben werden dann noch einmal in einer deutschen Auslandsvertretung überprüft. Dann können die Menschen einreisen. Das Problem: In der Flüchtlingskrise zeigte sich, dass viele deutsche Vertretungen überlastet waren. Ob die Botschaften zusätzliches Personal bekommen könnten, sei eine Frage der Ausgestaltung des Gesetzes, sagt Oppermann.

Jährlich soll eine Obergrenze für Arbeitsmigranten festgelegt werden. Wie viele insgesamt kommen dürfen, soll der Bundestag "in einer offenen Diskussion" beschließen, sagt Oppermann. Die Arbeitserlaubnisse sollen frühestens nach drei Jahren entfristet werden können.

Ohne Arbeitsangebot erreicht kaum einer die Punktzahl

Ein Arbeitsangebot ist nicht zwingend erforderlich, um einzuwandern. Zumindest in der Theorie kann ein begabter Bewerber auch so auf 60 beziehungsweise 65 Punkte kommen. Diese Migranten ohne Jobzusage sollen nach der Einreise ein Jahr Zeit bekommen, einen Arbeitsplatz zu suchen, heißt es in dem Gesetzentwurf. Die Befürchtung, sie könnten in dieser Zeit lieber einen niedrig qualifizierten Job annehmen als wieder gehen zu müssen oder wegen anhaltender Erfolglosigkeit gar in die Illegalität abtauchen, zerstreut Lischka. Es sei fast unmöglich, ohne Arbeitsangebot die für eine Einreise notwendigen Punkte zu erhalten, sagt er. "Das müssten dann schon zukünftige Nobelpreisträger sein."

Asylbewerber bleiben von dem neuen Gesetz ausgeklammert. Die Möglichkeit, einen bereits gestellten Asylantrag in ein Einwanderungsverfahren umzuwandeln, wird ausdrücklich nicht eröffnet. Dabei mahnen Wirtschaftsbosse, qualifizierten Asylbewerbern den Arbeitsmarkt zu öffnen. Die SPD bleibt hier hart: Asyl und Arbeitsmigration seien strikt zu trennen, sagt Oppermann, man wolle "keine falschen Anreize setzen". Abgelehnte Bewerber müssten Deutschland verlassen und könnten sich nach einer Wartefrist als Migranten neu bewerben. Ein Fehler, finden die Grünen im Bundestag: Der Migrationspolitiker Volker Beck hält es für wichtig, dass hier lebende Asylsuchende, die schon einen Job haben, auch über das Einwanderungsgesetz anerkannt werden sollten.

Die Härte des SPD-Gesetzentwurfs zeigt also, dass der eher auf die Konservativen in der Union hingeschrieben ist. Denn Ziel der SPD ist, das Gesetz noch vor der Bundestagswahl zu verabschieden - also gemeinsam mit der Union. Doch CDU und insbesondere die CSU warteten beim Thema Einwanderungsgesetz bisher ab und wollen Migration eher bremsen. Vorstöße junger Christdemokraten wie von Generalsekretär Peter Tauber oder von CDU-Vorstandsmitglied Jens Spahn für ein Einwanderungsgesetz verpufften bisher. Erst auf dem jüngsten Parteitag beschlossen die Christdemokraten immerhin, dass die vorhandenen Regeln gebündelt und vereinfacht werden müssten. Im Grundsatz herrscht seither Konsens mit der SPD.

© Jakob Börner Tilman Steffen

Auch inhaltlich versucht die SPD, der Union eine Zustimmung zu ihrem Entwurf leicht zu machen: So sollen zunächst in Deutschland lebende Arbeitskräfte mobilisiert werden, insbesondere Frauen, von denen derzeit nur 73 Prozent arbeiten. Aber auch die fast zwei Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss oder die älteren Erwerbslosen, heißt es in dem SPD-Papier.

Migration nach Punkten Deutschland braucht qualifizierte Arbeitskräfte. Ein Einwanderungsgesetz soll helfen.
Die SPD bringt mit einem Entwurf die Union unter Zu....

Die SPD wirbt für ein "offenes, tolerantes Deutschland, das sich nicht abschottet", sondern Einwanderung "in kontrollierter Form erlaubt". Ihren Entwurf verkaufen die Sozialdemokraten auch als Chance, "den Menschen zu erklären, wie Einwanderung besser funktionieren kann" - und damit als Mittel gegen die Rechtspopulisten von der AfD.

Die ersten Reaktionen aus der CDU fielen auch vorsichtig positiv aus. Es sei erfreulich, dass die SPD zwischen Asyl und Flucht einerseits und Migration andererseits trenne, sagte Generalsekretär Tauber. Bevor man sich jedoch der Arbeitsmigration widmen könne, müssten erst die Probleme mit den Flüchtlingen bewältigt sein, etwa die Rückführung und Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Im Hinblick auf das von der SPD favorisierte Punktesystem meldete Tauber Klärungsbedarf an.

Offenen Widerstand gibt es derzeit also nicht. Aber auch kein Bekenntnis, das Thema noch vor der Wahl im September anzugehen. Zögert die Union weiter, eröffnete das der SPD durchaus die Option, das Thema Arbeitsmigration im Bundestagswahlkampf auszuschlachten - und auf ein Bündnis mit Grünen und Linken hinzuarbeiten. Trotz der Kritik befürworten die Grünen jedenfalls ein Punktesystem. Möglicherweise will sich aber auch die CDU das Thema für die neue Wahlperiode aufheben.

Load-Date: November 7, 2016

UN kritisieren Situation der Flüchtlinge in Griechenland; Der UN-Gesandte Crépeau hat Griechenland aufgefordert, die Lage in den Flüchtlingslagern zu verbessern. Beim Türkei-Abkommen habe die EU die Menschenrechte ignoriert.

ZEIT-online

Montag 16. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: EU-Türkei-Abkommen; Ausg. 21

Length: 579 words

Body

Eine junge Syrerin wartet auf die Busfahrt zum Registrierungszentrum des Lagers von Moria auf der Insel Lesbos, wo Tausende **Flüchtlinge** festsitzen.

© Reuters/Alkis Konstantinidis

Mangelnde Informationen über ihr Schicksal und Überfüllung der Lager führten bei den Insassen zu Frustration, Gewalt und Angst, sagte der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte der **Flüchtlinge**, François Crepeau, am Montag in Athen. Besondere Kritik übte Crepeau daran, dass in Griechenland auch Minderjährige in geschlossenen Lagern festgehalten werden. "Kinder sollten nicht festgehalten werden, Punkt", betonte er. Crepeau hatte zuvor Haftstätten und **Flüchtlingscamps** in Griechenland besucht.

UN wirft EU "Mangel an Vision" im Umgang mit den Flüchtlingen vor

Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei zur Rücksendung von Migranten sei rechtlich fragwürdig, sagte Crépeau weiter. Er rief griechische und europäische Gerichte dazu auf, sich mit der Untersuchung zu befassen. Crépeau warf der EU einen "Mangel an Vision" bei ihrer Reaktion auf die Flüchtlingskrise vor. "Es gibt keine langfristige Migrationspolitik, die auf Menschenrechten basiert", sagte er. Die EU müsse "auf die Krise mit vorbereiteten Werkzeugen reagieren und nicht versuchen, sie jedes Mal zu erfinden, wenn eine Krise passiert". Die EU gab zunächst keinen Kommentar ab.

Seit dem am 20. März in Kraft getretenen EU-Türkei-Abkommen werden alle irregulär in die EU eingereisten Flüchtlinge wieder in die Türkei zurückgeschickt. Die EU hat zugesagt, für jeden zurückgeschickten Syrer im Gegenzug einen anderen syrischen Flüchtling direkt aus der Türkei aufzunehmen. Außerdem soll Ankara insgesamt sechs Milliarden Euro unter anderem für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erhalten. Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International und Human Rights Watch haben das Abkommen wiederholt kritisiert. Sie argumentieren, dass die Türkei nicht als sicheres Land für eine Rückkehr von Flüchtlingen betrachtet werden sollte.

Abkommen ließ 54.000 Flüchtlinge in Griechenland stranden

UN kritisieren Situation der Flüchtlinge in Griechenland Der UN-Gesandte Crépeau hat Griechenland aufgefordert, die Lage in den Flüchtlingslagern zu verbessern.....

In den vergangenen Wochen war es in mehreren griechischen Flüchtlingscamps zu Gewaltausbrüchen gekommen. Besonders angespannt ist die Lage im Lager von Moria auf der Insel Lesbos. Am Montag setzten Flüchtlinge dort Mülltonnen in Brand, die Polizei setzte Blendgranaten ein. Derzeit sitzen rund 54.000 Flüchtlinge in Griechenland fest - darunter rund 45.000 Menschen, die vor Inkrafttreten des umstrittenen Abkommens ankamen und nach der Schließung der Balkanroute strandeten. Am Montag versprach die griechische Regierung in Athen, diese 45.000 Menschen vorläufig zu registrieren und ihnen Asylanträge zu ermöglichen.

Angelina Jolie greift Trumps Abschottungspolitik an

UN-Sonderbotschafterin und Schauspielerin Angelina Jolie sagte bei einer Migrationsveranstaltung in London, die Antwort der USA auf die globale Krise habe sie "sehr entmutigt". Sie fürchte, dass Länder eine zunehmend isolationistische Politik annähmen, statt zusammenzuwirken, um die Herausforderung zu bewältigen. Sorgen über eine unkontrollierte Einwanderung hätten "denjenigen eine falsche Atmosphäre der Legitimität" gegeben, "die eine Politik der Angst und Trennung fördern". Sie verwies am Montag auf den republikanischen Präsidentschaftsbewerber Donald Trump, der ein temporäres Einreiseverbot für Muslime in die USA vorgeschlagen hat.

Load-Date: May 17, 2016

Sichere Herkunft lenkt vom Problem ab; Marokko, Tunesien, Algerien könnten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Es gibt aber Zweifel, ob sie sicher sind und ob das die Flüchtlingszahlen eindämmt.

ZEIT-online

Dienstag 19. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge aus Nordafrika; Ausg. 3

Length: 1269 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Tunesischer **Flüchtling** in Bautzen

© Sean Gallup/Getty Images

Mit sorgenvoller Miene wird zur Zeit über **Flüchtlinge** aus Marokko und Algerien sowie Tunesien gesprochen. Schließlich sind unter den Tatverdächtigen von Köln junge Männer aus diesen Staaten. Außerdem klagt die Polizei in Nordrhein-Westfalen über kriminelle Straßengangs aus Nordafrika.

Zudem verzeichnet das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) seit dem Sommer einen deutlichen Anstieg von **Asylbewerbern** aus der Region. Bei den Erstregistrierungen gehörte Marokko im Dezember sogar zu den Top fünf unter den Herkunftsländern - nach den Bürgerkriegsregionen Syrien und Irak.

Die große Koalition überlegt nun, Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, die Union hat eine entsprechende Forderung bereits beschlossen. Der Asylantrag eines Flüchtlings aus diesen Ländern würde dann künftig als "offensichtlich unbegründet" gelten - im besten Fall könnten die Betroffenen also sehr schnell in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Marokkaner und Algerier sollen künftig in bestimmten Lagern an der bayerischen Grenze untergebracht werden, in deren Nähe sie sich stets aufhalten müssten, so eine weitere Überlegung.

Erfolgsgeschichte Balkanstaaten?

Doch reduziert ein solches Vorgehen tatsächlich die Flüchtlingszahlen? Bei den Balkanflüchtlingsen sei dies geschehen, lässt die Bundesregierung wissen. Vor genau zwölf Monaten nämlich registrierten Union und SPD ebenfalls mit Sorge einen Anstieg der Flüchtlingszahlen aus dem Kosovo, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien und Bosnien-Herzegowina: Dreimal so viele Menschen wie noch 2014 beantragten Asyl in Deutschland, insgesamt waren es 120.882 Personen. Doch während im März 2015 noch 11.729 Kosovaren einen Asylantrag stellten, waren es im Dezember nur noch 451. Der Grund: Im Herbst war das Land zum sicheren Herkunftsstaat erklärt worden.

Sichere Herkunft lenkt vom Problem ab Marokko, Tunesien, Algerien könnten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Es gibt aber Zweifel, ob sie sicher sind

Diese schöne Erfolgsmeldung trifft aber nicht auf alle Balkanstaaten zu: Serbien gilt schon ein Jahr länger als sicheres Herkunftsland, doch die Zahl der Asylsuchenden aus diesem Staat sank im vergangenen Jahr nur um 0,7 Prozent. Serbien stand in der Jahresstatistik für 2015 weiterhin auf Platz sechs der Hauptherkunftsländer.

Gestritten wird außerdem darüber, ob eine pauschale Einstufung als sicher die Asylverfahren wirklich deutlich verkürzt. Im Schnitt spare das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dadurch zehn Minuten pro Fall, sagt ein frisch pensionierter Asylentscheider ZEIT ONLINE. Er hat jahrelang über das Schicksal von Menschen aus sicheren Herkunftsländern befunden: Wenn diese Verfahren dennoch insgesamt schneller abgewickelt würden, liege das eher daran, dass sie prioritär behandelt - also anderen Asylverfahren vorgezogen - würden, sagt er.

Für Asylverfahren von Marokkanern, Algeriern und Tunesiern gilt das allerdings schon jetzt. Das Bundesinnenministerium erteilte dem Bamf am Montag eine entsprechende Anweisung. Die Einstufung der betreffenden Staaten als sichere Herkunftsländer wäre dazu also nicht notwendig. Bisher dauert das Asylverfahren eines Marokkaners im Schnitt zehn Monate.

Straßenkinder und moderne Nomaden

Die jungen Männer, die der nordrhein-westfälischen Polizei derzeit Sorgen und jede Menge Ärger bereiten, sind ohnehin nur zum Teil als Asylbewerber in Deutschland registriert. Viele der Kriminellen, über die auch die Polizei NRW berichtet, leben dagegen seit Jahren illegal in Europa. Von "Berufskriminellen" und "Straßenkindern" ist die Rede, die sich hier bereits seit Jahren durchschlagen, moderne Nomaden, die von Land zu Land ziehen, auf der Suche nach einer Perspektive in Europa.

Über Südeuropa, Frankreich und Belgien seien viele nun in Nordrhein-Westfalen angekommen, berichtet der Ethnologe Martin Zillinger, der an der Universität Köln zur marokkanischen Migration in Europa forscht. Er sagt: "Viele dieser jungen Menschen stellen gar keinen Asylantrag, weil sie wissen, dass sie kaum eine Chance haben. Es kann aber sein, dass manche sich in letzter Zeit durch die Berichte über eine liberale Flüchtlingspolitik ermutigt fühlen, dies in Deutschland als eine Strategie neben vielen anderen auszuprobieren."

Sollte diese Strategie dann künftig wegen der Einstufung Marokkos und Algeriens zum sicheren Herkunftsland nicht mehr funktionieren, würden die jungen Männer, die laut Zillinger häufig Schulden hätten, abtauchen und sich andere Wege suchen, um das dringend benötigte Geld zu verdienen. In Deutschland wären sie dann immer noch.

Zillinger sorgt sich aber auch darum, dass die Einstufung Marokkos und Algeriens zu sicheren Herkunftsländern am Ende die Falschen treffen könnte: diejenigen, die dort wirklich politisch verfolgt sind. "Viele der Initiatoren der Facebook-Bewegung für mehr Demokratie zur Zeit der arabischen Revolution sitzen im Gefängnis", berichtet Zillinger. "Sie wurden zum Teil aus fadenscheinigen Gründen verurteilt."

Für einen marokkanischen Oppositionellen würde es künftig zwar nicht unmöglich, in Deutschland Asyl zu bekommen, aber er müsste gegen die pauschale Vermutung ankämpfen, dass sein Heimatland sicher sei. Auch in den beiden anderen Ländern gibt es politische Verfolgung: Die Non-Profit-Organisation Amnesty International weist in ihrem Länderbericht zu Algerien beispielsweise auf geheime Haftanstalten für Dissidenten hin. Außerdem werden auch in Tunesien und Algerien Homosexuelle verfolgt.

Mangelnder Wille zur Rücknahme

Und selbst wenn ein Marokkaner oder Algerier rechtskräftig ausgewiesen wird, so bedeutet das noch nicht, dass sein Heimatland ihn auch wieder zurücknimmt. Zwar bestehen seit 1998 beziehungsweise 2004 Rückführungsabkommen mit Marokko und Algerien, doch beide Länder zeigten sich nicht immer kooperationsbereit, betont die SPD-Führung. Die große Koalition will nun noch einmal mit den afrikanischen Staaten verhandeln. Wie die ZEIT aus dem Bundesinnenministerium erfuhr, sind derzeit an die 8.000 Nordafrikaner ausreisepflichtig, darunter etwa 2.300 Marokkaner und 1.250 Tunesier.

Sichere Herkunft lenkt vom Problem ab Marokko, Tunesien, Algerien könnten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Es gibt aber Zweifel, ob sie sicher sind

"Die fehlende Kooperation könnte daran liegen, dass Marokko, Algerien und Tunesien schon seit Jahren versuchen, mit der EU über Visumslockerungen zu verhandeln sowie über großzügigere legale Möglichkeiten für junge Menschen Arbeit in Europa zu finden", sagt Isabelle Werenfels, Nordafrika-Expertin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, die auch die Bundesregierung berät. "Jetzt haben sie einen Hebel an der Hand."

Viele Nordafrikaner, die es nach Europa geschafft haben, verdienen zudem auch in der Illegalität genügend Geld, um ihre Verwandten zu Hause zu unterstützen. "Das entlastet den Staat und könnte ein weiterer Grund sein", sagt Werenfels.

Entwicklungshilfe kürzen?

Der algerische Premierminister Abdelmalek Sellal hatte hingegen vergangene Woche beim Besuch in Berlin betont, oftmals seien die Abgeschobenen wegen fehlender Papiere gerade nicht einem bestimmten Land zuzuordnen. Für einen solchen Fall sehen auch die bereits bestehenden Rücknahmeabkommen aufwendige Identifikationsfeststellungsverfahren vor.

Mit seiner Forderung kooperationsunwilligen Staaten künftig die Entwicklungshilfe zu kürzen, steht SPD-Vizekanzler Sigmar Gabriel jedoch relativ alleine da. Das CDU-Bundesinnenministerium verweist darauf, dass es eine "Verknüpfung dieser beiden Themenbereiche bisher nicht gegeben hat." Und ein Sprecher des CSU-geführten Entwicklungsministeriums warnte am Montag davor, in diesen Regionen nicht "zusätzlich noch zur Destabilisierung" beizutragen.

Sowieso erhielt Algerien im vergangenen Jahr nur sechs Millionen Euro an deutscher Entwicklungshilfe, Marokko bekam 490 Millionen Euro, zum Teil als Kredit.

Load-Date: January 19, 2016

Mehr Geduld, bitte!; Antragsstau, lange Wartezeiten: Innenminister de Maizière wird wegen der Zustände beim Bundesamt für Migration hart angegangen. Die Vorwürfe sind nur zum Teil berechtigt.

ZEIT-online

Dienstag 8. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 49

Length: 725 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU)

© Bernd von Jutrczenka/dpa

Der Bundesinnenminister ist an Kritik gewöhnt. Derzeit trifft es ihn mal wieder besonders heftig. Das ihm unterstellte Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), das über die **Asylanträge** entscheidet, komme einfach nicht aus dem Knick, lautet der Vorwurf, der am Wochenende besonders lautstark vor allem von Sozialdemokraten wie dem NRW-Innenminister Ralf Jäger oder der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer erhoben wurde. Auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) und SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi warfen dem Innenminister Versagen vor.

Das Gute an dieser Debatte: Anders als die Streitereien um die Einschränkung des Familiennachzugs oder die Frage, ob **Flüchtlinge** zehn oder 36 Euro im Monat für Sprachkurse bezahlen sollen, zielt die jetzige Diskussion ins Zentrum der **Flüchtlingskrise**. Denn das Bamf ist tatsächlich eine der wesentlichen Stellschrauben zu deren Lösung. Nur wenn hier genug Mitarbeiter sitzen, können **Asylanträge** zügig bearbeitet und abgelehnte **Asylbewerber** auch wieder abgeschoben werden. Und nur dann können diejenigen, die bleiben dürfen, tatsächlich schnell integriert und von staatlichen Leistungen unabhängig werden.

Wahr ist auch: Beim Bamf gibt es gewaltige Probleme. Bis zum Jahresende könnte die Zahl der unerledigten Asylanträge auf eine Million steigen, befürchten die Länder-Innenminister. Bis Ende November kamen bereits 964.574 Flüchtlinge nach Deutschland, wie am Montag bekannt wurde. Nur ein Teil von ihnen hat überhaupt schon einen Asylantrag gestellt.

Doch ist an dieser Misere wirklich der Bundesinnenminister schuld oder gar seine Beamten, weil die sich weigern, am Wochenende zu arbeiten, wie Dreyer suggerierte? Tatsächlich wurde die riesige Zahl der Flüchtlinge, die in diesem Jahr Zuflucht in Deutschland suchen, nicht annähernd realistisch vorausgesehen - und dementsprechend auch zu spät angefangen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Im ersten Halbjahr 2015 wurden beim Bamf

Mehr Geduld, bitte! Antragsstau, lange Wartezeiten: Innenminister de Maizière wird wegen der Zustände beim Bundesamt für Migration hart angegangen. Die Vorwürfe....

ganze 350 neue Asylentscheider angestellt, erst mit Inkrafttreten des Nachtragshaushalts im Juli wurden weitere 750 Stellen bewilligt.

Dieses Versagen trifft allerdings nicht de Maizière alleine, und schon gar nicht den erst seit wenigen Wochen amtierenden Behördenchef Frank-Jürgen Weise, sondern die ganze Regierung. Das SPD-geführte Außen- oder das CSU-geführte Entwicklungsministerium haben die Entwicklung ebenfalls nicht besser vorhergesehen. Und auch die Länder haben die bereits seit 2013 rasant ansteigenden Flüchtlingszahlen lange ignoriert.

Hinzu kommt aber ganz grundsätzlich, dass die Schaffung von staatlichen Strukturen für eine so große Zahl von Flüchtlingen einfach Zeit braucht. Leere Kasernen kann man relativ kurzfristig zu Notunterkünften umbauen. Tausende qualifizierte Mitarbeiter bereitzustellen, die gerichts feste Asylentscheidungen treffen können, dauert nun mal länger. Im kommenden Jahr soll das Bamf um weitere 4.000 Mitarbeiter aufgestockt werden. Im Vergleich zu heute hätte sich die Behörde dann mehr als verdoppelt. Ein solcher Umbau geht nicht von heute auf morgen.

Langer Atem ist gefragt

In der Flüchtlingskrise braucht es vor allem Geduld und einen langen Atem. Auf Missstände hinzuweisen, wie es die SPD-Länderminister tun, ist berechtigt. Zur Verantwortung der politischen Akteure gehört jedoch auch, bei den Wählern um Verständnis für die Komplexität der anliegenden Aufgaben zu werben.

Das gilt erst recht für die internationale Ebene. Wenn CSU-Chef Horst Seehofer nun drohte, er wolle bei den Verhandlungen über den Schutz der EU-Außengrenzen oder eine europäische Verteilung der Flüchtlinge noch in diesem Jahr Erfolge sehen, sonst müsse man über nationale Maßnahmen (Stichwort Obergrenze) nachdenken, dann ist das einfach nur schändlich.

Die widerstrebenden europäischen Partner für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge zu gewinnen, wird sicherlich länger dauern als ein paar Wochen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine Aufgabe für die kommenden Jahrzehnte. Kurzfristige Ultimaten helfen da niemandem. Sie führen nur dazu, dass in der Bevölkerung der Frust über die angebliche Untätigkeit der Politik wächst. Von dieser Stimmung profitieren am Ende dann diejenigen, die wie AfD oder Pegida an einer positiven Bewältigung der Flüchtlingskrise ohnehin nicht interessiert sind.

Load-Date: December 8, 2015

Auch Syrer müssen auf ihre Familien warten; Der Familiennachzug soll für manche Flüchtlinge beschränkt werden. Das haben die Spitzen von Union und SPD beschlossen. Ist die Gruppe der Betroffenen wirklich so klein?

ZEIT-online

Freitag 29. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Familiennachzug; Ausg. 5

Length: 1331 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Syrische Familie in einem **Flüchtlingsheim** in Eisenhüttenstadt

© Patrick Pleul/dpa

Niemand hat so sehr für die Beibehaltung des Rechts auf Familiennachzug für **Flüchtlinge** gekämpft wie SPD-Familienministerin Manuela Schwesig. Diesen Anspruch wegen der hohen **Flüchtlingszahlen** zu begrenzen, wäre "ein großer Fehler für die Integration", sagte sie noch vor zwei Wochen. Hundert Familien ließen sich besser integrieren, als hundert allein reisende Männer. "Die Kinder haben eine hohe Integrationskraft", betonte Schwesig. "Sie leben sich schnell in Kita und Schule ein und bauen ihren Familien Brücken."

Was die Familienministerin dachte, als Parteichef Sigmar Gabriel am Donnerstagabend in den Verhandlungen mit der Union über das zweite **Asylpaket** genau diesen Appell übergang, wird ihr Geheimnis bleiben. Auch anderen SPD-Funktionären stockte wegen der nächtlichen Einigung der Atem. Denn der Familiennachzug soll ab sofort für manche **Flüchtlinge** nämlich sogar für zwei Jahre ausgesetzt werden, und nicht nur für eins, wie die SPD gefordert hatte. Syrer werden auch betroffen sein, selbst wenn das niemand derzeit so offen zugeben mag.

Betroffen sind Flüchtlinge, die in Deutschland nur den sogenannten subsidiären Schutz haben. Das ist der Fall, wenn ihnen in der Heimat keine individuelle Verfolgung droht, aber durch allgemeines Kriegsgeschehen ein "ernsthafter Schaden" widerfahren könnte - zum Beispiel durch eine Bombenexplosion oder durch den Einzug in die Armee.

17 Prozent Betroffene oder 0,6 Prozent?

Der Schutztitel für subsidiär Schutzbedürftige reicht erst mal nur für ein Jahr. Nach einem Jahr, so der Gedanke, soll geprüft werden, ob die allgemeine Sicherheitssituation in der Heimat immer noch so schlecht ist. Und selbst wenn ein Flüchtling eine Verlängerung bekommt, seine Familie darf er nach den neusten Beschlüssen erst nach weiteren zwölf Monaten nachholen.

Auch Syrer müssen auf ihre Familien warten Der Familiennachzug soll für manche Flüchtlinge beschränkt werden. Das haben die Spitzen von Union und SPD beschlosse....

Auf den Familien-Nachholstopp für die Flüchtlingsgruppe, die wegen fehlender individueller Verfolgung in der Rangordnung ganz unten steht, hatte sich die Koalition eigentlich schon im November geeinigt. Die SPD tröstete sich damals damit, dass die Regel nur 1.700 Menschen betreffe - bei einer Million Ankommenden in Deutschland sei das wenig.

Die SPD hatte sich bei ihrer Einschätzung auf die Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) verlassen: 2015 wurde der "subsidiäre Schutz" in lediglich 0,6 Prozent der 282.000 Asyl-Entscheidungen vergeben. Vor allem Flüchtlinge aus Eritrea, Afghanistan und Somalia erhielten nach Recherchen von Pro Asyl diesen niedrigen Status.

Aber die Zahlen aus 2015 sind eben ein Sonderfall - vor allem, was die Syrer betrifft, die größte Flüchtlingsgruppe in Deutschland. Noch ein Jahr zuvor, von Januar bis Oktober 2014 wurde jeder sechste Antrag von Syrern (17,6 Prozent) mit dem Titel "subsidiär schutzbedürftig" beschieden. 65,8 Prozent der Syrer bekamen den besseren Flüchtlingsschutz im Sinne der Genfer Konvention, für den individuelle Verfolgung nachgewiesen werden muss.

Dann erst verbesserte sich der Status aller Syrien-Flüchtlinge - auf politische Anweisung hin: Seit November 2014 sollten die Asylentscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Syrern pauschal den besseren Flüchtlingsstatus vergeben, auch um aufwendige Widerspruchsverfahren zu vermeiden und damit die Verfahren abzukürzen. Schließlich herrschte Stau beim Bamf.

Rückkehr zur Einzelfallprüfung

Seit einigen Wochen gibt es nun aber wieder eine Änderung, auch diese politisch motiviert: Angesichts der Diskussion um die sehr hohen Flüchtlingszahlen sind die Asyl-Entscheider auf Anweisung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière seit Januar wieder zu einer detaillierteren mündlichen Anhörung und Einzelfallprüfung zurückgekehrt. Daraus können sich nun wieder unterschiedliche Schutz-Status ergeben.

Maximilian Pichl, juristischer Mitarbeiter bei Pro Asyl, sieht hier eine Gefahr: "Ich befürchte, dass es wegen der hohen Flüchtlingszahlen politisch gewollt ist, künftig möglichst viele Syrer als subsidiär schutzbedürftig einzustufen und ihnen damit einen sicheren Aufenthaltsstatus und den Familiennachzug zu verweigern."

SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte das ebenfalls erkannt und daher vor Weihnachten mehrfach protestiert: Seine Partei wolle keine Verschlechterungen für Syrer, sagte der Vorsitzende damals. Das wurde von SPD-Seite auch immer als Grund dafür genannt, warum man den Passus zum Familiennachzug im Asylpaket noch mal ändern wolle. Im Sechs-Augen-Gespräch mit Angela Merkel und Horst Seehofer gab Gabriel dann aber nach, was auch mit der zunehmend skeptischen Einstellung in der Bevölkerung bezüglich der steigenden Flüchtlingszahlen zu tun haben könnte.

Laut dem Migrationsbericht der Bundesregierung sind in den ersten neun Monaten 2015 wegen der Flüchtlingskrise mehr Visa als sonst, nämlich 49.000, für den Familiennachzug ausgestellt worden, darunter 4.500 für Syrer. Keine riesige Zahl, aber die Unionsparteien fürchten, dass sie steigen wird, sobald die Verwaltung wieder halbwegs mit den Asylanträgen hinterherkommt.

Der SPD-Familienpolitiker Sönke Rix versucht, es positiv zu formulieren: "Die Begrenzung des Familiennachzugs betrifft eine Gruppe an Flüchtlingen, die sowieso kaum Chancen auf ein längeres Leben in Deutschland hat. Daher ist es auch bedenkenswert, dass so manchen Kindern das Hin- und Herziehen zwischen den Ländern erspart bleibt." Er mahnt aber: "Die Einschränkung des Familiennachzugs für eine bestimmte Flüchtlingsgruppe darf jetzt natürlich nicht zum heimlichen Grund werden, künftig vermehrt genau diesen niedrigeren Schutzstatus zu vergeben."

Viele Syrer hätten nach wie vor den Anspruch auf einen besseren Schutztitel nach der Genfer Konvention, betont Pro-Asyl-Mitarbeiter Pichl: "Das Assad-Regime behandelt Flüchtlinge als Staatsfeinde und Regimekritiker, damit droht jedem Rückkehrer individuelle Verfolgung. Das dürfte auch für den "Islamischen Staat" gelten, der Teile Syriens kontrolliert." Pichl fügt hinzu, dass Syrer durchaus Möglichkeiten hätten, sich zu wehren. Aber: "Wenn sie

Auch Syrer müssen auf ihre Familien warten Der Familiennachzug soll für manche Flüchtlinge beschränkt werden. Das haben die Spitzen von Union und SPD beschlosse....

nun vom Bamf in ihrem Schutzstatus runtergestuft werden, bleibt ihnen nur der zeitaufwendige Gang vor das Gericht. Auch das könnte politisch gewollt sein, weil es den Familiennachzug natürlich noch weiter verzögert."

Kontingente für Familienangehörige in den Flüchtlingscamps

Die Flüchtlingsorganisation betont, dass Asylsuchende schon jetzt monatelang darauf warten müssten, überhaupt einen Aufenthaltsstatus zu bekommen. Und dann dauere es noch ein weiteres Jahr, bis der Familienzusammenführungsantrag bearbeitet ist. Mancher Syrer wird künftig also erst nach vier Jahren seine Familie zu sich holen können.

Bis dahin sitzt er frustriert im Flüchtlingsheim. In der SPD dürfte diese vermeintlich kleine Entscheidung daher auch noch für mächtig Ärger sorgen: "Beim Familiennachzug ist das Kleingedruckte wichtig. Wir müssen vor dem Hintergrund der Beschlusslage der SPD genau prüfen, wie viele Menschen von der Einschränkung betroffen sind", sagte der Sprecher der linken Bundestagsabgeordneten, Matthias Miersch der dpa. Denn tatsächlich hat die SPD erst im Dezember auf ihrem Parteitag festgelegt, dass "das Recht auf Familiennachzug für alle gelten muss, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben". Doch hat jeder Syrer die gleiche Bleibeperspektive? Darüber wird noch zu streiten sein.

Die SPD-Führung verweist gegenüber den innerparteilichen Kritikern darauf, dass es in dem Beschluss von Donnerstagabend noch einen anderen wichtigen Passus gibt: Angehörige, die noch in Flüchtlingscamps in der Türkei, Jordanien und dem Libanon sind, sollen künftig vorrangig mit Kontingenten nach Deutschland geholt werden. Hier sollen vor allem Menschen mit syrischer Staatsangehörigkeit begünstigt werden.

Solche Kontingente müssen aber noch auf EU-Ebene vereinbart werden - sie sind also bisher ein eher vages Versprechen. Im Gegensatz zur konkreten Verschlechterung, die Sigmar Gabriel da mitbeschlossen hat.

Load-Date: January 29, 2016

Im Land der christlich-nationalen Abschottung; Mit einer aggressiven Kampagne hat Premier Orbán die Bürger auf ein Nein beim Referendum über seine Flüchtlingspolitik eingeschworen. Die Opposition ist nahezu verstummt.

ZEIT-online

Sonntag 2. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Ungarn; Ausg. 36

Length: 1832 words

Byline: Philip Faigle

Body

Wähler in traditioneller Kleidung in einem Wahllokal im ost-ungarischen Mezokoevesd

© Ferenc Isza/AFP/Getty Images

Zwei Tage vor dem Referendum sitzt Zoltán Kovács in seinem Budapester Büro mit Blick auf das Donauufer und macht das, was er gerade oft tut: Er erklärt ausländischen Reportern die tieferen Beweggründe ungarischer Politik. Kovács, ein Mann mit leichtem Dreitagebart und perfektem Englisch, ist Sprecher von Ungarns Premier Viktor Orbán.

Gerade scheint er etwas genervt. Zu oft hat er zuletzt erklären müssen, warum Ungarns Regierung zum Referendum über die **Flüchtlingspolitik** ruft. Zu oft fühlte er sich von westlichen Journalisten missverstanden. "Dabei", sagt Kovács, "ist es doch einfach".

Ungarns Regierung will an diesem Sonntag von ihren Bürgern wissen, ob "die Europäische Union auch ohne Zustimmung des Parlaments die zwingende Ansiedlung von nichtungarischen Staatsbürgern in Ungarn vorschreiben" darf. Auf den ersten Blick erscheint das wie eine hypothetische Frage. In Brüssel gilt die Idee, **Flüchtlinge** nach einem Schlüssel auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen, als politisch tot.

Trockenes Schießpulver

Zwar gibt es einen Beschluss, der einen Verteilungsschlüssel vorsieht. Doch dieser wird bisher nicht umgesetzt. Selbst wenn ein solcher Umverteilungsplan greifen würde, müsste Ungarn mit seinen rund neun Millionen Einwohnern nach jetzigem Stand maximal 2.000 Flüchtlinge aufnehmen.

© Jakob Börner Philip Faigle

Kovács argumentiert anders. Die EU, so sagt er, habe sehr wohl weiter vor, Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Falls der EU-Türkei-Deal platze, der derzeit noch die Flüchtlinge von Europa fernhalte, vielleicht noch

Im Land der christlich-nationalen Abschottung Mit einer aggressiven Kampagne hat Premier Orbán die Bürger auf ein Nein beim Referendum über seine Flüchtlingspol....

mehr als bisher geplant. Ein deutliches Nein beim Referendum bedeute deshalb "trockenes Schießpulver" für den künftigen Kampf gegen jedwede Verteilungspläne aus Brüssel. Ein Verhandlungsmandat für alle Fälle sozusagen.

Mehr als zwei Drittel der Wähler werden laut aktuellen Umfragen mit Nein stimmen. Unklar ist bloß, ob mehr als die Hälfte zur Wahl gehen wird. Erst dann wäre die Abstimmung formal gültig und die Abstimmung ein Erfolg im Sinne Orbáns. Drei Millionen Vetostimmen bei insgesamt acht Millionen Wahlberechtigten, "das", sagt Kovács, "wäre ein deutliches Signal". Eine Botschaft im Sinne der Regierung: Ungarn ist kein Land für muslimische Migranten, auch nicht für Flüchtlinge.

In Budapests prunkvoller Innenstadt kann man beobachten, mit wie viel Energie die Regierung die Bürger auf dieses Ziel einschwört. Seit Monaten können die Ungarn auf Zehntausenden Plakaten lesen, welche vermeintlichen Gefahren von Einwanderern ausgehen. Die Propaganda hängt in den Stationen der Budapester Metro, entlang der Autobahnen, auf Stromverteilerkästen, hinter Supermarktkassen. Es ist unmöglich, sie zu übersehen.

Mal setzt die Kampagne Einwanderer implizit mit Terroristen gleich ("Wussten Sie, dass seit Beginn der Migrationskrise mehr als 300 Menschen bei Terroranschlägen in Europa ums Leben gekommen sind?"). Mal warnt sie vor No-go-Areas in ungarischen Städten, die entstehen würden, wenn man den "liberalen Eliten" in Brüssel folge und mehr Flüchtlinge ins Land ließe.

Erst vor wenigen Wochen schickte die Regierung an jeden der rund vier Millionen Haushalte eine Hochglanzbroschüre, in der es unter anderem heißt, die "Völkerwanderung" gefährde die Zukunft Europas. Seit der Wahlkampf in die Endphase geht, hat die Regierung das Land vor allem mit zwei Botschaften plakatiert: "Lasst uns Ungarns Zukunft nicht aufs Spiel setzen!" und "Stimmen wir mit Nein!". Rund 40 Millionen Euro, so rechnet es die ungarische Opposition vor, hat die Kampagne den Steuerzahler bisher gekostet. Eine nennenswerte Gegenkampagne der Opposition gibt es nicht.

Wozu der Aufwand, wenn die Regierung ohnehin sicher ist, im Sinne der Ungarn zu handeln? Warum so eine emotionale Kampagne? Kovács antwortet routiniert. "Die Kampagne ist nicht emotional. Sie zeigt Fakten. Die Probleme, die wir beschreiben, sind Realität, sie sind da draußen."

Soll heißen: Flüchtlinge, die Frauen missbrauchen und Terroristen werden - das gibt es schließlich wirklich. Findet er es im Sinne der Demokratie hilfreich, dass den Bürgern nur eine Botschaft eingehämmert wird? Natürlich, sagt Kovács, wäre es besser gewesen, wenn man auf den Straßen auch andere Plakate sehen könnte. Aber es habe sich eben keine Partei gefunden, die für das Ja beim Referendum werben würde. Warum das so sei? "Die Frage des Referendums ist offensichtlich und die Antwort auch. So einfach ist das."

Der ungarische Politologe Csaba Tóth glaubt, dass es komplizierter ist. "Orbán und seine Partei Fidesz haben mit der Migration ein Thema gefunden, das sie mit dem Volk versöhnt", sagt Tóth. Zwar seien die Bürger mit Fidesz in vielen Dingen nicht einverstanden. In der Migrationsfrage aber stünden sie hinter der Regierung. Seit der Flüchtlingskrise könne Orbán ein ideologisches Angebot machen, das viele Bürger verlockend finden: die Vorstellung eines christlich-nationalen Ungarn, in dem Muslime und andere kulturfremde Einwanderer keinen Platz haben.

Schwankende Sympathiewerte

Orbán, so sagt es Todt, gebe sich derzeit als der einzig mögliche Führer, der die Bürger vor den angeblichen Gefahren der Migration beschützen könne. Gefahren, die Orbán wiederum selbst seit Monaten an die Wand malt. In Wahrheit, so sieht es Tóth, gehe es deshalb beim Referendum an diesem Sonntag weniger um Europa, als vielmehr um ungarische Innenpolitik.

Tatsächlich kam die Flüchtlingskrise Orbán im Nachhinein nicht ungelegen. Im Frühjahr 2015 stürzte seine Partei Fidesz in den Umfragen ab. Erst als Orbán begann, sich als kompromissloser Grenzschränker und scharfer Kritiker der "Brüsseler Eliten" zu inszenieren, stiegen seine Umfragewerte wieder. "Wann immer Orbán das

Im Land der christlich-nationalen Abschottung Mit einer aggressiven Kampagne hat Premier Orbán die Bürger auf ein Nein beim Referendum über seine Flüchtlingspol....

Migrationsthema fallen ließ, fielen seine Sympathiewerte", sagt Tóth. "Wann immer er die Karte spielte, stiegen sie."

Orbán hat das Thema immer weiter eskalieren lassen, auch auf der europäischen Bühne. Er brach mit internationalen Verträgen, indem er an der serbischen Grenze einen Zaun errichtete. Er installierte ein Asylsystem, das es Flüchtlingen de facto unmöglich machte, Asyl zu beantragen. Während seiner wöchentlichen Radiointerviews wiederholte er immer wieder, dass muslimische Zuwanderer die westliche Zivilisation zerstören und den Niedergang christlicher Werte befördern. Orbán, sagt Tóth, suche immer neue Anlässe, um das Thema in der Diskussion zu halten. Nun sei es eben eine Volksabstimmung gegen Brüssel.

Ein Vorteil dieser Strategie ist, dass andere Themen in Vergessenheit geraten. Etwa die wirtschaftliche Lage des Landes. Zwar wächst Ungarns Wirtschaft im Vergleich zum Rest Europas schnell, auch die Arbeitslosigkeit sinkt. Doch das durchschnittliche Haushaltseinkommen in Ungarn ist noch immer weit niedriger als im EU-Durchschnitt, niedriger etwa als in Polen. Jeder Zehnte arbeitet zum Mindestlohn. Rund eine halbe Million Menschen - darunter viele junge, gebildete - haben das Land in den vergangenen sechs Jahren verlassen. Die Zentralisierung des Gesundheits- und Bildungswesens hat unerträgliche Missstände wachsen lassen. Die Korruption von Fidesz ist legendär. Schon 2018 wird in Ungarn gewählt.

In einem Wohnhaus im Budapester Zentrum sitzt Áron Demeter vor einem Stapel Studien über Ungarns Asylpolitik. Demeter, Anfang 30, arbeitet im Büro von Amnesty International in Budapest und ist einer der klügeren Kritiker Orbáns. Er hält das Referendum für eine Farce und die Kampagne der Regierung für gefährlich. Was ihn aber mehr besorgt, ist, dass die Flüchtlingspolitik der Regierung immer abgründiger werde und kaum mehr jemand widerspreche. "Es ist nicht bloß Rhetorik, die niemand mehr in Frage stellt", sagt Demeter. "Ungarn lässt zu, dass sich die Zustände an seiner Grenze weiter verschlimmern."

In der Tat hat Orbán in den letzten Monaten nicht nur geredet und provoziert. Er hat auch das Land immer weiter gegen Flüchtlinge abgeschottet. Seit dem 5. Juli gibt es ein neues Gesetz, das es den Grenzbeamten an der serbischen Grenze erlaubt, illegal über den Zaun kommende Flüchtlinge innerhalb einer Zone von acht Kilometern direkt wieder nach Serbien abzuschieben. Die Grenzbeamten machen davon offenbar regen Gebrauch und legen die Acht-Kilometer-Regel eher großzügig aus. Orbán hat außerdem angekündigt, im Zweifel einen noch größeren, noch sichereren Zaun an der Grenze zu Serbien zu bauen und 3.000 neue Beamte anzustellen.

Nur ein Ziel

An der serbisch-ungarischen Grenze harren derzeit rund 5.000 Flüchtlinge aus, weil sie hoffen, weiter nach Norden zu gelangen: eine Art Mini-Calais, ein Camp der Gestrandeten. Jeden Tag lassen die ungarischen Grenzbeamten an den sogenannten Transitzone rund ein Dutzend Flüchtlinge vorsprechen. Der Rest wartet unter schwierigsten Umständen auf die Weiterreise. Es ist eine Politik, die nur noch einem Ziel folgt: Null Flüchtlinge.

Schon jetzt, sagt Demeter, habe diese Politik Folgen. Der Hass richte sich mittlerweile oft gegen die Flüchtlinge selbst. Ein Team von Amnesty International hat mehr als 140 Migranten in Ungarn, Serbien und Kroatien interviewt. Viele berichteten davon, von Sicherheitskräften geschlagen, getreten und mit Hunden gejagt worden zu sein. Auch andere Organisationen wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen oder Human Rights Watch haben der ungarischen Regierung Fälle von Gewalt gegen Flüchtlinge berichtet und dagegen protestiert. "Eigentlich müsste es eine unabhängige Untersuchung der Fälle geben", sagt Demeter. Bisher sei diese jedoch ausgeblieben.

Nördlich der Innenstadt, in einem heruntergekommenen Eckhaus, liegt eines von Ungarns letzten Flüchtlingsheimen. Rund 50 Flüchtlinge leben hier, die meisten aus Afghanistan. Eine Sozialarbeiterin erzählt, dass einige Bewohner seit der Referendumskampagne Angst hätten, bei einem Nein ihren Asylstatus zu verlieren. "Sie denken, es wird über sie abgestimmt."

Schätzungen von Hilfsorganisationen zufolge leben in Ungarn nur noch 600 Flüchtlinge. Einer von ihnen ist Shaham, 26 Jahre alt, aus Afghanistan. Seine Flucht hatte ihn schon bis Schweden gebracht, doch wegen der Dublin-Regeln schickte man ihn nach Ungarn zurück. Nun ist er mit seiner schwangeren Frau gestrandet.

Im Land der christlich-nationalen Abschottung Mit einer aggressiven Kampagne hat Premier Orbán die Bürger auf ein Nein beim Referendum über seine Flüchtlingspol....

Hass für Generationen

"Die ungarischen Behörden haben mir eine Identitätskarte in die Hand gedrückt und gesagt: geh arbeiten", erzählt er. Geld vom Staat bekommt er keines, auch Sprachkurse oder Hilfe bei der Jobsuche gibt es nicht. Im Moment ist sein Geld alle, er streift durch die Restaurants, auf der Suche nach einem Job als Reinigungskraft - bisher ohne Erfolg, weil er kein ungarisch spricht. Er sagt, er will in Ungarn durchhalten so lange es geht.

Egal, wie das Referendum ausgeht: An diesem Sonntag wird sich weder Shahams Schicksal entscheiden, noch wird sich Ungarns Flüchtlingspolitik verändern. Doch der Aktivist Aron Demeter glaubt, dass die Folgen lange nachwirken werden. "Den Hass, den die Regierung mit ihren Kampagnen säht, werden wir noch auf Generationen spüren."

Load-Date: October 2, 2016

End of Document

Bamf-Chef lobt zentrale Registrierung von Flüchtlingen; Dank einer neuen Flüchtlingsdatenbank hätten die Behörden einen besseren Überblick, sagt Frank-Jürgen Weise. Von 150.000 Menschen fehlen allerdings weiterhin die Angaben.

ZEIT-online

Samstag 4. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Frank-Jürgen Weise; Ausg. 24

Length: 365 words

Body

Frank-Jürgen Weise, Chef des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge**

© Michael Gottschalk/Photothek/Getty Images

Die deutschen Behörden haben nach Angaben des Chefs des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), Frank-Jürgen Weise, einen deutlich besseren Überblick über die Identität von **Flüchtlingen** als noch zu Jahresbeginn. Mit Blick auf den in Düsseldorf vereitelten IS-Terroranschlag sagte Weise der *Rheinischen Post* : "Wir registrieren seit Anfang des Jahres jeden **Geflüchteten** in einem bundesweit einheitlichen System und stellen die Ankunftsnachweise aus. Das ermöglicht uns, bislang unerkannt doppelte und dreifache Registrierungen von **Flüchtlingen** in den Bundesländern auszuschließen und einer Identität klar zuzuordnen." Die Registrierdaten würden zudem mit Datenbanken von Sicherheitsbehörden abgeglichen.

Das Datenaustauschverbesserungsgesetz, das im Februar dieses Jahres in Kraft getreten ist, sieht vor, dass alle Flüchtlinge einen Ankunftsnachweis erhalten. Sicherheitsrelevante Daten wie Namen und Fingerabdrücke werden seitdem in einer zentralen Datenbank gespeichert, die für die Polizei und andere Sicherheitsbehörden zugänglich ist. Das ist eine Weiterentwicklung im Vergleich zu dem Erfassungssystem Easy, das zuvor allein die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge, nicht aber ihre Daten erfasste. Dadurch waren mehrfache Einträge möglich.

Allerdings wird die große Anzahl der Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland eingereist sind, nicht über die neue Kerndatenbank erfasst. Hier ist eine Sicherheitslücke entstanden: Derzeit fehlten den Behörden noch die erkennungsdienstlichen Informationen von etwa 150.000 Flüchtlingen, sagte eine Sprecherin des Bamf. Diese Personen wurden zwar noch keinem Sicherheitscheck unterzogen, dennoch sind sie den Behörden nicht gänzlich unbekannt. Viele von ihnen dürften Asylbewerberleistungen beziehen und deshalb auch persönliche Angaben gemacht haben. Diese wiederum mussten vor Februar nicht gespeichert werden - sie zu finden, dürfte eine große bürokratische Aufgabe werden. Innenminister Thomas de Maizière hatte das Projekt Kerndatenbank schon bei seiner Einführung als auch technisch sehr ehrgeizig bezeichnet.

Bamf-Chef lobt zentrale Registrierung von Flüchtlingen Dank einer neuen Flüchtlingsdatenbank hätten die Behörden einen besseren Überblick, sagt Frank-Jürgen Wei....

Load-Date: June 4, 2016

End of Document

Die stille Flüchtlingsministerin; Gut, dass die Koalition nun Asyl- mit Arbeitsmarktfragen verbindet. Doch vor allem eine Politikerin darf zwei Fehler linker Migrationspolitik nicht wiederholen.

ZEIT-online

Freitag 14. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Einwanderung; Ausg. 33

Length: 1015 words

Byline: Elisabeth Niejahr

Body

Vorweg eine Testfrage: Welcher bekannte deutsche Politiker ist verantwortlich für das **Asylbewerberleistungsgesetz**? Es regelt, wie viel Geld und welche Gesundheitsversorgung **Flüchtlinge** bekommen. Entscheidet darüber Innenminister Thomas de Maizière, der Mann, der sich am häufigsten in Interviews zu **Flüchtlingen** äußert? Oder Winfried Kretschmann, der grüne Ministerpräsident, der seine Partei mit seinen Aussagen zu **Asylbewerbern** provoziert? Oder Thomas Oppermann, der Sozialdemokrat, der besonders energisch für ein Einwanderungsgesetz wirbt?

Zuständig ist Andrea Nahles. Die Arbeitsministerin ist neben de Maizière die zweite **Flüchtlingsministerin** im Kabinett. Ob geduldete, aber noch nicht anerkannte **Asylsuchende** feste Jobs annehmen dürfen, welche Stellen **Flüchtlinge** bekommen können oder die Frage, ob eine feste Ausbildungsstelle vor einer Abschiebung schützt: Alles Themen für das Nahles-Ressort. Zuletzt wurde das deutlich, als das Kabinett vergangene Woche die Auflagen für **Asylbewerber** lockerte, die Praktika machen wollen. Die Vorlage kam aus dem Arbeitsressort. Trotzdem hat Nahles sich in die **Flüchtlingsdebatte** lange nicht eingemischt.

Das lag vor allem daran, dass Asyl- und Arbeitsmarktpolitik von der großen Koalition lange bewusst wie zwei ganz unterschiedliche Themen behandelt wurden. Asylpolitik sollte ausdrücklich nicht von ökonomischen Interessen geleitet werden - und zwar weder von denen der Einheimischen noch von denen der Flüchtlinge. Bei der Entscheidung über Asylanträge, so ist die Rechtslage immer noch, dürfen die Arbeitsmarktchancen von Flüchtlingen keine Rolle spielen. Sie dürfen im Land bleiben, wenn sie politisch verfolgt werden, wenn sie Angehörige von Verfolgten sind oder eine Abschiebung nicht zumutbar erscheint. Ganz Linke wie ganz Rechte vertreten vehement die Ansicht, dass die Grenzen zwischen Asyl- und Arbeitsmarktpolitik nicht verwischt werden sollten. Die einen fanden schon den Gedanken zynisch, die Gewährung eines Menschenrechts mit Nützlichkeitsabwägungen zu verbinden, die anderen warnten davor, dass Arbeitsmarktangebote für Flüchtlinge noch mehr Menschen nach Deutschland locken würden.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict(); jQuery(".newsletter-teaser-input").css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' :`

Die stille Flüchtlingsministerin Gut, dass die Koalition nun Asyl- mit Arbeitsmarktfragen verbindet. Doch vor allem eine Politikerin darf zwei Fehler linker Mig....

```
'17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em')); jQuery(
".newsletter-teaser-image img" ).css("border", "1px solid #efefef"); jQuery( "#newsletter-teaser-form" ).attr( "action",
"http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8" ); jQuery( "#newsletter-teaser-form" ).attr(
"method", "POST" ); jQuery( ".newsletter-teaser-button" ).click(function( event ){event.preventDefault();
document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});
```

Seit einiger Zeit setzt sich in der Bundesregierung und auch bei Nahles die Einsicht durch, dass die Trennung zwischen Asyl- und Arbeitsmarktpolitik sich in der Praxis immer weniger durchhalten lässt. Ob Asyl gewährt wird, soll zwar auch in Zukunft keine Frage der Jobperspektive sein. Aber die für Bewerber und Geduldete entstehen langsam mehr Möglichkeiten, berufstätig zu sein. So dürfen Asylbewerber bald Praktika ohne Genehmigung der Bundesagentur für Arbeit machen. Und anerkannte Flüchtlinge können sich schneller um Stellen bewerben.

Das ist erst ein Anfang, andere Arbeitsmarktgesetze sollten folgen: Wer nach einer Ausbildung eine Arbeitsstelle findet, sollte keine Abschiebung fürchten müssen. Sonst halten sich Arbeitgeber zu sehr mit Neueinstellungen zurück, weil sie nicht wissen, wie lange ihre neuen Mitarbeiter bleiben.

Die Liste von Jobs, für die es Ausnahmegenehmigungen gibt, kann erweitert werden. Für Hochqualifizierte, die im laufenden Asylverfahren vermittelt werden können, sollte die sogenannte Vorrangprüfung abgeschafft werden, die Arbeitgeber zwingt, erst nach geeigneten einheimischen Kandidaten Ausschau zu halten, bevor sie sich an Einwanderer wenden. In der Praxis funktioniert die Prüfungsaufgabe nicht. Sie führt nur dazu, dass Arbeitgeber die Mühe scheuen, Flüchtlinge einzustellen.

Eine gute Flüchtlingsministerin wird Andrea Nahles allerdings nur, wenn sie Möglichkeiten für die Ankommenden schafft, ohne zwei klassische Fehler linker Migrationspolitik zu wiederholen. Da wären erstens die Versuche, die Potenziale von Flüchtlingen schönzureden. Wann immer von Pflegeheimen die Rede ist, heißt es, Flüchtlinge könnten und sollten die vielen offenen Stellen übernehmen und helfen, den Pflegenotstand von heute und vor allem morgen zu verringern. Tatsächlich ist nur ein kleiner Teil der vielen jungen Menschen, die ins Land kommen, tatsächlich geeignet, solche Jobs zu übernehmen. Als vor einigen Jahren der Lebensmittelkonzern Schlecker viele Verkäuferinnen entließ, hieß es, diese Frauen könnten ja jetzt Erzieherinnen werden. Darin steckte auch eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber harter, anspruchsvoller Arbeit, die eben nicht jeder mal eben so leisten kann. Bei Pflegeberufen ist es ähnlich.

Zweitens sollte sich Nahles davor hüten, den Preis einer neuen, offeneren Flüchtlingspolitik schönzureden. Abgesehen von den unmittelbaren Kosten für Deutschkurse, Jobvermittler und Ausbilder, die dafür gebraucht werden, produziert so eine Strategie auch mittelbar Verlierer. Das sind diejenigen, denen zwar kein Flüchtling tatsächlich einen Job wegnimmt, die aber ohne Einwanderung vielleicht mehr Chancen hätten. Unternehmen, die nicht mit jungen, motivierten Zuwanderern rechnen können, geben sich vermutlich mehr Mühe mit Angeboten für Langzeitarbeitslose, Älteren und Berufsrückkehrerinnen. So lief es beispielsweise in Schweden, wo in den Wirtschaftswunderjahren die Erwerbsquote von Frauen stieg. Weil mehr Mütter arbeiten wollten und sollten, baute der Staat Kindertagesstätten und Ganztagschulen. Deutschland holte für die offenen Stellen Gastarbeiter. Sie übernahmen allerdings auch viele körperlich harte Jobs in der Schwerindustrie, für die kaum Frauen infrage kamen.

Load-Date: August 14, 2015

Wie gut funktioniert der EU-Türkei-Deal?; Vor drei Wochen hat die EU mit der Türkei in der Flüchtlingskrise einen Deal geschlossen. Was die Übereinkunft vorsah und was bislang passiert ist

ZEIT-online

Mittwoch 6. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 15

Length: 715 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Flüchtlinge auf einem Boot der türkischen Küstenwache

© Murad Sezer/Reuters

Das steht im EU-Türkei-Deal: Alle "irregulären Migranten", die ab dem 20. März von der Türkei auf die griechischen Inseln kommen, werden ab dem 4. April zurückgeschickt. **Wie sieht die Realität aus?** Laut Flüchtlingshilfswerk UNHCR sind zwischen dem 20. März und dem 4. April über 6.000 Menschen auf den griechischen Inseln angekommen. Davon wurden lediglich 202 am 4. April zurück in die Türkei gebracht. Weitere Transporte gab es bislang nicht.

EU-Türkei-Deal: Kollektivabschiebungen sind ausgeschlossen, jeder Flüchtling soll die Möglichkeit bekommen, einen Asylantrag zu stellen, alle völker- und europarechtlichen Standards werden eingehalten. **Realität:** Das Flüchtlingshilfswerk der UN berichtet, unter den am 4. April von der Insel Chios abgeschobenen seien 13 Personen, die keine Chance hatten, in Griechenland Asyl zu beantragen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass nun alle neuen Flüchtlinge, auch Kinder und Traumatisierte, die überfüllten Hotspots auf den Inseln nicht mehr verlassen dürfen. Journalisten und andere Beobachter dürfen nicht hinein und können über die Bedingungen also nicht berichten oder sie kontrollieren. **EU-Türkei-Deal:** Die Türkei wird sich beim Umgang mit den Flüchtlingen an internationale Menschenrechtskonventionen halten. **Realität:** Amnesty International berichtet, die Türkei schiebe beinahe täglich über hundert Syrer ab zurück in das Bürgerkriegsland. Die türkische Regierung dementiert das. Die britische "Times" hatte vergangene Woche berichtet, türkische Grenzpolizisten hätten sechzehn Syrer erschossen, die versucht hatten, in die Türkei zu gelangen. **EU-Türkei-Deal:** Für jeden aus Griechenland in die Türkei zurückgeschickten Syrer nehmen EU-Länder einen Syrer aus der Türkei auf, insgesamt bis zu 72.000. **Realität:** Bisher waren zwei Syrer - freiwillig - auf den Rückführungsfähren in die Türkei. Am 4. April wurden aus der Türkei 32 Syrer nach Deutschland geflogen und elf nach Finnland. **EU-Türkei-Deal:** Die EU wird Griechenland mit 2.300 Asylexperten, Übersetzern und Polizisten helfen. **Realität:** Bisher sind 213 Frontex-Polizisten auf den Inseln im Einsatz, diese Woche sollen noch 100 dazu kommen. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat die Entsendung von 100 Mitarbeitern zugesagt. Davon sind vier schon länger vor Ort, acht weitere werden gerade in Athen geschult

Wie gut funktioniert der EU-Türkei-Deal? Vor drei Wochen hat die EU mit der Türkei in der Flüchtlingskrise einen Deal geschlossen. Was die Übereinkunft vorsah u....

und kommen am heutigen Mittwoch auf Lesbos an. **EU-Türkei-Deal:** Die Asylverfahren auf den Inseln werden beschleunigt, auf eine Woche bis maximal 14 Tage. **Realität:** Bisher dauern die Verfahren in Griechenland im Durchschnitt drei Monate. Es gibt keinen Hinweis, dass es nun in den Hotspots deutlich schneller geht. Die Zahl der Asylanträge ist deutlich gestiegen, da es die einzige Chance ist, die Abschiebung in die Türkei zumindest zu verzögern. **EU-Türkei-Deal:** Die Türkei wird verhindern, dass Boote mit Flüchtlingen weiterhin nach Griechenland ablegen. **Realität:** Es kommen noch immer Boote an, die Küste ist also noch nicht total abgesichert. Es sind aber deutlich weniger als noch vor Wochen. Das könnte ein Hinweis sein, dass die türkische Küstenwache besser arbeitet. **EU-Türkei-Deal:** Die EU wird die Visumspflicht für türkische Bürger aufheben, wenn die Türkei eine Liste mit 72 Kriterien erfüllt. **Realität:** Die Türkei will bis Ende April alle Kriterien abarbeiten. Die EU prüft das Ergebnis bis Ende Juni und entscheidet dann. **EU-Türkei-Deal:** Im EU-Beitrittsprozess soll noch bis zum Ende der niederländischen Ratspräsidentschaft das Verhandlungskapitel 33 (Haushaltspolitik) eröffnet werden. **Realität:** Das Kapitel ist noch nicht eröffnet. Die niederländische Präsidentschaft endet am 30. Juni. **EU-Türkei-Deal:** Die EU zahlt drei Milliarden Euro, um die Lage von Flüchtlingen in die Türkei zu verbessern. Ist das Geld aufgebraucht, wird über weitere drei Milliarden entschieden. **Realität:** Wie viel der drei Milliarden schon konkreten Projekten zugewiesen wurde, ist unbekannt.

Load-Date: April 6, 2016

Asylverfahren dauern immer länger; Rund sieben Monate vergehen im Durchschnitt, bis über einen Asylantrag entschieden wird. Besonders lange müssen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge warten.

ZEIT-online

Freitag 19. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 35

Length: 378 words

Body

Eine **Flüchtlingsunterkunft** im thüringischen Suhl

© Sebastian Kahnert/dpa

Ungeachtet der politischen und administrativen Bemühungen zur Beschleunigung von **Asylverfahren** dauert die Bearbeitung immer länger. Im zweiten Quartal habe es durchschnittlich 7,3 Monate gedauert, bis das Bamf über einen **Asylantrag** entschieden hat, berichteten die Zeitungen der Funke Mediengruppe unter Berufung auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion.

Im ersten Quartal 2016 hatte das Migrationsamt im Schnitt noch sechs Monate für ein Asylverfahren benötigt. Im vierten Quartal 2015 waren es nur 5,1 Monate gewesen.

Besonders lange dauerte die Asylentscheidung laut den zitierten Angaben des Bundesinnenministeriums bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen: Diese mussten im zweiten Quartal durchschnittlich 10,1 Monate warten. Zudem sei die Zahl der "Altfälle", die seit mehr als 18 Monaten auf ihren Asylentscheid warten, erneut gestiegen: Am Ende des ersten Quartals 2016 waren es dem Bericht zufolge noch 55.341 Menschen, am Ende des zweiten Quartals bereits 60.291.

Die Linksfraktion nahm diese Zahlen zum Anlass für scharfe Kritik. "Das Bundesamt kriegt es nicht hin", sagte Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. "Wenn trotz etlicher Neueinstellungen die Asylverfahren wieder länger dauern und sich der Rückstau an unerledigten Verfahren weiter erhöht, ist das ein klares Zeichen von Missmanagement."

Die Linken-Abgeordnete forderte ein vereinfachtes schriftliches Asylverfahren bei Flüchtlingen, die sehr wahrscheinlich anerkannt werden und eine "Altfallregelung". Alle Antragsteller, die seit mehr als einem Jahr auf ihren Bescheid warteten, sollten automatisch anerkannt werden.

Eine Sprecherin des Bamf sagte, derzeit würden besonders schwierige Asylfälle bearbeitet. Die Verfahrensdauer werde "deutlich sinken", wenn diese Altfälle abgeschlossen seien, beteuerte sie. Anträge, die seit Juli 2015 gestellt wurden, würden schon jetzt in durchschnittlich 3,8 Monaten bearbeitet. Ursprünglich hatte

Asylverfahren dauern immer länger Rund sieben Monate vergehen im Durchschnitt, bis über einen Asylantrag entschieden wird. Besonders lange müssen unbegleitete m....

Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise das Ziel ausgegeben, die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in diesem Jahr auf drei Monate zu senken.

Load-Date: August 19, 2016

End of Document

Dann eben illegal; Die von Wien verkündete Obergrenze zeigt auf der Balkanroute bisher kaum Effekte. Für die Flüchtlinge wird es immer beschwerlicher. Doch aufhalten lassen sie sich nicht.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Balkanroute; Ausg. 4

Length: 1712 words

Byline: Thomas Roser

Body

Flüchtlinge laufen bei Minustemperaturen über ein Feld nahe der serbisch-kroatischen Grenze.

© Milos Bicanski/Getty Images

Niemand will sie, aber auch bei eisigen Temperaturen reisen sie. Mit Taschen beladen und mit weinenden Kindern an den Händen drängen sich die Neuankömmlinge im Durchgangslager im serbischen Sid in die stickige Luft des beheizten Zelts. Draußen vor dem Lagertor erzählen fröstelnde **Flüchtlinge** aus Afghanistan über die Schrecken mit Bulgariens schlagkräftiger Grenzpolizei - und die noch bevorstehenden Hürden vor dem Ziel.

Die Regeln hätten sich geändert, berichtet der 20-jährige Saheed aus der afghanischen Provinz Kunar: "Man muss nun Österreich oder Deutschland als Ziel eintragen lassen. Sonst darf man nicht auf den Zug nach Kroatien." Ein Landsmann zeigt sein rechtzeitig korrigiertes Transitpapier. Zunächst habe er dummerweise Belgien als Ziel angegeben. "Zum Glück konnte ich das noch in Deutschland abändern lassen", sagt er.

400 Kilometer weiter westlich hatten Sloweniens Grenzbeamte am Tag zuvor 15 von 1.800 registrierten **Flüchtlingen** wegen eines "falschen" und nicht mehr als einreiseberechtigt erklärten Ziellands aus dem Zug gefischt und wieder nach Kroatien abgeschoben. Nur noch die **Flüchtlinge**, die in Österreich und Deutschland **Asyl** beantragen wollten, dürften einreisen. "Alle andere werden abgelehnt", sagte Innenministerin Vesna Gjerkes, die die vermeintliche Verschärfung mit Österreichs angekündigter Deckelung der **Flüchtlingszahlen** begründete: "Wir werden verhindern, dass Slowenien zu einem Hotspot für **Flüchtlinge** wird."

Dominoeffekt verschärfter Politikererklärungen

Der von Wien geforderte "Dominoeffekt" eines verschärften Einreiseregimes zur Minderung der Flüchtlingszahlen zeigt in Staaten der sogenannten Balkanroute bislang vor allem in Form energischer Politikererklärungen Effekt. "Wenn die EU fordert, dass wir keine Wirtschaftsflüchtlinge mehr aufnehmen, werden wir entsprechend handeln", sagte Serbiens Premier Aleksander Vucic.

Dann eben illegal Die von Wien verkündete Obergrenze zeigt auf der Balkanroute bisher kaum Effekte. Für die Flüchtlinge wird es immer beschwerlicher. Doch aufha....

Die Angst vor einem Flüchtlingsrückstau bei einer verstärkten Abriegelung der Grenzen ist bei den Staaten der Balkanroute groß. Die Mittel, den Flüchtlingsandrang zu stoppen, sind jedoch begrenzt. Nur das schlechtere Wetter hat die Flüchtlingszahlen zuletzt merklich absinken lassen. Seitdem der Flüchtlingstransit von Serbien nach Kroatien auf die Schiene verlegt wurde und Anfang November das Lager in Sid eröffnet wurde, sei der Andrang mit rund 3.000 Menschen am Tag relativ "stabil", sagt Sozialarbeiter Darko Kovacevic in Sid.

Die auf unter 2.000 gefallene Zahl der letzten Tage wegen der zeitweiligen Drosselung der Einreise an der mazedonisch-griechischen Grenze hält er für kurzzeitige Änderungen "von eher technischer als grundsätzlicher Natur". Angesichts der Konflikte im Nahen Osten und in der Türkei sei im Frühjahr eher mit wachsenden Zahlen zu rechnen: "Der Flüchtlingsdruck wird weiter zunehmen."

Vor allem Serbien verfügt kaum über Möglichkeiten, die zu erwartende Verstärkung des Flüchtlingsandrangs nach Süden weiterzuleiten. Zum einen gibt es mit Mazedonien kein Rückführungsabkommen von Flüchtlingen. Zum anderen machen Grenzzäune im Dreiländereck zu Mazedonien und Kosovo keinen Sinn. Etwaige Barrieren könnten die Schleusernetzwerke leicht über den Umweg Kosovo umgehen.

Zäune kommen an der "administrativen Linie" zu Kosovo für Serbien auch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht infrage. Noch immer hat Belgrad die Unabhängigkeit der Ex-Provinz nicht anerkannt - und kann sich kaum von ihr abzäunen. Serbien verfüge weder über die Ressourcen noch über die Mittel, um die Flüchtlinge aufzuhalten oder im Land zu halten, sagt Rados Durovic, Direktor des Belgrader Zentrums zum Schutz für Asylsuchende: "Die Leute werden weiter durch das Land ziehen, aber länger hier bleiben."

Stimmungsumschwung im Westen

Entsetzt reagierte Europas Öffentlichkeit im vergangenen Sommer auf die Nachrichten von an türkische Strände gespülten Kinderleichen oder in Lkw erstickten Schleuseropfern. Nicht zuletzt die anhaltende Kritik der EU-Partner hatte die vom Andrang völlig überforderten Transitstaaten mit viel Mühe zumindest von Griechenland bis Österreich einen relativ sicheren Transportkorridor errichten lassen. Doch der Stimmungsumschwung in Westeuropa verstärkt nun den Druck auf die Anrainer zur schleichenden Entmantelung des Korridors.

Verloren irrt Mussadiq am Bahnhof in Sid mit einem Zettel in der Hand über den Bahnsteig. Er wolle zu seinem Vater nach Düsseldorf, sagt der 26-jährige Pakistaner aus Chiniot: "In Pakistan werden zu viele Menschen getötet. Auch werden wir bedroht. Denn wir sind zwar Muslime, aber nicht für den Dschihad." Zwei Monate sei er bereits mit seinem Vetter, dessen beiden Frauen und den insgesamt vier Kindern unterwegs. Doch im kroatischen Auffanglager von Slavonski Brod fand seine Odyssee am Vortag ein vorläufiges Ende. 24 Stunden habe die Polizei seine Familie ohne Essen und Trinken in einem kalten Zimmer ohne WC eingesperrt, um sie hiernach ohne das ihr abgeknöpfte Geld nach Serbien abzuschieben, sagt er mit müdem Blick. "Wir haben nichts mehr. Ich weiß nicht, was wir tun sollen. Aber nach Pakistan gehen wir bestimmt nicht zurück."

Seit Ende November ist in den Staaten der Balkanroute auf Druck der EU-Partner nur noch Afghanen, Iraker und Syrern die offizielle Ein- und Weiterreise gewährt. Die Aussortierung der Flüchtlinge anderer Nationen hat aber nicht nur wegen verstärkter illegaler Migration und wiederauflebender Schleusernetzwerke nur einen begrenzten Effekt: 90 Prozent der über die Balkanroute ziehenden Flüchtlinge stammen ohnehin aus den drei Bürgerkriegsstaaten.

Natürlich sei es leichter, Menschen in Not dabei zu helfen, an ihr Ziel zu gelangen, als sie an der Weiterreise zu hindern, sagt in seiner Amtsstube im Bahnhof von Sid Grenzpolizeikommandant Mica Djukic. Doch seine Arbeit werde durch die politischen Vorgaben und Absprachen der Anrainerstaaten der Balkanrouten und den Wünschen der Innenministerien der EU-Partner bestimmt: "Wir ergreifen die Maßnahmen, die uns von unseren Entscheidungsträgern anvertraut werden. Und das ist entweder die humane Organisation des Transport der Migranten - oder das Stoppen ihres Durchzugs in Richtung der EU-Staaten."

Wiederaufleben der Schleusernetzwerke

Dann eben illegal Die von Wien verkündete Obergrenze zeigt auf der Balkanroute bisher kaum Effekte. Für die Flüchtlinge wird es immer beschwerlicher. Doch aufha....

Doch mit verstärkten Hindernissen auf dem legalen Transportkorridor nimmt die illegale Migration erneut zu. Die mazedonischen Straßen und Schienen seien wieder "voll illegaler Immigranten", berichtet in Skopje Jasmin Redzeqi von der Flüchtlingshilfsorganisation Legis. "Die Illegalen gehen oft zu Fuß. Diejenigen, die noch Geld haben, bezahlen Schleuser, die sie durchs Land transportieren. Fast täglich werden hier wieder Menschen wegen Menschenschmuggels oder des Ausraubens von Flüchtlingen verhaftet." Mit der illegalen Migration habe auch die Kriminalität wieder zugenommen, sagt Redzeqi. Die von Wien versuchte Drosselung der legalen Migration sei "weder für die Flüchtlinge noch für Mazedonien gut".

Mit Einreisepapieren in den Händen machen sich in Sid die ersten Transitflüchtlinge zum noch leeren Bahnsteig auf. Pakistaner würden sich oft als Afghanen, Marokkaner und Algerier als Syrer ausgeben, aber beim Zugeinstieg von den Dolmetschern der kroatischen Grenzpolizei meist mit "bloßem Auge" identifiziert, sagt Sozialarbeiter Kovacevic. "Pro Zug werden bis zu 40 von 1.000 Passagieren wegen ihrer Herkunft abgewiesen. Theoretisch haben sie die Möglichkeit, in Serbien Asyl zu beantragen. Doch meist verschwinden sie nach ein paar Tagen. Wohin, weiß niemand."

Hilfsorganisationen befürchten, dass der Einreisebann auf der Balkanroute als Nächstes die Afghanen treffen könnte. Denn als sicher beschreiben auch die nach Sid gelangten Afghanen ihre Heimat keineswegs. Als Polizist sei er ständig Todesdrohungen der Taliban ausgesetzt gewesen, sagt Saheed. "Mein Vater sagte mir: Gehe in ein anderes Land, du wirst für die ganze Familie zur Gefahr."

Er habe für die US-Armee in der Logar-Provinz als Übersetzer gearbeitet, sagt der 22-jährige Ashmad: "Als die Amerikaner abzogen, erhielt meine Familie von den Taliban stets mehr Todesdrohungen." Er hat von den Vorfällen in Köln und den wachsenden Vorbehalten in Deutschland gelesen. "Aber wir haben ein echtes Problem und suchen darum Asyl. Wenn uns Deutschland nicht will, gehen wir eben in ein anderes Land."

Die meisten der durch das Lager in Sid ziehenden Menschen seien in den 1980er Jahren oder später geboren, vor allem die Syrer "meist überdurchschnittlich gut ausgebildet", sagt Kovacevic. "Eigentlich könnte der Westen durchaus von ihnen profitieren." Als "erschütternd" empfindet der Serbe die offene Feindseligkeit, die den Flüchtlingen in den Staaten Mittel- und Osteuropas entgegenschlägt. "Aus Staaten wie Ungarn und Polen flüchteten bis vor wenigen Jahren selbst viele Menschen - auch zu uns. Aber das haben sie wohl vergessen." Ohnehin sei der Osten so gut wie nie das Ziel der Durchwanderer. "Ich habe hier noch nie jemanden getroffen, der in die Slowakei wollte." Wenn der bisherige Korridor unterbrochen werde, würden sich bei anhaltendem Flüchtlingsandrang nur neue Routen etwa über Albanien und Montenegro nach Kroatien eröffnen, sagt er. "Die meisten Grenzen sind in der Region kaum zu überwachen." Neue Ausreiserouten von in Serbien gestrandeten Flüchtlingen zeichnen sich laut Durovic schon jetzt ab: Flüchtlinge, denen wegen ihrer Herkunft das Besteigen der Züge nach Kroatien verwehrt wurde, würden nun vermehrt versuchen, über Rumänien und Ungarn weiterzureisen.

Einfache Lösungen scheinen im Europa der sich ausbreitenden Grenzzäune nicht in Sicht. Nachdenklich nippt Darko Kovacevic an seinem Kaffee. Österreich und Deutschland könnten die Flüchtlingskrise im Alleingang ebenso wenig lösen wie die Transitstaaten, sagt der frühere Journalist. "Dafür wäre eine europäische, eine globale Lösung vonnöten."

Load-Date: January 27, 2016

Hilflose Attacke gegen das schwedische Modell; Die Kehrtwende der schwedischen Regierung in der Asylpolitik wirkt wenig durchdacht. Sie lässt die etablierten Parteien wie Heuchler dastehen.

ZEIT-online

Mittwoch 13. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 2

Length: 1491 words

Byline: Christian Fernández

Body

Ein Zaun trennt internationale und nationale Gleise im Bahnhof von Malmö.

© Johan Nilsson/TT/AFP/Getty Images

Von meinem Schreibtisch im neunten Stock der Universität Malmö kann ich die Öresundbrücke sehen, die sich über die Meerenge zwischen Malmö und Kopenhagen zieht. Sie ist seit ihrer Eröffnung vor 15 Jahren ein Symbol für Freizügigkeit und transnationale Integration. Tausende fahren täglich über die Brücke hin und her: zur Arbeit, zum Einkaufen, für Freizeitaktivitäten - oder um Asyl zu suchen. Für die rund 160.000 Asylsuchenden, die 2015 nach Schweden kamen, aber auch für viele Flüchtlinge, die nach Norwegen und Finnland weiterziehen, war die Öresundbrücke der wichtigste Einreisepunkt.

Doch binnen zwei Monaten wurden dieser und alle anderen Zugänge nach Schweden geschlossen. Das ist die Folge einer drastischen Kehrtwende, die die Regierung in der Asylpolitik vollzogen hat. Im verzweifelten Versuch, den angeblich nicht zu beherrschenden Zustrom an Asylsuchenden zu begrenzen, beschloss die rot-grüne Minderheitsregierung von Ministerpräsident Stefan Löfven, ihre Politik der "offenen Arme", wie sie sie stolz genannt hatte, zu beenden. Die Wende gipfelte am 4. Januar 2016 in der Einführung von Grenzkontrollen, um Flüchtlinge wirksam von der Einreise abzuhalten. Die Regierung arbeitet an strengeren Zuwanderungsgesetzen, die Schwedens Engagement auf das EU-Minimum reduzieren werden.

Die neue Asylpolitik ist ein Paradigmenwechsel in der modernen schwedischen Geschichte. Er bereitet der Regierung und den meisten politischen Parteien offensichtlich extreme Schmerzen, denn er trifft Schwedens Stolz, sein humanitäres Bewusstsein ins Mark und richtet sich gegen das Bild, das sich Schweden von seiner Rolle in der Weltpolitik gemacht hat. Die Tränen der stellvertretenden Ministerpräsidentin Åsa Romson, als sie am 24. November die verschärften Regelungen verkündete, versinnbildlichen die Qualen eines Landes, das sich selbst nicht mehr wiedererkennt.

Wie kann man eine so dramatische und schmerzende Kehrtwende erklären? Und was sind seine vorhersehbaren politischen Folgen?

Hilflose Attacke gegen das schwedische Modell Die Kehrtwende der schwedischen Regierung in der Asylpolitik wirkt wenig durchdacht. Sie lässt die etablierten Par....

Ein Erklärversuch könnte am 16. August 2014 beginnen. Einen Monat vor den Parlamentswahlen hielt der damalige Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt eine inzwischen berühmte Rede: In ungewohnt offenen Worten appellierte er an die Schweden, ihr "Herz zu öffnen" und die ökonomischen Lasten der Flüchtlingsaufnahme zu akzeptieren. Es war eine entscheidende Rede, denn sie trieb viele migrationsskeptische Wähler weg von Reinfeldts Mitte-rechts-Koalition zu den Einwanderungsgegnern der Schwedendemokraten (SD). Reinfeldt wurde vielfach vorgeworfen, er habe das stillschweigende Tabu gebrochen, über die Kosten der Immigration zu sprechen, und habe so den fremdenfeindlichen Diskurs der SD ermöglicht.

Die Schwedendemokraten liegen in Umfragen bei 20 Prozent

Für die rechtspopulistische Partei waren die Wahlen Mitte September 2014 ein riesiger Erfolg: Ihr Stimmenanteil stieg von 5,7 auf 12,9 Prozent. Weder die Linke noch die Rechte konnten eine Mehrheitskoalition bilden, ohne die von allen verachtete Partei aufzunehmen. Die parlamentarische Krise schwächte das Vertrauen der Wähler in die rot-grüne Minderheitsregierung und steigerte die Unterstützung der SD weiter. Mittlerweile liegt diese in Umfragen bei 20 Prozent. Angesichts der Popularität der SD bewegen sich einige der Mitte-rechts-Parteien, die viele Jahre lang die liberale Einwanderungspolitik für richtig gehalten haben, um die Stimmen der Einwanderungsskeptiker buhlend nun in eine restriktivere Richtung.

Der unmittelbare Auslöser der Kehrtwende ist natürlich die sogenannte Flüchtlingskrise, die im Sommer 2015 begann und im Herbst eskalierte. Zwischen September und November erhielt Schweden 100.000 Asylanträge. Die zunächst zuversichtlichen Willkommenssignale der Regierung wichen schrittweise vorsichtigen Tragbarkeitsberechnungen, Rufen nach einer solidarischeren Lastenverteilung innerhalb der EU und schließlich einer resignierten Kapitulation und geschlossenen Grenzen.

Zur Rechtfertigung der Entscheidung werden vor allem zwei Argumentationslinien herangezogen. Erstens die ganz praktischen Probleme, 10.000 Neuankömmlingen pro Woche Unterkunft, Schule, Gesundheitsversorgung und so weiter bereitzustellen: Schweden bleibe ein liberales und einwandererfreundliches Land, so die Argumentation, aber die lokalen Sozialeinrichtungen seien der Lage einfach nicht gewachsen. Zweitens das Scheitern der EU-Asylpolitik: Die "moralischen Supermächte" Schweden und Deutschland seien alleingelassen worden. Die Grenzschließung sei zwar ein trauriges Ende des liberalen Asylsystems, aber die Schuld daran trügen die anderen EU-Mitgliedstaaten, weil sie sich einem gemeinsamen humanitären Engagement verweigerten, wird argumentiert.

Dominoeffekt und Spannungen mit Dänemark

Die Kehrtwende hat mehrere komplexe und schwer vorhersehbare Konsequenzen. Auf internationaler Ebene führt sie dazu, dass Angela Merkels Deutschland und die "humanitäre Sache" einen kleinen, aber wichtigen Partner im anhaltenden Streit um liberale Asylregeln verloren haben. Dass das liberale Schweden seine Grenzen schließt, hat beträchtlichen Symbolcharakter. Eine konkretere und schon wahrzunehmende Folge ist der Dominoeffekt: Von Schweden ausgehend schließen entlang der Flüchtlingsroute rückwärts weitere Länder die Grenzen. Außerdem wachsen die Spannungen zwischen Dänemark und Schweden, weil die dänischen Behörden die verwaltungstechnischen und ökonomischen Lasten gemeinsamer Grenzkontrollen mittragen müssen. Die beiden Länder sind seit vielen Jahren in der Einwanderungs- und Integrationspolitik nicht einer Meinung, aber die Flüchtlingssituation hat ihre Differenzen verschärft und die gegenseitigen Schuldzuweisungen eskalieren lassen.

Die handfestesten Folgen der Grenzkontrollen auf lokaler und innenpolitischer Ebene: Der Verkehrsfluss über die Öresundbrücke verschlechtert sich aufgrund von Verspätungen und weniger Zügen. Viele Pendler sind sauer, und örtliche Geschäftsleute und Politiker fürchten, dass das Zusammenwachsen der Region über den Öresund zum Stillstand kommt. Mit diesen Problemen kommt in der Region auch wieder das latente, leicht zu entfachende Misstrauen gegen die Zentralregierung auf: Viele unterstellen der Regierung in Stockholm ein arrogantes Desinteresse an den südlichen Provinzen und insbesondere an der Vernetzung von Malmö mit Kopenhagen.

Hilflose Attacke gegen das schwedische Modell Die Kehrtwende der schwedischen Regierung in der Asylpolitik wirkt wenig durchdacht. Sie lässt die etablierten Par....

Bisher galt das schwedische Modell als Win-win-Situation

Am interessantesten und schwierigsten zu beantworten ist die Frage nach den langfristigen politischen Auswirkungen auf das "schwedische Modell". Es basiert auf großzügigen, liberalen Zuwanderungsregeln, die eher auf den humanitären Bedürfnissen anderer fußen als auf dem ökonomischen Eigeninteresse des Staates. Dieses Konstrukt hat einen gravierenden Schlag erhalten, von dem es sich nicht so schnell erholen wird. Bis vor ein paar Monaten galt selbst angesichts der nie dagewesenen Flüchtlingskrise die politische Norm, dass man über Mengen, Obergrenzen und Kosten nicht spricht. Vielmehr stellten mit Ausnahme der SD alle Parteien die Zuwanderung stets als vorteilhaft sowohl für Schweden als auch für die Migranten dar, als Win-win-Situation. Abweichende Meinungen wurden spöttisch zurückgewiesen.

Angesichts dessen wirkt die plötzliche Kehrtwende in der Migrationspolitik verzweifelt und wenig durchdacht. Noch schlimmer ist: Sie führt womöglich dazu, dass die jetzige wie die vorige Regierung, die beide das schwedische Modell unterstützten, als scheinheilig wahrgenommen werden. Als Heuchler, die mehr damit beschäftigt sind, die SD einzudämmen, als ehrlich zu den Wählern zu sein. Warum würden sie sonst so schnell ein Modell fallen lassen, an das sie angeblich so lange glaubten?

Daraus lassen sich ein pessimistischer und ein eher optimistischer Schluss ziehen. Der pessimistische: Die abrupte Kehrtwende wird das Vertrauen der schwedischen Wähler in die etablierten Parteien weiter schwächen. Der optimistischere: Sie ebnet den Weg für eine sachlichere und ausgewogenere Zuwanderungsdebatte, die zwar von einem starken humanitären Engagement ausgeht, aber ohne rosige Klischees und ohne vor Diskussionen über die Schwierigkeiten und *tradeoffs* großzügiger Asylregeln zurückzuschrecken. Vielleicht ist das eine naive, törichte Hoffnung, da politische Debatten selten nuanciert und nüchtern sind. Ganz klar ist jedenfalls: In Schweden ist das Spektrum der politischen Meinungen über Zuwanderung und Asylpolitik breiter und weniger einvernehmlich, als es lange Zeit war.

Load-Date: January 13, 2016

EU wirbt für Militäreinsatz gegen Schlepperboote; Außenbeauftragte Mogherini wirbt heute im Sicherheitsrat für die Zerstörung von Schlepperbooten. Die Kommission plant für EU-Staaten verpflichtende Aufnahmequoten.

ZEIT-online

Montag 11. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 19

Length: 630 words

Body

Flüchtlingsboot im Mittelmeer

© dpa

Nach den jüngsten **Flüchtlingsunglücken** im Mittelmeer wirbt die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini am Montag vor dem UN-Sicherheitsrat für ein Mandat für einen robusten Militäreinsatz gegen Schlepper. Per Video nach New York zugeschaltet will die Italienerin erläutern, warum Schlepperboote noch vor ihrem Einsatz zerstört werden sollen.

Die Zerstörung der Schlepperboote ist aus rechtlichen Gründen schwierig. Ohne UN-Mandat dürfte EU-Militär dazu nicht in libyschen Hoheitsgewässern operieren. Die UN-Vetomacht Russland ist strikt gegen einen Einsatz zur Zerstörung von Booten.

Wie der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian mitteilte, sollen beim Aufspüren von Schleppern die Geheimdienste der Mitgliedstaaten eine stärkere Rolle spielen. Es müsse einen abgestimmten Einsatz geben, der aber nur mit UN-Mandat möglich sei, sagte der Franzose bei einem Treffen mit Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und ihren Kollegen aus Polen und Spanien in Lorient in der Bretagne.

Quotenregelung angedacht

Unterdessen will die Europäische Kommission laut einem Zeitungsbericht eine neue Quotenregelung für eine gerechtere Lastenverteilung vorschlagen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wolle das Vorhaben, ein verpflichtendes Quotensystem bei der Einwanderung einzuführen, am Mittwoch vorstellen, berichtet die britische Zeitung *The Times*.

"Um eine faire und ausgeglichene Beteiligung aller Mitgliedstaaten an diesen gemeinsamen Bemühungen sicherzustellen (...), benötigt die EU ein permanentes System für die Aufteilung der Verantwortung", zitierte die Zeitung aus einem Papier. Die Verteilung der Flüchtlinge solle nach einem Schlüssel erfolgen, der auf dem

EU wirbt für Militäreinsatz gegen Schlepperboote Außenbeauftragte Mogherini wirbt heute im Sicherheitsrat für die Zerstörung von Schlepperbooten. Die Kommission....

Bruttoinlandsprodukt, der Bevölkerungszahl, der Arbeitslosenquote und der früheren Zahl von Asylbewerbern der Mitgliedsländer beruhe.

Laut *Times* will Juncker außerdem erreichen, dass die EU künftig zusätzlich jährlich 20.000 Asylbewerber ansiedelt, die von den Vereinten Nationen benannt werden. Derzeit gilt in der EU das Prinzip, das Migranten nur dort Asyl beantragen können, wo sie zuerst angekommen sind. Dies führt zu einer überdurchschnittlichen Belastung der Mittelmeer-Anrainer.

Das britische Innenministerium weist Junckers Vorhaben dem Bericht zufolge zurück. "Das Vereinigte Königreich hat eine stolze Geschichte des Asyls für diejenigen, die es am nötigsten brauchen, aber wir glauben nicht, dass ein verpflichtendes Ansiedlungsprogramm die Antwort ist", erklärte ein Ministeriumssprecher. Die EU solle sich stattdessen auf die Bekämpfung von Schlepperbanden konzentrieren.

"Ausgeraubt, gefoltert und sexuell missbraucht"

Menschenrechtsorganisationen üben harte Kritik an den Plänen der EU, das Militär gegen Schlepperboote einzusetzen. Der gewünschte robuste Militäreinsatz gegen Schlepper werde die Lage nur weiter verschärfen, sagt die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Selmin Çaliskan. "Wenn die EU ihre Pläne umsetzt, sitzen die Flüchtlinge vollends in der Falle", erklärte Çaliskan.

Die Menschenrechtsorganisation stellt heute einen Bericht über die Lage in Libyen vor. Flüchtlinge und Migranten würden in dem nordafrikanischen Land "regelmäßig ausgeraubt, gefoltert, entführt und sexuell missbraucht", heißt es. Amnesty verweist dabei auch auf die gezielte Gewalt gegen Christen in dem Land.

Amnesty fordert von der EU, stattdessen eine gemeinsame Seenotrettung auf dem Mittelmeer einzurichten, deren Einsatzgebiet bis vor die libysche Küste reicht. Zudem müssten mehr Aufnahmeplätze für Flüchtlinge in der EU geschaffen werden. Angesichts der zunehmenden Gewalt in Libyen forderte Amnesty aber auch die Nachbarländer Tunesien und Ägypten auf, ihre Grenzen für Flüchtlinge offen zu halten.

Load-Date: May 11, 2015

Für alle ein Gewinn; Bringt es weniger Sozialneid mit sich, wenn Flüchtlinge schneller arbeiten dürfen? Der kühle ökonomische Blick von Ministerpräsident Torsten Albig hat was.

ZEIT-online

Montag 8. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 23

Length: 796 words

Byline: Martin Klingst

Body

© Nicole Sturz

Statt im bayerischen Elmau hätten sich die führenden Industrienationen zum G-7-Gipfel lieber im italienischen Lampedusa treffen sollen. Nur wenige Kilometer von der Mittelmeerinsel entfernt wurden am vergangenen Wochenende wieder einmal fast viertausend **Flüchtlinge** vor dem Ertrinken gerettet. Unmittelbarer lassen sich die Folgen der verheerenden Konflikte im Mittleren Osten und in Afrika kaum erfassen.

Laut dem **Flüchtlingshilfswerks** der Vereinten Nationen (UNHCR) haben in diesem Jahr bereits mehr als 90.000 Menschen diesen gefährlichen Weg übers Mittelmeer nach Europa gewählt. Doppelt so viele wie 2014. Etwa 2.000 sind dabei bislang gestorben.

Zum Glück lässt inzwischen die Bundeswehr und lassen auch andere Länder Rettungsschiffe vor der libyschen Küste kreuzen. Und zum Glück haben mutige Bürger in den vergangenen Monaten Hilfsorganisationen wie SeeWatch und SOS Mediterranee ins Leben gerufen.

Doch was geschieht mit den Flüchtlingen, wenn sie die Europäische Union erreicht haben? Sie geraten in die Mühlen einer oft ebenso unbeholfenen wie unzulänglichen und unmenschlichen Bürokratie. Sie werden registriert, in Sammelunterkünften gesteckt, in langwierige, komplizierte Verfahren gepresst - und monate-, häufig sogar jahrelang von jeglicher Arbeitsaufnahme ferngehalten. Damit vergeudet man nicht nur Geld und Ressourcen, sondern schürt und nährt auch Ressentiments gegen Flüchtlinge.

Vermeintliche Ausbeutung der Sozialsysteme

In Berlin wollen sich in dieser Woche wieder einmal Bund und Länder über den Umgang mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen beraten, denn allein eine halbe Million wird dieses Jahr Zuflucht in Deutschland suchen. Zum rechten Augenblick ist Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig darum soeben mit einem mutigen Vorschlag vorgeprescht.

Für alle ein Gewinn Bringt es weniger Sozialneid mit sich, wenn Flüchtlinge schneller arbeiten dürfen? Der kühle ökonomische Blick von Ministerpräsident Torsten....

In einem Beitrag in den *Kieler Nachrichten* plädiert der Sozialdemokrat dafür, Flüchtlingen sofort nach ihrer Ankunft in Deutschland die Möglichkeit zum Arbeiten zu geben. "Wenn Flüchtlinge sich einbringen können", so Albig, "bringt das nicht nur sie selbst voran, sondern auch unser Gemeinwohl."

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict(); jQuery(".newsletter-teaser-input").css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' }); jQuery(".newsletter-teaser-image img").css("border", "1px solid #efefef"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("method", "POST"); jQuery(".newsletter-teaser-button").click(function(event){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});`

Es ist seit Langem bekannt: Der Widerstand gegen Migranten entspringt nicht allein der Furcht vor einer fremden Kultur, Religion oder Ethnie, sondern vor allem der Angst, die Migranten lägen dem Wohlfahrtsstaat und den Steuerzahlern auf der Tasche. Ausländerfeindliche Bewegungen wie Pegida warnen nicht nur vor Islamisierung und Überfremdung, sondern ebenso vor einer vermeintlichen Ausbeutung der Sozialsysteme.

Studien belegen, dass die Angst ausgenutzt zu werden in einem Sozialstaat besonders groß ist, weil er besonders viel Geld zu verteilen und umzuverteilen hat. Hingegen fallen diese Ängste dort geringer aus, wo Migranten wie etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika schneller arbeiten dürfen und weit weniger staatliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen können. Es ist darum wichtig, Konzepte zu entwickeln, die Flucht und Migration in wirtschaftlichen und sozialen Nutzen umwandeln.

Ministerpräsident Albig hat deshalb recht, wenn er ein fundamentales Umdenken und den kühlen Blick eines Ökonomen verlangt. In letzter Konsequenz bedeutete sein Vorschlag der sofortigen Arbeitsaufnahme: Jeder Flüchtling, egal aus welchem Grund er seine Heimat verlassen musste, wird gleich nach seiner Ankunft danach befragt, welche beruflichen Fähigkeiten er besitzt. Er bekommt eine Arbeitserlaubnis, unverzüglich Deutschunterricht und wird, wenn nötig, beruflich weiterqualifiziert.

Damit gewinnt am Ende jeder: Zum einen erhält Deutschland Arbeitskräfte, Steuerzahler und neue Mitglieder in den Renten- und Krankenkassen. Zum anderen verdient der Flüchtling eigenes Geld, trägt zum Gemeinwohl bei und hat, selbst für den Fall, dass er nach einer Ablehnung seines Asylantrags eines Tages tatsächlich ausreisen muss, berufliche Fähigkeiten erworben, die ihm in seiner alten Heimat nützen werden.

Load-Date: June 10, 2015

Nicht nur der Türkei fehlt der Wille; Die Europäer bezichtigen die Türkei der Unzuverlässigkeit. Dabei hält sich die EU auch nicht an die Absprachen zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise.

ZEIT-online

Donnerstag 11. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 7

Length: 1475 words

Byline: Till Schwarze

Body

Lebensgefährliche Überfahrt: **Flüchtlinge** sitzen in einem Boot auf dem Meer vor der griechischen Insel Lesbos.

© Aris Messinis/AFP/Getty Images

Nun also die Nato. Die Bundeskanzlerin selbst hatte die Idee bei ihrem Besuch in der Türkei Anfang der Woche lanciert. Im verzweifelten Bemühen der EU und insbesondere Deutschlands, irgendwie die Zahl der **Flüchtlinge** zu reduzieren, die von der Türkei übers Meer nach Griechenland kommen, soll jetzt das militärische Verteidigungsbündnis helfen. Während man sich noch verwundert fragte, ob Angela Merkel jetzt mit Kriegsschiffen **Flüchtlingsboote** in der Ägäis aufhalten will, wurde mit dem Beschluss am Donnerstag klar: Bei dem martialisch klingenden Vorstoß geht es lediglich um eine Seeraumüberwachung. Die Nato soll im Kampf gegen Schlepper Informationen an türkische und griechische Behörden weitergeben. Was auch sonst? **Flüchtlingsboote** aufhalten oder gar zerstören kann auch ein Marineschiff nicht, das internationale Seerecht verpflichtet auch sie zur Seenotrettung. Entsprechend sollen in Seenot geratene **Flüchtlinge** von Nato-Schiffen gerettet und in die Türkei zurückgebracht werden.

Dass sich mit dem Einsatz des Bündnisses die Situation in der Ägäis substanziell ändern wird, ist allerdings nicht zu erwarten. Der Kampf gegen Schlepper und ihr zynisches Geschäft mit Menschenleben ist zwar richtig. Doch bleibt es ein Kampf gegen die Symptome der Flüchtlingskrise, der Menschen nicht davon abhalten wird, ihr Leben auf dem Weg nach Europa zu riskieren. Schon gar nicht an der türkisch-griechischen Seegrenze mit ihren vielen Inseln. "Die Grenze ist relativ leicht zu passieren, sie kann nicht komplett abgeriegelt werden", sagt der türkische Migrationsforscher Ahmet İçduygu von der Istanbul Koç Universität. Da sollten die Erwartungen nicht zu groß sein. Zumal die Erfahrung zeigt, dass damit nur das Risiko für die fliehenden Menschen steigt. Diese Lehre an der türkischen Küste gibt es laut der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl bereits. "Die türkische Küstenwache kontrolliert einige Strände strenger, infolge werden Fluchtrouten länger und gefährlicher. Das sollte man bedenken, zumal der Anteil von Frauen und Kindern in den Booten steigt", sagt ihr Geschäftsführer Günter Burkhardt.

Nicht nur der Türkei fehlt der Wille Die Europäer bezichtigen die Türkei der Unzuverlässigkeit. Dabei hält sich die EU auch nicht an die Absprachen zur Bekämpfung....

Die Nato-Initiative der deutschen, türkischen und inzwischen auch griechischen Regierung ist vor allem Ausdruck der großen Unzufriedenheit in Europa über die aus EU-Sicht unzureichenden Maßnahmen der Türkei zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen. Seit dem Abkommen im November habe die türkische Regierung zu wenig Entschlossenheit im Kampf gegen Schlepper und die Abriegelung ihrer Grenze gezeigt, so die Meinung in Brüssel und Berlin. In einem Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Abkommens hat die EU-Kommission der Türkei am Mittwoch zwar Fortschritte bescheinigt, etwa was die Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge angeht oder den erschwerten Zugang zu Visa. Doch vor allem beim Kampf gegen Schleuser und der Umsetzung der Rücknahmeabkommen für Flüchtlinge mit Griechenland wird der Regierung in Ankara fehlender Wille unterstellt. "Wenn die Türkei nicht anfängt zu liefern, was wir vereinbart haben, wird es sehr, sehr schwierig, mit der Situation fertig zu werden", sagte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos.

Allzu viele Hoffnungen sollte Europa allerdings nicht in das Abkommen mit der Türkei setzen, warnen internationale Experten - nicht nur wegen der schwierigen Grenzsicherung. "Die Erwartungen der EU und die Versprechen der Türkei sind unrealistisch", sagt Migrationsforscher Içduygu. Die Ströme würden weitergehen, auch wenn man die Zahl der Flüchtlinge vielleicht etwas reduzieren könne. "Dafür ist der Druck der mehr als zwei Millionen Flüchtlinge in der Türkei zu groß." Ähnlich bewertet Gerald Knaus das Abkommen. "Der Aktionsplan ist zu vage, die Verpflichtungen sind zu unklar", sagt der Chef des europäischen Thinktanks European Stability Initiative. Zudem sei das Misstrauen auf beiden Seiten zu groß: Türkei und EU würden sich gegenseitig vorwerfen, das Abkommen nicht umzusetzen - und hätten auch Recht damit. Weder habe die EU bisher das versprochene Geld von drei Milliarden Euro bezahlt, noch nehme die Türkei wie zugesagt Flüchtlinge aus Griechenland zurück.

Knaus wirft den europäischen Regierungen vor, in der Flüchtlingskrise von falschen Prämissen auszugehen. Zwar sei Angela Merkels Annahme "zu hundert Prozent richtig", dass die Probleme nur mit der Türkei zu lösen seien. Aber bislang änderten alle Pläne nichts daran, dass Menschen weiter ihr Leben bei der Fahrt übers Meer riskierten und Europa keine Kontrolle über die Migrationsströme bekomme. Das gelte für die Pläne zur Umverteilung von registrierten Flüchtlingen in Griechenland, weil selbst bei funktionierenden Hotspots die Flüchtlingsboote weiter fahren würden. Oder auch für die gemeinsame europäische Grenzschutzpolizei, die in der Ägäis nichts anderes tun könne, als die türkische und griechische Küstenwache schon heute: den Booten in Seenot zu helfen.

Sicherer Drittstaat Türkei?

Im Ergebnis verschwenden die europäischen Regierungen Zeit, politisches Kapital und Glaubwürdigkeit, sagt Knaus. Die entscheidende Frage müsse lauten, wie man die Türkei dazu bewegen könne, die Rücknahmeabkommen umzusetzen. Sie verpflichten das Land eigentlich, illegal nach Griechenland oder andere EU-Länder Reisende wieder zurückzunehmen. "Dafür muss die Türkei ein sicherer Drittstaat sein", sagt der Migrationsexperte. Also ein Land, das Flüchtlingen Schutz im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention bietet und Schutzsuchende zum Beispiel nicht zurückweist oder in andere Länder abschiebt. Das ist bislang allerdings nicht der Fall, warnen Menschenrechtsorganisationen: "Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat", sagt Pro-Asyl-Geschäftsführer Burkhardt. Zum einen gelte die Genfer Flüchtlingskonvention in der Türkei nur unter Vorbehalt für Flüchtlinge, die aus Europa kommen. Zum anderen schiebe sie nachweislich immer wieder Schutzsuchende nach Syrien und in den Irak ab, das würde die Europäische Menschenrechtskonvention verletzen.

"Die Frage für Europa muss also lauten: Was können wir tun, um die Situation der Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern und wie können wir bei der Umsetzung helfen?", sagt Knaus. Das im Abkommen versprochene Geld für konkrete Flüchtlingsprojekte sei zwar ein richtiges Mittel. Um aber die Bereitschaft der türkischen Regierung für eine echte Zusammenarbeit zu gewinnen, müsse Europa zum einen bereit sein, einen Teil der mehr als zwei Millionen Flüchtlinge aus der Türkei als Kontingente aufzunehmen. Zum anderen müsse die EU in Vorleistung treten, um das Vertrauen der Regierung in Ankara zu gewinnen. Dafür sei die von Merkel angestrebte Koalition der Willigen der richtige Weg. "Vorstellbar wäre, dass Länder wie Deutschland, die Niederlande und Schweden sofort jeden Tag 1.000 Flüchtlinge aufnehmen." Im Gegenzug würde die Türkei die Kontrollen in der Ägäis verstärken und sich zur Rücknahme von Flüchtlingen bereit erklären. "Dann kann Europa auch den Kontrollverlust in der Flüchtlingskrise beenden", sagt Knaus.

Nicht nur der Türkei fehlt der Wille Die Europäer bezichtigen die Türkei der Unzuverlässigkeit. Dabei hält sich die EU auch nicht an die Absprachen zur Bekämpfu....

"Krise der türkischen Politik"

Entscheidend wird am Ende der politische Wille in der türkischen Regierung sein. Wissenschaftler Içduygu macht in Ankara derzeit eine sehr verschwommene Gemengelage aus. Syrien, Kurden, Russland, Flüchtlinge - alles vermische sich derzeit. "Es gibt eine Krise in der türkischen Politik", sagt er. Die Regierung sei gerade sehr daran interessiert, positive Nachrichten zu produzieren, um von den vielen Problemen abzulenken. Dafür sei das Geld aus dem Abkommen mit der EU wichtig, aber noch wichtiger der Punkt der Visafreiheit für türkische Bürger. Zudem wolle die Türkei das Flüchtlingsthema nutzen, um den Fokus auf Syrien zu lenken.

Içduygu rät Europa grundsätzlich aber zu mehr Gelassenheit in der Flüchtlingskrise. Europas Sorgen sollten kleiner sein: "Wenn so viele Flüchtlinge kommen, ist das nicht das Ende der Welt", sagt der Migrationsforscher. So hätten die USA in den vergangenen 15 Jahren 10 bis 12 Millionen illegale Einwanderer gehabt. Und dem Land gehe es immer noch sehr gut. Zum anderen weist Içduygu auf eine Erhebung von ihm aus dem Sommer 2015 hin. Demnach will ein Drittel der syrischen Flüchtlinge in der Türkei nach Europa, ein Drittel in dem Land bleiben und ein Drittel will, sobald es irgendwie möglich ist, zurück nach Syrien. Angesichts der bereits geflohenen Menschen könne man also davon ausgehen, dass die Zahlen nicht weiter steigen werden. Wenn nicht massenweise neue Flüchtlinge aus Syrien kommen.

Load-Date: February 11, 2016

**Dresdens Wissenschaft leidet unter Pegida; Die islam- und
ausländerfeindlichen Proteste schrecken Wissenschaftler aus aller Welt ab.
Der Rektor der Dresdner TU sieht einen weitreichenden Reputationsverlust.**

ZEIT-online

Mittwoch 19. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sachsen; Ausg. 33

Length: 297 words

Body

Die technische Universität in Dresden

© Oliver Killig/dpa

Dresden leidet als Wissenschaftsstandort unter den Folgen von Pegida. Wegen der islamfeindlichen Proteste und den aktuellen Anfeindungen gegen **Flüchtlinge** entscheiden sich Forscher und internationale Wissenschaftler immer wieder gegen die TU, die Max-Planck-Institute und viele weitere Forschungseinrichtungen in Dresden. "Wir haben einen echten Reputationsverlust erlitten", sagt Hans Müller-Steinhagen der ZEIT. Er ist Rektor der Technischen Universität Dresden, der einzigen Exzellenzuniversität im Osten Deutschlands.

Der Schaden sei "nicht so schnell zu beseitigen", sagt auch Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD). Es habe zu lang gedauert, bis ihr Koalitionspartner, die CDU, klare Worte gegen rechts gefunden habe.

Anhänger des Pegida-Bündnisses hatten monatelang in Dresden demonstriert und Stimmung gegen Ausländer und "islamischen Extremismus" gemacht. Die Proteste sind etwas kleiner geworden, dauern aber immer noch an.

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Zudem gibt es insbesondere in Sachsen seit einigen Monaten immer wieder Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte und Flüchtlingsheime. Mehrere bewohnte und unbewohnte Unterkünfte wurden in dem Bundesland angegriffen - in Meißen, Böhlen, Lunzenau und Dresden. Allein in Dresden gab es in den Sommermonaten unter anderem einen Buttersäureanschlag auf eine künftige Unterkunft für Migranten und Angriffe auf Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes, die beim Aufbau eines Flüchtlingscamps geholfen hatten.

Integrationsministerin Petra Köpping hatte in der ZEIT von "blankem Hass" gesprochen, mit dem die Bevölkerung in Sachsen den Migranten teilweise begegnen würde. Sie schäme sich oft dafür, sagte sie.

Load-Date: August 19, 2015

Dresdens Wissenschaft leidet unter Pegida Die islam- und ausländerfeindlichen Proteste schrecken
Wissenschaftler aus aller Welt ab. Der Rektor der Dresdner TU s....

End of Document

Die Probleme nur verschoben; Ab März 2017 sollen EU-Länder Flüchtlinge wieder gemäß den Dublin-Regeln nach Griechenland abschieben. Was lange erwartet wurde, wird praktisch wenige Auswirkungen haben.

ZEIT-online

Donnerstag 8. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 51

Length: 1084 words

Byline: Veronika Völlinger

Body

Eine Familie wartet in einem Bus am Flughafen in Athen, um nach Frankreich umgesiedelt zu werden.

© Louisa Gouliamaki/AFP/Getty Images

Wenn nächstes Jahr der **Flüchtlingsdeal** zwischen der EU und der Türkei ein Jahr alt wird, sieht die EU-Kommission auch die Zeit gekommen, um unerlaubt weitergereiste **Flüchtlinge** wieder nach Griechenland zurückzuschicken. Ab dem 15. März 2017 soll die Dublin-Verordnung, wonach EU-Länder **Asylbewerber** in das Land ihrer Einreise abschieben können, nach Angaben der EU-Kommission schrittweise wieder in Kraft treten. Erstmals wurde damit ein konkretes Datum angekündigt.

"Unser umfassender europäischer Ansatz zur **Migration** zeigt positive Ergebnisse", kommentierte Vizekommissionspräsident Frans Timmermans die am Mittwoch veröffentlichte vierte Liste von Empfehlungen an Griechenland. Die EU lobt in dem Papier die Fortschritte, die Griechenland auf dem Weg zu einem funktionierenden **Asylsystem** gemacht hat. Wegen der schlechten Aufnahmebedingungen schieben andere EU-Länder nach Urteilen europäischer Gerichte **Flüchtlinge** schon seit 2011 nicht mehr in das südeuropäische Land ab.

Doch der neue Bericht ist auch ein Eingeständnis, dass Griechenland und die EU die Rückkehr zu bestehenden Regeln der europäischen Asylpolitik nicht so schnell umsetzen konnten, wie sie es wollten. Eigentlich hatte die EU-Kommission geplant, noch 2016 teilweise zum Dublin-System zurückzukehren. In den ersten beiden Empfehlungsschreiben für Griechenland im Februar und Juni war als Zeitpunkt von Ende des Jahres die Rede. Im dritten Bericht im September hieß es schließlich konkreter: Ende Dezember 2016.

Geld fließt, Probleme bleiben

Viele EU-Länder haben auf den Schritt gewartet. Im September sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) der *Welt am Sonntag*, dass Europa viel unternommen habe, um die Situation in

Die Probleme nur verschoben Ab März 2017 sollen EU-Länder Flüchtlinge wieder gemäß den Dublin-Regeln nach Griechenland abschieben. Was lange erwartet wurde, wir....

Griechenland zu verbessern. "Das muss dann auch Folgen haben und dazu führen, dass entsprechend der Dublin-Verordnung Flüchtlinge auch wieder nach Griechenland zurückgeschickt werden können."

Der erneute Aufschub zeigt jetzt, dass die Millionen, die Griechenland zur Verbesserung der Bedingungen für Flüchtlinge erhalten hat, nicht schnell und gut genug zum Einsatz kamen. Seit 2015 hat Griechenland nach Angaben der EU-Kommission bereits 181 Millionen Euro aus mehreren Fonds bekommen, um die Ankunft der hohen Zahl von Flüchtlingen zu bewältigen. Über ein neues Soforthilfeinstrument sollen in diesem Jahr außerdem 300 Millionen Euro für humanitäre Zwecke bereitgestellt werden. Erst am Dienstag hatte die Kommission angekündigt, erste Mittel davon an Hilfsorganisationen zu überweisen.

Trotz der Fortschritte, die die EU lobt, bleibt die Situation für Flüchtlinge in Griechenland ein Problem. Im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos und anderen Zentren auf den Ägäis-Inseln gab es bereits wiederholt Proteste. Lager waren teilweise unbewohnbar, weil Migranten Feuer legten oder Einheimische Brandsätze auf Zelte warfen. Einem Bericht zufolge will die EU ihre Asylexperten deshalb nicht mehr dorthin schicken. Sie sollten eigentlich ihre griechischen Kollegen unterstützen, die mit der Prüfung der Asylanträge überlastet sind.

Die größten Defizite, die die EU Griechenland attestiert, beziehen sich dann auch auf eine angemessene Unterbringung von Asylbewerbern, mangelnden Zugang zu einem schnellen Asylverfahren sowie rechtlichem Beistand und dass die EU-Gelder dort angekommen, wo sie eingesetzt werden sollen. Vor dem Hintergrund der immer noch bestehenden Probleme kritisiert die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, dass EU-Länder wieder nach Griechenland abschieben dürfen. "Es gibt weder ein rechtsstaatliches Asylverfahren noch entsprechen die Aufnahmebedingungen europäischen Standards", teilte Pro Asyl mit.

Massenabschiebungen nach Griechenland sind aber auch nicht zu erwarten. Das hat mehrere Gründe. Die Regelung soll nicht rückwirkend gelten. Nur Flüchtlinge, die nach dem 15. März 2017 in der EU ankommen, wären davon betroffen. Da die Balkanroute seit Anfang des Jahres dicht ist, haben Flüchtlinge zurzeit aber kaum eine Möglichkeit, nach Mittel- und Nordeuropa weiterzureisen. Durch den EU-Türkei-Deal kommen auch weniger Flüchtlinge überhaupt in Griechenland an als noch vor einem Jahr. Es gäbe vermutlich nur sehr wenige Fälle, in denen die Dublin-Verordnung für Griechenland überhaupt wieder angewandt werden müsste.

Außerdem sieht die EU-Kommission enge Vorgaben für eine Dublin-Abschiebung vor. "Asylbewerber sollen nur zurückgeschickt werden, wenn die griechischen Behörden für jeden Fall individuelle Zusicherungen geben, dass die Asylbewerber im Einklang mit EU-Recht behandelt werden", heißt es in den Empfehlungen. Unbegleitete Minderjährige sind von der Abschiebung komplett ausgenommen.

Schwierige Beziehungen zur Türkei

Die vielfach versprochene Ankündigung, die EU müsse in der Asylpolitik zu einem geordneten System zurückkehren, hat in der Realität also wahrscheinlich kaum Auswirkungen. Was bleibt, sind die teils katastrophalen Bedingungen für Flüchtlinge in Griechenland.

Viel hängt allerdings auch davon ab, wie es mit dem Flüchtlingsabkommen mit der Türkei und der Umsiedlung von Flüchtlingen in der EU weitergeht. Seit dem dritten Bericht im September sind laut EU-Kommission weitere 170 Flüchtlinge zurück in die Türkei gebracht worden, insgesamt wurden nun 1.187 Menschen zurückgebracht. Zu wenige, befindet die EU in ihrem Bericht. 2.761 Syrer sind dafür in die EU gekommen.

Gleichzeitig schweben die aktuell schwierigen Beziehungen zur Türkei über dem Abkommen. Um die Bedingungen zur Visaliberalisierung zu erfüllen, fehlen weitere sieben Bedingungen laut EU-Kommission. Die Türkei wiederum beklagt, die EU habe ihre Versprechen nicht eingehalten, wie jüngst der Europaminister Ömer Çelik.

Einen kleinen Erfolg kann die EU bei der geplanten Umsiedlung von Flüchtlingen verbuchen. Im November haben andere EU-Länder 1.406 Flüchtlinge aus Griechenland freiwillig aufgenommen - in keinem Monat zuvor

Die Probleme nur verschoben Ab März 2017 sollen EU-Länder Flüchtlinge wieder gemäß den Dublin-Regeln nach Griechenland abschieben. Was lange erwartet wurde, wir....

war die Zahl so hoch, meldet die Kommission. Vom Ziel, 160.000 Flüchtlinge innerhalb der Staaten neu zu verteilen, ist die EU aber noch weit entfernt. Insgesamt wurden etwas mehr als 8.000 Menschen aus Griechenland und Italien umgesiedelt.

Load-Date: December 8, 2016

End of Document

Rettung vor Trumps Zugriff; Millionen Einwanderern droht nach Donald Trumps Amtsantritt die Abschiebung. Nun formiert sich Widerstand: Hunderte Kirchengemeinden bieten Migranten Asyl.

ZEIT-online

Samstag 10. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migranten in den USA; Ausg. 51

Length: 1436 words

Body

Die einen dürfen in den USA bleiben, die anderen wurden abgeschoben: Ende Oktober erlaubten die Behörden ein kurzes Treffen von Verwandten an der amerikanisch-mexikanischen Grenze.

© Jose Luis Gonzalez/File Photo/Reuters

Ingrid Encalata Latorre hat Angst. Im Januar wird der künftige Präsident Donald Trump sein Amt antreten. Müssen Latorre und ihr einjähriger Sohn Anibal dann das Land verlassen? Die 32 Jahre alte Peruanerin wartet auf einen endgültigen Bescheid aus Washington über ihre drohende Abschiebung. Doch nun hat sie eine Zuflucht gefunden, einen Ort, an dem sie zunächst geschützt ist. Eine Gemeinde der protestantischen Quäker in Denver nahm die verunsicherte Frau und ihren Sohn auf. Seit vergangener Woche leben die beiden im Andachtshaus.

Hunderte amerikanische Kirchengemeinden verschiedenster christlicher Konfessionen bieten inzwischen **Migranten** ohne Ausweispapiere **Asyl**, geistliche Unterstützung und Rechtsberatung. In der Stadt Brockton südlich von Boston haben vier Kirchen angekündigt, von der Abschiebung bedrohte Einwanderer aufzunehmen. "Wer einen sicheren Platz sucht, hat ihn gefunden, sobald er durch die Tür dieses Gebäudes tritt", sagt Pfarrer Abraham Waya von der Vereinigten Methodistischen Kirche. "Wir werden ihn aufnehmen und uns so lange wie notwendig um ihn kümmern." Er könne in seiner Kirche bis zu 100 Menschen beherbergen.

Drohnen und Zäune gegen Einwanderer

Dass gerade jetzt unter vielen illegal eingewanderten Menschen die Angst umgeht, wurzelt in Trumps Wahlkampfretorik. Der Republikaner hatte angekündigt, die Einwanderungspolitik des amtierenden Präsidenten Barack Obama sofort auszusetzen. Dazu gehört auch ein Gesetz aus dem Jahr 2012, das mehr als 700.000 Migranten, die als Minderjährige illegal in die USA gebracht worden waren, Arbeitsgenehmigungen und eine Duldung erteilte. In einem in dieser Woche veröffentlichten Interview mit dem Magazin *Time* klang Trump zwar nun etwas weniger drastisch. "Wir werden uns etwas überlegen, dass die Leute glücklich und stolz macht", sagte er.

Rettung vor Trumps Zugriff Millionen Einwanderern droht nach Donald Trumps Amtsantritt die Abschiebung.
Nun formiert sich Widerstand: Hunderte Kirchengemeinden

Aber die Sorge die Migranten bleibt. Zumal viele von ihnen auch unter der Regierung Obama von Abschiebung bedroht waren. Zuletzt griffen auch die Obama-geführten Behörden wieder härter durch. Schon im Januar kündigten deshalb viele Kirchen an, von Abschiebung bedrohte Migranten aufnehmen zu wollen.

Schon lange reguliert die amerikanische Einwanderungsbehörde sehr scharf, wer in die USA kommen darf. Viele Menschen aus Lateinamerika, die der Gewalt und der Armut in ihrer Heimat entkommen wollen, haben auf regulärem Weg kaum eine Möglichkeit, einzuwandern. Sie suchen sich ihren eigenen Weg nach Norden. Die amerikanische Bundespolizei setzt deshalb an der 1.050 Kilometer langen Grenze zu Mexiko rund 18.000 Grenzschützer ein. Sie bewachen einen sieben Meter hohen Zaun und spüren mit Hubschraubern, Drohnen und Geländewagen den Flüchtlingen nach. Wer ihnen entgehen will, muss sich auf den gefährlichen Weg durch die Wüste machen. Jedes Jahr sterben dort Hunderte Menschen.

Ein Paar Schuhe von einem Flüchtlingskind steht in der Sacred Heart Catholic Church in McAllen, Texas. Die katholische Gemeinde ist eine von hunderten, die schon seit Jahrzehnten immer wieder Menschen Kirchenasyl bieten, denen die Abschiebung droht.

© Stringer/Reuters

Wem es gelingt, bis in die USA zu kommen, taucht meistens unter. Aus gutem Grund. Denn dort erhalten nur diejenigen Asyl, die wohlbegründete Angst vor Verfolgung nachweisen können: wegen ihrer Rasse, Religion oder Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Meinung. Auch sexuelle Gewalt gilt seit einigen Jahren als Asylgrund. In einem gefährlichen Land zu leben, reicht hingegen nicht aus.

Viele Länder Lateinamerikas, aus denen die größte Gruppe der Einwanderer stammt, sind gefährlich. Was das bedeutet, hat der *Guardian* aufgedeckt. Er berichtete von den Fällen dreier junger Männer aus Zentralamerika, die vor der Kriminalität dort geflohen waren. Weil Kriminalität in den USA aber kein Asylgrund ist, wurden die Männer abgeschoben. Alle drei wurden anschließend in ihren Heimatländern Honduras, El Salvador und Guatemala ermordet.

Illegale Einwanderer leben deshalb schon seit Jahrzehnten in der Angst, ausgewiesen zu werden. Doch Trumps Ankündigungen, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, Muslimen die Einreise zu verbieten und Millionen Menschen abzuschieben, habe "die Menschen wirklich aufgeschreckt", sagt die Pastorin Alison Harrington von der Southside Presbyterian Church in Tucson im Staat Arizona.

"Kirchenasyldiözese"

Harrington engagiert sich in der landesweiten Kirchenasylbewegung. Der kirchliche Widerstand, den sie fortsetzt, hat eine lange Tradition. Schon in den dreißiger und vierziger Jahren nahmen Kirchengemeinden verfolgte Juden aus Europa auf, später junge Männer, die den Kriegsdienst in Vietnam verweigerten. In den achtziger Jahren gewährten mehr als 500 Gemeinden fast einer halben Million Menschen aus El Salvador, Honduras und Guatemala Schutz, die vor von amerikanischen Beratern trainierten Todesschwadronen geflohen waren. Damals entstand eine regelrechte Untergrundfluchtroute aus Mexiko in die USA und bis nach Kanada. Zwischen den Behörden und Gemeinden kam es zu herben Konfrontationen, Geistliche mussten sich vor Gericht verantworten.

Die neun Jahre alte Ania aus El Salvador hat eben am Rio Grande die Grenze von Mexiko in die USA überschritten, auf der Suche nach Asyl. Wird Amerika sie aufnehmen?

© John Moore/Getty Images

Heute vermeiden es die für Abschiebungen zuständigen Bundespolizisten, Menschen, die abgeschoben werden sollen, an sensiblen Orten wie Schulen, Kirchen und Krankenhäusern festzunehmen. Vollstreckungsmaßnahmen an diesen Orten sind nur bei Terrorfällen oder unter "dringenden Umständen" möglich.

In den vergangenen Wochen haben 450 Kirchen und Glaubensgemeinschaften besorgten Migranten Hilfe angeboten. Sie reicht von der Beförderung von Schulkindern über finanzielle Unterstützung bis zum Kirchenasyl. Die anglikanische Diözese von Los Angeles mit ihren mehr als 140 Gemeinden rief in einer Resolution sogar zum

Rettung vor Trumps Zugriff Millionen Einwanderern droht nach Donald Trumps Amtsantritt die Abschiebung.
Nun formiert sich Widerstand: Hunderte Kirchengemeinden

"heiligen Widerstand" gegen Trumps Vorschläge in der Einwanderungspolitik auf und erklärte sich selbst zur "Kirchenasyldiözese". In Philadelphia verzeichnete ein Verband aus 17 Kirchen und zwei Synagogen einen gewaltigen Zulauf von Freiwilligen für ein Programm, das Migranten unterstützt, deren Wohnungen von der Einwanderungsbehörde durchsucht werden. Noch im Mai engagierten sich dort lediglich 65 ehrenamtliche Helfer. In den zwei Wochen nach Trumps Wahlsieg meldeten sich mehr als 1.000 neue Freiwillige an, wie Peter Pedemonti sagt, Geschäftsführer der Initiative Neue Kirchenasylbewegung.

"Wir wissen, dass wir jetzt an einem anderen Punkt in der Geschichte stehen und dass unser Glaube uns zu mutigeren Aktionen zwingt", sagt die Pfarrerin Harrington.

Familien zusammenhalten

Einige Kirchen haben ihre Versprechen schon wahr gemacht: Die Arch Street United Methodist in Philadelphia nahm vor drei Wochen einen 40-jährigen Mann aus Mexiko auf. Javier Flores war 1997 illegal in die USA eingewandert, wurde seitdem mehrere Male abgeschoben und reiste immer wieder ein. Nachdem er mehr als ein Jahr lang in einem Abschiebelager festgehalten worden war, ließ ihn die Einwanderungsbehörde für 90 Tage frei, damit er seine Ausreise vorbereiten konnte. Flores wollte sich nicht von seiner Frau und seinen drei Kindern trennen und brachte sich deshalb in dieser Zeit in Sicherheit. So erzählt es der leitende Pfarrer Robin Hynicka. "Für uns ist eine moralische Verpflichtung, Familien zusammenzuhalten."

Ingrid Encalata Latorre, die von den Quäkern in Denver aufgenommen wurde, hatte im Jahr 2000 ihre peruanische Heimatstadt Cusco verlassen und war zu einer Tante nach Colorado aufgebrochen. Dort fand sie Arbeit als Tellerwäscherin, Kinderfrau, Putzhilfe und Altenpflegerin. Im Jahr 2002 kaufte sie einem windigen Straßenverkäufer gefälschte Papiere ab. Acht Jahre später wurde Latorre festgenommen und bekannte sich des Identitätsdiebstahls schuldig.

Latorre zahlte eine Steuerschuld von 11.500 Dollar zurück und überstand ihre Bewährungszeit. Allerdings wurde durch den Fall auch die Abschiebebehörde auf die Migrantin aufmerksam. Mithilfe eines Rechtsbeistands kam sie zusammen mit ihrem Sohn Anibal in dem Quäkertagungshaus unter. Anibal ist in den USA geboren und amerikanischer Staatsbürger. Latorre will sich von Trumps Plänen nicht irre machen lassen. "Ich habe mein halbes Leben hier verbracht", sagt die 32-Jährige. "Ich habe keine Angst. Ich werde einfach kämpfen und weitermachen."

Load-Date: December 10, 2016

Die reichsten Länder kümmern sich um nur wenige Flüchtlinge; Weltweit gesehen bieten arme Länder deutlich mehr Flüchtlingen Schutz als reiche. Die Entwicklungsorganisation Oxfam hat vorgerechnet: Auch Deutschland könnte mehr tun.

ZEIT-online

Montag 18. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Oxfam; Ausg. 30

Length: 298 words

Body

Eine Frau sitzt vor einer Behörde in Mexiko, um für die USA Asyl zu beantragen.

© Giullermo Arias/AFP/Getty Images

Die Entwicklungsorganisation Oxfam fordert von den sechs größten Volkswirtschaften der Welt mehr Einsatz für Flüchtlinge. Zusammen nähmen die USA, China, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien nur etwa neun Prozent der Flüchtlinge weltweit auf, teilte Oxfam unter Angaben auf eine eigene Analyse mit. Das entspreche 2,1 Millionen Menschen.

Weltweit liegt die Zahl der von der UN offiziell registrierten Flüchtlinge und Asylbewerber bei 24 Millionen. Dazu kommen 41 Millionen Binnenflüchtlinge. Den Zahlen zufolge nähmen deutlich ärmere Länder als die reichen Industriestaaten verhältnismäßig viele Menschen auf. Auf Jordanien, die Türkei, Pakistan, Libanon, Südafrika und die besetzten palästinensischen Gebiete kämen mehr als die Hälfte aller weltweit registrierten Flüchtlinge. Dabei machen sie laut Oxfam weniger als zwei Prozent der globalen Wirtschaftskraft aus.

Robert Lindner, Referent für humanitäre Krisen und Konflikte bei Oxfam Deutschland, sagte, zwar steche Deutschland unter den Industriestaaten positiv hervor. Trotzdem könnte die Bundesrepublik erheblich mehr schutzbedürftige Menschen aufnehmen und andere Aufnahmeländer finanziell stärker unterstützen. "Die wirtschaftlich Großen machen sich mehrheitlich ganz klein, wenn es um den Flüchtlingsschutz geht."

Oxfam fordert ein koordiniertes Vorgehen reicher Staaten für einen wirksamen Flüchtlingsschutz. Vor den beiden Gipfeltreffen zu weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen am 19. und 20. September in New York will die Organisation eine internationale Kampagne starten, mit der sie Regierungen dazu drängen will, "sich ihrer humanitären Verantwortung endlich zu stellen".

Load-Date: July 18, 2016

Die reichsten Länder kümmern sich um nur wenige Flüchtlinge Weltweit gesehen bieten arme Länder deutlich mehr Flüchtlingen Schutz als reiche. Die Entwicklungsor....

End of Document

Aufenthaltort von 130.000 Flüchtlingen unbekannt; Viele Flüchtlinge kamen 2015 nie in den Unterkünften an, die für sie vorgesehen waren. Das Bundesinnenministerium glaubt, sie sind weitergereist oder untergetaucht.

ZEIT-online

Donnerstag 25. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Bundesinnenministerium; Ausg. 10

Length: 300 words

Body

Zeltunterkünfte für **Flüchtlinge** im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg

© Axel Heimken/dpa

Mehr als 130.000 Menschen, die im vergangenen Jahr als **Asylsuchende** registriert worden sind, haben ihre zuständige Aufnahmeeinrichtung nicht erreicht. Sie seien möglicherweise weitergereist oder untergetaucht, heiße es in einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Linken, berichtet die *Süddeutsche Zeitung* .

Insgesamt seien 2015 knapp 1,1 Millionen Flüchtlinge im sogenannten Easy-System erfasst worden. Wo sich rund 13 Prozent von ihnen aufhalten, sei unklar. Der Chef des Bundesamts für Migration (Bamf), Frank-Jürgen Weise, sagte, die Behörden würden von bis zu 400.000 Flüchtlingen Namen und Identität nicht kennen.

In seiner Antwort schreibt das Innenministerium den Angaben zufolge auch, dass 2015 weniger Flüchtlinge als zuvor auf andere Europäische Staaten verteilt worden seien. Die deutschen Behörden stellten im vergangenen Jahr bei jedem zehnten Bewerber die Anfrage an das jeweils zuständige EU-Land, diesen zurückzunehmen, berichtet die *Süddeutsche Zeitung* . Im Jahr 2014 war dies noch bei jedem fünften Bewerber der Fall gewesen.

Das Dublin-System der EU legt fest, dass derjenige Mitgliedsstaat für einen Flüchtling verantwortlich ist, in dem dieser erstmals nachweislich den Boden der Europäischen Union betritt. In vielen Fällen ist dies Griechenland, Italien und Ungarn. Deutschland stellte 2015 insgesamt 45.000 sogenannte Übernahmeersuchen, davon wurden etwa 3.600 vollzogen. Andere EU-Staaten schickten 3.000 Asylsuchende in die Bundesrepublik. Somit sind weniger als 600 Menschen aus Deutschland in die EU verteilt worden. Gemessen an 442.000 Asylanträgen im vergangenen Jahr sei dies eine Entlastung von 0,1 Prozent, heißt es in dem Bericht.

Load-Date: February 25, 2016

Europas Blick auf die Flüchtlinge; Europas Spitzenpolitiker suchen nach einer Lösung in der Flüchtlingskrise. Den einen geht es um eine faire Verteilung, den anderen vor allem um Abwehr und Abschreckung.

ZEIT-online

Dienstag 22. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 38

Length: 1532 words

Byline: Ulrich Krökel;Khuê Pham;Zacharias Zacharakis;Katharina Schuler;Paul Middelhoff;Marius Elfering

Body

Migranten auf den Gleisen an der serbisch-ungarischen Grenze nahe Röszke

© Christopher Furlong/Getty Images

Besonders Deutschland hat von seinen Partnern in der EU in den vergangenen Wochen immer wieder eine europäische Lösung für die **Flüchtlingskrise** gefordert. Diese lasse sich nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung meistern, hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel gesagt. Gelingt dies nicht, gehe ein entscheidender Gründungsimpuls der EU verloren. Die zentrale Forderung der Deutschen: eine faire Verteilung der **Flüchtlinge** in Europa. Bislang werden die meisten **Asylanträge** in Deutschland gestellt.

Wie groß der Wille zu einer solchen Kraftanstrengung in der EU ist, wird sich in dieser Woche zeigen. Am Dienstag treffen sich zuerst die Innenminister der EU-Staaten. Sie sollen zunächst über die Verteilung von weiteren 120.000 **Flüchtlingen** entscheiden, die sich derzeit in Griechenland, Italien und Ungarn befinden. Entscheidender Streitpunkt ist, ob man sich auf eine verpflichtende Quote einigt oder ob die Länder sich freiwillig bereit erklären eine bestimmte Zahl von **Flüchtlingen** aufzunehmen.

Die Regierungschefs sollen sich am Mittwoch auf weitere wichtige Themen konzentrieren: den besseren Schutz der EU-Außengrenze zum Beispiel oder auf Finanzhilfen für Länder mit **Flüchtlingslagern** außerhalb der EU.

Wie ist die Stimmung in den Ländern, zu welchen Zugeständnissen sind sie bereit und sehen sie überhaupt die Notwendigkeit, die europäische Flüchtlingspolitik neu zu regeln? Ein Überblick:

Die osteuropäischen Bremser

Am Tag vor dem EU-Sondergipfel macht **Polens** wichtigste Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* mit einer neuen Umfrage zur Flüchtlingskrise auf. Demnach kennen vier von fünf Polen keinen Muslim persönlich. Aber drei von vier Polen haben Angst vor Migranten. Vor diesem Hintergrund hat sich die Regierung positioniert: Feste Flüchtlingsquoten lehnt sie ab. Ministerpräsidentin Ewa Kopacz signalisierte die Bereitschaft, "eine symbolische Zahl" an Asylsuchenden aufzunehmen, aber "ausschließlich Kriegsopfer, keine Wirtschaftsflüchtlinge".

Europas Blick auf die Flüchtlinge Europas Spitzenpolitiker suchen nach einer Lösung in der Flüchtlingskrise. Den einen geht es um eine faire Verteilung, den and....

Beim EU-Gipfel entscheidend ist für Polen, aber auch für die Regierungen in **Tschechien, der Slowakei und den baltischen Staaten**, dass kein Verfahren eingeführt wird, das eine automatisierte Verteilung von Flüchtlingen auf die einzelnen EU-Länder vorsieht.

Zweiter zentraler Punkt der Osteuropäer ist die Sicherung der Außengrenzen. Die genannten Staaten drängen darauf, dass sich die EU stärker gegen die Flüchtlinge abschottet und stattdessen in Krisenregionen "präventiv" tätig wird.

Dieser Ansatz ist vor allem in **Ungarn** populär, das vom Andrang der Flüchtlinge am stärksten betroffen ist. Ministerpräsident Viktor Orbán hat an der Grenze zu Serbien einen Nato-Drahtzaun bauen lassen und ähnliche Anlagen an den Grenzen zu Rumänien und Kroatien in Auftrag gegeben sowie die Präsenz von Militär und Polizei verstärkt.

Die Position des Rechtspopulisten Orbán ist klar: Er will offensive Flüchtlingsabwehr. Die bereits im Land befindlichen Asylbewerber will Ungarn entweder in ihre Heimat abschieben oder nach Österreich und Deutschland "weiterreichen".

Ulrich Krökel

Abweisendes Großbritannien

Als David Cameron in diesem Mai als britischer Premierminister wiedergewählt wurde, erneuerte er ein Versprechen aus seiner ersten Amtszeit: Er werde die Zahl der Einwanderer senken, und zwar deutlich. Statt 330.000 Netto-Einwanderern im vergangenen Jahr (die Zahl bezeichnet die Differenz zwischen denen, die ins Land kommen, und denen, die es verlassen) sollen es künftig nur noch 100.000 jährlich sein. Dieser Vorsatz bestimmt auch die Flüchtlingspolitik seiner konservativen Regierung: Bloß keine Anreize für Zuwanderer schaffen!

Es gibt viele Vorurteile gegenüber Flüchtlingen. Wir haben in einer Kartengeschichte die verbreitetsten mit Fakten konfrontiert:

"Als moralische Nation werden wir unsere moralischen und humanitären Pflichten erfüllen", sagte Cameron Anfang September, nachdem das Foto des dreijährigen Ailan Kurdi die britische Bevölkerung wachgerüttelt hatte. "Aber der beste Weg zu helfen ist nicht, die Flüchtlinge dazu zu ermuntern, den gefährlichen Weg hierher zu machen, sondern sie in den Flüchtlingscamps vor Ort anzusiedeln." Er hält nichts von der Idee, die hier Ankommenden mittels einer Quote über Europa zu verteilen. Er hat ausgeschlossen, dass sich Großbritannien - das nicht zum Schengen-Raum gehört und daher nicht verpflichtet werden kann - an dem Schlüssel beteiligt wird.

Stattdessen hat Cameron angekündigt, in den kommenden fünf Jahren 20.000 Syrer direkt aus den Flüchtlingscamps der Region ins Land zu holen. Das Programm für gefährdete Personen hilft Menschen, die Opfer von Folter oder sexueller Gewalt wurden oder alt und behindert sind. Es läuft seit März 2014, seither wurden 216 Syrer dafür ausgewählt.

Khuê Pham

Die Ankunftsländer Griechenland und Italien

Für Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa fliehen, sind Italien und Griechenland die Hauptankunftsländer. Allein in diesem Jahr kamen mehr als 230.000 Menschen meist auf kleinen Schlauchbooten auf den griechischen Inseln an. An der italienischen Küste landeten bis Mitte September 122.636 Bootsflüchtlinge - und das, obwohl vor allem viele Syrer die lebensgefährliche Route übers Mittelmeer mittlerweile meiden und stattdessen den Landweg über die Türkei wählen.

Von daher ist es nicht verwunderlich, dass der griechische Regierungschef Alexis Tsipras und sein italienischer Kollege Matteo Renzi seit Langem auf eine feste Quote in der EU zur Verteilung der Flüchtlinge drängen. Europa muss in dieser Frage mehr Solidarität zeigen, fordern sie.

Europas Blick auf die Flüchtlinge Europas Spitzenpolitiker suchen nach einer Lösung in der Flüchtlingskrise. Den einen geht es um eine faire Verteilung, den and....

Italien und Griechenland sehen sich - wie Ungarn - aber auch Kritik aus der EU ausgesetzt, weil sie viele Flüchtlinge nicht registrieren, sondern sie in andere EU-Staaten weiterziehen lassen.

Die EU-Kommission will in diesen Ländern deswegen sogenannte Hotspots etablieren. Dort sollen die Menschen nicht nur registriert werden, es soll auch sofort darüber entschieden werden, ob sie Anspruch auf Asyl haben oder nicht. In den betreffenden Ländern müssten deswegen weitere große Lager eingerichtet werden, in denen die Menschen auf den Ausgang ihrer Verfahren warten könnten.

Die griechische Regierung hat in dieser Frage bisher kooperiert. Italien will die Hotspots zumindest in größerem Umfang erst in Betrieb nehmen, wenn es eine Zusage für die Umverteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU hat.

Zacharias Zacharakis und Katharina Schuler

Zögerliches Frankreich

Im vergangenen Jahr haben rund 57.000 Menschen in Frankreich einen Asylantrag gestellt. Insgesamt liegt die Quote bei 0,9 Asylbewerbern pro 1.000 Einwohnern. Im europäischen Vergleich ist das relativ wenig. In Schweden kommen auf 1.000 Einwohner 7,8 Asylanträge. Viele Menschen in Frankreich sehen die Entwicklung dennoch kritisch.

Vor allem der starke rechtsextreme Front National versucht, aus der Flüchtlingskrise Gewinn zu schlagen. Aber auch mehr als die Hälfte der Franzosen spricht sich gegen die Einwanderung von Menschen aus Nicht-EU-Ländern aus. Die Bürgermeister einiger französischer Städte weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen. Und wenn, dann bitte nur Christen.

Die Haltung der Regierung ist zögerlich. Zwar unterstützt Frankreich Deutschland bei der Forderung, die Flüchtlinge nach einer festen Quote zu verteilen. Der Vorschlag Deutschlands, dass EU-Partner, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, finanziell sanktioniert werden sollten, stieß in Paris aber auf Ablehnung.

Auch ansonsten gibt sich die Regierung reserviert. Als in den vergangenen Wochen täglich Tausende Flüchtlinge am Münchner Hauptbahnhof eintrafen, erklärte sich Paris zur Aufnahme von tausend dieser Menschen bereit.

Marius Elfering

Gespaltene Skandinavien

In Skandinavien klaffen Anspruch und Wirklichkeit seit Jahren auseinander: Die Staaten in Nordeuropa halten sich für aufgeklärte Willkommengesellschaften. Doch während Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland diesem Anspruch zur Zeit der Kriege im ehemaligen Jugoslawien auch gerecht wurden, ist die Hilfsbereitschaft der Skandinavien über die Jahre der Realpolitik gewichen.

Die Regierung **Dänemarks** zum Beispiel begrenzt den Zuzug von Einwanderern: Anfang des Monats trat ein Gesetz in Kraft, demzufolge Migranten und Asylsuchende künftig nur noch die Hälfte der bisherigen Sozialhilfe bekommen. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten wird es für Einwanderer ohne Arbeit deshalb künftig kaum möglich sein, sich in Dänemark ein neues Leben aufzubauen.

Schweden hingegen nimmt, zusammen mit Deutschland, mehr Asylbewerber auf als alle anderen EU-Staaten. 80.000 sollen es allein in diesem Jahr werden, bei nur 9,5 Millionen Einwohnern. Doch der Rückhalt für die liberale Asylpolitik der Regierung schwindet: Ersten Umfragen zufolge legen die rechtspopulistischen Schwedendemokraten stark zu - sie fordern seit Jahren Abschiebungen und schärferen Asylgesetzen.

Die schwedische Regierung unterstützt dennoch die Forderung nach einer verbindlichen Quote, Dänemark ist dagegen, wäre aber aufgrund einer Ausnahmeregelung zum Maastricht-Vertrag aber nicht verpflichtet, diese umzusetzen.

Europas Blick auf die Flüchtlinge Europas Spitzenpolitiker suchen nach einer Lösung in der Flüchtlingskrise.
Den einen geht es um eine faire Verteilung, den and....

Paul Middelhoff

Load-Date: September 22, 2015

End of Document

Das Jahr, das Deutschland veränderte; 2015 war eine Zäsur der deutschen Geschichte: Nie zuvor suchten hier so viele Menschen Schutz. Wir haben einige Daten zusammengestellt, die Sie kennen sollten.

ZEIT-online

Mittwoch 9. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 11

Length: 1133 words

Byline: Till Daldrup

Body

Anstehen für ein besseres Leben: Tausende **Flüchtlinge** kamen 2015 nach Deutschland.

© Picture Alliance

2015 war für Deutschland ein besonderes Jahr. Nie zuvor kamen so viele Menschen ins Land, suchten hier Schutz vor Krieg, Verfolgung und Armut. Knapp 500.000 von diesen Menschen haben **Asyl** beantragt. Das bedeutet: Sie sind registriert, das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) kennt ihre Namen, ihr Alter und ihr Herkunftsland.

Doch wie viele Flüchtlinge sich tatsächlich in Deutschland aufhalten, ist unklar

Immer wieder heißt es, mehr als eine Million neu angekommene Flüchtlinge lebe zurzeit in der Bundesrepublik. Diese Zahl bezieht sich auf die Easy-Registrierung (Erstverteilung für Asylbewerber): Darin werden alle Flüchtlinge gezählt, die die Grenze überschritten haben. Demnach kamen im vergangenen Jahr 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland. Doch ob sie auch hier blieben, darüber sagt diese Zahl nichts aus.

```
@media screen and (min-width: 700px) { .zg-halfwidth--right { margin-left: 1em; margin-right: 20px; float: right; width: 340px; } }
```

Viele der Flüchtlinge, die keinen Asylantrag stellten, sind vermutlich in andere Länder weitergereist. In Schweden kamen 2015 beispielsweise etwa 160.000 Asylsuchende an. Die meisten von ihnen dürften Deutschland durchquert haben. Andere sind enttäuscht von ihrem neuen Leben hierzulande und ziehen wieder zurück in ihre Heimat. Wie viele Menschen bereits ausgereist sind, ist nirgendwo erfasst.

Einen Teil der Asylsuchenden dürfte es zudem nur auf dem Papier geben: Das Bamf schließt nicht aus, dass Flüchtlinge doppelt gezählt wurden. Bei der Easy-Erfassung wurden bis vor kurzem keine Namen oder Geburtsdaten festgehalten - ob jemand schon einmal registriert wurde, ist also nicht nachvollziehbar.

Das Jahr, das Deutschland veränderte 2015 war eine Zäsur der deutschen Geschichte: Nie zuvor suchten hier so viele Menschen Schutz. Wir haben einige Daten zusam....

Die Registrierung wird nun verbessert, seit Februar werden an der Grenze alle persönlichen Daten aufgenommen. Doch bislang bleibt die Zahl der gestellten Asylanträge die einzige belastbare Zahl. Sie lässt einige Schlüsse zu.

Zuerst kamen die meisten Asylbewerber vom Balkan, jetzt kommen sie aus dem Nahen Osten

Im vergangenen Jahr gab es zwei große Flüchtlingsbewegungen: Im Frühjahr kamen viele Bewerber vom Balkan, vor allem Menschen aus Albanien und dem Kosovo suchten in Deutschland Asyl.

Doch erst ab September stiegen die Flüchtlingszahlen wirklich stark an. Seither kommen immer mehr Menschen aus Syrien nach Deutschland, aber auch Flüchtlinge aus dem Irak und Afghanistan suchen hierzulande Schutz.

Die meisten Asylbewerber sind unter 30 Jahre alt und männlich. Nur ein Drittel aller Flüchtlinge sind Frauen. Durch den Familiennachzug könnte sich das Geschlechts- und Altersgefälle allerdings verschieben.

Die meisten Asylanträge pro Einwohner werden in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland gestellt

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraction @media screen and (min-width: 700px) { .zg-halfwidth--right { margin-left: 1em; margin-right: 20px; float: right; width: 340px; } }

Mit der EASY-Registrierung werden die Asylsuchenden gemäß des Königsteiner Schlüssels auf die Bundesländer verteilt, dort sollen sie dann ihren Asylantrag stellen. Doch wie viele am Ort im vergangenen Jahr Asyl beantragt haben, unterscheidet sich stark von Bundesland zu Bundesland: Nur etwa ein Drittel der Einwanderer, die Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zugewiesen wurden, haben dort bisher auch einen Asylantrag gestellt.

In Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland sind es hingegen 80 Prozent. Dort gibt es auch auf die Einwohnerzahl gerechnet die meisten Asylbewerber. Die Unterschiede könnten daraus resultieren, dass einige Länder nicht mit der Annahme der Asylanträge hinterherkommen - deshalb tauchen einige Bewerber noch nicht in den Statistiken auf. Dieses Problem trifft vermutlich vor allem jene Länder, die für Flüchtlinge besonders attraktiv sind, weil dort schon Communities der eigenen Nationalität entstanden sind. Denn wer flieht, folgt häufig den Pfaden, die Verwandte oder Bekannte schon beschritten haben.

Flüchtlinge vom Westbalkan machen den Großteil der abgelehnten Asylbewerber aus

Asylbewerber aus den sechs Balkanstaaten Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo und Albanien werden in fast jedem Fall abgelehnt. Das Bamf bearbeitet ihre Anträge im Schnellverfahren, sie sollen möglichst bald in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Die Zahl der Bewerber vom Balkan ist dadurch in den vergangenen Monaten stark zurückgegangen.

Fast alle anderen haben gute Chancen auf Asyl: Ohne die Flüchtlinge vom Balkan liegt die Anerkennungsquote der übrigen Asylbewerber bei 93,5 Prozent.

Die meisten Flüchtlinge haben gute Chancen auf Asyl, müssen aber trotzdem lange darauf warten

Nahezu allen Bewerbern aus Syrien und dem Irak wird Asyl gewährt. Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Iran und Eritrea werden zu 75 bis 99 Prozent anerkannt. Trotzdem müssen sie oft lange warten: Anträge von Syrern, Irakern und Bewohnern des Westbalkans werden priorisiert, deshalb dauert das Verfahren für alle anderen oft länger. So warten Iraner im Schnitt knapp eineinhalb Jahre, bis über ihren Asylantrag entschieden wird.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat seine Ziele bislang nicht erreicht

Das Ziel des Bamf ist es, die Verfahrensdauer für Asylanträge auf drei Monate zu senken. Zurzeit liegt sie im Schnitt bei fünf Monaten. Und die drei Monate Wartezeit, die Asylsuchende mindestens einplanen müssen, bis

Das Jahr, das Deutschland veränderte 2015 war eine Zäsur der deutschen Geschichte: Nie zuvor suchten hier so viele Menschen Schutz. Wir haben einige Daten zusam....

sie überhaupt einen Asylantrag stellen können, sind da noch nicht mitgerechnet. Die Außenstellen des Bamf sind zurzeit also schlicht überlastet. Deshalb wird das Personal aufgestockt.

Wie es weitergeht, hängt von den Staaten an der Balkanroute und von der Türkei ab

Ob die Zahl der Asylbewerber in Deutschland in den nächsten Monaten steigen wird, ist nicht klar. Länder wie Ungarn und Mazedonien, aber auch Slowenien und Kroatien riegeln ihre Grenzen mittlerweile ab und lassen nur noch wenige Menschen durchreisen. Flüchtlinge sammeln sich dadurch vor allem in Griechenland. In Deutschland könnte die Zahl der ankommenden Asylbewerber also stark sinken.

Für die weitere Entwicklung sind vor allem die Verhandlungen der EU mit der Türkei wichtig: Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu hat angeboten, alle neu in Griechenland ankommenden Flüchtlinge zurückzunehmen - dafür fordert er aber finanzielle Unterstützung. Außerdem soll die EU ebenso viele Flüchtlinge regulär einreisen lassen, wie die Türkei aus Griechenland übernimmt. Ob sich die EU und die Türkei auf ein solches Verfahren einigen, wird der EU-Gipfel in der kommenden Woche zeigen.

Load-Date: March 9, 2016

Wie mit Flüchtlingszahlen Politik gemacht wird; Asylbewerberzahlen steigen. Politiker nutzen sie, um Angst vor Flüchtlingen zu schüren. Die Statistik belegt, wie unbegründet das ist.

ZEIT-online

Freitag 8. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylanträge; Ausg. 19

Length: 554 words

Byline: Lena Klimkeit; Sascha Venohr

Body

Flüchtlingskinder spielen in einer Notunterkunft für **Asylbewerber** zwischen Feldbetten.

© David Ebener/dpa

Ist Deutschland das **Flüchtlingsheim** Europas oder gar der Welt? Innenminister Thomas de Maizière versucht gerne, diesen Eindruck zu erwecken. "Wir sind das Land mit den meisten **Asylanträgen** weltweit", sagt er. Auch Entwicklungsminister Gerd Müller baut ein Bedrohungsszenario auf, wenn er sagt, dass die deutschen Kommunen nicht alleine die weltweiten **Flüchtlingskrisen** lösen können. Das müssen sie auch gar nicht. Denn die Politiker verzerren das Bild. In Wahrheit tut Deutschland in der **Flüchtlingskrise** viel weniger als andere Länder. Und Deutschland tut viel weniger, als es könnte und als es früher getan hat.

Zwar suchte 2014 jeder dritte der mehr als 626.000 Asylbewerber in der Europäischen Union Zuflucht in Deutschland. Am Freitag beraten Bund und Länder im Kanzleramt, wie mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen umgegangen werden soll. Im Ländervergleich stand die Bundesrepublik im vergangenen Jahr mit mehr als 200.000 Asylsuchenden tatsächlich an der Spitze. Setzt man die Zahlen aber ins Verhältnis zur Bevölkerung des jeweiligen Landes, befindet sich Deutschland in der Rangliste in Wahrheit weit hinter Schweden, Ungarn, Österreich und Malta erst an neunter Stelle.

Die Asylbewerberzahlen sagen außerdem nichts darüber aus, wie viele Menschen in dem jeweiligen Land bleiben, denn im Asylverfahren wird kräftig ausgesiebt. Mehr als 200.000 Menschen beantragten 2014 Asyl in Deutschland, entschieden wurden in dem Jahr aber nur etwas mehr als 97.000 Anträge, rund 40.500 Menschen durften bleiben. Das entspricht lediglich 20 Prozent der Menge der Asylbewerber. Ein Beispiel könnten wir uns an Schweden nehmen: Dort beantragten 2014 mehr als 81.000 Menschen Asyl, fast 40.000 Anträge wurden entschieden, mehr als 30.000 Menschen konnten bleiben. Das sind fast 40 Prozent.

Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl geht das deutsche Engagement in der Flüchtlingsfrage nicht weit genug: Deutschland - immerhin eines der reichsten Länder der Welt - müsse bereit sein, mehr Flüchtlinge als andere EU-Staaten aufzunehmen. Von Bund und Ländern fordert Pro Asyl etwa neue Aufnahmeprogramme für

Wie mit Flüchtlingszahlen Politik gemacht wird Asylbewerberzahlen steigen. Politiker nutzen sie, um Angst vor Flüchtlingen zu schüren. Die Statistik belegt, wie....

Syrer und Iraker. Diese zählten zwischen 2005 und 2014 zu den größten Gruppen der Asylbewerber in Deutschland. Aber auch zunehmend viele Serben beantragten in den vergangenen zehn Jahren Asyl in der Bundesrepublik. Das will die Bundesregierung beenden. Seit November stuft sie den Balkanstaat wie auch Mazedonien und Bosnien und Herzegowina als "sicheres Herkunftsland" ein. Menschen aus diesen Ländern haben damit keine Chance mehr, dass ihr Asylantrag angenommen wird.

Aber die Zahlen steigen doch immer weiter, immer mehr Menschen wollen hier her, sagen Asylgegner. Ja. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat seine Prognose für 2015 von 300.000 auf 400.000 Flüchtlinge korrigiert, weil die Syrien-Krise anhält und sich die Situation im Irak weiter verschlechtert. Damit wäre die Zahl der Asylbewerber doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr. Aber das ist nichts Neues: Schließlich lösten die Kriege auf dem Balkan in den neunziger Jahren schon einmal eine so große Flüchtlingswelle aus. 1992 suchten 438.191 Menschen Schutz in Deutschland.

Load-Date: May 8, 2015

End of Document

EU beschließt gemeinsame Abschiebepolitik; Die neuen Richtlinien zur EU-Rückführungspolitik sollen für jene Flüchtlinge gelten, die kein Recht auf Asyl haben. Sie sollen schneller abgeschoben werden können.

ZEIT-online

Donnerstag 8. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 41

Length: 287 words

Body

Abgeschobene **Asylbewerber** warten am Baden-Airport in Rheinmu\x{0308}nster auf ihren Abflug.

© Patrick Seeger/dpa

Die Innenminister der EU haben einen umfangreichen Plan zur Beschleunigung und Ausweitung von Abschiebungen beschlossen. In Luxemburg verabschiedeten sie ein zehnteitiges Papier zur "Zukunft der EU-Rückführungspolitik", das unter anderem gemeinsame Abschiebeflüge vorsieht, die von der EU-Grenzagentur Frontex finanziert und organisiert werden. Darüber hinaus will die EU Herkunftsländer durch Anreize wie mehr Entwicklungshilfe dazu bringen, ihre geflüchteten Bürger auch wieder aufzunehmen.

"Wir müssen diejenigen schützen, die internationalen Schutz brauchen", sagte Luxemburgs Außen- und Migrationsminister Jean Asselborn als Vertreter der amtierenden EU-Ratspräsidentschaft. "Diejenigen, die dies nicht brauchen, müssen in ihre Herkunftsländer zurückkehren." Konsequente Abschiebungen seien "die andere Seite der Medaille" der EU-Flüchtlingspolitik. Besonders betroffen sind sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge aus von der EU als sicher eingestuften Herkunftsländern. Darunter werden zum Beispiel Serbien, Albanien, Montenegro und der Kosovo gezählt.

Für die EU geht es dabei angesichts stark gestiegener Flüchtlingszahlen auch um ein deutliches Zeichen nach außen: "Erhöhte Rückführungsquoten sollen als Abschreckung gegenüber irregulärer Einwanderung wirken", heißt es in dem nun verabschiedeten Papier.

Bereits seit einiger Zeit rät Deutschland in den Herkunftsländern der Flüchtlinge mittels Anzeigen in Zeitungen und auch bei Facebook davon ab, das Heimatland zu verlassen. Begründet wird dies mit der geringen Aufnahmequote von Menschen aus Westbalkanländern.

Load-Date: October 8, 2015

Wächter an Deutschlands offenen Toren; Deutschland sei Hauptziel illegaler Einwanderer, so die Bundespolizei. Sie fordert, alle ohne Chance auf Asyl schnell abzuschieben, damit Platz für die Bedürftigen sei.

ZEIT-online

Mittwoch 17. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Illegale Einwanderer; Ausg. 24

Length: 1755 words

Byline: Kai Biermann

Body

Zwei Bundespolizisten nehmen am Bahnhof Rosenheim (Bayern) die Personalien von im Zug aufgegriffenen **Flüchtlingen** auf.

© Nicolas Armer/dpa

Der Eurocity 88, der von Verona nach München fährt, hat oft Verspätung. Auch der EC 86 von Venedig und der EC 188 von Bologna kommen immer wieder zu spät in München an. Der Grund sind polizeiliche Ermittlungen, sagt die Bahn.

Hinter der lapidaren Zwei-Wort-Floskel verbergen sich Dramen. Denn "polizeiliche Ermittlungen" ist die Umschreibung dafür, dass viele illegale Einwanderer versuchen, mit diesen Zügen nach Deutschland einzureisen, und dann bei Kontrollen auffallen. Allein am Pfingstwochenende registrierten Beamte der Bundespolizei in diesen drei Zügen insgesamt 370 Menschen, die ohne Aufenthaltserlaubnis ins Land gelangen wollten.

Sie kommen aus Eritrea, Somalia, Ghana, aus Syrien, Libyen, Afghanistan. Sie haben lange und lebensgefährliche Touren hinter sich. Ihr letzter Abschnitt führt sie oft über die österreichisch-deutsche Grenze zwischen Kufstein und Rosenheim. Die Bundespolizei nennt es die zentralmediterrane Route: über Nordafrika nach Griechenland oder Italien, dann per Zug nach Österreich und letztlich nach Deutschland.

Viel wird über Menschen wie sie debattiert. Weil es viele sind, weil sie auf dem Weg nach Europa in der Wüste und im Mittelmeer sterben, weil sie in Containern leben müssen, wenn sie es bis hierher geschafft haben. Kommunen fordern Milliarden vom Bund, um sie unterzubringen. Manche demonstrieren auf der Straße, aus Angst vor den Fremden und davor, Wohlstand zu verlieren und mit neuen Menschen auch neue Kriminalität ins Land zu bekommen.

Angst ist ein guter Warner, aber ein schlechter Ratgeber. Wer politisch handeln will, braucht Fakten, nicht Gefühle.

Einer, der solche Fakten täglich sammelt, ist Dieter Romann. Groß, massig, breiter Rücken, kräftiger Händedruck, steht er in seinem Büro im Bundespolizeipräsidium in Potsdam am Fenster und schaut auf die Bäume davor.

Wächter an Deutschlands offenen Toren Deutschland sei Hauptziel illegaler Einwanderer, so die Bundespolizei. Sie fordert, alle ohne Chance auf Asyl schnell abzu....

Romann hat schon auf vielen Positionen im Innenministerium gearbeitet, seit 2012 ist er Präsident der Bundespolizei. Er befehligt 40.000 Polizistinnen und Polizisten, deren Job es ist, an Flughäfen und Bahnhöfen illegale Einwanderer zu finden. "Wir sind im dritten Jahr in Folge Hauptzielland illegaler Migration", sagt Romann. Und dann sagt er noch einen Satz: "Die Ursachen setzen wir selbst."

Asyl ist ein Menschenrecht, Deutschland hat es sich in den Paragraphen 16 des Grundgesetzes geschrieben. Doch einfach ist das alles nicht. Seit 2010 steigt die Zahl derjenigen wieder, die in Deutschland Asyl suchen. Damit verbunden wächst die Menge der illegalen Einwanderer stetig. 32.500 wurden 2013 in Deutschland festgestellt. 2014 waren es nahezu doppelt so viele, hat die Bundespolizei gezählt. In diesem Jahr werden es wohl noch mehr werden.

Deutschland sei im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu attraktiv, sagt Romann. Asylsuchende bekämen hier vom ersten Tag an Hartz IV. "Das sind 100 Euro mehr, als ein albanischer Polizist im Monat verdient." Andere EU-Länder, die vor allem Sachleistungen gewährten, wirkten weniger anziehend. Dauerten die Asylverfahren zu lange, erhöhe das die Attraktivität zusätzlich. Romann findet es daher richtig, dass Innenminister Thomas de Maizière das Asylverfahren beschleunigen will, dass er offensichtlich unbegründete Anträge beispielsweise von Menschen aus dem westlichen Balkan schneller bearbeitet, diese Menschen schneller wieder abgeschoben sehen will.

Denn neben der zentral-mediterranen Route gibt es noch eine zweite, die nach Deutschland führt: die sogenannte Westbalkan-Route. Ausgangspunkt sind Länder wie Albanien oder Kosovo. Die Menschen von dort kommen nicht, weil sie vor Krieg und Verfolgung fliehen. Sie kommen, weil das wirtschaftliche Gefälle so groß ist und Deutschland im Vergleich zu ihren Ländern so reich. Romann nennt sie Armutsmigranten.

Viele Asylanträge sind chancenlos

Sie beantragen zu Tausenden Asyl, obwohl ihre Anträge keine Chance haben. Bis April wurden bereits 114.125 Asylanträge registriert. Ein sehr großer Teil davon, 47.852 oder 42 Prozent, wurde von Menschen aus dem Kosovo, aus Albanien, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gestellt. Die Bundespolizei würde es am liebsten sehen, wenn Anträge aus diesen Ländern sofort abgelehnt werden könnten.

Das ginge, würde Deutschland diese Länder wie EU-Mitglieder als "sichere Drittstaaten" behandeln. Nach dem sogenannten Dubliner Übereinkommen ist es eigentlich heute schon für jeden, der auf dem Landweg nach Deutschland reist, praktisch unmöglich, hier Asyl zu beantragen. Denn das geht nur in dem europäischen Land, auf dessen Boden der Flüchtling zuerst seinen Fuß setzt.

gallery Flüchtlinge schlafen in Italien in Bahnhöfen und auf den Straßen. Am Wochenende wollten etwa 200 über die französische Grenze - und wurden daran gehindert. Flüchtlinge schlafen in Italien in Bahnhöfen und auf den Straßen. Am Wochenende wollten etwa 200 über die französische Grenze - und wurden daran gehindert.

© Jean Christophe Magnenet/AFP/Getty Images

Im Zweifel ist das zurzeit Italien. Doch Italien ist weniger attraktiv und außerdem schon mit den Menschen überfordert, die über das Mittelmeer fliehen. So reisen viele weiter bis nach Rosenheim, und die Italiener lassen es zu. Wegen eines bilateralen Abkommens zwischen Wien und Berlin dürfen sie auch nicht wieder nach Österreich zurückgeschickt werden. Also bleiben sie.

Romann ist Polizist, er soll Gesetze durchsetzen. Ändern kann er sie nicht. Aber er kann seine fachliche Meinung sagen. Deutschland habe ein Problem, sagt Romann: Es kämen zu viele Menschen, die keine Chance hätten, wegen politischer Verfolgung als Asylbewerber anerkannt zu werden. "Dadurch reduziert sich der Raum und im Ergebnis auch die Akzeptanz für tatsächlich politisch Verfolgte."

Romann wünscht sich, dass in der Debatte sauber getrennt werde - zwischen den Bootsflüchtlings aus Regionen wie Syrien und Eritrea, die vor Gefahr fliehen. Und den Menschen des westlichen Balkans.

Wächter an Deutschlands offenen Toren Deutschland sei Hauptziel illegaler Einwanderer, so die Bundespolizei. Sie fordert, alle ohne Chance auf Asyl schnell abzu....

"Man kann darüber streiten, ob unser Land mehr Zuwanderung braucht oder weniger, oder welche Zuwanderung es braucht. Aber egal, für welche Variante wir uns entscheiden, wir müssen steuern können. Man muss auch Nein! sagen - und das auch durchsetzen können", sagt er.

Schlepper reagieren schnell auf Änderungen

Aber lassen sich Flüchtlingsbewegungen überhaupt lenken? Wer sieht, was täglich auf dem Mittelmeer geschieht, bekommt Zweifel. Natürlich gibt es viele anziehende Faktoren, wirkt Deutschland attraktiv. Doch stärker noch sind die Faktoren, die die Menschen aus ihrer Heimat fliehen lassen: Krieg, Hunger, Folter. An denen etwas zu ändern, ist langwierig, teuer und mühsam. Also werden andere Pläne diskutiert: mehr Schiffe ins Mittelmeer schicken, die Grenzüberwachung mit Drohnen verbessern, Schleuser in Nordafrika mit der Armee bekämpfen, Boote an den Stränden oder auch im Meer zerstören.

Doch woher kommen all die Menschen und was davon ist überhaupt umsetzbar? Solche Fragen untersucht das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration, abgekürzt Gasim. Es wurde 2006 gegründet und soll aufklären, soll ein Frühwarnsystem sein, das ermittelt, wer wie nach Deutschland gelangt. Die zwanzig Beamten kommen von der Bundespolizei, vom Bundeskriminalamt, vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, vom Bundesnachrichtendienst und von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Außerdem schicken Auswärtiges Amt und Bundesamt für Verfassungsschutz Mitarbeiter, wenn es die Situation erfordert. Sie alle sitzen im Bundespolizeipräsidium in Potsdam.

Wer steigt in die Boote?

```
window.zonKurven      =      {                               standalone:      true                               };
window.zonKurven.imagePath="http://live0.zeit.de/infografik/wersteigtindieboote/images/";
```

Die enge Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei ist umstritten. Das Innenministerium glaubt, mit dem Problem nicht anders fertigwerden zu können. Schlepper reagieren innerhalb von zwei bis drei Tagen auf veränderte Asylverfahren und neue Grenzkontrollen. Sie sind vernetzt, das Gasim soll die Polizei vernetzen, zum Beispiel mit der europäischen Grenzpolizei Frontex. Das Gasim ermittelt nicht. Es sammelt Hinweise und Daten, schreibt Lageberichte für die Polizei und Empfehlungen für die Politik.

Beamte des Gasim betrachten viele der Vorschläge, wie mit den steigenden Zahlen an Flüchtlingen im Mittelmeer umgegangen werden soll, "differenziert", wie sie es ausdrücken würden. Mit anderen Worten: Sie sind skeptisch, dass sie irgendetwas nützen.

"Ich kann nicht von einer Festung Europa reden"

Schleuser hätten beispielsweise kaum feste Strukturen, die man zerstören könne, sagen sie. Das seien sehr flexible und lose, wenn auch international verwobene Netzwerke. Vor allem die weltweite Vernetzung erschwere erfolgreiche Ermittlungen. Gemeinsame Ermittlungsgruppen (sogenannte *joint investigation teams*) und parallele Verfahren in anderen Ländern mit gemeinsamem, europaweitem Zugriff (*common action days* genannt), könnten helfen, um staatenübergreifende Strukturen zu zerschlagen. Bislang fänden solche Einsätze aber nur zusammen mit EU-Staaten oder mit der Türkei statt. Mit nordafrikanischen Ländern sei das derzeit kaum möglich. Wie auch, dort gibt es meistens keine staatlichen Strukturen mehr, nur noch Bürgerkriegsparteien.

Auch davon, Schiffe zu zerstören, halten die Ermittler nicht viel. Flüchtlingsboote würden inzwischen in Hinterhöfen gebaut, nicht in Fabriken. Sie alle zu finden, sei schwierig bis unmöglich.

Migrationsforscher fordern deshalb Amnestien. Illegale sollten in Deutschland nicht länger kriminalisiert werden. Illegale Zuwanderung lasse sich ohnehin nicht abstellen, solange das wirtschaftliche Gefälle so groß sei, argumentieren sie. Daher sei es menschlicher, auch den illegal in Deutschland lebenden Flüchtlingen ärztliche Versorgung, Bildung und Arbeit zugänglich zu machen, statt sie wie Straftäter zu jagen. Großbritannien, Spanien oder Italien tun das seit Jahren. In Frankreich ist illegaler Aufenthalt nur eine Ordnungswidrigkeit, keine Straftat wie

Wächter an Deutschlands offenen Toren Deutschland sei Hauptziel illegaler Einwanderer, so die Bundespolizei. Sie fordert, alle ohne Chance auf Asyl schnell abzu....

in Deutschland. Solche Amnestien würden auch keine zusätzliche Illegale hierher locken, sagen Befürworter. Außerdem brauche Europa Zuwanderung.

Romann fordert keine Amnestien, er hat auch keine Antwort auf die Kriege und die Not der Fliehenden. Er soll nicht die Integration organisieren, sondern die Abwehr. Aber die funktioniert auch nicht, glaubt er. "Im vergangenen Jahr hatten wird 278.000 illegale Übertritte an den europäischen Außengrenzen. Ich kann da nicht von einer Festung Europa reden."

Load-Date: June 17, 2015

End of Document

Griechenland hält Vereinbarung für nicht pünktlich umsetzbar; Flüchtlinge, die ab Sonntag auf griechischen Inseln ankommen, sollen zurück in die Türkei geschickt werden. Athen fordert nun mehr Zeit für die Umsetzung der Beschlüsse.

ZEIT-online

Sonntag 20. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Türkei-Abkommen; Ausg. 13

Length: 577 words

Body

Flüchtlinge kommen in einem Schlauchboot aus der Türkei auf der griechischen Insel Lesbos in der Nähe der Hafenstadt Mytilini an.

© Kay Nietfeld/dpa

Die Vereinbarung der EU mit der Türkei über die Rückführung von **Flüchtlingen** kann nach Angaben eines griechischen Regierungsvertreters nicht wie geplant ab Sonntag umgesetzt werden. Ein solcher Plan lasse sich nicht "in nur 24 Stunden" umsetzen, sagte der Koordinator für Einwanderungspolitik der griechischen Regierung, Giorgos Kyritsis, am Samstagabend der Nachrichtenagentur AFP.

Bei einer Kabinettsitzung am Samstagnachmittag sei zwar ein Plan aufgestellt worden, führte Kyritsis aus. Regierungschef Alexis Tsipras habe dabei auch die sofortige Umsetzung dieses Plans gefordert. "Aber de facto braucht man Strukturen, das Personal muss vorbereitet sein und das dauert ein bisschen länger als 24 Stunden", gab der Koordinator zu bedenken.

Das beim Brüsseler Gipfel beschlossene Abkommen sieht vor, dass alle Flüchtlinge, die ab Sonntag auf griechischen Inseln ankommen, zurück in die Türkei geschickt werden sollen. Die ersten Flüchtlinge sollen am 4. April zurückgeführt werden. Die griechische Regierung hat bereits Fähren für die Inseln Lesbos und Chios angemietet, um die Menschen in die Auffanglager auf dem Festland zu bringen.

EU-Kommission drängt auf rasche Umsetzung

In zahlreichen Städten Europas haben Tausende Menschen am Samstag gegen die Flüchtlingspolitik der EU demonstriert. Kundgebungen für eine Politik der offenen Grenzen gab es unter anderem in London, Athen, Wien, Barcelona, Amsterdam sowie in mehreren Schweizer Städten.

In der Nacht wurde bekannt, dass bei der Ankunft eines überfüllten Bootes auf der griechischen Insel Lesbos zwei tote Migranten gefunden worden waren. Ärzte versuchten am Sonntag vergeblich, die beiden Männer

Griechenland hält Vereinbarung für nicht pünktlich umsetzbar Flüchtlinge, die ab Sonntag auf griechischen Inseln ankommen, sollen zurück in die Türkei geschickt....

wiederzubeleben. Das Flüchtlingsboot hatte am Sonntag Dutzende Migranten aus der Türkei in das EU-Land Griechenland gebracht.

EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis drängte am Abend auf eine rasche Umsetzung des Abkommens. Die Einigung sei ein wichtiger Schritt, sagte Dombrovskis den Zeitungen der Funke Mediengruppe laut Vorabbericht. "Sie muss jetzt schnell umgesetzt werden." Der Politiker sprach von einer großen Herausforderung für Europa. Unter anderem gehe es um die Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten.

Ratlosigkeit bei Helfern und Beamten

Mit dem am Freitag erzielten Abkommen will die EU den Flüchtlingsandrang drastisch reduzieren. Es trat an diesem Sonntag in Kraft. Für jeden Syrer, der von nun an nach Griechenland kommt und dann von der Türkei zurückgenommen wird, soll ein anderer Syrer von der EU direkt aus der Türkei aufgenommen werden. Offen ist, wie stark sich die einzelnen EU-Länder daran beteiligen werden.

Nach Angaben von Tsipras wollen die EU-Länder personelle Unterstützung schicken, darunter Experten für Asylfragen, Übersetzer und Polizisten. Doch auf Lesbos war am Samstag noch keine Verstärkung eingetroffen, und bei Beamten wie freiwilligen Helfern herrschte Ratlosigkeit.

"Wir wissen noch nicht, wie wir die Beschlüsse in der Praxis handhaben sollen", sagte ein Polizeivertreter AFP. "Wir warten vor allem dringend auf das von der EU versprochene Personal, um die Asylgesuche rasch bearbeiten zu können, die Übersetzer, Anwälte, Polizisten - alleine schaffen wir das nicht", sagte er.

Load-Date: March 20, 2016

Die meisten wollen sich integrieren; Das Integrationsgesetz fußt auf dem Prinzip Fördern und Fordern. Sanktionen greifen aber zu kurz, denn viele Flüchtlinge sind hochmotiviert. Das Problem liegt woanders.

ZEIT-online

Freitag 22. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 17

Length: 1272 words

Byline: Herbert Brücker

Body

Integrationskurs in Hannover

© dpa/Julian Stratenschulte

Die Bundesregierung will die hier angekommenen **Flüchtlinge** in die Gesellschaft integrieren und das möglichst rasch. So wichtig und richtig dies ist: Sie erweckt dabei den Eindruck, dass dies bei vielen **Migranten** nur durch Zwang möglich sein wird.

Das widerspricht aber allem, was wir bislang über die hier angekommenen **Flüchtlinge** wissen. Die Integrationskurse sind in der Regel ausgebucht, in einem von der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgelegten Sprachprogramm wurden in kürzester Zeit fast 250.000 Teilnehmer gezählt. Die Ergebnisse einer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführten qualitativen Studie zeigen, dass die Motivation von **geflüchteten** Menschen außergewöhnlich hoch ist, die deutsche Sprache zu erlernen und hier zu arbeiten.

Dem Integrationswillen der Flüchtlinge steht bislang jedoch ein nur unzureichendes Angebot gegenüber. Erst seit November 2015 gibt es die gesetzliche Grundlage, flächendeckend Integrationskurse in Deutschland einzuführen. Asylbewerber, bei denen die Anerkennungswahrscheinlichkeit unter 50 Prozent liegt, das betrifft beispielsweise Menschen aus Afghanistan, bleiben weiterhin ausgeschlossen. Die gesamte Infrastruktur für die Integration der Flüchtlinge befindet sich noch im Aufbau.

Zu diesem Zeitpunkt an erster Stelle mit Sanktionen zu drohen verkennt, dass wir gegenwärtig immer noch eher ein Angebots- als ein Nachfrageproblem haben. Deshalb ist das Prinzip "Fördern und Fordern" nicht grundsätzlich falsch. Sinnvoller wäre es, Zielvereinbarungen zu treffen, in denen sich beide Seiten auf individuell angelegte und verbindliche Integrationsmaßnahmen verständigen. Eine *One-fits-all* -Politik wird der Komplexität der Integrationsaufgabe nicht gerecht.

Natürlich wird es auch unter den Flüchtlingen Menschen geben, die sich an den Integrationsmaßnahmen aus welchen Motiven auch immer nicht beteiligen wollen. In einem solchen Fall sind aber schon heute Sanktionen

Die meisten wollen sich integrieren Das Integrationsgesetz fußt auf dem Prinzip Fördern und Fordern.
Sanktionen greifen aber zu kurz, denn viele Flüchtlinge sin....

möglich und sinnvoll - wie die Kürzung von staatlichen Leistungen. Erfahrungen aus der Arbeitsmarktpolitik belegen, dass die Wirkungen solcher Maßnahmen aber nicht überschätzt werden dürfen. Positive Anreize sind meist wirkungsvoller als die Angst vor Leistungskürzungen. Insofern sollten wir eher über Anerkennung und Belohnungen nachdenken, wenn wir die Menschen erfolgreich integrieren wollen. Sanktionen sollten den Fällen vorbehalten bleiben, in denen sich Menschen der Teilnahme an Integrationsmaßnahmen grundsätzlich verweigern.

Kein Verdrängungswettbewerb zu erwarten

Das in der vergangenen Woche vorgestellte Integrationsgesetz enthält aber auch viele sinnvolle Maßnahmen. Ein Beispiel ist die teilweise Abschaffung der Vorrangprüfung. Die gegenwärtig noch geltende Regelung macht es den Flüchtlingen nur noch schwerer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Zumal nicht zu befürchten ist, dass es zu einem echten Verdrängungswettbewerb zwischen Deutschen und Flüchtlingen kommen wird.

Eine Vorrangprüfung ist quasi ein Einstellungshemmnis, da sich unter anderem die Entlohnung nach dem regional üblichen Niveau richten soll. Da kann der Stundenlohn in prosperierenden Regionen schon mal deutlich über dem Mindestlohn liegen. Ein schlecht oder gar nicht ausgebildeter Flüchtling wird es so schwer haben, einen Job zu finden. Allerdings soll die Vorrangprüfung nur in Bundesländern und Regionen mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit abgeschafft werden. Das ist inkonsequent.

Es ist auch sinnvoll, in größerem Umfang Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) zu schaffen. Sie sind sicher kein Königsweg für die Arbeitsmarktintegration. Aber viele Flüchtlinge sind über lange Zeit aufgrund des Asylverfahrens zur Untätigkeit verurteilt. Genauso wie andere Langzeitarbeitslose verlieren sie in dieser Zeit ihre Motivation, Selbstvertrauen und ihr Humankapital wird entwertet. Je länger sie untätig bleiben, desto schwieriger wird es für sie. Arbeitsgelegenheiten können dem entgegenwirken.

Das größte Problem des Integrationsgesetzes ist die sogenannte Wohnsitzauflage. Auch nach Abschluss der Asylverfahren soll der Staat darüber entscheiden, wo geflüchtete Menschen, sofern sie von Leistungen der Grundsicherung abhängen, leben werden. Aber weiß der Staat tatsächlich besser als der Markt, wo und wie sie am besten einen Job finden?

Migranten konzentrieren sich nicht in strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, sie wandern im Gegenteil in prosperierende Ballungsräume ab. So übersteigt der Ausländeranteil in Frankfurt am Main, München und Stuttgart den von Berlin um den Faktor 1,8. Arbeitsmarktintegration hat viel damit zu tun, wie die richtige Arbeitsstelle und die richtige Person zusammen kommen, wie der *match* zustande kommt. Und das gelingt in Ballungsräumen mit diversifizierten Arbeitsmärkten sehr viel leichter als in strukturschwachen Regionen auf dem Land. Richtig, das Integrationsgesetz schließt Arbeitsmobilität nicht aus. Wer einen Arbeitsplatz gefunden hat und sich selbst finanzieren kann, darf umziehen. Aber es erschwert die Arbeitssuche, und die Arbeitssuche ist entscheidender Teil der Arbeitsmobilität.

Wie verhindern wir Parallelgesellschaften?

Dagegen wird oft eingewendet, dass durch die Konzentration von Migranten Parallelgesellschaften entstehen. Tatsächlich wirken Netzwerke ambivalent: Mehr als 60 Prozent der Flüchtlinge, die seit 1995 nach Deutschland gekommen sind, haben ihren ersten Job in Deutschland durch Familienangehörige, Freunde und Bekannte gefunden. Die Einstiegslohne sind sogar oft höher, wenn Jobs auf diesem Weg gefunden wurden. Auch bei der Wohnungssuche können Netzwerke helfen. Sie sind also eine wichtige Ressource. Aber Netzwerke haben auch Nachteile. Die Anreize Deutsch zu lernen sinken und langfristig können sich Jobs, die in Kleinunternehmen bei Familienangehörigen gefunden wurden, als Karrierefalle erweisen. Neukölln, Duisburg-Marxloh und ähnliche Stadtteile sind nicht repräsentativ für die Lebenswirklichkeit von Migranten. Aber sie sind auch Teil einer sozialen Realität. Diese Strukturen gilt es durch verbindliche Sprach- und Integrationskurse, andere Bildungsangebote und intelligentes Quartiersmanagement zu verhindern.

Man sollte bei allen Problemen in den Großstädten die ländlichen Räume nicht romantisieren: Die Integration in einer kleinen Kommune mit tausend Einwohnern und mehreren Tausend geflüchteten Menschen ist mindestens so

Die meisten wollen sich integrieren Das Integrationsgesetz fußt auf dem Prinzip Fördern und Fordern.
Sanktionen greifen aber zu kurz, denn viele Flüchtlinge sin....

schwer wie in einer Großstadt. Sicher, ein gesundes Vereinsleben kann beste Voraussetzungen für die Integration bilden. Da wird auf dem Land wie in den Städten gegenwärtig Vorbildliches geleistet. Aber es existiert auch das Gegenteil: Abschottung und Desintegration. Wahr ist auch, dass es in Kleinstädten und auf dem Land statistisch mehr Übergriffe auf Flüchtlingsheime gegeben hat als in Großstädten.

Das größte Problem ist jedoch der Wohnungsmarkt. Der Staat kann nicht allen geflüchteten Menschen bezahlbare Wohnungen in prosperierenden Ballungsräumen anbieten. Wohnraum ist dort, wo die Arbeitsmärkte florieren, sehr viel teurer als auf dem Land. Auch der dringend notwendige Ausbau des sozialen Wohnungsbaus kann hier kurzfristig keine Abhilfe schaffen.

Hier sollte der Staat eingreifen: Umziehen darf nur, wer selbst eine Wohnung findet. Deren Kosten dürfen zudem nicht ein bestimmtes Niveau überschreiten. Auch müssen die aufnehmenden Kommunen steuernd eingreifen können, sofern die Flüchtlinge von staatlichen Leistungen abhängig sind. Das würde wie eine Bremse für eine Massenzuwanderung in die Großstädte wirken und wäre integrationsfreundlicher als eine dauerhafte Beschränkung der Freizügigkeit.

Load-Date: April 22, 2016

End of Document

Taschengeld streichen bringt nichts; Der Ruf nach Leistungskürzungen für Asylbewerber vom Balkan ist populistisch und verfassungsrechtlich bedenklich. Kürzt der Staat beim Bargeld, zahlt er am Ende mehr.

ZEIT-online

Dienstag 18. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 33

Length: 1433 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Ein Bus mit **Flüchtlingen** trifft in Darmstadt ein.

© Andre Hirtz/dpa

Verlässt jemand wegen 143 Euro "Taschengeld" im Monat seine Heimat? Begibt sich auf eine beschwerliche und oft gefährliche Flucht, nur um dann Monate unter wenig erfreulichen Bedingungen in einer Sammelunterkunft in Deutschland zu verbringen, bis über seinen **Asylantrag** entschieden ist? Wenn es nach Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und seinem bayerischen CSU-Kollegen Joachim Herrmann geht, trifft das auf eine Menge Menschen zu, und zwar vor allem aus den Staaten des Westbalkans. Und sie kämen immer wieder, weil sie von dem hier angesparten Geld in ihrer Heimat einige Monate gut leben könnten.

Die Rechnung für sie und andere, die ähnlich argumentieren, ist deshalb klar: Man müsse nur die Leistungen, vor allem die Barzahlungen, kürzen, dann würden sich nicht mehr so viele "Wirtschaftsflüchtlinge" aus dem Kosovo, Albanien oder Serbien auf den Weg machen - hinter Syrien im Moment die Hauptherkunftsländer der **Flüchtlinge**.

Die Unionspolitiker lassen auch keinen Zweifel, an wen sich ihre Forderungen - neben einem beabsichtigten abschreckenden Effekt in den Balkanländern - vor allem richten: die deutsche Öffentlichkeit. So rechnet de Maizière vor, dass die Leistungen, die ein Asylbewerber bekomme, dem Monatseinkommen eines Polizisten im Kosovo und Albanien entspreche, soll heißen: Statt zu Hause zu arbeiten, lassen sich diese Menschen lieber bei uns durchfüttern. Herrmann nennt die Zuwendungen an die Asylbewerber vom Balkan gar eine "Zumutung für den deutschen Steuerzahler". Servus Stammtisch!

Doch mit den Leistungen für die Asylbewerber ist es kompliziert. Denn das Bundesverfassungsgericht hat 2012 entschieden, dass auch sie das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben, genau wie Hartz-IV-Empfänger. Und dazu gehört nicht nur die physische Grundsicherung, also Nahrung, Unterkunft, Kleidung. Sondern auch eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, etwa durch Kommunikation.

Taschengeld streichen bringt nichts Der Ruf nach Leistungskürzungen für Asylbewerber vom Balkan ist populistisch und verfassungsrechtlich bedenklich. Kürzt der

Das schränkt den Spielraum der Politik stark ein. Sie kann nicht einfach, um Anreize für bestimmte Gruppen von Asylbewerbern zu mindern, die Leistungen willkürlich kürzen oder ändern.

Das Verfassungsgericht beendete die grundgesetzwidrige Praxis

Denn es gab schon einmal in Deutschland eine ähnliche Diskussion wie heute. Anfang der 1990er kamen ebenfalls Hunderttausende Flüchtlinge vom Balkan, damals vor allem aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, in denen noch teilweise Kriege herrschten. Um sie abzuschrecken, beschlossen Union und SPD 1993 neben den Änderungen des Asyl-Grundrechts das Asylbewerberleistungsgesetz. Die Leistungen daraus lagen weit unter dem damaligen Sozialhilfesatz und wurden zudem 20 Jahre lang nicht erhöht.

Das Verfassungsgericht beendete 2012 diese grundgesetzwidrige Praxis. Statt vorher 40,90 Euro erhalten alleinstehende Asylbewerber jetzt 143 Euro pro Monat "zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens", neben Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und anderen Gütern, die ihnen während der ersten drei Monate in der Sammelunterkunft gestellt werden. Danach, wenn sie dezentral untergebracht werden, erhalten sie weitere 216 Euro, also zusammen eine sogenannte Grundleistung von 359 Euro im Monat, neben den Kosten für die Unterkunft. Bei Ehepaaren sind es 323 Euro pro Person, für Kinder gibt es zwischen 217 und 283 Euro. Diese Leistungen werden jährlich angepasst.

Bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Monatseinkommen von 290 Euro in Albanien und 230 Euro im Kosovo mag das viel erscheinen. Nur müssen die Asylbewerber und ihre Familien ihr Leben hier zu den hiesigen Kosten bestreiten. Und auch das Bundesverfassungsgericht hat bei seiner Entscheidung das Existenzminimum in Deutschland zugrunde gelegt, nicht das in den Herkunftsländern. Denn die Grundrechte gelten universell und damit auch für Migranten.

Für die Juristin Petra Follmar-Otto vom Deutschen Institut für Menschenrechte ist deshalb auch ganz klar: "Kürzungen von Leistungen aus migrationspolitischen Gründen wären eindeutig ein Verstoß gegen das Urteil des Verfassungsgerichts."

Da auch de Maizière als Juristen klar sein dürfte, dass eine einfache Kürzung der Geldzahlungen kaum möglich ist, strebt er einen anderen Weg an: sie sollen durch Sachleistungen ersetzt werden. Allerdings gab es das früher auch schon, und die Erfahrungen waren nicht gut: Für die Kommunen, die für die Versorgung der Flüchtlinge zuständig sind, bedeutete es einen hohen Verwaltungsaufwand, zum Beispiel Essenspakete und Kleidung auszugeben, oder Gutscheine zu verteilen und abzurechnen. Die meisten Bundesländer, bis auf Bayern, waren deshalb schon vor der Karlsruher Entscheidung dazu übergegangen, im wesentlichen Geld an die Asylbewerber auszuzahlen. In dem Gesetz wurde bei einer Novellierung im März 2015 deshalb auch der Vorrang der Sachleistungen gestrichen.

Dorothee Quarz vom Deutschen Caritasverband hält es nicht für sinnvoll, jetzt wieder verstärkte Lebensmittelpakete und Ähnliches auszugeben. Die seien oft nicht zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Einzelnen. "Der eine isst kein Schweinefleisch, der andere braucht eine bestimmte Diät. Außerdem sind die Menschen so in ihrer Selbstbestimmung beschnitten." Die Ausgabe von Gutscheinen an bestimmte Gruppen wiederum sei stigmatisierend, findet Bernd Mesovic von Pro Asyl: "Die müssten sich dann in einer Extraschlange anstellen. Und für die Gemeinden wäre es ein unheimlicher Wust, mit jedem einzelnen Geschäft einen Vertrag schließen zu müssen."

Im zuständigen Bundesarbeitsministerium heißt es zurückhaltend, in den laufenden Verhandlungen mit den Ländern über einer Neustrukturierung der Asylbewerber- und Flüchtlingsaufnahme werde auch die Möglichkeit geprüft, bei den Leistungen verstärkt auf Sachleistungen zu setzen. Die Juristin Follmar-Otto sieht jedoch einen grundsätzlichen Einwand: "Zu den Grundrechten, die auch den Flüchtlingen zustehen, gehört die Autonomie des Individuums. Sachleistungen ermöglichen es dem Einzelnen nicht, nach seinen Bedürfnissen und Wünschen zu wirtschaften." Bei einer zu starken Verschiebung zulasten der Geldzahlungen vermutet Follmar-Otto deshalb einen Konflikt mit dem Karlsruher Urteil.

Spielraum für den Gesetzgeber

Taschengeld streichen bringt nichts Der Ruf nach Leistungskürzungen für Asylbewerber vom Balkan ist populistisch und verfassungsrechtlich bedenklich. Kürzt der

Der Asylrechtler Kay Hailbronner, der 2012 die Bundesregierung in Karlsruhe vertrat, sieht hingegen einen Spielraum für den Gesetzgeber. Die konkrete Frage, ob einem Asylbewerber, der sich nur kurze Zeit in Deutschland aufhält, das Taschengeld gekürzt werden könne, hätten die Verfassungsrichter nicht entschieden. Überhaupt plädiert er für einen "gewissen Pragmatismus" im Umgang mit dem Urteil. Das gelte zum Beispiel auch für die Frage, ob man die Leistungen für Flüchtlinge vom Balkan nicht anders gestalten könne als für andere Gruppen. Das hat der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, angeregt.

Im Innenministerium wird überlegt, Asylbewerber vom Balkan länger als die bisher zulässigen drei Monate in den Erstaufnahmestellen zu lassen. Das hätte aus Sicht von de Maizière zwei Vorteile: Da fast alle abgelehnt werden, könnten sie von dort direkt abgeschoben werden. Und sie erhielten bis dahin nur die 143 Euro "Taschengeld", nicht aber die zusätzlichen 216 Euro. Hailbronner schließt so etwas nicht aus. Follmar-Otto dagegen sagt: "Eine längere Unterbringung von Flüchtlingen nur vom Balkan wäre eine menschenrechtlich unzulässige Diskriminierung."

Für fast alle Forderungen wären jedoch Gesetzesänderungen notwendig. Dem müssten im Bundesrat aber auch einige grün-mitregierte Länder zustimmen, womit kaum zu rechnen ist.

Leistungskürzung nach Gesetz

BAMF-Chef Schmidt möchte deshalb einen vermeintlich einfacheren Weg gehen: Nach Paragraph 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes sei es bereits jetzt möglich, Leistungen zu streichen oder das "Taschengeld" zu kürzen. Dies betrifft Personen, die nur nach Deutschland kommen, "um Leistungen nach diesem Gesetz zu erlangen". Schmidt plädiert dafür, diesen Paragraphen zu konkretisieren. Leistungskürzungen sollen danach insbesondere für Personen aus sicheren Herkunftsländern angewandt werden können - und alle Balkanstaaten sollten künftig als solche gelten.

Bleibt nur die Frage, wie geklärt wird, ob jemand nur gekommen ist, um sich Leistungen zu erschleichen. Das kann im Grunde erst nach Ablehnung des Asylantrags entschieden werden - dann hätte er die Leistungen aber schon bekommen. Oder man kürzte durch Gesetzesänderung generell die Leistungen für Bewerber vom Balkan. Das würde aber wiederum mit Sicherheit das Bundesverfassungsgericht aus den genannten Gründen verwerfen.

Mehr zum Thema Flüchtlinge:

Load-Date: August 18, 2015

So schnell wie möglich arbeiten; Weil Flüchtlinge rasch Geld brauchen, machen sie oft Hilfsjobs, statt einen Beruf zu lernen. Initiativen versuchen, sie von der dualen Ausbildung zu überzeugen.

ZEIT-online

Mittwoch 17. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 34

Length: 753 words

Byline: David Zajonz

Body

Flüchtlinge lernen in einer Bildungsmaßnahme der Handwerkskammer in Cottbus.

© Jörg Carstensen / dpa

Flüchtlinge wollen so schnell wie möglich arbeiten - eigentlich ist das eine gute Nachricht. Sie stellt aber auch ein großes Dilemma dar. Denn langfristig gesehen ist es sowohl für die **Flüchtlinge** selbst als auch für die deutsche Wirtschaft besser, wenn Neuankömmlinge zunächst Deutsch lernen und eine Ausbildung abschließen, anstatt sich mit Hilfsjobs über Wasser zu halten.

Eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung hat lokale Initiativen befragt, die **Flüchtlingen** den Weg in den Arbeitsmarkt erleichtern wollen: Ihre größte Herausforderung sei es, eine Balance zwischen schnellem Jobeinstieg und guter Qualifikation zu finden, sagt Stephan Sievert, hauptverantwortlicher Autor der Studie.

Viele Flüchtlinge brauchen schnell Geld

Dass Flüchtlinge lieber direkt arbeiten wollen als eine Ausbildung zu machen, hat den Autoren zufolge vor allem zwei Gründe: Sprachkurse und Ausbildungen sind finanziell zunächst wenig attraktiv. Auch wenn sich die Investition langfristig lohne, bräuchten viele Flüchtlinge schnell Geld. Sie müssen Schulden abbezahlen oder ihre Familie in der Heimat unterstützen. Zum anderen existiere das Konzept einer dualen Ausbildung in den Herkunftsländern der Flüchtlinge häufig nicht.

Wie sie trotzdem überzeugt werden könnten, zeigt eine Anekdote aus der Arbeit einer Dortmunder Beratungsstelle. Der Projektleiter dort zeichnet den Flüchtlingen zwei Lohnkurven auf: Die eine zeigt den Lohn eines langjährigen Hilfsarbeiters, die andere die Lohnentwicklung während und nach einer Ausbildung. So soll deutlich werden, wie sehr sich die Investition in die eigene Ausbildung lohnen kann.

Jobs vor allem durch private Kontakte

So schnell wie möglich arbeiten Weil Flüchtlinge rasch Geld brauchen, machen sie oft Hilfsjobs, statt einen Beruf zu lernen. Initiativen versuchen, sie von der

Das Berlin-Institut hat insgesamt zehn Initiativen in verschiedenen deutschen Städten befragt. Neben dem Ausbildungscoaching aus Dortmund waren darunter beispielsweise Work for Refugees aus Berlin und Inflama aus dem bayrischen Geisenfeld. Repräsentativ ist die Untersuchung nicht. Man weiß nicht, wie viele lokale Initiativen es in Deutschland gibt, da sie nirgendwo registriert werden. Institutsdirektor Klingholz schätzt, es seien Hunderte oder Tausende. Finanziert werden sie teils mit staatlichen Mitteln und teils von Verbänden oder privaten Geldgebern.

Warum die Arbeit der Initiativen wichtig ist, zeigen Statistiken über den Arbeitsmarkteinstieg von Migranten: Nur ein Fünftel aller Migranten (nicht ausschließlich Flüchtlinge) hat die erste Stelle in Deutschland über private oder öffentliche Arbeitsvermittlung bekommen. Über die Hälfte kommen über Familienangehörige, Freunde oder Bekannte an Jobs. Die Arbeitsvermittlung spiele damit bei den Zuwanderern eine deutlich geringere Rolle als bei Personen ohne Migrationshintergrund.

Keine "Sackgassenqualifizierung"

Um Flüchtlingen den schnellen Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wird inzwischen der Ruf nach einer vereinfachten Ausbildung laut. Ulrich Wiegand, Geschäftsführer der Handwerkskammer Berlin, weist den Vorschlag einer "Ausbildung light" jedoch zurück. Man wolle keine "Sackgassenqualifizierung" anbieten. Die Stärke der dualen Ausbildung sei, dass man damit überall in Deutschland Arbeit in seinem Beruf finden könne. Abgespeckte, modulare Ausbildungen könnten das nicht bieten.

Für Flüchtlinge bedeutet das, dass sie den langen Ausbildungsweg zur Berufsqualifizierung gehen müssen. Damit möglichst viele von ihnen diesen Weg einschlagen, müsse man die Motivation der Flüchtlinge hochhalten, sagt Stephan Sievert vom Berlin-Institut. Hierfür müsse man von vornherein deutlich machen, dass die vermittelten Qualifikationen bessere Zukunftschancen bedeuten. Instrumente dafür könnten berufsbezogener Sprachunterricht oder die Vermittlung von praktischen Kenntnissen sein.

Allerdings: Damit Flüchtlinge motiviert sind, für einen Zeitraum von rund fünf Jahren für relativ wenig Geld Sprachkurse und eine Ausbildung zu machen anstatt zu arbeiten, muss auch die Politik Signale senden. Nur wer eine klare Bleibeperspektive in Deutschland hat, wird bereit sein, langfristig in seinen beruflichen Werdegang zu investieren. Wenn die Berufsqualifizierung von Flüchtlingen gelingt, stehen die Zeichen gut, dass sie der deutschen Wirtschaft helfen. Denn die Grundvoraussetzungen sind günstig. Über 70 Prozent der Asylbewerber aus dem vergangenen Jahr waren unter 30 Jahre alt. Also in dem Alter, in dem man in Deutschland eine Ausbildung macht und in den Arbeitsmarkt einsteigt.

Load-Date: August 17, 2016

200.000 Menschen harren in Erstaufnahmen aus; Bayern, Sachsen oder Hamburg: Welche Bundesländer nehmen eigentlich derzeit die meisten Menschen auf? Und wo werden neue Plätze geschaffen? Eine Momentaufnahme

ZEIT-online

Freitag 18. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 38

Length: 415 words

Byline: Karsten Polke-Majewski

Body

Zelte einer Notunterkunft in Spandau

© Wolfram Kastl/dpa

Täglich erreichen **Flüchtlinge** Deutschland. Tausende! So jedenfalls liest man es allerorten. Die Behörden stöhnen unter der Last. "Wir machen nur noch **Asyl**", sagt der Sprecher einer Landesregierung.

Doch wie viele Menschen mussten die Bundesländer bisher tatsächlich eilig unterbringen? Wie viele Flüchtlinge leben derzeit in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften? Das Bundesinnenministerium kann es nicht sagen.

Betten für Flüchtlinge

So viele Flüchtlinge leben derzeit in Einrichtungen der Erstaufnahme und in Notunterkünften.

© ZEIT ONLINE

Quelle: Eigene Recherchen, Stand: 15./16. September 2015.

Eine Umfrage von ZEIT ONLINE unter den für die Versorgung der Flüchtlinge zuständigen Landesregierungen ergibt: Es sind rund 200.000 Menschen. Die meisten von ihnen kamen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg unter.

Die Zahlen verändern sich täglich, weshalb die Umfrage nur eine Momentaufnahme sein kann. Und: Die genannten 200.000 Personen sind nicht die Gesamtzahl aller Flüchtlinge, die seit Jahresbeginn nach Deutschland kamen. Es sind nur jene, die derzeit in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen leben. Die gesamte Zahl ist weit höher.

200.000 Menschen harren in Erstaufnahmen aus Bayern , Sachsen oder Hamburg: Welche Bundesländer nehmen eigentlich derzeit die meisten Menschen auf? Und wo werde....

Flüchtlinge durchlaufen hierzulande zwei Phasen: Wer frisch ankommt, muss zunächst in eine Erstaufnahme-Einrichtung ziehen. Der sogenannte Königsteiner Schlüssel entscheidet, welches Bundesland den Asylbewerber anschließend übernehmen muss. Mit dem Schlüssel wird aus der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder eine entsprechende Quote berechnet.

In der Erstaufnahme sollen Flüchtlinge eigentlich nur drei Monate lang bleiben, bis ihr Asylantrag bearbeitet ist. Anschließend werden diejenigen, die ein Aufenthaltsrecht erhalten, in dezentrale Folgeeinrichtungen verlegt, von denen aus sie sich Wohnungen suchen können.

Doch dieser Weg ist heillos verstopft. Es fehlt an Wohnungen, deshalb ziehen viel zu wenige Flüchtlinge aus den Folgeeinrichtungen aus. So stauen sich die Menschen in der Erstaufnahme. Hinzu kommt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wegen der hohen Zahl wesentlich mehr Zeit braucht, um Asylanträge zu bearbeiten.

Bund und Länder haben deshalb beschlossen, ihre Erstaufnahmekapazitäten deutlich auszubauen. Der Bund wird 40.000 eigene Plätze einrichten, kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel an. Die Länder planen, bis Jahresende rund 100.000 zusätzliche Plätze einzurichten, ergab die Umfrage von ZEIT ONLINE.

Load-Date: September 18, 2015

Das reicht nicht, Europa!; Auf dem EU-Gipfel zur Flüchtlingskrise wollen die Staatschefs Entschlossenheit demonstrieren. Der vorliegende 10-Punkte-Plan greift aber viel zu kurz.

ZEIT-online

Donnerstag 23. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Gipfel; Ausg. 17

Length: 936 words

Byline: Steffen Angenendt; Daniela Kietz

Body

Flüchtlinge vor der griechischen Küste

© Michalis Loizos/Reuters

In den letzten Monaten haben **Flüchtlingsorganisationen**, Menschenrechtler und die Vertreter der Handelsschifffahrt die EU-Staaten immer wieder erfolglos aufgefordert, weitere Tragödien im Mittelmeer durch ein gemeinsames Vorgehen zu verhindern. Die Antwort der EU auf die jüngste Katastrophe liegt nun in Form eines 10-Punkte-Papiers vor, das auf dem heutigen Krisengipfel von den Staats- und Regierungschefs abgesegnet werden soll. Abgestimmt wurde es zwischen den Innen- und Außenministern der EU-Staaten und der EU-Kommission. Der Maßnahmenkatalog bleibt aber vage und unzureichend. Grundlegende Verbesserungen lassen sich so nicht erreichen.

Beibehaltung des Status quo

Auf der neuen Liste finden sich vornehmlich altbekannte, restriktive Maßnahmen der Migrationspolitik, die ausgeweitet werden sollen. Diese Maßnahmen werden den komplexen Herausforderungen der europäischen Migrationspolitik nicht gerecht. Laut Plan soll Frontex die Mitgliedstaaten noch stärker bei gemeinsamen Rückführungen unterstützen; die Sicherheitsbehörden sollen intensiver bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität kooperieren und den südlichen EU-Staaten bei der Registrierung von Asylbewerbern helfen. Ebenfalls in diese Kategorie gehört das "stärkere Engagement" der EU im Maghreb und im Sahel. Bereits in den letzten Wochen war eine diplomatische Charmeoﬀensive der europäischen Politik gegenüber den Regierungen in Kairo und Tunis zu beobachten.

Gerade Ägypten und Tunesien möchte die EU zukünftig mithilfe finanzieller Anreize und technischer Unterstützung auch in die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer einbinden. Die vor der libyschen Küste aufgelesenen Schiffbrüchigen würden demnach in der Zuständigkeit der beiden Länder verbleiben. Selbst wenn man die schwierigen menschenrechtlichen Implikationen dieser Pläne beiseite lässt, bleibt die Frage, wie realistisch solche Szenarien sind. Schon in der Vergangenheit zeigten sich die Maghreb-Staaten von der

Das reicht nicht, Europa! Auf dem EU-Gipfel zur Flüchtlingskrise wollen die Staatschefs Entschlossenheit demonstrieren. Der vorliegende 10-Punkte-Plan greift ab....

Auslagerungspolitik der EU in Migrationsfragen mäßig begeistert. Dies trifft heute umso mehr zu, als ihre Belastung als Transit- und Zielländer von Migration in den letzten Jahren zugenommen hat. Der EU dürfte es daher schwerfallen, die Unterstützung dieser Länder zu erhalten.

Seenotrettung ja, aber richtig

Die im 10-Punkte-Papier vorgeschlagene Ausweitung der europäischen Seenotrettung im zentralen Mittelmeer hingegen ist dringend notwendig. Es ist die einzige Maßnahme, die kurzfristig eine Linderung der humanitären Katastrophe verspricht. Denn angesichts des vollständigen Staatszerfalls in Libyen lässt sich die irreguläre Zuwanderung von dort vorerst nicht verhindern.

Die Seenotrettung können die EU-Staaten dabei durchaus im Rahmen von Frontex ausbauen, dies wäre sogar die pragmatischste Lösung. Auch wenn der Agentur vorrangig der klassische Grenzschutz auf die Fahnen geschrieben wurde, fällt auch die Seenotrettung in ihren Tätigkeitsbereich. Das Mandat, das Einsatzgebiet und die bescheidenen Mittel der aktuellen Frontex-Operation Triton müssten dazu allerdings deutlich ausgeweitet werden. Bisher wurde weniger als ein Drittel der seit Jahresbeginn im zentralen Mittelmeer aufgelesenen Schiffbrüchigen unter Beteiligung von Triton gerettet. Der Löwenanteil der Rettungsaktionen läuft weiter allein über die italienischen Behörden und über die zunehmend überforderte Handelsschiffahrt. Die Formulierung zum Umfang der Ausweitung von Triton ist im vorliegenden Papier allerdings derart vage gehalten, dass von einem Kurswechsel in der Seenotrettungspolitik nicht die Rede sein kann.

Bei einem anderen prominenten Vorschlag des 10-Punkte-Papiers, dem Einsatz militärischer Mittel bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität, sollten die EU-Staaten hingegen Vorsicht walten lassen. Hier wird aktuell mit der Idee geliebäugelt, die Erfahrungen der EU bei der Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika auf die Schleuserkriminalität im Mittelmeer zu übertragen. Ausmaß und Mandat solcher Aktionen sind aber so heikel und unklar wie ihre Erfolgsaussichten fragwürdig sind. Vor allem lenken solche Gedankenspiele von den eigentlich notwendigen Ansätzen für eine nachhaltige Lösung der Mittelmeerkrise ab.

Höchste politische Ebene muss Reformen anstoßen

Letztlich wird die irreguläre Zuwanderung nur reduziert werden, wenn die EU-Staaten mehr legale Zugangswege nach Europa schaffen, und zwar sowohl für Flüchtlinge als auch für Migranten. Seit Langem liegen Vorschläge für solche Ansätze vor: für Flüchtlinge etwa das Botschaftsasyl, humanitäre Visa oder Resettlement-Programme. Für Arbeitsmigranten gibt es ebenfalls Vorschläge, wie Wanderungen so geregelt werden können, dass sie die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen.

Das 10-Punkte-Papier bleibt in diesen Fragen extrem vage und ist damit nicht der notwendige große politische Wurf, den es bräuchte. Sollte dieses Papier die Ambitionen der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission für die für Mai 2015 angekündigte Europäische Migrationsstrategie widerspiegeln, so wird die EU auch künftig keinen Millimeter vorankommen. Wenn hingegen der Krisengipfel mehr als eine symbolische Veranstaltung sein soll, müssen sich die Staats- und Regierungschefs deutlich zur Schaffung legaler Zugangswege bekennen. Nur so können perspektivisch andere Wege nach Europa eröffnet werden als die lebensbedrohlichen Überfahrten über das Mittelmeer.

Load-Date: April 23, 2015

Skandinavien macht dicht; Für Flüchtlinge wird es in Nordeuropa schwer: Dänemark versucht, Asylsuchende massiv abzuschrecken. Und das bisher offene Schweden verweist Migranten auf andere Länder.

ZEIT-online

Dienstag 24. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 47

Length: 1381 words

Byline: Clemens Bomsdorf

Body

Flüchtlinge warten am Kopenhagener Hauptbahnhof auf die Weiterfahrt nach Schweden. Die schwedische Regierung hat vorübergehend wieder Grenzkontrollen eingeführt.

© Asger Ladefoged/AFP/Getty Images

Nur etwas mehr als ein Jahr ist es her, da bezeichnete der damalige Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt seine Heimat Schweden als "humanitäre Großmacht" und appellierte an seine Mitbürger: "Öffnet eure Herzen!" **Flüchtlinge** seien im Norden Europas äußerst willkommen.

Tatsächlich nahm Schweden eine hohe Zahl an **Flüchtlingen** auf, gemessen an der Bevölkerung sogar mehr als Deutschland. Am Tag vor dem Attentat von Paris aber führte das nordeuropäische Land Grenzkontrollen ein, die Ende vergangener Woche bis zum 11. Dezember verlängert wurden. Der sozialdemokratische Integrationsminister Morgan Johansson sagte, "wir werden weitere Maßnahmen beschließen müssen". Schweden sieht sich angesichts der hohen **Flüchtlingszahlen** nicht mehr in der Lage, die bisherige Willkommenskultur fortzuführen. Stattdessen sollen die Nachbarländer mehr in Verantwortung genommen werden. "Man kann auch in Deutschland oder Dänemark **Asyl** beantragen. Europa ist größer als Schweden", sagte Johansson.

Die dänische Regierung hatte die Grenzen schon Monate zuvor zwischenzeitlich dicht gemacht und ging jetzt noch weiter. Am Freitag wurden erste Teile des nur Stunden vor den Pariser Anschlägen präsentierten 34-Punkte-Plans verabschiedet, um das Land für Flüchtlinge unattraktiv zu machen. In Zukunft soll die Polizei die Grenzen jederzeit wieder schließen können, und abgelehnte Asylbewerber müssen während sie auf die Abschiebung warten mit Inhaftierung rechnen.

"Wir werden nicht so viele Flüchtlinge aufnehmen, dass es den Zusammenhalt in unserem eigenen Land gefährdet", hieß es zur Begründung der neuen Bestimmungen. Die ersten elf Punkte hat die liberale Minderheitsregierung mit den Rechtspopulisten und den Sozialdemokraten verabschiedet, lediglich die linken Parteien und die Sozialliberalen stimmten dagegen. "Die Regierung möchte die Möglichkeit haben, gegen die Menschenrechte verstoßen zu können", kommentierte das Kopenhagener Institut für Menschenrechte bissig die

Skandinavien macht dicht Für Flüchtlinge wird es in Nordeuropa schwer: Dänemark versucht, Asylsuchende massiv abzuschrecken. Und das bisher offene Schweden verw....

Pläne, die ohne Anhörung im Eilverfahren durchs Parlament gingen. Gleichzeitig hat Dänemark die Prognose für Asylbewerber für das kommende Jahr deutlich auf 25.000 angehoben - im Vergleich zu Schweden allerdings eine geringe Zahl. In Bayern kommen derzeit so viele Flüchtlinge an einem einzigen Wochenende an.

Grenzkontrollen bis Mitte Dezember

Anders als Dänemark galt Schweden bisher neben Deutschland als Vorzeigeland, weil es besonders viele Asylsuchende aufnahm. Das knapp zehn Millionen Einwohner zählende Land hat seit 2011 - bezogen auf die Bevölkerungsgröße - mehr Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere EU-Mitglied. "Ich glaube, die meisten merken, dass wir ein System bei dem vielleicht 190.000 Menschen im Jahr kommen, nicht beibehalten können. Langfristig bricht das zusammen", hatte Ende Oktober bereits Außenministerin Margot Wallström in einem Interview gesagt.

Jetzt sollen die Grenzen trotz Schengen bis Mitte Dezember wieder kontrolliert werden. Denn, so die Regierung, "die Polizei hält die allgemeine Ordnung und innere Sicherheit in der derzeitigen Situation für gefährdet".

Das knapp zehn Millionen Einwohner zählende Schweden hat seit 2011 bezogen auf die Bevölkerungsgröße mehr Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere EU-Mitglied. "Ich glaube, die meisten merken, dass wir ein System, bei dem vielleicht 190.000 Menschen im Jahr kommen, nicht beibehalten können. Langfristig bricht das zusammen", hatte Ende Oktober bereits Außenministerin Margot Wallström in einem Interview gesagt.

Viele Schweden wünschen schon seit Langem, dass ihr Land keine weiteren Flüchtlinge aufnimmt. Die rechtspopulistische Partei Schwedendemokraten hat es mit einer Anti-Einwanderungspolitik geschafft, in Umfragen auf bis zu 20 Prozent zu kommen.

Die Partei erregte hat unlängst Aufsehen erregt, weil Mitglieder auf der Insel Lesbos und an anderen EU-Außengrenzen Flugblätter verteilten, um Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Schweden zu kommen. "No Money No Jobs No Homes" steht in dicken Lettern ganz oben auf den Blättern, die nicht nur im Namen der Schwedendemokraten, sondern auch mit "das schwedische Volk" unterzeichnet sind. Im zugehörigen englischsprachigen Text heißt es, dass Jahrzehnte der Masseneinwanderung Schweden unsicher gemacht hätten und Schusswechsel und Vergewaltigungen mittlerweile alltäglich seien.

Bei Vergewaltigungen steht Schweden tatsächlich in Statistiken weit oben, doch Forscher weisen daraufhin, dass dies vermutlich nicht bedeute, dass in dem nordeuropäischen Land wirklich weit mehr entsprechende Taten begangen würden, sondern vor allem mehr angezeigt würden und manche Taten in Schweden als Vergewaltigung gelten würden, die andernorts womöglich nicht so erfasst würden. Außerdem sei damit nichts über die Herkunft der Täter gesagt.

Auch was andere Gewalttaten angeht, haben die Schwedendemokraten nur bedingt recht. Tatsächlich gibt es in Städten wie Malmö Gegenden wie das vor allem von Migranten bewohnte Rosengård, in denen es immer wieder für schwedische Verhältnisse zu starken Gewaltausbrüchen - auch gegen die Polizei - kommt. Aber der Schütze, der in ganz Malmö über Jahre aus dem Hinterhalt Jagd auf Dunkelhäutige gemacht hatte und wegen zweifachen Mordes und mehrfachen Mordversuchs verurteilt wurde, war ein Einheimischer mit rassistischen Motiven.

Ganz eindeutig zeigt sich, dass Schweden Deutschland nicht nur in Sachen Hilfsbereitschaft ähnelt, sondern auch, was rechtsextremistische Ausschreitungen angeht. Immer wieder werden Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte vermeldet. Laut einer Zusammenstellung der Zeitung *Arbetaren* hat es in Schweden bis Ende Oktober rund 20 Brände in Asylunterkünften gegeben.

Während in Schweden die Rechtspopulisten eine Kampagne starteten, um Asylbewerber fernzuhalten, machte dies in Dänemark die amtierende Regierung. Im September schaltete sie Zeitungsanzeigen, um darüber zu informieren, dass die Bedingungen in Dänemark so rosig nicht sind und beispielsweise dauerhafte Aufenthaltsgenehmigungen erst nach fünf Jahren erteilt werden und von Sprachkenntnissen abhängen. So sollte schon damals dafür gesorgt

Skandinavien macht dicht Für Flüchtlinge wird es in Nordeuropa schwer: Dänemark versucht, Asylsuchende massiv abzuschrecken. Und das bisher offene Schweden verw....

werden, dass Flüchtlinge lieber versuchen, sich woandershin zu retten - beispielsweise in die Nachbarländer Schweden und Deutschland.

Die am 13. November präsentierten 34 Punkte haben das Gleiche zum Ziel. Zu den weiteren Maßnahmen, die noch bis Ende des Jahres beschlossen werden sollen, gehört, dass Familienzusammenführungen erst nach drei Jahren (statt bisher einem) möglich sein werden, und für entsprechende Anträge müssen zukünftig wieder Gebühren gezahlt werden. Auch werden die schon nach dem Sommer gekürzten Leistungen für die Asylbewerber weiter gesenkt. Außerdem darf die Polizei die Asylsuchenden untersuchen und alle Gegenstände, die nicht "für einen bescheidenen Lebensart" notwendig sind, beschlagnahmen, damit diese zur Finanzierung ihres Aufenthalts beitragen.

In Dänemark herrscht seit Jahren ein besonders feindliches Klima Einwanderern gegenüber. Getrieben von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei - wie die Schwedendemokraten eine Art Mischung aus AfD und Pegida - sind längst bis auf die Linken und die Sozialliberalen alle Parteien mehr oder weniger auf diesen Kurs eingeschwenkt.

Vor einer zu großzügigen Auslegung des Asylrechts warnte in Schweden auch Zulmay Afzali. Der frühere afghanische Beamte floh vor vier Jahren nach Schweden. Er ist dankbar, in dem Land aufgenommen worden zu sein, sorgt sich aber, dass IS-Kämpfer das Asylrecht missbrauchen könnten. In einem Gastbeitrag für die liberal-konservative Zeitung *Svenska Dagbladet* beschrieb er, wie er nicht nur in der lokalen Moschee hörte, dass etliche der jüngeren Moscheegänger nach Syrien gereist seien, um sich dem IS anzuschließen, sondern auch davon, dass der IS daran arbeite, Terroristen nach Schweden zu bringen. Weil beim Asylverfahren "nicht ausreichend genaue Untersuchungen und Kontrollen der Personen, die hierher kommen und um Asyl suchen, gemacht werden, können Extremisten ins Land kommen", schrieb Afzali. Er forderte deshalb das Asylverfahren zu reformieren und die Motive der Ein- und Ausreisenden besser zu untersuchen.

Load-Date: November 25, 2015

Wo Asyl der Abschreckung dient; Spanien hält Flüchtlinge mit rigiden Grenzkontrollen auf Abstand. Wer es ins Land schafft, lebt lieber illegal, als Asyl zu beantragen. Warum?

ZEIT-online

Montag 27. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge in Spanien; Ausg. 30

Length: 1350 words

Byline: Jonas Schreijäg

Body

Afrikanische **Migranten** sitzen auf dem Zaun, der den Übergang zwischen Marokko und der spanischen Enklave Melilla markiert, beobachtet von spanischen Polizisten in Schutzausrüstung.

© Jesus Blasco de Avellaneda/Reuters

Nirgendwo ist die Festung Europa so greifbar wie in Melilla und Ceuta, den beiden spanischen Enklaven an Nordafrikas Küste - so nah, und doch so schwer zu erreichen. Hier trennen bis zu sechs Meter hohe Zäune Spanien von Marokko. Rasiermesserscharfer Nato-Stacheldraht soll Europa vor den **Flüchtlingen** sichern.

Am 15. Oktober 2014 spielten sich in Melilla dramatische Szenen ab: Mindestens 24 **Flüchtlinge** hängen im letzten Grenzzaun, der sie von Europa trennt. Ein Video dokumentiert, wie sie sich in die drahtigen Maschen krallen - die meisten schon auf spanischer Seite. Aber unten warten die Grenzpolizisten. Als ein **Flüchtling** herabsteigt, prügelt ein *Guardia Civil* mit seinem Schlagstock auf den Mann ein, die anderen reißen ihn aus zwei Metern zu Boden.

Die Szene ist symbolisch für die spanische Asylpolitik. Als Mittelmeer-Anrainer bietet das Land flüchtenden Menschen aus Afrika eine ganze Reihe von Zuwanderungspunkten: An der Straße von Gibraltar trennen weniger als 30 Kilometer Spanien vom afrikanischen Kontinent, und von der Westsahara ist es nicht weit zu den kanarischen Inseln. Trotzdem gingen bei den spanischen Behörden im vergangenen Jahr nur 5.615 Asylanträge ein. Das ist - gemessen an der Einwohnerzahl - der viertniedrigste Wert in der EU. Zum Vergleich: In Italien wurden elfmal so viele Asylanträge registriert, in Deutschland waren es über 200.000.

Spanien macht die Grenzen dicht

"Die Grenzen werden dichtgemacht", kritisiert Nuria Díaz, Sprecherin der spanischen Flüchtlingsorganisation CEAR. Das sei der Hauptgrund für die wenigen Asylanträge. Die offiziellen Zahlen belegen diese resolute Grenzpolitik: Die illegalen Einreisen an den spanischen Küsten sind in neun Jahren von knapp 40.000 auf rund

Wo Asyl der Abschreckung dient Spanien hält Flüchtlinge mit rigiden Grenzkontrollen auf Abstand. Wer es ins Land schafft, lebt lieber illegal, als Asyl zu beantragen....

4.500 im Jahr zurückgegangen. "Den Geflüchteten wird der Rücken zugedreht", moniert Díaz, "sie haben keine Chance, ihre oft berechtigten Asylgesuche vorzubringen".

Die Flüchtlingsorganisation, für die Díaz arbeitet, ist zwar staatlich finanziert, verurteilt aber die "Abschottungspolitik" der eigenen Regierung. Gemäß der jüngst diskutierten EU-Quotenpläne sollte Spanien einmalig 4.300 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland aufnehmen. Doch die Regierung in Madrid bot nur 1.300 Plätze an. Auch deshalb scheiterte der Plan der EU-Innenminister, 60.000 Flüchtlinge in der EU zu verteilen. Der spanische Innenminister begründete seine Haltung mit einem "Sogeffekt" von Flüchtlingen, den er für Spanien fürchte. Nuria Díaz wirft ihrer Regierung vor, "nicht einmal einem Minimum an Menschen ein Obdach zu bieten".

Trotz aller Härte gelangen aber Flüchtlinge nach Spanien. Ceuta und Melilla werden in der Statistik getrennt erfasst - und in den Enklaven sind die unerlaubten Einreisen gegen den Trend deutlich gestiegen: allein von 2013 bis 2014 um 77 Prozent auf knapp 7.500. Und das, obwohl Spanien Millionen in die Grenzanlagen investiert und die Zäune von drei auf sechs Meter erhöht hat. Insgesamt schafften es im vergangenen Jahr also doch über 12.000 Flüchtlinge auf spanisches Staatsgebiet. Aber weniger als die Hälfte von ihnen stellte einen Asylantrag. Warum?

Lieber ohne Papiere leben

"Es lohnt sich einfach nicht, in Spanien Asyl zu beantragen", erklärt Mikel Araguás. Er ist Generalsekretär der NGO Andalucía Acoge. Zwar sind die Anerkennungsraten von Asylbewerbern in Spanien mit 44 Prozent sogar leicht höher als in Deutschland (40 Prozent). Aber das spanische Asylverfahren entfalte schon im Vorfeld eine solche abschreckende Wirkung, dass kaum jemand überhaupt den Antrag stelle.

Das beginnt schon bei der Ankunft. Wer in Ceuta oder Melilla landet, muss erst einmal in ein Aufnahmezentrum. Nur: Dort will niemand bleiben. "Ziel fast aller Flüchtlinge ist das europäische Festland", sagt Araguás. Bei ihrer Ankunft müssten die Flüchtlinge eine paradoxe Entscheidung treffen: "Wer Asyl beantragt, sitzt ein bis eineinhalb Jahre in den Enklaven fest und wartet auf einen Bescheid", erklärt Araguás. "Wer dagegen *kein* Asyl beantragt, wird nach wenigen Monaten auf die iberische Halbinsel geschickt." Einfach aus Platzmangel. Deshalb ist es für viele attraktiver, ohne Papiere zu leben, als einen Asylantrag zu stellen, glaubt Araguás. Einmal auf europäischem Boden, reisen viele unerlaubt in andere EU-Staaten weiter oder tauchen als "irreguläre Migranten" unter.

In Spanien gehören Papierlose zum Alltag, sie sind im öffentlichen Raum sichtbarer als in Deutschland. Weil ihre Arbeitskraft so gut wie nichts kostet, werden "Illegale" etwa auch auf den spanischen Gemüseplantagen geduldet. Einige von ihnen kommen mit einem temporären Visum und bleiben dann einfach im Land. Gut integrierte "Illegale" können laut Ausländerrecht nach drei Jahren einen Aufenthalt beantragen. Das heißt: Wer sich lange genug versteckt, kann irgendwann bleiben. Selbst dieses Katz- und Mausspiel scheint oft attraktiver als ein aussichtsloser und langwieriger Asylantrag, meint Mikel Araguás. In der EU-weiten Debatte könne man die spanischen Asylbewerberzahlen deshalb auch gar nicht mit den deutschen vergleichen. "Asyl ist in Spanien nur die zweite Wahl."

Die Asylpraxis ist gesetzeswidrig

Nuria Díaz von der Flüchtlingsorganisation bestätigt, dass derzeit fast nur Syrer eine reelle Chance auf Asyl in Spanien haben. "Die Asylbehörde lässt Anträge von Flüchtlingen aus Mali oder der Ukraine einfach unbearbeitet in der Schublade liegen", so Díaz. Das zuständige Innenministerium gibt auf Anfrage eine widersprüchliche Stellungnahme ab. Darin heißt es: Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen würden "Asylbewerber mit klarem Schutzbedarf, wie es bei Syrern der Fall ist, bevorzugt behandelt". Das bedeute aber nicht, dass andere benachteiligt würden.

Die Praxis sieht anders aus. Das spanische Asylgesetz schreibt eine maximale Asylverfahrensdauer von sechs Monaten vor (in Ausnahmefällen bis zu neun). Aber während syrische Anträge tatsächlich schnell bearbeitet

Wo Asyl der Abschreckung dient Spanien hält Flüchtlinge mit rigiden Grenzkontrollen auf Abstand. Wer es ins Land schafft, lebt lieber illegal, als Asyl zu beantragen....

werden, sind andere laut Flüchtlingsorganisation "seit bis zu drei Jahren unbearbeitet". Das bedeutet: Die spanischen Behörden kommen den gesetzlichen Vorschriften nicht nach. Wie viele Fälle insgesamt liegen bleiben, will das Innenministerium nicht preisgeben. Stattdessen verweist man abstrakt darauf, dass das spanische Asylsystem den europäischen Standards entspreche.

Ob Spanien diesen Standards gerecht wird, steht aber noch wegen einer anderen Praxis infrage. Die Grenzgendarme der *Guardia Civil* führen in Ceuta und Melilla sogenannte "heiße Abschiebungen" durch. Dabei schleppen die Polizisten ankommende Flüchtlinge sofort, nachdem diese den Zaun erklommen und überquert haben, wieder über die Grenze nach Marokko - obwohl die Flüchtlinge das Recht auf ein Asylverfahren hätten. Im März dieses Jahres legalisierte das spanische Parlament diese Sofortabschiebungen. Auch dadurch hält die Regierung die Asylanträge niedrig. Aber EU-Kommission und der UN-Menschenrechtsausschuss halten die Praktik für unvereinbar mit europäischem und internationalem Recht. Mittlerweile hat die Opposition das Verfassungsgericht zur Prüfung des Gesetzes angerufen.

Auch die Flüchtlinge, die am 15. Oktober 2014 über den Zaun von Melilla kletterten, wurden sofort wieder abgeschoben. Der Mann, den die Polizisten vom Zaun geprügelt hatten, lag regungslos am Boden. Dann hievten ihn vier Polizisten auf ihre Schlagstöcke und schafften ihn so durch die Grenzscheide zurück nach Marokko. In dem Video heißt es, es sei unklar, ob der Mann überlebt habe.

Wie sich Spanien in der Exklave Melilla gegen Flüchtlinge abschottet, zeigt dieses Video aus dem Jahr 2014.

Load-Date: July 27, 2015

Starker Anstieg von Asylbewerbern aus Tschetschenien; Das Bundesinnenministerium registriert eine deutliche Zunahme von Asylbewerbern aus dem Nordkaukasus. Das dortige Regime gewinne an Brutalität, warnen Beobachter.

ZEIT-online

Sonntag 29. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Russland; Ausg. 22

Length: 389 words

Body

Flüchtlinge kommen in einer **Flüchtlingsunterkunft** an.

© Bodo Schackow/ dpa

Die Zahl der **Asylsuchenden** aus Tschetschenien und damit aus der Russischen Föderation hat sich laut Bundesinnenministerium stark erhöht. Im April lag Russland bei den Hauptherkunftsländern von **Asylbewerbern** bereits auf dem fünften Platz, wie die *Welt* berichtet. Nach Angaben des Innenministeriums gaben zwischen Januar und Mitte Mai insgesamt 82,3 Prozent der russischen Erstantragssteller unter ethnischer Zugehörigkeit "tschetschenisch" an. Insgesamt seien das 2.244 **Asylbewerber**.

Bereits seit der zweiten Jahreshälfte 2015 ist nach Angaben eines Ministeriumssprechers eine Zunahme von Flüchtlingen aus Russland zu verzeichnen. Die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus der Russischen Föderation ist dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zufolge allerdings gering. Die Gesamtschutzquote in den ersten vier Monaten des Jahres liege bei lediglich 5,8 Prozent.

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), forderte, die Dublin-Verordnung in diesem Zusammenhang konsequent anzuwenden. Die Vereinbarung sieht vor, dass ein Asylbewerber seinen Asylantrag in dem EU-Land stellen muss, das er als erstes betreten hat. "Asylbewerber aus Tschetschenien reisen meistens über Polen in die EU ein und müssen dorthin zurückgeführt werden", sagte Schröder. Ursachen für die erhöhte Zuwanderung seien der Bundesregierung bislang nicht bekannt.

Die Lebensverhältnisse in der islamisch geprägten russischen Teilrepublik Tschetschenien im Nordkaukasus sind laut Berichterstattung nach zwei Bürgerkriegen bedrückend. Neben einer schlechten wirtschaftlichen Situation wirke sich vor allem die Politik des von Moskau installierten Machthabers aus. Ramsan Kadyrow gehe brutal gegen Oppositionelle vor.

"Das Regime wird mit jedem Monat härter, im vergangenen Jahr hat sich die Lage deutlich verschlechtert", sagte Jekaterina Sokirjanskaja, Projektdirektorin für Europa und Zentralasien der Nichtregierungsorganisation International Crisis Group, der *Welt*.

Starker Anstieg von Asylbewerbern aus Tschetschenien Das Bundesinnenministerium registriert eine deutliche Zunahme von Asylbewerbern aus dem Nordkaukasus. Das d....

Sie habe viele Fälle registriert, in denen Menschen festgenommen und brutal verprügelt wurden, nachdem sie mit Journalisten und Menschenrechtlern gesprochen hätten. "Aktivisten, Menschenrechtler, Universitätsdozenten und Kreative fliehen aus Tschetschenien", sagt Sokirjanskaja.

Load-Date: May 29, 2016

End of Document

Die Unerwünschten; Abgelehnte Flüchtlinge müssten das Land schneller wieder verlassen, fordert der Bundesinnenminister - und bekommt viel Zuspruch. Doch häufig ist das gar nicht möglich.

ZEIT-online

Donnerstag 30. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylrecht; Ausg. 18

Length: 1122 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Abgelehnte **Asylbewerber** warten am Baden-Airport in Rheinmünster (Baden-Württemberg) im Rahmen einer landesweiten Sammelabschiebung auf ihren Abflug.

© Patrick Seeger/DPA

Für Bundesinnenminister Thomas de Maizière sind es zwei Seiten einer Medaille: Menschen, die unter Krieg und Verfolgung leiden, sollen in Deutschland herzlich willkommen sein. Diejenigen aber, "die unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt ein Aufenthaltsrecht bei uns beanspruchen können", müssten zügig in ihre Heimat zurückkehren, so hat es der Bundesinnenminister zuletzt auf einer großen **Migrationskonferenz** in Berlin gefordert.

Es ist ein Satz, der auf viel Zustimmung trifft. Bereits im Januar stand er gleichlautend in einem CSU-Papier zur **Asylpolitik**. Zuspruch kam aber auch von der baden-württembergischen Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD). Die Forderung nach konsequenten Abschiebungen sei zwar unpopulär, aber sie gehöre dazu, "wenn wir das Grundrecht auf **Asyl** dauerhaft erhalten wollen", sagte sie in einem Interview.

Doch was so einleuchtend klingt, wirft in Wirklichkeit viele Fragen auf. Gibt es in Deutschland überhaupt viele Menschen, die nicht abgeschoben werden, obwohl das möglich wäre? Und was bedeutet eigentlich "unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt"?

Nur ein Drittel wird anerkannt

Über Asylanträge entscheidet in Deutschland das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Im vergangenen Jahr lag die sogenannte Schutzquote bei 31,5 Prozent. Das entsprach 40.563 positiven von insgesamt 128.911 Entscheidungen. Diese Menschen wurden also entweder als politisch verfolgt und damit asylberechtigt oder als Flüchtlinge anerkannt, oder sie haben aus anderen Gründen Anrecht auf Schutz beziehungsweise es wurde ein Abschiebeverbot ausgesprochen.

Das Bundesinnenministerium argumentiert nun, dass etwa zwei Drittel aller Antragsteller Deutschland wieder verlassen müssen - weil sie nicht unter die genannten Schutzgründe fallen. Das ist zwar richtig, bedeutet allerdings

Die Unerwünschten Abgelehnte Flüchtlinge müssten das Land schneller wieder verlassen, fordert der Bundesinnenminister - und bekommt viel Zuspruch. Doch häufig i....

längst nicht, dass alle diese Menschen, sofern sie nicht freiwillig ausreisen, auch sofort abgeschoben werden können.

Zum einen haben abgelehnte Asylbewerber die Möglichkeit, einen Folgeantrag zu stellen, wenn sie neue Argumente finden, die ihr Gesuch rechtfertigen könnten. Von insgesamt 202.834 Asylanträgen im Jahr 2014 waren zum Beispiel 30.000 Folgeanträge. Darüber hinaus können abgelehnte Asylbewerber vor den Verwaltungsgerichten auch gegen die ablehnende Entscheidung klagen.

Doch selbst wenn sie das nicht tun, kann es "rechtliche und tatsächliche" Gründe dafür geben, dass eine Abschiebung nicht durchgeführt werden kann. In diesen Fällen wird von den Ausländerbehörden eine Duldung ausgesprochen. Zum Stichtag 31.12.2014 hatten von 154.191 "vollziehbar Ausreisepflichtigen" 113.221 Menschen eine Duldung - also ein sehr großer Teil.

Rechtsstaatliche Hürden

"In der Debatte wird unterschlagen, dass es eine Vielzahl von Sachverhalten gibt, die ein Abschiebungshindernis darstellen", ärgert sich der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der rheinland-pfälzische Amtsinhaber Roger Lewentz (SPD). "Ich habe keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass Abschiebungen nicht durchgeführt werden, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind", sagte er ZEIT ONLINE. Die Rechtsprechung von Verwaltungs- und europäischen Gerichten habe nun mal rechtsstaatliche Hürden für Abschiebungen formuliert.

Mögliche Gründe können zum Beispiel die fehlende Aufnahmebereitschaft im Herkunftsland sein oder auch fehlende Ausweispapiere. Auch wenn sich ein naher Angehöriger noch im Asylverfahren befindet, führt das zu einer Duldung. Darüber hinaus haben die Behörden einen Ermessensspielraum. So können sie eine Abschiebung vorläufig aussetzen, damit ein Jugendlicher seine Ausbildung beenden kann. Das Gleiche gilt, wenn eine notwendige medizinische Behandlung ansteht oder enge Angehörige gepflegt werden müssen.

Sogenannte Dublin-Flüchtlinge, also Menschen, für deren Asylantrag ein anderes EU-Land zuständig ist, werden beispielsweise aus Deutschland nicht nach Griechenland abgeschoben, weil dort nicht einmal ein Minimum an existenzieller Sicherheit gewährleistet wäre.

Das CDU-geführte Bundesinnenministerium geht allerdings davon aus, dass die Duldungspraxis in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ist. Einige Länder versuchten auf diese Weise offenbar, Zwang bei der Ausreise zu vermeiden, sagt ein Sprecher des Ministeriums. SPD-Minister Lewentz hält dagegen: Letztlich handele es sich um Einzelfallprüfungen der Ausländerbehörden, die sich dabei an der gängigen Rechtsprechung orientierten.

Haben die Bundesländer dennoch Einfluss darauf, wie schnell abgelehnte Asylbewerber das Land wieder verlassen? "Ja", sagt Bayern und sieht sich in dieser Hinsicht als Vorreiter. So plant der Freistaat derzeit, in jedem der sieben Regierungsbezirke eine Erstaufnahmeunterkunft einzurichten, in der auch eine Ausländerbehörde präsent ist.

Vor allem Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkans sollen bis zum Abschluss ihrer Verfahren dort bleiben und gar nicht erst auf einzelne Kommunen verteilt werden. Das erleichtere die schnelle Ausweisung nach einer Ablehnung durch das BAMF, sagt ein Sprecher des Bayerischen Innenministeriums.

Auch in Bayern ist man allerdings überzeugt: Entscheidend dafür, wie schnell Asylbewerber, die hier keine Chance auf Anerkennung haben, das Land wieder verlassen, sind nicht solche Maßnahmen, sondern die Dauer ihrer Verfahren beim BAMF. Diese liegt derzeit bei durchschnittlich 7,1 Monaten und damit noch deutlich über den im Koalitionsvertrag angestrebten drei Monaten.

Reform soll Abschiebungen erleichtern

Ausweisungen erleichtern soll auch die Reform des Ausweisungs- und Abschiebungsrechts, die demnächst vom Bundestag behandelt wird. So soll es den Ausländerbehörden künftig erlaubt sein, die Handys und andere Datenträger der Flüchtlinge auszulesen, um ihre Identität zu ermitteln, falls es keine gültigen Ausweispapiere gibt.

Die Unerwünschten Abgelehnte Flüchtlinge müssten das Land schneller wieder verlassen, fordert der Bundesinnenminister - und bekommt viel Zuspruch. Doch häufig i....

Zudem soll es einfacher werden, Asylbewerber vor einer Abschiebung in Gewahrsam zu nehmen. Damit will man verhindern, dass Ausreisepflichtige sich der Ausweisung durch Untertauchen entziehen.

Recht auf individuelle Prüfung

Die Zahl der Ausweisungen und Abschiebungen könnte in Zukunft also durchaus steigen. Dennoch wird es aber auch weiterhin viele gute Gründe geben, warum auch abgelehnte Asylbewerber Deutschland nicht umgehend verlassen können. Der politische Druck, der gegenwärtig auf die entscheidenden Behörden ausgeübt werde, dürfe nicht dazu führen, dass humanitäre Kriterien vernachlässigt werden, warnt Angelika von Loeper vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. "Auch abgelehnte Asylbewerber haben einen Anspruch darauf, dass ihre individuelle Situation genau geprüft wird."

Load-Date: April 30, 2015